



Mit freundlicher
Unterstützung
der europäischen
Kommission



FAM

Grenzen überwinden

Overcoming Boundaries

Der EU-Erweiterungsprozess und
Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht

The EU Enlargement Process and
Visions of Europe from a Women's Perspective.

Dokumentation der Konferenz
vom 21. – 23. Februar 2003
in der Franken-Akademie Schloss Schney

Proceedings of the Conference
held February 21 to 23, 2003 at the
Franken-Akademie Schloss Schney



Impressum



Gefördert von der EU-Kommission im Rahmen ihrer Informations- und Kommunikationsstrategie zur Erweiterung.

Herausgeberin:

FAM – Frauenakademie München e.V.

Auenstraße 31 80469 München

Telefon: 089.721 18 81 Fax: 089.721 3830

email: postmaster@frauenakademie.de www.frauenakademie.de

Verantwortlich: Birgit Erbe

Redaktion: Annette Hulan

Übersetzung: Laurent Faasch-Ibrahim

Fotos: FAM und Renata Wójtuk-Janusz

Gestaltung: moniteurs

Druck: Druckhaus Grimm, Berlin

1. Auflage März 2003

© FAM Frauenakademie München e.V.

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3-937120-01-7



Inhaltsverzeichnis

Contents

Impressum	2
Vorwort	7
<i>Preface</i>	9
Programm	13
<i>Programme</i>	15
Grußwort des Leiters der Vertretung der Europäischen Kommission in München, Jochen Kubosch	17
Chancen und Risiken der Osterweiterung für Frauen <i>Opportunities and Dangers for Women Accompanying Eastward Enlargement of the European Union</i>	
Podiumsdiskussion 21.02.2003	19
<i>Equal Opportunities for Women and Men in the Czech Republic</i>	25
Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Tschechischen Republik Dagmar Zelenková	
Zugänge zu Geschlechtergerechtigkeit in Ost und West <i>Approaches to Gender Equality in East and West</i>	
Zugänge zu Geschlechtergerechtigkeit in Ost und West	27
<i>Approaches to Gender Equality in East and West</i> Božena Choňuj	
Bestandsaufnahme in den heutigen und zukünftigen EU-Staaten <i>Review of the Current and Future EU Member States</i>	
a) Arbeitsmarkt und Sozialpolitik <i>Labour Market and Social Politics</i>	
<i>Czech Labour Market – Some Gender Aspects</i>	39
Der tschechische Arbeitsmarkt – einige Aspekte zur Geschlechterproblematik Petr Pavlík	
<i>Social Policy and Labour Market in the Czech Republic</i>	49
Sozialpolitik und Arbeitsmarkt – Zur Situation in der Tschechischen Republik Helena Bednářová	
Arbeitsmarkt und Sozialpolitik – Zur Situation in Ungarn	59
<i>Labour Market and Social Policy – The Situation in Hungary</i> Szilvia Szabó	
b) Öffentlichkeit und Partizipation <i>The Public and Participation</i>	
<i>A Plea for Complexity in Addressing Dilemmas in EU Gender Equality Policies (not only) in EU Enlargement</i>	61
Strategien zur gleichberechtigten Beteiligung von Frauen und Männern – Probleme der EU-Gleichstellungspolitik (nicht nur) bei der Osterweiterung Dagmar Lorenz-Meyer	

c) Frauen im ländlichen Raum und Ökologie

Women in Rural Areas and Ecology

- Frauen im ländlichen Raum und Ökologie **73**
Women in Rural Areas and Ecology
 Marese Hoffmann
- Chancen für polnische Frauen auf dem Lande durch den EU-Beitritt Polens? **81**
Will EU-Membership Offer an Opportunity for Polish Women in Rural Areas?
 Daniela Ostrowska, Jadwiga Ziolkowska, Joachim Leuschner

d) Menschenrechte

Human Rights

- Menschenrechte von Frauen: Das Problem der Prostitution in Ungarn und zur Situation der Romafrauen **91**
Human Rights of Women: The Problem of Prostitution in Hungary and the Situation of Romany Women
 Rimma Dalos
- Some Aspects of Trafficking in Women in Romany Community* **99**
 Einige Aspekte des Frauenhandels in der Romagemeinschaft
 Petra Kutálková

Die Erweiterung gestalten: Beispiele aus zwei Grenzregionen

Shaping the EU Enlargement: Two Examples from Border Regions

- Die Erweiterung gestalten: grenzüberschreitende Fraueninitiativen entlang der Oder/Neiße – am Beispiel von OWEN **105**
Shaping EU Enlargement: The East-West European Women's Network – An Example of Cross-Border Women's Initiatives on the Oder/Neisse Line
 Joanna Barełkowska
- Vorstellung der EUREGIO EGRENSIS **113**
Presentation of the EUREGIO EGRENSIS
 Birgit Seelbinder

Visionen für Europa

Visions of Europe

- Podiumsdiskussion 23.02.2003 **123**
- Frauengedächtnis – Zukunft braucht Erinnerung **127**
Women's Memory – A Necessity for the Future
 Marina Grasse
- What is a "European"? Reflections on European Identity and "Visions of Europe" in the context of EU-Enlargement* **129**
 Was ist eine Europäerin/ein Europäer? Überlegungen zur europäischen Identität und „Visionen für Europa“ im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung
 Linda Fisher
- Haben wir eine Schlacht oder einen Krieg verloren? **135**
 Polnische Feministinnen und die europäische Integration
Have We Lost a Battle or Have We Lost a War?
Polish Feminists and the European Integration
 Agnieszka Grzybek

Der EU-Erweiterungsprozeß und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht eine Bilanz der Konferenz	137
<i>The Process of EU-Enlargement and Visions of Europe from a Women's Perspective</i>	139
<i>Résumé of the Conference</i>	
Annette Huland	
Referentinnen, Moderatorinnen und Organisatorinnen	143
<i>Speakers, chairs and organisers</i>	149

Vorwort

Europa steht vor einem großen Umbruch. Die Europäische Union wird im Jahr 2004 voraussichtlich zehn neue Länder aufnehmen und damit auf 25 Mitgliedstaaten anwachsen. Dieser Erweiterungsprozess wird das Gesicht Europas grundlegend verändern, denn durch die politische und wirtschaftliche Integration zahlreicher ehemaliger Ostblockstaaten wird die jahrzehntelange Spaltung Europas endgültig überwunden sein. Der Erweiterungsprozess stellt die Kandidatenländer allerdings vor große Herausforderungen. Als Bedingung für ihren Beitritt müssen sie sich den ökonomischen, rechtsstaatlichen und demokratischen Standards der Europäischen Union angleichen und das gesamte EU-Recht übernehmen. Zu den Beitrittskriterien gehört auch die Umsetzung des Grundsatzes der Chancengleichheit von Frauen und Männern und des Gender Mainstreaming.

Nicht nur die Beitrittskandidaten, auch die Europäische Union muss sich auf die Erweiterung vorbereiten, damit sie ob der Vielzahl der Mitglieder und angesichts zum Teil gegensätzlicher Interessen regierbar bleibt. In einem Konvent, in dem die heutigen und zukünftigen EU-Mitglieder vertreten sind, wird deshalb zur Zeit der Entwurf für eine EU-Verfassung erarbeitet. Die sich erweiternde Gemeinschaft wird sich dabei auch der Frage stellen müssen, welchen Stellenwert sie dem Thema Geschlechtergerechtigkeit in Zukunft einräumen will.

Angesichts der Aktualität von Vertiefung und Erweiterung ist das Thema Europäische Union nun auch ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt. Wurde die Europäische Union von ihren BürgerInnen bislang nur als bürokratischer Moloch oder – bestenfalls – als Wirtschaftsgemeinschaft begriffen, so tritt nun ihre Qualität als politische Gemeinschaft in den Vordergrund der Wahrnehmung. Gleichzeitig ist jedoch zu konstatieren, dass Frauen und das Geschlechterverhältnis weder in diesen umwälzenden Prozessen selbst, noch in den sie begleitenden politischen Diskursen eine angemessene Rolle spielen. Aus Sicht der *Frauenakademie München* gibt es deshalb großen Nachholbedarf, das Geschlechterverhältnis in der EU-Politik zu beleuchten und zu diskutieren. Wie verhält es sich mit der rechtlichen Norm und der sozio-ökonomischen Realität von Frauen und Männern innerhalb der Europäischen Union und in den Beitrittsländern? Wo und warum wird in der EU-Politik die Geschlechterproblematik ausgeblendet? Wie organisieren sich Frauen europapolitisch, welche Forderungen stellen sie und an wen adressieren sie ihre Ansprüche? Wie sollte eine geschlechtergerechte Europäische Union aussehen?

Dass Erkenntnisinteresse und Forschungsbedarf in der Tat groß sind, zeigte sich als die *Frauenakademie München* diese Fragen aufgriff und eine internationale Fachtagung zum Thema „Grenzen überwinden. Der EU-Erweiterungsprozess und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht“ veranstaltete. Vom 21. bis 23.2.2003 trafen sich in der Franken-Akademie Schloss Schney über 100 Frauen und einige (wenige) Männer aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Österreich, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn. Das zentrale Anliegen der Tagung, Stand und Perspektiven des aktuellen EU-Erweiterungsprozesses unter besonderer Berücksichtigung der Gleichstellungspolitik zu analysieren, wurde in unterschiedlichen theoretischen und praxisnahen Vorträgen bearbeitet. Im Hinblick auf die Beitrittsländer interessierte vor allem, wie die einzelnen Länder den Transformationsprozess gestalten und wie sich dieser auf die aktuelle soziale, ökonomische und rechtliche Situation von Frauen im Verhältnis zu Männern auswirkt. Im Hinblick auf die

Europäische Union und ihre alten Mitgliedsländer wurde nach der bisherigen Bilanz der EU-Gleichstellungspolitik gefragt, vor allem nach den Erfahrungen bei der praktischen Umsetzung. Die geladenen ReferentInnen kamen aus Nichtregierungsorganisationen (NGOs), der Wissenschaft und der Politik und im Vordergrund ihrer Analysen standen Polen, die Tschechische Republik und Ungarn, sowie Deutschland (als altes EU-Mitglied) und die Institutionen der Europäischen Union. Inhaltliche Schwerpunkte wurden durch die Bildung von vier Workshops gesetzt:

- Beschäftigung und Soziales
- Öffentlichkeit und politische Beteiligung
- Frauen im ländlichen Raum und Ökologie
- Menschenrechte

In allen vier Workshops zeigte sich, wie wichtig es ist, Wissen über die politische und soziale Situation von Frauen in der Europäischen Union und ihren Beitrittsländern zu akkumulieren, da es an einschlägigen Untersuchungen mangelt, insbesondere an Untersuchungen aus vergleichender Perspektive. In der komparativen Debatte um Frauengleichstellungspolitik sollte künftig verstärkt reflektiert werden, von welchen Prämissen und Rahmenbedingungen westliche Frauenpolitikerinnen im Vergleich zu östlichen ausgehen. Gleichzeitig müssen wir uns der Frage stellen, ob die entscheidende Trennlinie tatsächlich zwischen Ost und West verläuft, oder ob andere Kriterien, wie beispielsweise sozialer Status oder Bildung, von größerer Relevanz sind. Egal, wo man mögliche Trennlinien zieht, wesentlich für die aktive Teilhabe an der Gestaltung des europäischen Integrationsprozesses ist die Frage nach den gemeinsamen Anknüpfungspunkten. Welche politischen Visionen lassen sich daraus für Europa entwickeln?

Die Beiträge der Tagung – soweit sie uns in der Kürze der Zeit schriftlich zur Verfügung standen – legen wir Ihnen mit dieser Dokumentation zum Nachlesen und Weiterdenken vor. Wie bei jeder gelungenen Tagung wurden mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben und so hoffen wir, dass sich in dieser Dokumentation zahlreiche Anknüpfungspunkte für neue Projekte finden. Dies soll nur der Anfang einer weiteren Zusammenarbeit sein, für ein gemeinsames Europa, das geschlechtergerecht, sozial, demokratisch und weltoffen ist.

An dieser Stelle möchten wir uns herzlich bei den ReferentInnen und all denjenigen bedanken, die zum Gelingen der Konferenz beigetragen haben. Dies gilt insbesondere für unsere KooperationspartnerInnen, die die Konferenz sowohl durch ihre finanzielle wie auch fachliche und organisatorische Unterstützung ermöglichten: *die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, das BayernForum in der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Budapest, Prag und Warschau), die Hanns-Seidel-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stiftung (Büro Warschau), die Petra-Kelly-Stiftung – Bayerisches Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.* und unsere Gastgeberin, *die Frankens-Akademie Schloss Schney*. Nicht zuletzt richtet sich unser Dank an die *EU-Kommission*, die das Projekt im Rahmen ihrer Informations- und Kommunikationsstrategie zur Erweiterung maßgeblich förderte.

München, März 2003

Anja Edelhäuser, Birgit Erbe, Annette Jünemann, Carmen Klement,
 Sylvia Pintarits, Brigitte Rudolph und Martina Wild

Preface

Europe is on the verge of one of its most significant changes: In 2004 the European Union will accept 10 new countries thus increasing the number of member states to 25. This process of enlargement will fundamentally change the face of Europe in that the political and economic integration of many former states of the Eastern Bloc will bring to an end decades of separation between the Eastern Bloc countries and the rest of Europe. The enlargement process confronts the candidate countries with great challenges, however. In order to gain membership, the candidate countries are required to bring their economic, legal and democratic standards in line with those of the European Union and to adopt EU law in its entirety. One of the criteria for accession is that they put into effect the principle of equal opportunities for women and men together with gender mainstreaming.

Not only the candidates for accession but also the European Union has to make preparations for enlargement, so as to ensure that the Union remains governable despite the number of members and their sometimes contrary interests. For this reason, a convention made up of both current and future EU members is currently working to develop a draft for a future EU constitution. The expanding Union will thereby also have to face the question of the importance it will place on gender equality.

Given the current topicality of integration and expansion, the European Union itself has become a focus of public interest, too. Once regarded by its citizens as a bureaucratic juggernaut – or at best as an economic community – the European Union is increasingly coming to be perceived as being a political community. At the same time, however, it should be noted that women and gender relations are not assigned an adequate role in these processes of transformation nor in the accompanying political discussion. The Frauenakademie München (Women's Academy, Munich) feels therefore that there is a great need to make up for lost time in examining and discussing gender relations in the context of EU politics and policy. What is the situation with regard to legal norms and socio-economic reality of women and men both within the European Union and in the candidate countries? In which fields are questions of gender ignored by EU policy, and why? How do women organise themselves on matters relating to European politics? What are their demands and to whom are they addressed? What should a European Union in which gender issues are equitably dealt with look like?

The great degree of interest and the need for further research were shown by the response to the conference "Overcoming Boundaries: The Process of EU-Enlargement and Visions of Europe from a Women's Perspective" organised by the Frauenakademie München. From 21st to 23rd, February 2003 over 100 women and a (very) few men from Austria, the Czech Republic, France, Germany, Hungary, the Netherlands, Poland, Slovakia and Slovenia came together at the Franken-Akademie Schloss Schney. The central theme of the conference, the current state and prospects of EU enlargement from the perspective of equal opportunities policy, was examined in a diverse range of both theoretical and practically orientated lectures. With regard to the candidate countries the primary interest lay with the ways that individual countries are shaping the transformation process and what the effects are on the current social, economic and legal situations women find themselves in comparison to those of men. With regard to the European Union and existing member countries, the issue of the

results EU equality policies have achieved to date was raised with particular interest in the experiences gained in the course of practical implementation.

In their analyses, the speakers invited from non governmental organisations (NGOs), from the academic world and politics concentrated on the Czech Republic, Poland and Hungary, together with Germany (as current EU member) and the institutions of the European Union. Four workshops were held, placing emphasis on:

- *Labour market and social politics*
- *The public and participation*
- *Women in rural areas and ecology*
- *Human rights.*

The importance of accumulating knowledge concerning the political and social situation of women in the EU and the candidate countries became evident in each of the four workshops. There is a lack of relevant studies and in particular of comparative research. In the future, the comparative debate on equality policy should increasingly reflect the premises and frameworks used by western politicians as compared to those of women in the East. We must face the question of whether the decisive dividing line does actually run between East and West or whether other criteria, such as social status or education, are of greater relevance. No matter where one sees dividing lines as possibly lying, it is the question of which common issues connect women which will be essential for active participation in shaping the process of European integration. Which political visions for Europe can be developed from this?

In this documentation, we present the contributions to the conference for (re-)reading and as a stimulus for further thought. As with every successful conference more questions were raised than answers given. It is our hope that readers will discover many points which will inspire new projects. This conference is intended only as a beginning for further cooperation aimed at achieving a Europe in which gender issues are equitably dealt with, which is socially minded, democratic and open.

We should like to express deepest thanks to the speakers as well as to all those who contributed to the conference's success. In particular we should like to thank our cooperation partners, whose expertise, financial and organisational support allowed the conference to take place: the Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, the BayernForum within the Friedrich Ebert Foundation, the Friedrich Ebert Foundation (offices in Budapest, Prague and Warsaw), the Hanns Seidel Foundation, the Heinrich Boell Foundation (office Warsaw), the Petra Kelly Foundation – Bayerisches Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. and our hosts, the Franken-Akademie Schloss Schney. Last but by no means least, our thanks go to the European Commission whose support within the framework of their information and communication strategy for enlargement was central to the success of the project.

Munich, March 2003

*Anja Edelhäuser, Birgit Erbe, Annette Jünemann, Carmen Klement,
Sylvia Pintarits, Brigitte Rudolph und Martina Wild*



Franken-Akademie Schloss Schney, Lichtenfels



Sylvia Pintarits



Birgit Erbe



Annette Jünemann



Carmen Klement (li.),
Brigitte Rudolph



Martina Wild (li.),
Anja Edelhäuser

Programm**Freitag, 21.02.2003****19.00 Uhr Begrüßung**

Birgit Erbe (FAM Frauenakademie München)
 Jochen Kubosch (Europäische Kommission, Vertretung München)
 Beate Michl (Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München)
 Klaus Hamann (Franken-Akademie und Europäische Bewegung Bayern, Bayreuth)

19.15 Uhr Chancen und Risiken der Osterweiterung für Frauen**Podiumsdiskussion**

Izabela Jaruga-Nowacka (Staatssekretärin, Regierungsbeauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Warschau)
 Petra Rück-Wallenberger
 (Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, München)
 Elisabeth Schroedter (MEP, Potsdam)
 Dr. Dagmar Zelenková (Ministerium für Arbeit und Soziales, Prag)
 Wilmya Zimmermann (MEP a.D., Poxdorf)
 Moderation: Elke Schilling (Staatssekretärin a.D., Organisationsentwicklerin)

21.30 Uhr Tagesabschluss**Samstag, 22.02.2003****9.00 Uhr Zugänge zu Geschlechtergerechtigkeit in Ost und West**

Prof. Dr. Bożena Chołuj (Universität Warschau)
 Prof. Dr. Ute Gerhard (J.-W.-Goethe-Universität, Frankfurt)
 Moderation: PD Dr. Annette Jünemann (Universität Kassel)

11.00 Uhr Pause**11.30 Uhr Bestandsaufnahme in den heutigen und zukünftigen EU-Staaten**

Vier parallele Workshops:

a) Arbeitsmarkt und Sozialpolitik (in englischer Sprache)

Helena Bednářová (Kommunalverwaltung Brno)
 Dr. Szilvia Szabó (Stiftung für soziale Innovation, Budapest)
 Moderation: Dr. Petr Pavlik (Gender Studies Institute, Prag)

b) Öffentlichkeit und Partizipation (in englischer Sprache)

Agnieszka Grzybek (Fraueninformationszentrum OŚKa, Warschau)
 Dr. Dagmar Lorenz-Meyer (Gender Studies Institute, Prag)
 Moderation: Dr. Sylvia Pintarits (FAM Frauenakademie München)

c) Frauen im ländlichen Raum und Ökologie (in deutscher Sprache)
 Marese Hoffmann (Biobäuerin und Kreisrätin, Hackermooß)
 Jadwiga Ziolkowska (Studentin der Universität Rzeszow, z.Z. TU Berlin)
 Prof. Dr. Joachim Leuschner (emerit., Polnisch-Deutsche Gesellschaft für
 Agrarökologie, Technik und Kultur, Berlin)
 Moderation: Anja Edelhäuser (FAM Frauenakademie München)

d) Menschenrechte (in deutscher und englischer Sprache mit
 Simultanübersetzung)
 Rimma Dalos (MONA-Stiftung, Budapest)
 Petra Kutáľková (La Strada, Prag)
 Moderation: Dorette Deutsch (Journalistin)

13.30 Uhr Mittagessen

15.30 Uhr Plenum: Bericht aus den Workshops und Diskussion

16.30 Uhr Kaffeepause

17.00 Uhr Die Erweiterung gestalten: Beispiele aus zwei Grenzregionen
 Joanna Barełkowska (Ost-West-Europäisches FrauenNetzwerk, Berlin)
 Dr. Birgit Seelbinder (Oberbürgermeisterin Marktredwitz und Präsidentin der
 EUREGIO EGRENSIS)
 Moderation: PD Dr. Annette Jünemann (Universität Kassel)

19.00 Uhr Tagesabschluss

Sonntag, 23.02.2003

**9.00 Uhr Visionen für Europa
 Podiumsdiskussion**
 Prof. Dr. Linda Fisher (Central European University, Budapest)
 Denise Fuchs (Europäische Frauenlobby, Brüssel)
 Dr. Marina Grasse (Ost-West-Europäisches FrauenNetzwerk und
 „Frauengedächtnis“, Berlin)
 Agnieszka Grzybek (Fraueninformationszentrum OŚKa, Warschau)
 Dr. Petr Pavlik (Gender Studies Institute, Prag)
 Moderation: Eva Feldmann (Centrum für angewandte Politikforschung, München)

Zusammenfassung und Ausblick der Konferenz
 Birgit Erbe (FAM Frauenakademie München)

12.00 Uhr Ende der Konferenz



Dolmetscherinnen: Lioba Minz, Elke Hautum
 Nicht abgebildet: Anja Reefschläger

Programme**Friday, 21.02.2003****7:00 pm Welcome**

Birgit Erbe (Women's Academy, Munich)

Jochen Kubosch (Representative of the European Commission, Munich)

Beate Michl (Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Munich)

Klaus Hamann (Franken-Akademie and Europäische Bewegung Bayern, Bayreuth)

7:15 pm Opportunities and Dangers for Women Accompanying Eastward Enlargement of the European Union**Panel Discussion**

Izabela Jaruga-Nowacka (Secretary of State, Plenipotentiary for Gender Equality, Warsaw)

Petra Rück-Wallenberger (Ministry for Labour and Social Affairs, Family Affairs and Women, Munich)

Elisabeth Schroedter (MEP, Potsdam)

Dr Dagmar Zelenková (Ministry of Labour and Social Affairs, Prague)

Wilmya Zimmermann (MEP, retired, Poxdorf)

Chair: Elke Schilling (Secretary of State, retired; organisation developer)

9:30 pm Close**Saturday, 22.02.2003****9:00 am Access to Gender Equality in East and West**

Prof Dr Bożena Chołuj (University of Warsaw)

Prof Dr Ute Gerhard (J.-W.-Goethe-University, Frankfurt)

Chair: PD Dr Annette Jünemann (University of Kassel)

11:00 am Break**11:30 am Review of the Current and Future EU Member States**

Four parallel workshops:

a) Labour Market and Social Politics (in English)

Helena Bednářová (Local Administration, Brno)

Dr Szilvia Szabó (Foundation for Social Innovation, Budapest)

Chair: Dr Petr Pavlík (Gender Studies Institute, Prague)

b) The Public and Participation (in English)

Agnieszka Grzybek (Women's Information Centre OŚKa, Warsaw)

Dr Dagmar Lorenz-Meyer (Gender Studies Institute, Prague)

Chair: Dr Sylvia Pintarits (Women's Academy, Munich)

c) Women in Rural Areas and Ecology (in German)

Marese Hoffmann (Eco-Farmer and Member of County Council, Hackermos)

Jadwiga Ziolkowska (Student at Rzeszow University, at the moment at the Technical University Berlin)

Emeritus Prof Dr Joachim Leuschner (Polish-German Society for Agro-Ecology, Technique and Culture, Berlin)

Chair: Anja Edelhäuser (Women's Academy, Munich)

d) Human Rights (in German and English with simultaneous interpretation)

Rimma Dalos (MONA Foundation, Budapest)

Petra Kutálková (La Strada, Prague)

Chair: Dorette Deutsch (Journalist)

1:30 pm Lunch

3:30 pm Plenary: Feedback from the workshops and discussion

4:30 pm Coffee break

5:00 pm Shaping the EU Enlargement: Two Examples from Border Regions

Joanna Barełkowska (East-West-European Women's Network, Berlin)

Dr. Birgit Seelbinder (Mayor, Marktredwitz and President of EUREGIO EGRENSIS)

Chair: PD Dr. Annette Jünemann (University of Kassel)

7:00 pm Close

Sunday, 23.02.2003

9:00 am Visions of Europe

Panel Discussion

Prof Dr Linda Fisher (Central European University, Budapest)

Denise Fuchs (European Women's Lobby, Brussels)

Dr Marina Grasse (East-West-European Women's Network and "Women's Memory", Berlin)

Agnieszka Grzybek (Women's Information Centre OŚKa, Warsaw)

Dr Petr Pavlik (Gender Studies Institute, Prague)

Chair: Eva Feldmann (Centre for Applied Political Research, Munich)

Conclusion

Birgit Erbe (Women's Academy, Munich)

12:00 am Close of the conference



Interpreters: Lioba Minz, Elke Hautum
not shown: Anja Reefschläger

Grußwort

Sehr geehrte Veranstalterinnen der Frauenakademie München,
sehr geehrte Gastgeber der Bildungsstätte Schney,
sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung,

im Namen der Europäischen Kommission darf ich Sie sehr herzlich zur FAM-Fachkonferenz „Der EU-Erweiterungsprozess aus frauenpolitischer Sicht“ begrüßen. Diese Veranstaltung wird von der Europäischen Kommission aus dem Budget für die Informationskampagne zur EU-Erweiterung finanziell unterstützt. Damit die Erweiterung der Europäischen Union für alte und künftige Mitgliedstaaten und ihre Einwohnerinnen und Einwohner ein Erfolg wird, müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein:

Erstens muss die Europäische Union erweiterungs- und aufnahmefähig sein. Die Voraussetzungen dafür wurden durch die Reformen des Vertrags von Nizza, der am 01. Februar 2003 in Kraft getreten ist, geschaffen. Doch die Arbeiten an einer institutionellen Erneuerung der Europäischen Union müssen fortgesetzt werden. Deswegen arbeitet zur Zeit der Europäische Konvent den Entwurf eines Verfassungsvertrages aus.

Zweite Voraussetzung für einen Erfolg der Erweiterung ist, dass die Kandidatenländer beitragsreif sind. Maßstab hierfür sind die Kopenhagener Kriterien, die verlangen, dass alle EU-Staaten demokratische Rechtsstaaten sein müssen, die den hohen gemeinsamen Standards im Schutz von Menschenrechten, Minderheiten und Diskriminierungsfreiheit genügen, dass sie wettbewerbsfähige Marktwirtschaften sind und dass sie den gesamten Bestand an Gemeinschaftsregeln nicht nur in ihr nationales Regelwerk übertragen, sondern auch flächendeckend anwenden und umsetzen können.

Die dritte Voraussetzung für ein Gelingen der Erweiterung ist aber, dass sie von der Bevölkerung sowohl in den bisherigen, als auch in den künftigen Mitgliedsstaaten mitgetragen und befürwortet wird. In den Kandidatenländern werden deswegen vor der Ratifizierung des Beitrittsvertrages Volksabstimmungen durchgeführt. In den alten Mitgliedstaaten ist dies nicht der Fall, aber auch hier ist wichtig, dass die Bevölkerung das Projekt der Erweiterung nicht ablehnt, sondern unterstützt.

Letzterem Ziel dient die Informationskampagne, deren Bestandteil die heutige Veranstaltung ist. Damit soll die Bevölkerung aller Mitgliedstaaten darüber informiert werden, was die Erweiterung bedeutet, warum sie nach unserer Überzeugung ein Gewinn für alte und künftige Mitgliedstaaten sein wird, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um besondere Problemfelder und Risiken in den Griff zu bekommen. Die Information über all dies ist noch nicht genügend verbreitet. Noch immer sind wir in den täglichen Diskussionen mit Fragen zu Themen wie der Arbeitnehmerfreizügigkeit, der Finanzierbarkeit der Erweiterung, dem Funktionieren der europäischen Institutionen oder der Institutionen und Verwaltungen in den Kandidatenländern konfrontiert. Wir glauben, durch die Beitrittsverhandlungen, die Vorbereitungsarbeiten und viele andere Maßnahmen auf all diese Fragen zufriedenstellende Antworten gefunden zu haben. Die Basis unserer Bevölkerung haben diese Antworten jedoch in vielen Fällen noch nicht erreicht.

Deswegen freuen wir uns, dass sich zahlreiche Einrichtungen und Organisationen in ihren Arbeiten mit diesen Themen beschäftigen und dazu beitragen, das Informations- und Kommunikationsdefizit zu beheben. Die Tatsache, dass wir Ihre Veranstaltung unterstützen, zeigt, dass wir glauben, dass Sie zu dieser großen Informationsaufgabe ein Stückchen beitragen. Die Auswahl und Qualität der Referentinnen und Podiumsteilnehmerinnen gewährleistet, dass Ihre Arbeiten für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer fruchtbar und bereichernd sein werden. Insbesondere freue ich mich, dass unter den Teilnehmerinnen im Plenum so viele Vertreterinnen verschiedener Organisationen aus immerhin neun aktuellen und künftigen Mitgliedstaaten sind, die ihrerseits als Multiplikatorinnen angesehen werden können. Ich bin sicher, dass Sie die Ergebnisse dieser Tagung mit nach Hause nehmen und dort nicht für sich behalten, sondern an die Menschen in Ihrer Organisation und in Ihrem Umfeld weitergeben werden.

Unter diesen Voraussetzungen bin ich überzeugt, dass Sie zweieinhalb interessante, informative, für Sie selbst, Ihre Organisationen und ein klein wenig auch für unsere Informationskampagne zur EU-Erweiterung bereichernde Tage vor sich haben.



Jochen Kubosch

Chancen und Risiken der Osterweiterung für Frauen Podiumsdiskussion, vom 21.02.2003, zusammengefaßt von Anette Huland

Bei den Zusammenfassungen der beiden Podiumsdiskussionen habe ich wegen der besseren Lesbarkeit versucht, die Eingangsstatements und die Antworten auf die Fragen aus dem Plenum zusammenzufassen und als geschlossenen Text wiederzugeben. Es versteht sich von selbst, daß dabei nicht alle Aspekte bis ins Detail wiederholt werden können, aber die wichtigsten Aussagen sind hier meines Erachtens zur Erinnerung niedergeschrieben.

Bei der Podiumsdiskussion am Freitag, den 21.02.2003, ging es um die Chancen und Risiken der Osterweiterung für Frauen. Die fünf aus der Politik geladenen Referentinnen sollten über die Erwartungen sprechen, die in ihrer Region, ihrem Land oder in der Europäischen Union mit der Osterweiterung verbunden werden, und darüber, wie die Politik im Sinne der Gleichberechtigung Einfluß nimmt. Die Referentinnen waren *Izabela Jaruga-Nowacka*, Staatssekretärin und Regierungsbeauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern (Warschau), *Dagmar Zelenková*, Leiterin der Gleichstellungsstelle im Ministerium für Arbeit und Soziales (Prag), *Elisabeth Schroedter*, Mitglied des Europäischen Parlamentes (Potsdam), *Petra Rück-Wallenberger*, Leiterin der Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (München) und *Wilmya Zimmermann*, Mitglied des Europäischen Parlamentes a.D. (Poxdorf, Oberfranken).

Izabela Jaruga-Nowacka ist sehr zuversichtlich, was die Chancen der polnischen Frauen nach dem EU-Beitritt betrifft. Die erhoffte wirtschaftliche Modernisierung und Entwicklung ist so wichtig, daß sie etwaige Risiken bei weitem übersteigen wird. Da Frauen in Polen, so wie in Osteuropa allgemein, neben der Familie meist auch berufstätig sind, kennen sie die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Durch ihre Integration in den Arbeitsmarkt profitieren sie direkt von dem wirtschaftlichen Wachstum und der erwarteten Verringerung der Arbeitslosenquote von momentan 17%. Aufgrund der Vorbereitungen zum EU-Beitritt hat Polen bereits einige Antidiskriminierungsgesetze erlassen und umgesetzt. Entsprechende Änderungen im Arbeitsrecht werden im Parlament diskutiert. Polen vertritt, so Jaruga-Nowacka, die gemeinsamen Werte der Europäischen Union, wie Schutz der Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Gleichbehandlung. Da aber der politische Diskurs in Polen vor 1989 nicht erlaubt war, muß er jetzt in Bezug auf die Menschenrechte und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen noch geübt werden. Es gibt keine öffentliche Debatte über Prostitution, und häusliche Gewalt ist immer noch ein Problem, ebenso wie die mangelnde Präsenz von Frauen im öffentlichen Leben und in Entscheidungspositionen. Viele Versuche, die Gleichberechtigung herzustellen, werden nur halbherzig unternommen. So gibt es Quoten für die Aufstellung von Frauen auf Wahllisten, allerdings werden Frauen oft nur auf die letzten Plätze gestellt, so daß die Aussicht auf einen Wahlerfolg und eine Partizipation in der Politik kaum besteht. Die Zustimmung in der Bevölkerung zum EU-Beitritt Polens ist hoch. Zukünftige Aufgaben liegen darin, den schwächsten Gliedern der Gesellschaft, wie zum Beispiel den Frauen im ländlichen Raum, bei ihren Problemen zu helfen, die internationale Zusammenarbeit, auch im Bereich der Wissenschaft, zu fördern und insgesamt eine paritätische Demokratie einzurichten.

Dagmar Zelenková äußert sich verhalten optimistisch über die Chancen für Frauen nach dem EU-Beitritt und betont insbesondere die Probleme im Bereich der Gleichberechtigung, die auch in der heutigen Europäischen Union noch nicht hinreichend gelöst wurden. Es

reicht nicht für die Tschechische Republik, sich dem EU-Niveau anzupassen, sondern sie muß ihre eigenen Probleme lösen. Gleichwohl gibt es die Erwartung eines gewissen wirtschaftlichen Aufschwungs und einer Senkung der Arbeitslosenquote, die momentan etwa 10% beträgt. Im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen wurden bereits einige Aktionen durchgeführt und Institutionen gegründet, die sich mit der Gleichberechtigung von Männern und Frauen befassen. So gibt es den Nationalen Aktionsplan von 1998, der im Jahr 2002 aktualisiert wurde, einen Rat für gleiche Chancen von Männern und Frauen, der seit 2001 die Positionen von Ministern, den Sozialpartnern und Nichtregierungsorganisationen zu vereinen versucht, und die Gleichstellungskommission, die seit 2002 der Abgeordnetenkammer des Parlamentes beigeordnet wurde. Insgesamt, so Zelenková, ist der öffentliche Diskurs über die Gleichberechtigungsproblematik noch nicht ausreichend. Frauen haben in der Tschechischen Republik zwar eine relativ hohe Beschäftigungsrate, sie sind aber selten in hohen Positionen anzutreffen. Das Lohngefälle der beiden Geschlechter beträgt 25% zu Lasten der Frauen. Immerhin nur 7% der Frauen arbeiten in Teilzeit, verglichen mit 17% in der Europäischen Union. Da die meisten Familien auf zwei Gehälter angewiesen sind, bedeutet dies für Frauen oft eine Doppelbelastung, und es bleibt noch viel zu tun für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insbesondere müssen hier die Familienväter angesprochen werden, damit Mütter in die Lage versetzt werden, gleichberechtigt am öffentlichen und privaten Leben teilzunehmen. Solche Entwicklungen sind in der jüngeren Generation bereits zu verzeichnen.

Elisabeth Schroedter berichtet von den Schwierigkeiten, die Gleichberechtigungsproblematik innerhalb des Prozesses der EU-Osterweiterung auf die Tagesordnung zu bringen. Obwohl in der Europäischen Union die Gleichberechtigungspolitik schon eine lange Tradition hat, sahen zu Beginn der Verhandlungen weder die Europäische Kommission noch die Kandidatenstaaten einen Handlungsbedarf in diesem Politikfeld. Erst durch die ausdauernde und massive Einflußnahme des Europäischen Parlamentes konnte die Gleichberechtigungsidee in alle Politikbereiche der Europäischen Union, inklusive der Osterweiterung, eingebracht werden. Mittlerweile ist es erklärtes Ziel der Europäischen Union, Chancengleichheit herzustellen und zu fördern, und zwar in allen Tätigkeitsbereichen der Union, nicht nur im sozialen, sondern zum Beispiel auch im ökonomischen, menschenrechtlichen und außenpolitischen Bereich. Die Europäische Kommission verfaßt regelmäßige Berichte über die Chancengleichheit und fördert, insbesondere mit dem Aktionsprogramm für Chancengleichheit von 2001 – 2005, die gleiche Beteiligung im Berufsleben und in öffentlichen Ämtern und Entscheidungspositionen. Die Ziele, die noch erreicht werden müssen, sind die tatsächliche Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben, in der Selbständigkeit, bei der Verteilung der Fördergelder sowie in den Entscheidungspositionen in allen Gremien der Europäischen Union und der nationalen Regierungen, in Universitäten und allen hohen Posten des öffentlichen Bereiches. Hier sollte ein Frauenanteil von mindestens 40% angestrebt werden. Um dies zu ermöglichen, müssen auch soziale Rechte und Pflichten gleich verteilt werden. Die Kindererziehung zum Beispiel muß als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen werden, die nicht nur zu Lasten der Frauen gehen darf. Darüber hinaus gilt es, die Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes oder der sexuellen Orientierung zu bekämpfen, ebenso wie die diskriminierende Darstellung von zumeist Frauenkörpern in den Medien und der Öffentlichkeit. In Polen gibt es eine Initiative, die Gegenwerbung macht gegen solche Radiosender und Werbeagenturen, die Frauen diskriminieren oder Frauenkörper diskriminierend darstellen. Zur Bekämpfung des Frauenhandels sind dringende Maßnahmen notwendig, zumal sich gezeigt hat, daß die bisherigen repressiven Maßnahmen der Polizei oder des Grenzschutzes wirkungslos sind.

Hilfreich ist nur der Opferschutz und der Versuch, die Frauen aus der Sklavensituation herauszuholen. Die Strafen für illegale MigrantInnen dürfen nicht auf die Opfer von Menschenhandel angewandt werden. Die bisherige Zusammenarbeit von Frauenrechtsorganisationen in West und Ost ist höchst erfolgreich gewesen und sollte noch intensiviert werden.

Petra Rück-Wallenberger sieht in der EU-Osterweiterung mehr Chancen als Risiken für Frauen. Auch wenn die rechtliche Gleichstellung zwischen Männern und Frauen an sich durch das Grundgesetz und die bayerische Verfassung geschützt sind, gehen viele Verbesserungen auf die Europäische Union zurück. Die Europäische Union ist mit ihren Richtlinien, den Rechtssprechungen des Europäischen Gerichtshofes und den Aktionsprogrammen ein Motor für Gleichberechtigung nicht nur innerhalb ihrer bisherigen Grenzen, sondern auch in den Kandidatenstaaten. Nach 1989 hat es in Osteuropa gravierende Verschlechterungen für Frauen gegeben, da die alten Geschlechterrollen wieder verstärkt aufbrachen, Frauen aus dem öffentlichen Leben gedrängt wurden und bereits erreichte Freiheiten wie die Kinderbetreuungsmöglichkeiten wegrationalisiert wurden. Probleme, die unter anderem durch die steigende Arbeitslosigkeit häufiger auftraten, waren häusliche Gewalt und Armutspstitution sowie Frauenhandel. Rück-Wallenberger berichtet von den wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Bayern und den benachbarten Kandidatenstaaten und von den gemeinsamen Projekten in verschiedenen Bereichen. Ein bayerisch-tschechisches Aids-Präventionsprojekt, welches 1997 initiiert wurde, heißt JANA und dient unter anderem der Betreuung der vom Frauenhandel betroffenen Frauen sowie der Bildung von Netzwerken von Frauenorganisationen in West und Ost. Auch organisiert das bayerische Staatsministerium des Inneren die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit der Polizei. Zusammen mit der Tschechischen Republik, Ungarn, der Ukraine und der Slowakei gibt es einen Informationsaustausch, gemeinsame Fortbildungen, Prävention und Bekämpfungskonzepte gegen den Frauenhandel. Seit 2000 führt Bayern Gespräche mit der Tschechischen Republik und Ungarn im Bereich der Umsetzung des Konzeptes von Gender Mainstreaming. Es gibt bereits eine Zusammenarbeit zwischen den Nichtregierungsorganisationen der verschiedenen Länder, aber es ist notwendig, die Kooperation auszuweiten. Ein offensives Angehen der Probleme ist in den Kandidatenstaaten, aber auch innerhalb der Europäischen Union erforderlich, insbesondere im Bereich des Frauenhandels. Die Chancengleichheit darf sich nicht verschlechtern und die wirtschaftlichen Beweggründe dürfen nicht zu dominant werden.

Wilmya Zimmermann hebt in ihrem Beitrag die außerordentlich wichtige Rolle von Netzwerken hervor. Die Europäische Union bindet, nicht zuletzt aufgrund des Engagements der Frauen im Europäischen Parlament, in ihren diversen Projekten, Programmen oder in der Gesetzgebung auch Nichtregierungsorganisationen mit ein und fordert sie direkt auf, daran mitzuwirken. Frauen müssen in alle Bereiche des öffentlichen Lebens und in alle Projekte mit einbezogen werden, damit die Chancengleichheit verwirklicht werden kann. Gerade die Frauen, die bereits im politischen und öffentlichen Leben aktiv sind, können sich dafür einsetzen, daß auch reine Frauenprojekte gefördert werden. Es wurde schon viel erreicht, aber es bleibt noch viel zu tun. Deutschland ist im Bereich der Gleichberechtigungspolitik kein Musterbeispiel und war sehr zögerlich, Soziales in die Verträge von Maastricht und Amsterdam einzubinden. Die wirtschaftlichen Aspekte sind immer noch deutlich wichtiger in der Europäischen Union und Frauen müssen mobilisiert werden, damit die Wirtschaft nicht zu wichtig und übermächtig wird. Die Frauen im Europäischen Parlament sind bereits oft die treibenden Kräfte gewesen. Sie haben sich für neue Gesetze stark gemacht. Diese neuen Ge-

setze müssen nun in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden, und zwar bis in den letzten Winkel des Landes, insbesondere im ländlichen Raum. Nur durch die Kooperation mit den vielfältigen Netzwerken kann dieses Unterfangen gelingen. Die gegenseitige Verstärkung und Unterstützung der Netzwerke kann durch den Austausch der sogenannten Best Practices und der wichtigen Informationen und Erfahrungen geschehen.

Ein Thema, zu dem es vielfältige Wortmeldungen gab, war die „Moralerklärung“ Polens, die an den Beitrittsvertrag zwischen Polen und der Europäischen Union angehängt wurde. Die linke Regierung hat entgegen ihrem Wahlversprechen, die Abtreibungsgesetzgebung zu liberalisieren, in dieser von der katholischen Kirche geforderten Erklärung festgesetzt, daß die Abtreibungsgesetzgebung und andere moralische Grundsätze nach dem EU-Beitritt nicht angetastet werden. Obwohl diese Erklärung sehr kurzfristig eingebracht wurde, und obwohl bei der Beschlußfassung viele Regierungsmitglieder übergangen wurden, wie auch die Regierungsbeauftragte für die Gleichstellung von Männern und Frauen, haben die polnischen Frauenorganisationen davon gehört und ihre bereits bestehenden Kontakte zum Europäischen Parlament genutzt, um ihren Protest zu äußern. Es gab verschiedene Erklärungsversuche, warum Polen diesen Vertragszusatz eingebracht hat. Neben der Ansicht, der Einfluß der katholischen Kirche sei hier spürbar, meinten Andere, die Landbevölkerung Polens würde ohne eine solche Moralerklärung dem Beitritt Polens zur Europäischen Union nicht zustimmen. Daher sei eine solche Erklärung aus referendumspolitischen Gründen notwendig gewesen. Die Europäische Kommission als Hüterin der Verträge fordert jedoch die vollständige Umsetzung des *Acquis Communautaire*. Noch herrscht Unklarheit darüber, ob, da es sich hier lediglich um eine bilaterale Erklärung zwischen Polen und der Europäischen Union handelt, sie einen weniger rechtlich bindenden Charakter hat als zum Beispiel eine multilaterale Erklärung. Schroedter betont, daß der erste Fall vor dem Europäischen Gerichtshof darüber entscheiden wird, ob die Moralerklärung Gültigkeit hat. Wenn es dazu kommt, muß es eine groß angelegte Vernetzungsaktion von Frauen-, Homosexuellen- und anderen Gruppen geben, die den Fall durch Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit bekannt machen und somit die Gültigkeit dieser Erklärung verhindern. Die Frauennetzwerke müssen ausgebaut und Alarmsysteme für ähnliche Fälle installiert werden. Die Informationstechnik muß genutzt werden, um weiter für die Sache der Frauen kämpfen zu können.



v.l.n.r.: Izabela Jaruga-Nowacka, Petra Rück-Wallenberger, Elke Schilling, Elisabeth Schroedter, Dagmar Zelenková, Jochen Kubosch



v.l.n.r.: Izabela Jaruga-Nowacka, Elisabeth Schroedter, Wilmya Zimmermann, Petra Rück-Wallenberger, Dagmar Zelenková, Elke Schilling

Equal Opportunities for Women and Men in the Czech Republic**Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Tschechischen Republik****Zusammenfassung:**

Im Januar 1998 wurde das Ministerium für Arbeit und Soziales beauftragt, die Frauenpolitik der Regierung zu koordinieren. Seit April 1998 gibt es einen jährlichen Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter. Im Januar 2002 wurden alle Ministerien angewiesen, in ihrem Zuständigkeitsbereich ebenfalls Gleichstellungsprogramme aufzustellen und Gleichstellungsstellen einzurichten. Die tschechische Gesetzgebung wurde in bezug auf Chancengleichheit dem Acquis Communautaire der Europäischen Union angepaßt.

Der Anteil der Frauen im Parlament liegt derzeit bei 17 Prozent. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist traditionell sehr hoch, weil die tschechischen Familien auf ein doppeltes Einkommen angewiesen sind. Deshalb ist auch der Anteil der Teilzeit arbeitenden Frauen mit 7 Prozent sehr niedrig. Dennoch gibt es eine Lohndifferenz zwischen den Einkommen von Frauen und Männern von 25 Prozent. Die Regierung unterstützt Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Als besonders wichtig wird die Bewußtseinsbildung für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im öffentlichen wie im familiären Leben betrachtet. Nachdem die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen wurden, kommt es nun darauf an, den Gleichheitsgrundsatz in der Praxis umzusetzen. Der EU-Beitritt öffnet die Türen zu allen Gemeinschaftsprogrammen für Chancengleichheit, wobei die Tschechische Republik bereits heute an EQUAL und PHARE und demnächst am 5. Rahmenprogramm für Chancengleichheit teilnimmt.

I would like to express my pleasure over the fact that I have the opportunity to present at this session information on the situation in the area of equal opportunities for men and women in the Czech Republic. With regard to the fact that the most striking gender inequalities are traditionally to be found in labour-related and social spheres, in January 1998, the Government authorised the Ministry of Labour and Social Affairs to co-ordinate Government policy towards women. The small Gender Equality Unit was established at the Ministry. In April 1998, the Government approved the national action plan on gender equality, resolving that the implementation, evaluation and updating thereof be reviewed on a regular annual basis. The national action plan was the most recently updated in May 2002. (English version is available: www.mpsv.cz) The Government Human Rights Council was established in 1998 with advisory and initiative-presenting status. One of the working committees of the Council is the Committee for the Elimination of All Forms of Discrimination against Women. In the interest of gender mainstreaming implementation in all spheres of practical national policies, in May 2001, the Government instructed all ministries to develop from January 2002 their own Sectorial Gender Equality Action Plans and to set up at each Ministry gender focal points. Another positive step is the establishment of the Government Council for Equal Opportunities of Women and Men in October 2001. This Council has an advisory role to the Government and is a platform for designing conceptual equal opportunities policy. Membership of the Council is made up of high level decision makers (deputy-ministers), social partners, non-governmental organisations and experts. With regard to women's status in political life, changes after the general elections of June 2002 represent a positive signal in the Czech society. Out of 200 newly elected deputies in the Parliament, women account for 34 mandates (17%) that is more than in the preceding period. The newly elected Chamber of Deputies resolved to establish a Standing Family & Equal Opportunities Commission in July 2002. All these new created bodies are at the beginning of their work and they try to find the most effective way for their work. With respect to the undertaking to harmonise

*the Czech legal system with the legislation of the European Union, the gender equality principle has been introduced into a number of laws and regulations. The Czech legislation is now in concordance with the *acquis communautaire*.*

And what about the real situation? In the Czech Republic, there has been for decades a traditionally high employment rate among women. But the gender equality principle in access to executive positions is being implemented fairly slowly, resulting in low representation of women at decision-making level. The pay gap in the Czech Republic is the same as in the EU (25%). Living standard of a Czech family is based on the earnings of both husband and wife, and so there are very few women who stay at home or take up a partial job. Part time work is less frequent than in the European Union – 7% in the Czech Republic, 17% in the EU. The high employment rate of women results in disproportionately doubled loads placed upon women, who are required to cope with both their job and their family. The Czech Government supports measures focused on achieving reconciliation of family and working life. The point is not only the well-established network of childcare and senior-care facilities, the development of services and the support of flexible work forms. What is particularly important is promoting changes in public opinion towards more active involvement of men in family life. We have a lot to do for the achievement of a high level of gender equality. Positive changes associated with gender equality are especially apparent in younger generation. The main obstacle hindering the progress of equal treatment principle can be termed as a still prevailing low level of public awareness related to gender equality. We firmly believe that the prerequisite of fulfilling the aims of Government policy in this area is the involvement of general public, including non-governmental organisations and social partners. Both education and awareness campaigns represent the first stage in the effective application of tools and methods of eliminating the gender-based discrimination.

By comparing the situation in gender equality in the Czech Republic and the European Union we can say that there are not many differences. But let me underline, the fact that the situation is very similar does not mean that everything is OK. It is neither OK in the Czech Republic nor in the European Union. It means only that we have the same problems to solve. But in the European Union many of the tools, mechanisms and instruments for promoting gender equality are much more developed and they function. The legal framework has been built in the Czech Republic and the priority is to implement the equality principle in practice. The accession to the European Union will open us the door to the Community programmes focused on gender equality. The European Union helps us to implement gender equality. Now we are involved in the Community initiative EQUAL, we have a twinning project in the field of strengthening the institutional backing of equal opportunities policy within the framework of PHARE 2001 Programme. The Czech Republic is going to enter (in a few weeks) in the EU programme Community Framework Strategy on Gender Equality (2001 – 2005). The activities which are available for candidate countries are limited but after accession of the Czech Republic to the European Union there will be many possibilities how to promote gender equality in practice. We appreciate very much good practises and opportunity for exchange of experience. The most important factor is that with the influence of the European Union the general atmosphere in society will be much more favourable for gender equality.



Zugänge zu Geschlechtergerechtigkeit in Ost und West***Approaches to Gender Equality in East and West*****Summary:**

The wording of the title presupposes that differences in approaching gender equality do in fact exist between East and West and that these approaches can generally be ascribed to one particular part of Europe. I am convinced that continued attribution of differences between East and West runs contrary to women's best interests with regard to Europe. Although differences may be found, I would argue that they result mainly from the fact that forms of discrimination affecting women are more evident in Eastern and Central Europe, where legal systems have yet to be brought into line with those in the West. The harmonisation of legal norms accompanying EU accession thus represents an opportunity for women in the candidate countries. Western experience of implementing EU directives on gender mainstreaming shows, however, that women have to actively and politically seek to promote them, if their rights are to become real and not merely remain on paper. It is becoming clear that political involvement on the part of the women in both East and West will be a necessity in a united Europe and this should lead to their looking to international contacts in the previous feminist movement. Like the achievements of these first feminist movements these contacts have become forgotten. The work of archaeology in the context of respective national histories has mainly been performed in Western states. The existence of international networks similar to those being called for today demonstrate, however, that models of reference and traditions would be relevant in this field too. Such an orientation could provide an alternative to duplicating the East-West divide habitual to politics in post-war Europe and which the women's movement is adopting too when it raises the question of differences between East and West.

Die Formulierung dieses Titels setzt voraus, daß es in den Zugängen zu Geschlechtergerechtigkeit zwischen Ost und West Differenzen gibt und daß diese Zugänge sich für die jeweilige Seite Europas pauschal beschreiben lassen. Ich bin davon überzeugt, daß die Fortschreibung der Unterschiede zwischen Ost und West nicht im gesamteuropäischen Interesse von Frauen ist. Die Unterschiede lassen sich zwar finden, aber sie ergeben sich – so meine These – vor allem aus der Tatsache, daß in Ost- und Mitteleuropa die Diskriminierungsformen, die Frauen betreffen, deutlicher sind, weil die Rechtslage der westlichen noch nicht angeglichen ist. Die Rechtsangleichung infolge des EU-Beitritts stellt daher eine Chance für Frauen aus den Beitrittsländern dar. Die westlichen Erfahrungen bei der Implementierung der Gender-Mainstreaming-Richtlinien der Europäischen Union zeigen jedoch, daß die Frauen sich um diese politisch aktiv bemühen müssen, sonst bleiben sie nur ein geschriebenes und nicht ein gelebtes Recht. Die Notwendigkeit des politischen Engagements seitens der Frauen aus Ost und West, die sich in dem vereinigten Europa abzeichnet, müßte sie dazu veranlassen, nach internationalen Kontakten mit der ersten Frauenbewegung zu suchen. Diese sind in Vergessenheit geraten, genauso wie die Errungenschaften dieser ersten Frauenbewegung in den einzelnen Staaten. Die archäologische Arbeit im Rahmen der nationalen Geschichten ist zum großen Teil geleistet, vor allem im Westen. Die internationale Vernetzung, wie sie heutzutage angestrebt wird, zeugt jedoch davon, daß auch in diesem Bereich Bezugsmodelle und Traditionen von Bedeutung wären. Die Berufung auf diese könnte eine Alternative zu der Reproduktion der Ost-West-Grenze darstellen, die in Europa zur politischen Gewohnheit nach dem Zweiten Weltkrieg geworden ist und die auch von der Frauenbewegung übernommen wird, wenn sie die Frage nach den Unterschieden zwischen Ost und West stellt.

Über die Frauenbewegung und über das Verständnis des Feminismus läßt sich ohne die Berücksichtigung der übrigen Differenzen nicht sprechen. Sie entwickeln sich nicht entlang der Kategorie *Nation* oder *Grenze zwischen Ost und West*. Gerade in der Frauenforschung gilt die Erkenntnis, daß sie quer durch unterschiedliche soziale und politische Kategorien und Interessen führen, ähnlich wie Gender-Bewußtsein und überhaupt Geschlechterverhältnisse. Es zeichnen sich dabei wohl unterschiedliche Tendenzen ab, aber was bringt ihre Benennung? Wäre eine detailliertere Analyse von der ganzen Palette der Positionen mit ihren Vor- und Nachteilen nicht von einem größeren Nutzen? Ich will mit diesen Fragen andeuten, welche Schwierigkeiten damit zusammenhängen, wenn wir den gewohnten Teilungen in Europa folgen. Die Vermutung, daß es in Ost und West unterschiedliche Zugänge zu Geschlechtergerechtigkeit gibt, verbindet sich zu Recht damit, daß sich die zweite Frauenbewegung in Ost- und Mitteleuropa erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zu entwickeln begann. Ein gravierender Unterschied besteht jedoch nicht im Rahmen der Frauenbewegung, sondern in der Praxis der politischen Eliten in den Beitrittsländern.

Seine Darstellung ist ohne einen längeren zeitlichen Abstand nicht zu leisten. Eins läßt sich aber feststellen: Die Unterschiede hängen mit den Demokratisierungsprozessen in den einzelnen Ländern des ehemaligen Ostblocks eng zusammen. Die Demokratisierung begann nämlich in jedem von diesen Ländern dort, wo ihre Entwicklung durch den Kommunismus und seine Ideologie des Klassenkampfes, der Gleichheit und des Internationalismus nach dem Zweiten Weltkrieg (in Rußland mehrere Jahre früher) abgebrochen wurde. Dort, wo ethnische, nationale und religiöse Konflikte nicht ausgetragen, sondern ausgeblendet wurden, kam es zuerst zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, wie im ehemaligen Jugoslawien. Dort wo die Eigentumsfragen mit Vertreibung und Verschleppung in den Hintergrund gedrängt wurden, mußte man rechtliche Regelungen erarbeiten, wie in der Tschechischen Republik, Ungarn und Polen. Dort wo weiße Flecken internationale Beziehungen belasteten, mußten mehrere Unterrichtsstunden in Geschichte in den öffentlichen Debatten nachgeholt werden, wie in fast jedem dieser Länder. Parallel dazu entwickelt sich zusammen mit der Etablierung der neuen Macht in diesen Staaten ein intensiver Kampf um Symbole. In diese Mühle von Symbolkämpfen und von Auseinandersetzungen unterschiedlichster Natur geraten Frauen. Zum Teil beteiligen sie sich an diesen Prozessen als Bürgerinnen dieser Staaten, und zum Teil sind sie von ihnen als Objekte betroffen. Die Rolle der politischen Subjekte bleibt auch nach 1989 vorwiegend den Männern vorbehalten, was wohl an die Erfahrung von Frauen nach 1968 in Westeuropa erinnert. Sie werden immer noch nicht als eine politische Interessengruppe angesehen. Sie selbst sind sich dessen erst bewußt geworden, als sie ihre sogenannten Privilegien (Recht auf Abtreibung, Mutterschaftsurlaub, öffentliche Kinderbetreuung) im Zuge der Transformationsprozesse zu verlieren begannen. Nach über 50 Jahren des Kommunismus bzw. des Realsozialismus kehrte im Umgang mit den Geschlechtern die alte Tradition zurück. Die kommunistischen Losungen der sozialen Gleichheit drängten die Geschlechterungleichheit als ein bürgerliches Problem an den Rand. Diese Losungen wurden zwar in bezug auf beide Geschlechter zum beträchtlichen Teil realisiert, vor allem in der Zulassung der Frauen zu Bildung und Arbeit. Es geschah aber in einer besonderen Verquickung mit den traditionellen Auffassungen von Geschlechterrollen, wodurch keine größeren mentalen Änderungen möglich waren, wie wir es heute beobachten können. Die Doppelbelastung galt lange nach der politischen Wende von 1989 als eine besondere Leistung von Frauen, als Zeichen ihrer Emanzipation und nicht als ein strukturelles gesellschaftliches Problem.

Polen ist für den ganzen sogenannten Osten nicht repräsentativ, jedoch die radikale Annäherung seiner politischen Eliten an die katholische Kirche zeigt, daß die Rückkehr zu traditionellen Auffassungen von Geschlechtern in der sozialen Politik immer noch möglich ist, was sogar für die internationalen Beziehungen ausschlaggebend sein kann. Die zweite Frauenbewegung entwickelt sich in diesem Land seit der Debatte um das Anti-Abtreibungsgesetz, welches das polnische Parlament in den 90er Jahren eingeführt hat. Diese Bewegung versteht sich als ein Teil der Demokratisierung im westlichen Sinne, das heißt als Bemühung um die Geschlechtergleichheit, die durch Frauenförderung und rechtliche Formen erreicht werden soll. Sie begann mit Straßenmanifestationen gegen die Instrumentalisierung des weiblichen Körpers in politischen Auseinandersetzungen (Krakau, Warschau), mit außerakademischen Konferenzen zur Frauenforschung (Krakau) und mit der Gründung etlicher Nichtregierungsorganisationen (der heutige Stand ca. 300). Die intensive Entwicklung der Frauen-NGO's ergibt sich aus dem Engagement von Frauen, welches weit über die Positionierung in der politischen Szene hinausgeht. Hier bemühen sie sich um das gender-sensitive Denken, das in den politischen Parteien immer noch nicht anwesend ist. Dies tun sie in enger Verbindung des Aktivismus mit der akademischen Reflexion. Die Zusammenarbeit zwischen ihnen und den akademischen Kreisen wird bewußt gepflegt. Die Akademikerinnen, u.a. Jolanta Brach-Czaina, Małgorzata Fuszara, Maria Janion, Małgorzata Radkiewicz und Eleonora Zielińska, die unterschiedliche Disziplinen vertreten, vermitteln Feminismus als Ideen, die Freiräume für Unterschiede öffnen und welche der traditionellen Auffassung der Geschlechter das Prinzip der freien Wahl von Lebensmodellen entgegensetzen. Diese Ideen sind für Frauen insbesondere nach der 1989 politisch institutionalisierten Wende von Bedeutung, als die polnische Regierung sich um eine Anbindung an das traditionelle Wertesystem zu bemühen begann.

Eine der letzten Entscheidungen in diese Richtung war der Beschluß der Gemeinsamen Kommission von Regierung und Episkopat am 20. Januar 2003, dem Beitritts-Abkommen eine Zusatzklärung beizufügen, die den Schutz des „ungeborenen Lebens“, die Ehe als Gemeinschaft von Mann und Frau und den Schutz der heterosexuellen Familie garantieren soll, was die Einfrierung der rechtlichen Lage der bisherigen Frauen- und Familienpolitik bedeutet. Dagegen erhoben 13 Frauenorganisationen Protest in Form eines offenen Briefes an den Ministerpräsidenten Leszek Miller, in dem sie darauf hinwiesen, daß solche Bestimmungen die Unterstützung des Integrationsprozesses durch einen großen Teil der polnischen Gesellschaft gefährden könnten. In solcher Situation wirkt jede Dekonstruktion traditioneller Zusammenhänge als eine politische Tat, was ich am Ende meiner Ausführungen an einem Text von Bożena Umińska zu zeigen versuche. In bezug auf Polen kann man die These wagen, daß die Nichtregierungsorganisationen die neue Art Politik, etwa im Sinne Butlers, realisieren, weil sie unterschiedliche Frauengruppen vertreten, ohne sich dabei auf ein gemeinsames feministisches Subjekt zu beziehen.¹

¹ Butlers politischer Ansatz, den sie auf Grund der Kritik des Feminismus der Differenz formulierte, verbindet sich mit der Erkenntnis, daß mit der Dekonstruktion der Identität auch das politische Subjekt dekonstruiert wird: „Die Dekonstruktion der Identität beinhaltet keine Dekonstruktion der Politik; vielmehr stellt sie gerade jene Termini, in denen sich die Identität artikuliert, als politisch dar. Damit stellt diese Kritik den fundamentalistischen Rahmen in Frage, in dem der Feminismus als Identitätspolitik artikuliert wurde. Das innere Paradox dieses Fundamentalismus ist, daß er gerade jene ‚Subjekte‘ voraussetzt, fixiert und einschränkt, die er zu repräsentieren und zu befreien wünscht. Die Aufgabe ist nicht, alle und jede neue Möglichkeit qua Möglichkeit zu feiern, sondern jene Möglichkeiten zu reformulieren, die bereits existieren, wenn auch in kulturellen Bereichen, die als kulturell unintelligibel und unmöglich gelten. Würden die Identitäten nicht länger als Prämissen eines

Außerhalb der Frauenbewegung herrscht in Polen eine starke Abneigung gegen den Feminismus. Es ist nicht nur eine Folge der Frauenpolitik nach 1989, sondern verbindet sich mit der jahrhundertelangen Tradition der Geschlechterverhältnisse, die sich seit der ersten Teilung Polens von 1772 zu entwickeln begann und die noch in der Volksrepublik Polen, also nach 1944, ungestört fortbestehen konnte. Die Teilungen Polens (mit der dritten von 1795 wurde dieser Staat von der politischen Karte Europas gelöscht) führten dazu, daß sich der private Bereich in eine Ersatzöffentlichkeit verwandelte, in der die Erziehung der Kinder zum politischen Kampf um die nationale Unabhängigkeit wurde, zu einer Form der Teilnahme an geheimen Aktionen. Da Polinnen in der Rolle der Mütter und Erzieherinnen als politisch aktive Frauen galten, fühlten sie sich aus dem politischen Bereich nicht ausgeschlossen, sie kämpften nach ihrer Vorstellung zusammen mit den Männern als Gleichberechtigte um die Freiheit Polens.²

Aus dieser Zeit stammt der Mythos *Mutter Polin*, den Adam Mickiewicz³ in der Zeit des sich ankündigenden Novemberaufstandes von 1830–31 mit seinem Gedicht „An die Mutter Polin“ (Do Matki Polki) geprägt hat. Durch dieses Gedicht wurde die *Mutter Polin* zu dem Begriff, der bis heute immer wieder in unterschiedlichen politischen Konstellationen verwendet wird. Er lebt im nationalen Diskurs weiter und wird den Frauen in Polen als Ideal des weiblichen Engagements für das Allgemeinwohl aller Polen eingepreßt. Das Gedicht hat die Form eines Aufrufs an die Polinnen, ihre Söhne hart zu erziehen. Dieser Aufruf entstand in der Epoche, in der sich die Idee der Nation sehr intensiv entwickelte. Alle Versuche, sich gegen die fremde Herrschaft aufzulehnen, endeten mit einer Niederlage. Daher sollte jeder Sohn von seiner Mutter auch auf erfolglose Kämpfe vorbereitet werden, damit er jede Qual der Gefangenschaft und Schändung durch den Feind erträgt und auf Widerstand nie verzichtet.⁴ Genau wie die Heilige Maria Jesus erzogen hat, sollte auch die *Mutter Polin* ihren Sohn erziehen: zum „Martyrium“, wenn auch „ohne Auferstehung“.⁵ Sie müsse ihn auf die Begegnung mit dem Feind vorbereiten. Ihr wird beinahe die Rolle des Henkers des eigenen Kindes zugewiesen. Eine gute Basis für dieses Erziehungsprogramm bildete in Polen der

politischen Syllogismus fixiert und die Politik nicht mehr als Satz von Verfahren verstanden, die aus den angeblichen Interessen vorgefertigter Subjekte abgeleitet werden, so könnte aus dem Niedergang der alten eine neue Konfiguration der Politik entstehen.“(J. B.: Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main 1990, S. 218). Butler postuliert, auf die traditionelle, subjektbezogene Auffassung der Politik radikal zu verzichten. Ihre Idee des Politischen geht über den politischen Dualismus hinaus, in dem ein Raum nur für mehr oder weniger effektive Opposition vorgesehen ist. In ihrer Konzeptualisierung der Politik ist außer der Ablehnung des politisch konstruierten Subjekts, auch der englische Begriff politics von Bedeutung, der viel umfassender als Politik ist, weil er nicht nur Institutionen, sondern auch Verfahren und Mechanismen zur Einführung von angestrebten Zielen umfaßt.

² Vgl. Anna Barańska: *Kobiety w powstaniu listopadowym 1830–1831*, (Die Frauen im Novemberaufstand 1830–1831), Lublin 1998. Es ist ein Buch, das eine Forschungslücke zu der Teilnahme der Frauen am direkten Kampf während des Novemberaufstandes schließt. Bisher widmeten die Historiker den Frauen als Kämpferinnen in Polen nur gelegentlich etwas Platz. Barańskas Studie ist eine umfangreiche Arbeit, die sich nur auf die direkte Teilnahme von Frauen an dem Novemberaufstand konzentriert und damit die stereotypen Vorstellungen auflöst, daß Polinnen nur als Erzieherinnen politisch aktiv waren.

³ Adam Mickiewicz (1798–1858), der größte polnische Dichter, Publizist und politischer Aktivist, war mit Puschkina befreundet, kannte Goethe, hielt Vorlesungen über die slawische Literatur in Paris und über die römische in Lausanne, war Redakteur von „La Tribune des Peuples“. Seine Hauptwerke: „Grazyna“, „Konrad Wallenrod“, „Totenfeier“ und „Pan Tadeusz“. Sein Schaffen spielte eine sehr wichtige Rolle in der Zeit der Dreiteilung Polens und nach dem II. Weltkrieg. Es ist für die patriotische Dichtung repräsentativ und gehört zum Schulkanon.

⁴ Adam Mickiewicz: *An die Mutter Polin*. Übersetzt von Lahr und Dedecius. In: A. M.: *Dichtung und Prosa*. Ein Lesebuch von Karl Dedecius. Frankfurt am Main 1995, S. 256.

⁵ Ebenda.

Marienkult, den der polnische König Johannes III. Sobieski mit der Krönung der Heiligen Mutter Maria zur Königin Polens im Jahre 1656 begründet hatte.⁶ Dieser ideologische Mythos unterlag mehreren Wandlungen bis zu einer sehr reduzierten Form in den letzten Friedenszeiten, die Sławomira Walczewska „gastronomische Mutter“ nennt.⁷

Die Frauenbewegung, die man mittlerweile auch in Polen die erste Frauenbewegung nennt, entwickelte sich vor dem Zweiten Weltkrieg ähnlich wie in anderen Ländern.⁸ Sie verfügte über eigene Publikationsorgane („Bluszcz“, „Kobieta współczesna“) und Gruppen, um die sich Frauen mit unterschiedlichen politischen Optionen konsolidierten. Die meisten der Aktivistinnen und Denkerinnen versuchten – und das wäre vielleicht der wichtigste Unterschied zu anderen Ländern – den Kampf um Frauenrechte mit dem um die nationale Freiheit zu verbinden. Zu ihnen gehörten Klementyna Hoffmanowa, Narcyza Zmichowska und Maria Orzeszkowa. Frauenorganisationen, die sich nicht nur den nationalen Freiheitskampf, sondern auch Frauenrechte zum Ziel setzten, entstanden erst im 19. Jahrhundert. Zu ihnen gehörten u.a. der Frauenzirkel Kongreßpolens und Litauens (entstanden 1886), der Verein der Gleichberechtigung von Frauen (1907), von dem sich der radikale Flügel, der Verein der Gleichberechtigung Polnischer Frauen abspaltete. Der Radikalismus dieser letzten Organisation zeigte sich vor allem darin, daß hier Männer ausgeschlossen waren und daß sie offen mit dem Begriff Feminismus operierten. 1908 organisierte das Lviever Frauenwahlkomitee die Wahl einer Kandidatin zum Parlament Galiziens (Maria Dulębianka), um demonstrativ die politische Benachteiligung der Frauen zu zeigen. 1911 wurde ein Bürgerkomitee von Frauen gegründet. 1917 ist es zur Polnischen Vollversammlung, dem Frauenkongreß gekommen. Während dieses Kongresses wurde die Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen aufgestellt, welches sie 1918 bekamen. 1919 entstanden das Zentralkomitee der Gleichberechtigung und der Klub Politischer Frauen. Der Verband für Gleichberechtigung der Polnischen Frauen, der nationale Ideen vertrat, wie der Name selber zeigt, hatte durch seine Gründerinnen seit 1889 enge Beziehungen zur Internationalen Union der Gleichberechtigung von Frauen. Polnische Kontakte mit Frauen aus dem Ausland waren in der Zeit der politischen Nichtexistenz des Staates sehr wichtig. Auf internationalen Foren konnten die Polinnen ihre Forderungen formulieren. Dort sammelten sie die Erfahrungen, die von der Notwendigkeit eines Rechtsstaates im Kampf um Frauenrechte zeugten. Sie wußten, daß Frauen genauso wie Männer im besetzten Polen nicht frei sein konnten. In der ersten Frauenbewegung gab es unterschiedliche Strömungen, eine von ihnen vertrat Hoffmanowa, die in der romantischen Tradition der Mutterschaft, wie sie von Mickiewicz kreiert wurde, einen wichtigen politischen Dienst der Frauen im freien Polen sah. Vorkämpferinnen eines modernen feministischen Diskurses bildeten um diese Zeit wie heute eine Minderheit. Zu ihnen gehörte u.a. *Zofia Nałkowska* (1884–1954), die in *Bemerkungen über die ethischen Aufgaben der Frauenbewegung* von 1907 schrieb:

⁶ Das Vorbild für die Mutter sei die Mutter Gottes:
„O Mutter Polin, warne deinen Knaben!
Eil zu der Schmerzensmutter Gnadenort
Und sieh das Schwert, tief in ihr Herz gegraben:
So wird vom Feind auch deine Brust durchbohrt!“ (Adam Mickiewicz: An die Mutter Polin. Übersetzt von Karl Dedecius, in: A. M.: Dichtung und Prosa. Ein Lesebuch von Karl Dedecius, Frankfurt am Main 1995, S. 256).

⁷ Sławomira Walczewska: *Matka gastronomiczna*. In: *Pełnym głosem*. Kraków 1995, S. 54–57.

⁸ Vgl. dazu: Aneta Górnicka-Boratyńska (ed.): *Chcemy całego życia*. Antologia polskich tekstów feministycznych z lat 1870–1939. (Wir wollen das ganze Leben. Anthologie polnischer feministischer Texte), Warszawa 1999, und Sławomira Walczewska: *Damy, rycerze i feministki*. (Damen, Ritter und Feministinnen), Kraków 1999.

„Nicht die Not ist die Ursache oder das Hauptmerkmal der Prostitution, denn die Not finden wir in unterschiedlichsten Lebensbereichen; und der Körperhandel ist nicht nur ein Privileg der Prostitution, denn wir, die sogenannten ehrlichen Frauen, verkaufen auch in der Ehe sehr häufig sowohl den Körper als auch die Seele. Die Ursache der Prostitution sind wir selbst, wir, die ehrlichen Frauen, wir, deren Tugend, deren ethisches Ideal der Reinheit nur durch die Existenz der Prostitution bedingt wird. Wir wachsen wie künstliche Blumen im Sumpf – und wir können ohne Prostitution nicht auskommen, nicht die Männer. Die brauchen nur Weiber, wir aber eine Prostituierte.“⁹

Es ist ein Zitat aus Nałkowskas Rede anlässlich der Frauenversammlung zum 40. Jubiläum des Schaffens von Eliza Orzeszkowa, einer bekannten Vertreterin des polnischen Positivismus. Nałkowska sprach hier über die neue Ethik und über die neue Frau. Sie postulierte die Umwertung aller bisherigen Urteile über Frauen, die ihnen im Wege zu deren Solidarität stehen. Einer der wichtigsten Aspekte der Gleichberechtigung von Männern und Frauen war nach ihr die freie, nicht mehr von Männern normierte weibliche Sinnlichkeit. Diese Idee vertrat sie nicht nur politisch, sondern wählte sie auch immer wieder als besonderes Thema und Motiv ihrer literarischen Werke. Sie ist die erste Frau in Polen, die über die Sexualität und über das weibliche Begehren offen sprach. Zu den modernen Denkerinnen gehörte auch Irena Krzywicka (1899–1994), die über die Menstruation schrieb. Als eine der wenigen Frauen kritisierte sie Männer für die Welt, in der die Frauen Schwierigkeiten haben, aus der ihnen anezogenen Passivität herauszukommen. „Das Begreifen der Besonderheit und Erkennen von Konsequenzen, die sich daraus ergeben, scheint für Frauen sehr schwer zu sein“, schreibt sie unter anderem. „Die Frauen haben das Schauen durch die männliche Brille gelernt, die ihnen von Männern mit Gewalt aufgesetzt wurde. Sobald sie diese Brille wegwerfen, stehen sie da, ratlos und verblendet. Sie sind gewohnt, die Welt in bestimmten Schemata zu sehen, die typisch für männliches Denken sind. Jetzt müssen sie sich sehr anstrengen, um in jedem Bereich eigenes Schauen zu entwickeln.“¹⁰ Krzywicka klagt darüber, daß es an selbstbewußten Frauen mangelt, was sie an vielen Reaktionen auf ihre eigenen Grenz- und Normüberschreitung erkennen konnte. Kazimiera Bujwidowa (1867–1932) entwickelte dagegen kein alternatives Lebensmodell, sondern kämpfte um die Zulassung der Frauen zu Universitäten. In der Hochschulausbildung sah sie eine Garantie für die Entwicklung einer Identität, die weit über die männliche Bestimmung der Frauen zur Weiblichkeit hinausgehen kann. In diesem Kontext interpretierte sie Weiningers „Geschlecht und Charakter“. Sie sah in ihm einen Mann, der sich nach dem Menschen in den Frauen sehnte. Damit erklärte sie seinen Haß gegenüber der Weiblichkeit, die sich nach seiner Auffassung mit biologischen Funktionen des Weibchens deckt. Ihre Worte zur Gleichberechtigung von Frauen grenzen stellenweise an die Idee der modernen Auflösung der Geschlechterdifferenz:

„Dann wird das Geschlecht der Frau für den Mann nie der Grund zum Schimpfen, auch nicht zur Dankbarkeit, es verschwindet von alleine, wie die privilegierten Frauen. Mit der Anerkennung der Sonderbarkeit der Frau, ihrer Souveränität als Individuum muß konsequenterweise ihre Berechtigung zu allen Bereichen kommen, wo sie keine Rechte hat. Die formelle Gleichstellung der Frau entweder durch politische Rechte oder durch ökonomische Unabhängigkeit allein löst übrigens keine Frauenfragen und beseitigt nicht ihre Benachteiligung.“¹¹

⁹ Zofia Nałkowska: Uwagi o etycznych zadaniach ruchu kobiecego. (Bemerkungen über ethische Aufgaben der Frauenbewegung), in: Aneta Górnicka-Boratyńska: Chcemy całego życia, Warszawa 1999, S. 325.

¹⁰ Ebenda, S. 342.

¹¹ Ebenda, S. 299.

Die zweite Frauenbewegung konnte an diese Gedanken nicht anknüpfen, weil sie in Vergessenheit gerieten. Sie wurden erst im Jahre 2000 durch die Veröffentlichung der zitierten Anthologie unter dem Titel „Chcemy całego życia“ (Wir wollen das ganze Leben) in Erinnerung gebracht. Bis heute liegt immer noch keine Monographie über die Geschichte der ersten polnischen Frauenbewegung vor.

Die hier angeführten modernen, sich erst anbahnenden feministischen Diskurse, die in der ersten Frauenbewegung eine Rarität darstellten, sind durch den Zweiten Weltkrieg und durch den Kommunismus abgebrochen. Der Traditionalismus in Frauenfragen konnte im Nachkriegsregime weiter existieren. Da die polnische intellektuelle Elite im Zweiten Weltkrieg zum größten Teil von den deutschen und von den russisch-sowjetischen Besatzern ermordet wurde, und die Überlebenden als politisch gefährlich aus ihren Berufen gedrängt, wenn nicht inhaftiert wurden, mußte man andere soziale Schichten für die Arbeit in den Gerichten, in der Verwaltung und in anderen öffentlichen Bereichen mobilisieren. Es wurden viele Schnellkurse für Bauern, Arbeiter und Soldaten organisiert, auch solche, in denen man lesen und schreiben lernte. Diese gesellschaftlichen Gruppen transportierten in die Öffentlichkeit ein sehr traditionelles Lebensmodell. Die progressiven Ideen zu Geschlechterverhältnissen wurden verdrängt. Im Zuge der beruflichen und politischen Mobilisierung konnten andererseits aber viele Frauen eine Ausbildung erhalten, die vor dem Zweiten Weltkrieg nur wenige genießen konnten. Man spricht heutzutage sogar vom Zwangsfeminismus in der stalinistischen Ära. Es wurden Kinderkrippen und Kindergärten eingerichtet. Frauen, die behinderte Kinder zur Welt brachten, konnten einen bis zu 10 Jahre langen Erziehungsurlaub erhalten, ohne ihre Arbeitsstelle zu verlieren. Ein reiches Material, an dem man diese Prozesse beobachten kann, sind Filme, in denen in einer leichten Form, oft komisch und sentimental anmutend, für die Berufstätigkeit aller Frauen und Mütter plädiert wird. Diese Filme wurden im Westen in bezug auf die Frauenproblematik oft als sehr fortschrittlich eingestuft (zum Beispiel „Abenteuer in Mariensztat“ aus den 50er Jahren). Die Propaganda entwickelte sich unter der Losung „Frauen auf die Traktore“ bis in die 60er Jahre, als die Arbeitsplätze wieder knapp wurden. In den 60er Jahren wurden Ideen über den sozialistischen Wohlstand entwickelt, nach denen die Mütter ihre Kinder persönlich erziehen sollten, ohne sie in die Krippen oder Kindergärten schicken zu müssen. In der Verfassung der Volksrepublik Polen war zwar die Gleichberechtigung der Geschlechter durch den Artikel 78 garantiert, aber in ihr gab es auch Paragraphen, die die Doppelbelastung der Frauen förderten. Unter anderem lesen wir dort: „Die Volksrepublik Polen fördert die Stellung der Frauen in der Gesellschaft, vor allem die der Mütter und der berufstätigen Frauen“.¹² Diese Doppelbelastung der Frauen entsprach der Vorstellung, die Frau solle Genossin ihres Mannes im privaten Bereich und im Klassenkampf sein. Diese Doppelbelastung war nicht eine Idee an sich, sondern erfüllte zwei Funktionen: eine ökonomische auf dem Arbeitsmarkt, auf dem nach dem Kriege männliche Arbeitskräfte fehlten, und eine demographische. Der Bevölkerungsmangel in den ehemaligen deutschen Gebieten (Masuren, Pommern, Schlesien) sollte durch eine erhöhte Geburtenrate ausgeglichen werden. Dieses Defizit konnte nur zum Teil durch die Völkerverschiebung aus den ehemaligen Ostgebieten Polens, die nach 1945 den Sowjets zufielen, ausgefüllt werden. Zu der neuen Bevölkerungspolitik gehörten unter anderem die Aufrechterhaltung

¹² Konstytucja Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej. Uchwalona przez Sejm w dniu 22. Lipca 1952 roku, Warszawa 1985, S. 48.

des Abtreibungsgesetzes von 1932, welches wie das heutige die Abtreibung aus drei Gründen zuließ: medizinische Indikation, Vergewaltigung und Ausnutzung der Abhängigkeitsverhältnisse, wie Inzest. Zu dieser Politik gehörte auch die Auszeichnung der Mütter von mehreren Kindern. In den Jahren 1947–52 zeichnete Bolesław Bierut Mütter von mehr als 10 Kindern mit dem Verdienstkreuz aus (unter anderem Magdalena Szymanowska als Mutter von 20 Kindern und Julia Sowinska als Mutter von 11 Kindern und Sekretärin der Frauenliga in Pilica). Die Haltung der katholischen Kirche in bezug auf die Mutterschaft entsprach den politischen Tendenzen bis zum *Tauwetter*, das heißt bis 1955. Auf einer Tagung der Posener Gesellschaft der Ärzte 1948 betonte Dr. Henke: „[...] die Mutter, die schwangere Frau, befindet sich heute an der ersten, der Frontlinie, wie ein Soldat, Polizist, eine Krankenschwester, und sie opfert so manches Mal ihr Leben für ihr Kind auf“.¹³ Die Mutterschaft wurde wieder zu der wichtigsten Heldentat der Frauen nach dem Krieg erklärt und das sogenannte Gemeinwohl der Gesellschaft stand wieder im Vordergrund. Jede bürgerliche Initiative von unten zugunsten einer Gruppe galt als Staatsverrat. Die sich herausbildende antikommunistische Opposition dachte in ähnlichen Kategorien, obwohl sie ein anderes Gemeinwohl der Gesellschaft meinte. Hier galt jedoch auch die Einheit als Oberprinzip des politischen Engagements. Sogar die patriotische Erhebung von 1980/81 schrieb das homogene Bild der polnischen Nation fort. Männer und Frauen hatten gemeinsam an einer Front um die Reformierung und um die Befreiung vom Kommunismus in der *Solidarność*-Bewegung zu kämpfen. Ihr freiwilliger Einsatz für die polnische Nation hielt bis zur Wende 1989 an. Erst mit der neuen politischen Gewaltenteilung nahm er ein Ende. Die politische Macht war in der polnischen Kultur – und nicht nur in ihr – nie eine gemeinsame Angelegenheit der Geschlechter. Dies war eine der Grunderkenntnisse vieler Frauen, als sich die neuen Machtverhältnisse zu konstituieren begannen. Sie wurden in den Transformationsprozeß nicht als ein politisches Subjekt aufgenommen. Diese Situation veränderte sich bis heute nicht, trotz der Bemühungen der polnischen Regierung um den EU-Beitritt. Frauen bilden seit der Wende eine Art Projektionsfläche für traditionelle Werte, von denen man sich eine Stabilisierung in bewegten Zeiten verspricht.¹⁴ Obwohl Polen internationale Dokumente (unter anderem 1995 „Platform for Action“) unterschrieben und sich damit sowohl zur Verbesserung der Lage von Frauen in 12 Lebensbereichen als auch zur Unterstützung der feministischen Forschung sowie der Einführung der gender-sensitiven Edukation auf allen Bildungsebenen verpflichtet hat, wurden bisher keine entsprechenden Maßnahmen getroffen, die dies institutionell ermöglichen würden.

Die heutigen NGOs bilden nicht nur ein politisches Forum für Frauen, sondern auch einen Bereich, in dem sich die feministische Forschung entwickeln kann.¹⁵ Die Pionierarbeit auf

¹³ Vgl. Nowiny Iekarskie. H. 2, 1948.

¹⁴ Darin unterscheidet sich Polen kaum von anderen postkommunistischen Ländern. Als Gruppe werden Frauen in Entscheidungsgremien kaum aufgenommen. Eine wichtigere Rolle als die Frauen spielen dort die von den neuen Machtstrukturen kreierten Symbole, die nicht ohne Einfluß auf das Leben von realen Frauen bleiben. Eine ähnliche Tendenz läßt sich aber auch in den Machtstrukturen der EU beobachten.

¹⁵ Gender Studies an der Warschauer Universität werden ausschließlich aus Drittmitteln finanziert, um die wir uns als Leitung selbst kümmern müssen. Die strukturelle Einbindung in die Universität ist uns dabei nicht immer behilflich, weil wir uns als Nicht-NGO um institutionelle Unterstützung seitens der Stiftungen nicht bemühen dürfen.

diesem Gebiet leistete eFKa, eine Krakauer Nichtregierungsorganisation (Fundacja Kobiece – Frauenstiftung) von Sławomira Walczewska, die Anfang der 90er Jahre interdisziplinäre Konferenzen zu ausgewählten Themen organisierte. Bis 1997 veröffentlichte eFKa eine Publikationsreihe mit den Konferenzbeiträgen, zuerst unter dem Titel „Głos mają kobiety“ (Frauen haben das Wort)¹⁶ und dann „Pełnym głosem“ (Mit voller Stimme). In diesen Veröffentlichungen dominieren Themen, die in Polen in permanenter Rücksicht auf das Gemeinwohl der Gesellschaft jahrzehntelang ausgeblendet wurden – wie Sinnlichkeit, weibliche Identität, lesbische Beziehungen – oder die nach der politischen Wende von 1989 zu heiklen Fragen erklärt wurden – wie Abtreibung, Frauenaktivitäten in „Solidarność-“ und Gewalt in der Familie – oder erst im Zuge der Transformation heikel geworden sind – wie Arbeitsstellen für Frauen, ihr Alter bei der Einstellung, berufliches und politisches Engagement von Frauen. In den meisten Beiträgen wird die mangelnde Präsenz von Frauen in der polnischen Kultur, Politik und Geschichte konstatiert. Verantwortlich dafür werden vor allem Stereotype der Weiblichkeit in der polnischen Gesellschaft gemacht, die mit dem ideologischen Mythos *Mutter Polin* in engem Zusammenhang gesehen wurden. Diese Texte sind vorwiegend Ergebnisse von Beobachtungen der Situation der Frauen nach 1989. Um die Einführung westlicher Ideen in polnische Veröffentlichungen bemühte sich u.a. der Warschauer feministische Kreis um OSKa (NGO-Informationszentrum der Frauenaktivitäten). Er organisierte zu diesem Zweck Diskussionsabende „Spotkania feministyczne“ (Feministische Zusammenkünfte) zu ausgewählten Konzepten und abschließend veröffentlichte er ein kleines Bändchen mit kurzen Fragmenten ausgewählter Werke von Ann Snitow, Susan Falludi, Naomi Wolf, Judith Butler, die mit Vorworten polnischer Forscherinnen versehen wurden. Das Buch wurde aus Mitteln der holländischen Botschaft gedruckt und durfte daher nicht auf den Buchmarkt gebracht werden. So kursierte es nur unter Frauen, die am Feminismus direkt interessiert waren. Im Jahre 1996 erschienen im 4. Heft des Krakauer „Pełnym głosem“ ein Artikel über Lucy Irigaray und darüber, wie die Geschlechterdifferenz gedacht werden kann. Ein Jahr später, im 5. Heft erschienen die ersten Texte über Kristevas Konzepte. Diese Publikationen haben vor allem einen deskriptiven Charakter und zusammen mit Maggie Humms „Dictionary of Feminist Theory“ in der Übersetzung von Bożena Umińska aus dem Jahre 1993 stellten sie die erste Reihe von Texten dar, die in Polen intensiv gelesen wurden, vor allem von den Frauen – das sei hier noch einmal betont – die selber in die Frauenbewegung involviert waren. Die Verflechtung der neuen Ideen mit den politischen Erfahrungen der polnischen Frauenorganisationen von heute bewirkt, daß die Formulierungen zu Geschlechtergerechtigkeit sich von denen in den Ländern, die vom Kommunismus nicht betroffen waren, nicht unterscheiden. In den öffentlichen Debatten und wissenschaftlichen Publikationen läßt sich nur beobachten, daß Vergleiche der Situation der Frauen mit anderen benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen gezogen werden wie beispielsweise in den USA, was historisch bedingt ist.

¹⁶ 1993 erschien in deutscher Sprache eine Auswahl von Beiträgen aus dieser Reihe: Beata Kozak und Sławomira Walczewska (ed.): Frauen haben das Wort. Dokumentation der feministischen Märztagungen in Krakau, Krakau/Hamburg 1993.

Mein erstes Beispiel ist das Buch „Wypowiadam wam moje życie. Melancholia Zuzanny Ginczanki“ von Agata Araszkiewicz. Der genannte Titel ist schwer ins Deutsche zu übersetzen, weil er doppeldeutig ist. Mit „Wypowiadam wam moje życie“ denkt man sowohl „Ich erzähle euch mein Leben“ als auch „Ich kündige euch mein Leben“. Die zweite Bedeutung wird in Verbindung mit dem Untertitel „Melancholie von Zuzanna Ginczanka“ verständlicher und klarer. Araszkiewicz zeigt in ihrer Studie das Schicksal und Schaffen einer polnischen Dichterin jüdischer Abstammung, die 1917 geboren und 1943 durch Denunziation ihrer polnischen Vermieterin den Deutschen ausgeliefert wurde. Sie war aus Kiew, ihrer Heimatstadt, nach Warschau gekommen, wo sie studieren und sich als polnisch schreibende Frau etablieren wollte. Polnisch war die Sprache, die sie für ihre Gedichte bewußt gewählt hatte. In Warschau wurde sie zum ersten Mal mit orthodoxen Juden konfrontiert. Obwohl sie zu ihnen nicht gehörte, wurde sie von vielen Polen im Zusammenhang mit ihnen gesehen, vor allem in der Konstatierung ihrer Schönheit. Die Polen betonten ihre klassisch jüdische Schönheit. Obwohl sie in der Warschauer Boheme beliebt war, fühlte sie dadurch zunehmende Isolation und Einsamkeit. Sie verzichtete auf das Studium, nachdem der Rektor der Warschauer Universität das sogenannte Bankghetto eingeführt hatte, durch das die jüdischen Studierenden von den polnischen getrennt werden sollten. Trotz ihrer ständigen Versuche, sich den Zuschreibungen jeglicher Art zu entziehen, gelang es ihr weder vor ihrem Judentum noch vor ihrer Weiblichkeit zu fliehen. An ihrem Schicksal konnte Araszkiewicz die Verschränkung von beiden Aspekten analysieren. Das, was Araszkiewicz in ihrer Monographie leistet, ist mehr als archäologische Arbeit. Es ist eine analytische Darstellung von Identitätsdiskursen, die die nationale und geschlechtliche Zugehörigkeit durch Zuweisungen zu einem tragischen Schicksal verbinden. Am Rande sei noch gesagt, daß Araszkiewicz sich in ihrer Studie auf die Grundbegriffe ihrer Professorin Maria Janion stützt und an ihre Umgangsweise mit den Texten anderer Frauen anknüpft, indem sie die kleinsten Bemerkungen zitiert, die jemals zu Werken oder zu Phänomenen, die sie analysiert, gedruckt oder mündlich von Frauen formuliert wurden. Auf diese Weise baut sie textuell mit anderen Schülerinnen von Janion an einem intellektuellen Frauennetzwerk. Es ist eine Praxis der Gleichberechtigung der intellektuellen Praxis von Frauen, die mir aus meinen deutschen Lektüren nicht bekannt ist.

Mein zweites Beispiel, das die Fragen des Feminismus und der Frauenproblematik im allgemeinen mit dem Umgang mit der jüdischen Kultur in Polen verbindet, ist der Artikel von Bożena Umińska. Sie ist Literaturkritikerin und Dichterin, die ihre Lyrik unter dem künstlerischen Namen Bożena Keff publiziert. Der Artikel heißt „Nation von Natur aus existentiell, Geschlecht von Natur aus metaphysisch“. Er erschien 1999 in dem Heft der „Republika Nowa“, das dem Antisemitismus gewidmet war. Die Autorin beschreibt in ihm Ähnlichkeiten zwischen den antifeministischen und antisemitischen Diskursen in Polen. Sie ist die Erste in Polen, die so vorgeht. Sie wählt dafür den Roman „Vorfrühling“ von Stefan Żeromski, der seit Jahrzehnten eine Schullektüre in Polen ist. Umińska unterzieht ihn einer Re-Lektüre, indem sie sich auf jüdische Motive konzentriert, die in den Schulinterpretationen stillschweigend überlesen werden. Das Ergebnis der Untersuchung ist, daß der Roman etliche antisemitische Bilder enthält, die so überlesen wurden und werden, wie heute die frauenfeindlichen Sätze, zum Beispiel in den Texten des angesehenen Publizisten Krzysztof Mętrak. Während das Überlesen der antijüdischen Beschreibungen und Sprüche heute kritisch gesehen werden muß, werden die frauenfeindlichen Äußerungen immer noch verharmlost. Umińskas Thesen wurden von zwei Autorinnen angegriffen, die untereinander die Aufgaben eingeteilt haben. Die Philosophin Agata Bielik-Robson griff Umińska für die Kritik Żeromskis an, indem sie

darauf hinweist, daß sie als Intellektuelle ihre Rolle verfehle, weil sie den nationalen Kanon angreift. Sie sei daher eine Fremde in der polnischen Kultur. Dies bekommt eine besondere Bedeutung, wenn man weiß, daß Umińska jüdischer Herkunft ist und in dem Historischen Jüdischen Institut arbeitet. Agnieszka Kołakowska kritisiert Umińska indirekt, indem sie die Gender Studies an der Warschauer Universität als Quelle des Bösen angreift. Der Fall Umińska gilt ihr zur Exemplifizierung dieser These, weil sie dort literaturwissenschaftliche Seminare anbietet. Der Kreis schließt sich. Der Mechanismus, den Araszkiewicz in ihrem Buch über Ginczanka beschreibt, erscheint hier in einer neuen Form.

An diesen Beispielen hoffe ich gezeigt zu haben, daß es in Polen ähnliche Probleme mit dem Feminismus gibt, wie überall. Einerseits muß man immer noch die Aufklärungsarbeit leisten, andererseits versucht man an seiner Entwicklung weiter zu arbeiten, im Anschluß an die westlichen Diskurse. Die politischen und institutionellen Schwierigkeiten, die ich am Anfang betont habe, provozieren bei vielen Frauen immer noch den Gedanken, daß die Frauenbewegung ein feministisches Subjekt brauche. Zur Zeit läuft im Internet eine Diskussion zur Gründung einer Frauenpartei. Die Verwirklichung dieser Idee würde bedeuten, daß die Phase, die mit der Kritik des feministischen Subjekts übersprungen zu sein schien, sich nicht vermeiden läßt. Hoffentlich läßt sich das durch den EU-Beitritt Polens vermeiden, weil die Frauen sich gemeinsam für die Implementierung der Richtlinien zur Geschlechtergleichheit einsetzen werden, um eine mentale und nicht nur eine statistische Änderung zu bewirken.



v. l. n. r.: Annette Jünemann,
Ute Gerhard,
Bożena Choluj



Czech Labour Market – Some Gender Aspects**Der tschechische Arbeitsmarkt – einige Aspekte zur Geschlechterproblematik****Zusammenfassung:**

Der tschechische Transformationsprozeß zu einer Marktwirtschaft ging einher mit umwälzenden Veränderungen im gesellschaftspolitischen System. Solche Veränderungen wirken sich gewöhnlich unterschiedlich auf gesellschaftliche Gruppen aus. In bezug auf das Geschlechterverhältnis deuten zahlreiche soziale und wirtschaftliche Daten seit 1989 auf einen alarmierenden Trend hin: Männer profitierten vom postkommunistischen Transformationsprozeß ungleich mehr als Frauen.

Das asymmetrische Geschlechterverhältnis wird in dem Beitrag deutlich gemacht an den schlechteren Bildungsabschlüssen von Frauen, der höheren und längeren Arbeitslosigkeit von Frauen, am vertikal und horizontal segregierten Arbeitsmarkt und den Lohnunterschieden, die mit höheren Abschlüssen sogar noch steigen. Trotz der sehr hohen Vollzeit-erwerbstätigkeit der Tschechinnen liegt die Zuständigkeit für Haushalt und Familienarbeit fast ausschließlich bei den Frauen. Seit der Wende wurde das Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung stark reduziert.

Für diese Entwicklungen war die Regierung bis Ende der 90er Jahre blind. Die seit 1998 unternommenen Schritte – Gleichstellungsreferat, interministerielle Fachkommission, Gleichstellungsstellen in den Ministerien – waren bislang völlig unzureichend, weil sie personell und finanziell zu schlecht ausgestattet sind und über keine Instrumente zur Durchsetzung ihrer Politik verfügen.

In the period from 1989, virtually no facet of life and no social institution in the Czech Republic have remained untouched by the vortex of social change following the fall of communism. Labour markets have not been an exception. The transition to a Czech version of "market economy" along with fundamental changes of the socio-political system have had a profound impact on their character and structure. Since profound social changes usually have different implications for different social groups it is important to keep an eye on this aspect of the Czech society's "transition-to-freedom." It is even more urgent considering that various social and macroeconomic indicators suggest alarming trends in the process of reconstitution of gender relations in the Czech Republic after 1989. While a few would dispute that the end of communist nightmare brought the people new freedoms and opportunities, it seems that men have profited from the post-communist transformation disproportionately more than women have.

This is particularly relevant in light of the fact that, with the end of communism, the Czech Republic is also said to be returning back to the family of democratic countries. That means, returning not only to a certain level of economic development, but also to certain social, cultural and labour market values and policies. Gender equality is, of course, one of the most important issues. Its overall aim to change the current unequal gender regime, which systematically works to the advantage of one gender, men, is one of the key challenges for any democratic society.

Existence of a wide range of gender inequalities is today a widely accepted fact and most democratic governments take all kinds of measures to improve the social standing of women and level the playing field. The EC is no exception.¹ Given the Czech government's

¹ See Article 2, 3, 13, 141 of the Treaty establishing the European Community and a host of Council Directives (75/117/EEC, 76/207/EEC, 79/7/EEC and so on).

effort to join the EC, one could, therefore, reasonably expect that gender issues would have a prominent place also in the Czech Republic's post-communist transformation. This expectation is further belayed by the fact that the Czech Republic undersigned the UN's Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW) in March 1982² as well as the Beijing Declaration adopted during the 4th World Conference on Women (Beijing, September 1995).

However, despite all the international commitments and rhetoric of public service, gender equality was a non-issue for Czech politicians until the late 90's. Needless to say, that since then things changed quite slowly. But that is not the focus of this paper. Here, we want to present some of the Czech labour indicators concerned with gender equality.

First, let's briefly review some of the features of the current female labour in the Czech Republic as summarised by Cermakova et al. (2000). The features are "long-term, multi-generational employment of women ... women working full-time (i.e., 42.5 hours per week) predominate (i.e., more than 90%) ...the traditional model of woman in a household is marginal (a maximum of 1% of women in the economically active age)" (p. 21). The authors (Cermakova et al., 2000) also mention an ILO study indicating that 80% of Czech women worked more than 40 hours per week in 1996, i.e. "the average number of hours spent at work per year is the highest compared to OECD countries" (p. 21).³ An overview of male and female employment indices is presented in Table 1.

Table 1. Employment indices (2001)

	Women	Men	Women
Total number	5,264,218	5,005,508	51.2 %
Economically active	2,289,800	2,881,400	44.3 %
Economic activity rate (15-59)	67.1 %	82.3 %	
Economically inactive (15 years of age +)	2,175,400	1,269,200	63.1 %
Employed	2,063,400	2,686,800	43.8 %
Unemployment rate	9.9 %	6.8 %	

Source: Czech Statistical Office, Focused on women/men, 2002a.

We may add that female employment has been very stable in the Czech Republic over the last several decades ranging between 44 and 46%. It is slightly above the EC average of 42% in 2000 (Paoli & Merlié, 2001). However, with respect to education, Czech labour force lags way behind the EC levels. For example, according to the Czech Statistical Office – CSO (2002a), there are only 12% of women and 14% of men aged 30–34 who have tertiary education in the Czech Republic, compared with 24% for both women and men of this age group in the EC (Paoli & Merlié, 2001) (see Chart 1⁴).⁵

² The Convention was adopted by Parliament as part of the legal order only in 1987. Subsequently, it became also part of the legal order of the newly founded Czech Republic after 1993.

³ Krizkova (2000) reports that "only 11% of 'European women' but more than half of Czech women work in their paid job more than 40 hours a week" (our translation) (p. 5).

⁴ Sources: Czech Statistical Office, Focused on women/men, 2002a. Paoli & Merlié, 2001.

⁵ These data should be interpreted cautiously, though, since tertiary education has meant something different in the Czech Republic than in the EC. Up to the end of the 90's, one could graduate only after 4–5 years of study with a M.A. degree in the Czech Republic contrary to the EC with its two-step system (B.C. and M.A. degrees).

Chart 1. Tertiary education of women and men by age group, 2001

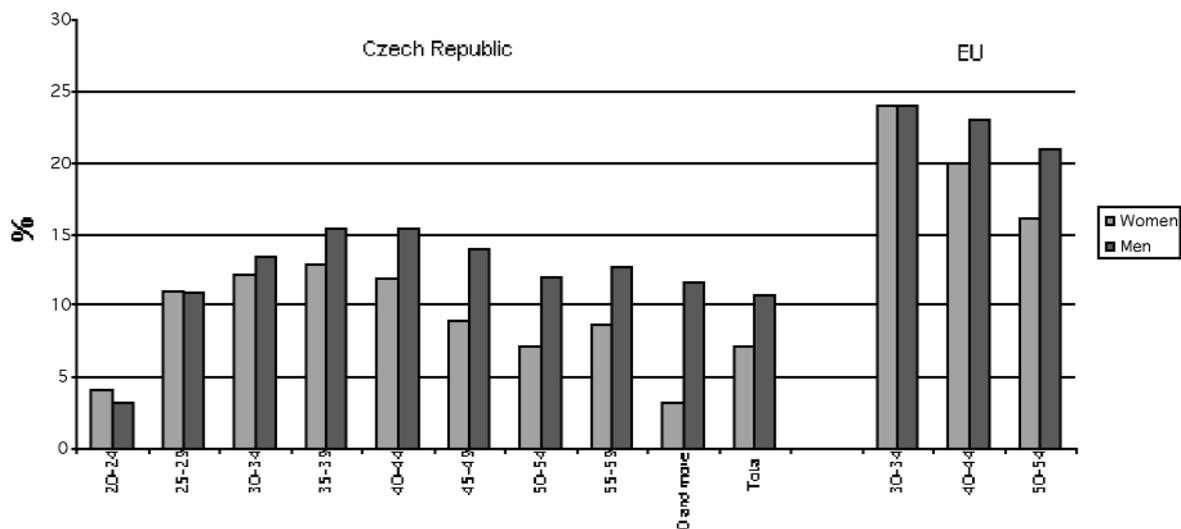


Chart 2. Labor force in the NE by education

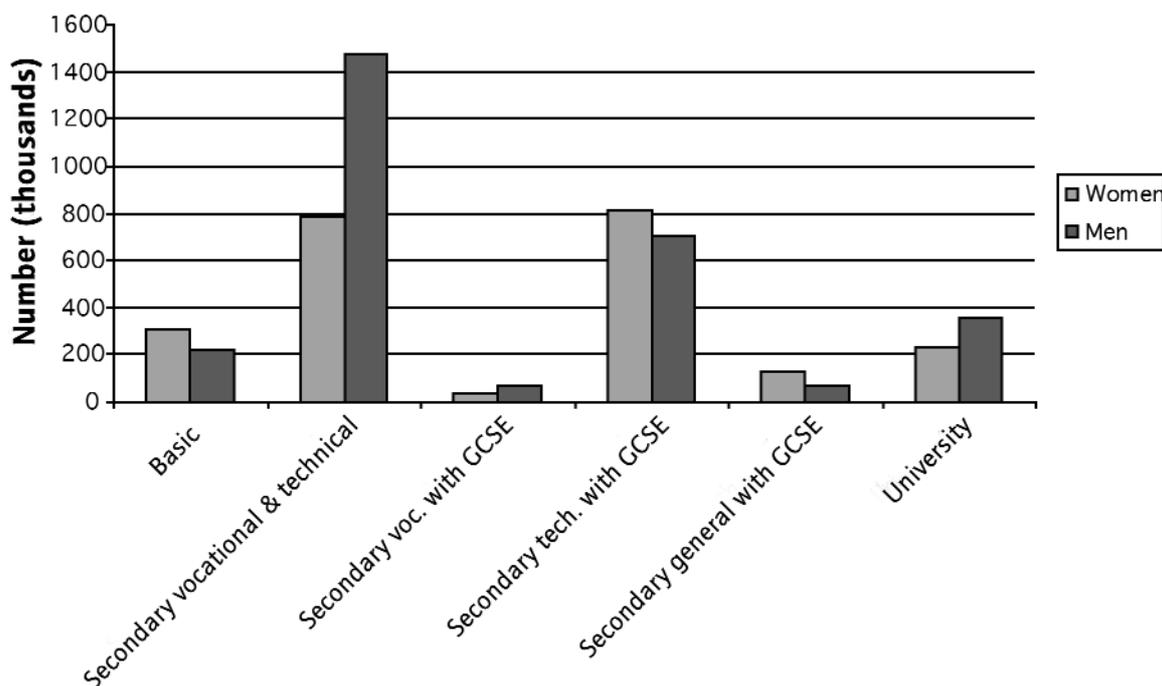


Chart 2⁶ offers a break-down of the labour force by education and sex.⁷ It is relevant to mention in this context that women make only about 32% of the people receiving continuously vocational training in the Czech Republic (CSO, 2002b).

⁶ Source: Czech Statistical Office, Statistical yearbook of the Czech Republic, 2002b.

⁷ Gender dynamics are also apparently in the application procedure for the work at university. In the academic year 2000/2001, more women (55%) applied than men (45%), but more men were employed (55%) (Cermakova, 2002).

Both women's and men's unemployment numbers kept increasing over the last decade, but the rate of increase was consistently higher for women. This underscores the importance of paying close attention to the dynamic dimension of gender inequalities (see below). One should also be cautious when interpreting official data since they are very likely to underestimate significantly the rates of women's unemployment. Women's strategies of dealing with a bad job market, such as extending parental leave, tend to make some forms of female unemployment invisible to official statistical methods. It is revealing, for example, that women make 98% of the 344,600 economically inactive people, i.e. people who are not counted as a part of the labour force and who therefore do not enter into the calculation of the unemployment rates, who attribute their inactivity to "caring for family or being a housewife". A simple calculation shows that if we assume the same level of economic inactivity for women and men in this category (i.e. 5,500 people) and even concede that 1% of women pursue the traditional model of woman in a household (3,446 people) (Cermakova et al., 2000) female unemployment climbs to 23% if we count the rest as a part of the labour force. That is, it more than doubles.

Significantly, there are also 20% more women among the long-term unemployed than there are men (Evaluace Ex-ante, 2001) and gender is an important variable in the unemployment of fresh graduates. Women made 66% of unemployed in the group with vocational training and 60% in the group with bachelor degrees in 1999 (Souhrnna zprava, 2000).

If we turn now to the division of labour by gender some other typical patterns emerge. For example, Chart 3 and Chart 4⁸ summarise employment in the national economy according to the CSO data (2002a). Not surprisingly, men predominate in typical "male" job categories like "management", "craft" or "machine-operator" and national-economy sectors like construction, mining or manufacturing. Women are more likely to work in education, health and social-work sectors and tend to occupy lower level jobs. With respect to status of employment, men make 77% of all the employers, 71% of all the "own-account" workers and 74% of legislators, senior officials and managers. Cermakova et al. (2000) also report that men control 73% of all the managerial positions. On the other hand, women account for 78% of contributing family workers. In other words, there is substantial horizontal and vertical segregation of the national economy in male and female domains.

Women are also significantly underrepresented among entrepreneurs in the national economy's civil sector making only 27% of the total 689,300 people. Further, women tend to aggregate in the arguably less lucrative fields of business like education (47%), health or social work (60%) and men dominate construction business (97%), transport and communications (91%).

⁸ Source for both Charts: Czech Statistical Office, Focused on women/men, 2002a.

Chart 3. The employed in the national economy by job classification

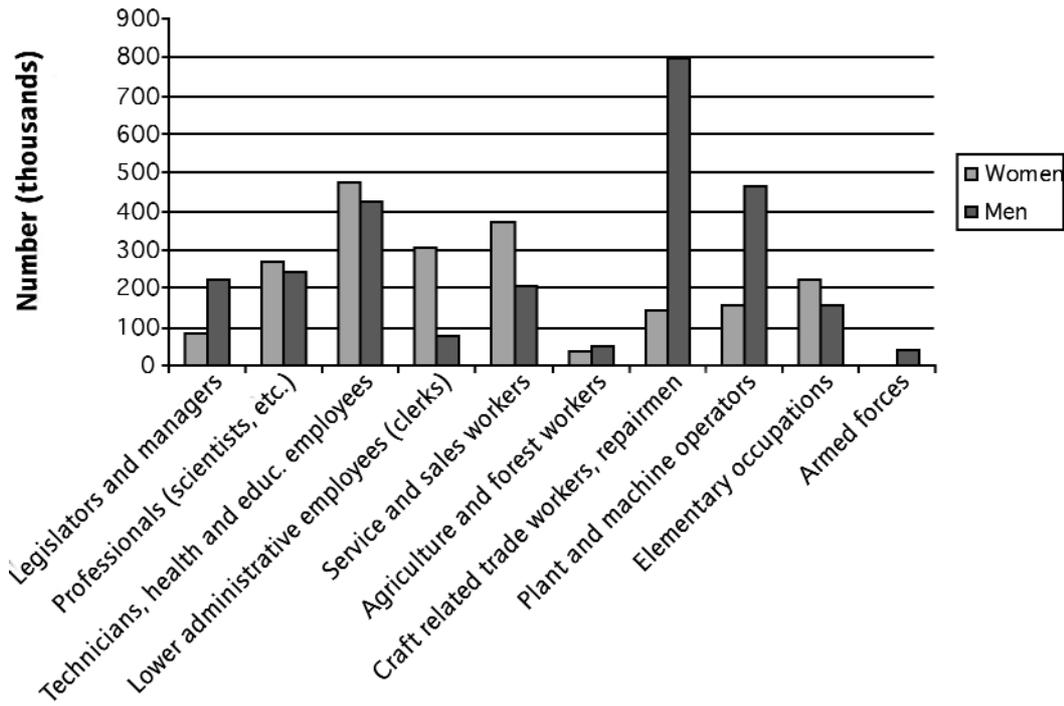
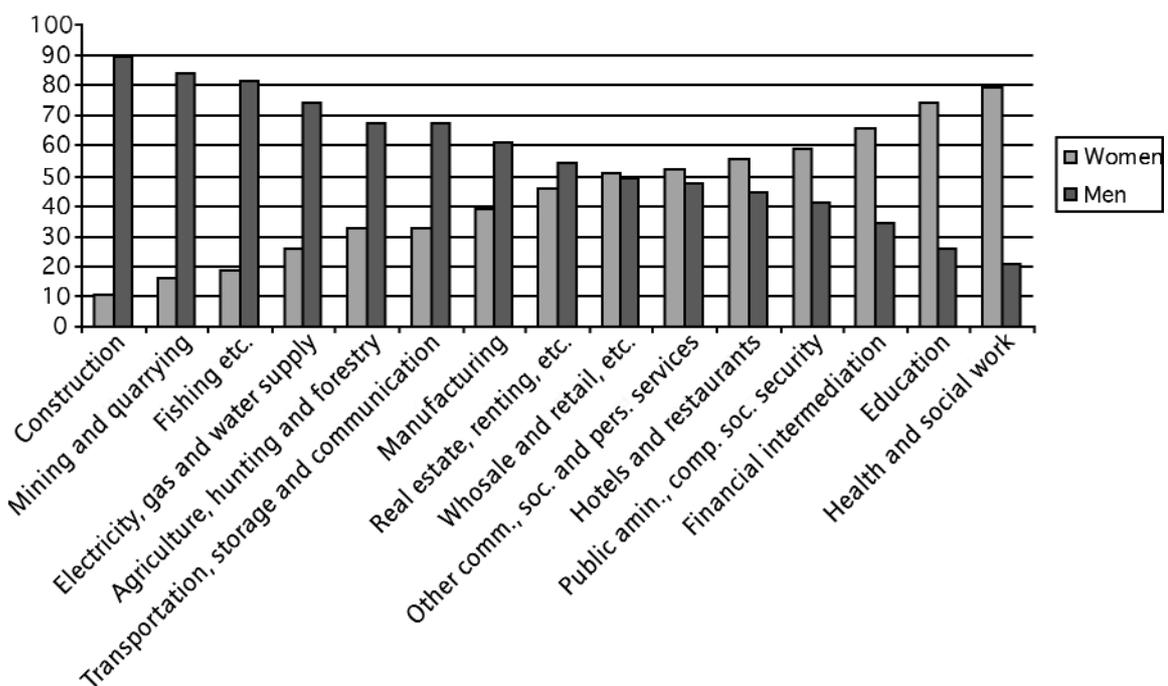


Chart 4. Workers in the civil sector of the national economy by sector, 2000



It is no surprise that these segregation patterns work to the disadvantage of women when it comes to the earnings. For one, average earnings are generally higher in the sectors and jobs dominated by men.⁹ Generally, the lowest paying jobs are the stereotypically "female" jobs such as cash-register person, cleaning person, nurse or secretary (Sramkova, 2002), which tend to involve the most tedious and repetitive types of work.¹⁰ While it is true that higher total average earnings in a sector sometimes translate into higher average earnings for women working there (see Table 2), this effect is greatly minimised by the most enduring feature of modern labour market, the pay gap. It is also characteristic that women can earn more in precisely those sectors where they are a minority and where the resistance to their entry is often very strong.¹¹

Table 2. Selected examples of average gross monthly earnings and pay gap by sector

Sector	Pay gap**	Percentage of women*	Total earnings (CZK)**	Women's earnings (CZK)**
Construction	12.1	10.5	16,723	14,928
Electricity, gas and water supply	18.8	25.9	19,584	16,686
Transport, storage and communications	14.3	32.8	18,018	16,232
Health and social work	31.4	74.5	15,353	14,091
Education	30.4	79.6	14,348	13,205

Source: * For 2000. Czech Statistical Office, Statistical yearbook of the Czech Republic, 2002b.
** For 2001. Czech Statistical Office, Focused on women/men, 2002a.

Overall, the total pay gap has been increasing steadily and quite rapidly up to 1998. For example, according to official statistics, it grew from 23% to 28% between 1996 and 1999 (Souhrna zprava, 2001). In the last two years, we have seen a moderate decrease to about 26% in 2001. However, a word of caution is necessary before you start contemplating emerging positive trends. This is because in the last years, the fastest increases in the pay gap seem to occur in the most dynamic sectors of the economy such as banking and financing (almost 16% increase between 1996 and 2001), which record some of the highest average salaries and salary rises overall.¹²

⁹ The total average gross monthly earnings amounted to 16,353 CZK in 2001.

¹⁰ According to the Czech Statistical Office (2002a), in 2001, the highest average salary in the Czech Republic was recorded in the financing sector (26,688 CZK) followed by electricity, gas and water supply (19,584 CZK).

¹¹ One of the typical mechanisms is refusal to even train women for concrete "male" jobs. According to the government's summary report on advancing equality of men and women (Souhrna zprava, 2000), there were more than 100 types of vocational training majors closed to women in 1999 on the basis of very extensive Czech legislation allegedly aimed at "protecting" women against harmful influences in the workplace. The same legislation is used by employers, including the state, to discourage or prohibit women from taking up a much wider range of jobs.

¹² This is most probably also connected with marked changes in the structure of the labor force in the financing sector. For example, while women made up 92% of the State Bank's management before 1989, their share is only 14% today (Donlevy, 2002).

What is even more alarming, the widest gap has been documented for the university-educated cohort (35%) and the third highest for people with post-secondary education (27%), suggesting an adverse relationship between the level of woman's education and her relative status vis-à-vis a man of the comparable educational capital (see Table 3).¹³ In other words, the better educated a woman is, the more discrimination she is likely to face.¹⁴ As if this was not bad enough, the trend is negative. For example, the pay gap for the university-educated cohort grew from 25% to 35% over the last five years. In addition, the weight of women's education in the differentiation of salaries of women has fallen contrary to the weight of men's education, which has increased in the post-1989 period (Vecernik, 1998).

Table 3. Average gross earnings of employees: by education and sex

Highest educational attainment	Total	Males	Females	Pay gap
Basic	11,181	13,145	9,844	25
Secondary	13,258	14,527	10,279	29
Secondary with GCSE	16,742	19,669	14,659	25
Higher post-secondary	17,667	21,243	15,613	27
University	28,501	33,169	21,702	35

Source: Czech Statistical Office, Focused on women/men, 2002a.

The pay gap is also dramatically increasing as one goes up the corporate ladder and social hierarchy. For example, it was 45% in the category "legislators, senior officials and managers" in 2001 (CSO, 2002a). In the end of the day, more than 65% of all the working women face pay gaps higher than 30% and more than 80% of them earn salaries equal or lower than the total average gross monthly earnings (see Chart 5¹⁵).¹⁶ Only about 60% of men fall within the same bracket and men make 80% of the people who command the highest salaries. Add the overwhelmingly male-dominated privatisation of the state's property during the 90's and you get a good idea about the character of the wealth redistribution in the post-communist era. While there are no official statistics breaking down the wealth by sex, indirect data such as various lists of the "wealthiest people" (e.g. Bouskova et al., 2002), statistics on economic and political hierarchies (Zeny a muzi, 2000), or data concerning the wage gap suggest that the process has also been singularly disadvantageous for women.

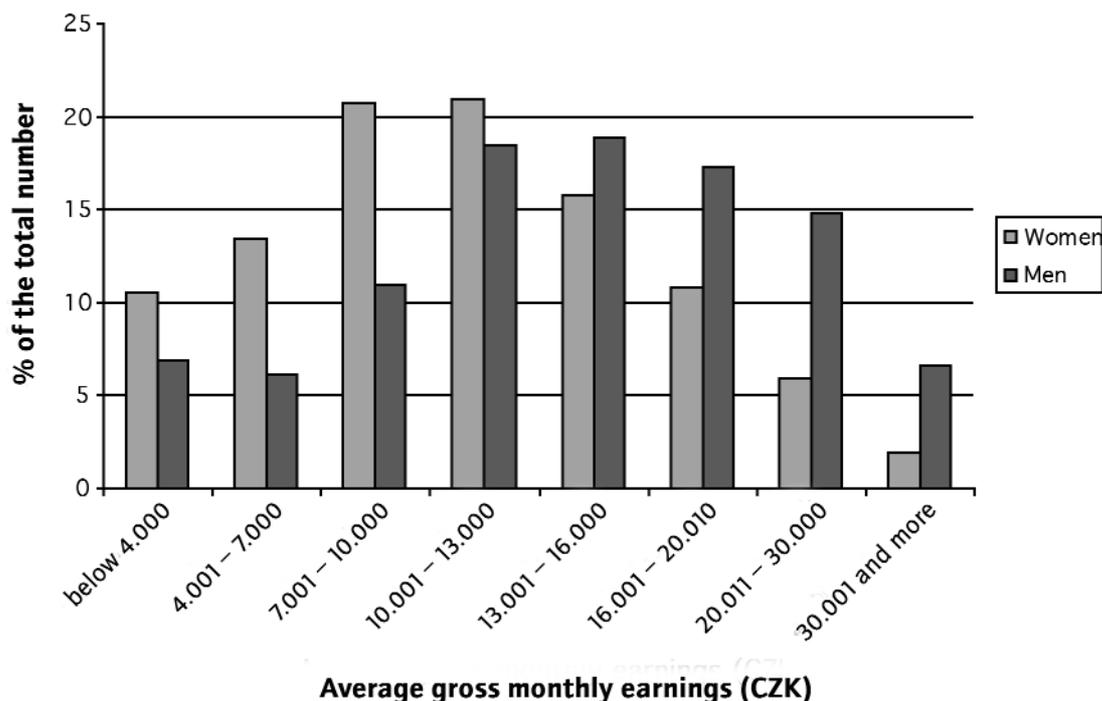
¹³ Considering that university education guarantees women on average higher salaries, it is important to note that, according to the EC statistics (EC, 2002), the Czech Republic has the lowest women:men ratio with respect to tertiary education of all the candidate countries.

¹⁴ With respect to age, women face the highest pay gaps in ages 60–64 (38%) and 30–39 (33%). Three sectors with the highest pay gaps in 2001 were financial intermediation (48%), wholesale and retail trade, repairs of goods (39%) and manufacturing (32%). Three sectors with the lowest pay gaps were construction (22%), transport, storage and communications (24%) and other community, social and personal service activities (26%).

¹⁵ Source: Czech Statistical Office, Focused on women/men, 2002a.

¹⁶ In this context, it is relevant that a survey investigating people's experience with work discrimination indicates that about 25% of women but only 3% of men feel that they have been discriminated against (CSO, 2002a). At least some women are apparently aware that they are being short-changed.

Chart 5. Employees by average gross monthly earnings



Beside profound changes and discontinuities, the post-1989 period has also been characterised by a number of continuing trends and revealingly stable social arrangements. Arguably, the most important of those has been the double burden of paid work and household/family duties which women had to deal with during socialism and which they still face today. According to Cermakova et al. (2000), men “do not participate in these activities [cooking, shopping and cleaning] systematically even in 5% of households” (p. 68) and “[o]n average, Czech women spend almost three times as much time on housework than men...” (p. 68).

Women’s predicament has been made so much more difficult in the situation when the childcare system underwent a significant dismantling under the supervision of “liberal” right-wing governments during the 90’s. Here, numbers speak for themselves. While there were 1,313 day-care centers in 1989 in the Czech Republic, their number dropped to mere 62 by 2001 (i.e. 95.3% decrease).¹⁷ Over the same period, the number of kindergartens decreased by 21% (CSO, 2002b). Responsibility for caring for dependent elderly family members also falls disproportionately on women.

As this brief account indicates, the social condition of Czech women has been worsening over the last decade relative to that of men. In other words, the Czech Republic’s post-communist transformation has not been gender neutral. This naturally begs the question: “What have the successive post-communist governments done about these alarming developments?” The answer is “Not much”. In fact, no explicit equal-opportunity policy existed and there was no governmental body charged with responsibility in this area prior to 1998.

¹⁷ Information provided by Mgr. J. Holub of the Institute of Health Information and Statistics of the Czech Republic.

On February 1, 1998, the Division for Equality of Men and Women (DEMW) was established in the Ministry of Labour and Social Affairs. It consisted of only three people who were responsible to coordinate the policy on the state-wide level. Characteristically, the DEMW has virtually no policy instruments or resources to enforce the agenda within the MLSA, not to speak about the state bureaucracy as a whole. The government has yet to allocate any money from the state budget to advancing gender equality (Souhrnna zprava, 2002). In 1998, the MLSA also initiated the establishment of the Inter-Ministerial Commission on Equal Opportunities of Men and Women. This rather impotent "coordinating" body (due to lack of resources, powers and know-how) was transformed in January 2002 to another impotent body, the Government's Council for Equal Opportunities of Men and Women. The Council is conceived as yet another government's advisory body. It also does not have any policy instruments to enforce the implementation of the equal-opportunity policy. It is no more comforting to know that the GCEOP managed to meet only once during 2002. The decree establishing the Council also provided for creating a one-half appointment at each ministry devoted to the equal opportunity agenda. However, the current structural position of these so-called "gender focal points" does not provide them with sufficient time, institutional support or protection. Apart from being new to the topic and working mostly in human resources (having no influence on the subject-matter policy), they are frequently expected to do the regular work first and have little time for the gender agenda. Also, while no one would say so openly, some feel that promoting gender equality too vigorously may spell problems for their future careers.

To sum up this brief account, the existing institutional structure is simply not conducive to an effective promotion of equal opportunities. The resources – financial, personal and institutional – that the government currently allocates to promote gender equality are absolutely insufficient. As far as we can tell, the EC does not care about this. After all, the EC Delegation to the Czech Republic is not exactly a shining example of gender equality (women staff 38%, senior leadership 14%) and they never gender-mainstream their agenda or documents.



References

Bouskova, Z., Hlinovska, E., Kholova, L., Nejezchlebova, L., Pickova, Z., Plavcova, A., Sevela, V. & Zavadilova, T. (2002): 50 nejbohatsich cechu. *Lidove Noviny's Friday*, 14–35.

Cermakova, M., Haskova, H., Krizkova, A., Linkova, M., Marikova, H. & Musilova, M. (2000): *Relations and changes of gender differences in the Czech society in the 90's*. Institute of Sociology, Prague.

Cermakova, M. (2002): *Uspesnost muzu a zen pri prijeti na vysokou skolu v CR. Gender, rovne prilezitosti, vyzkum*, 2–3/2002, 7–8.

Czech Statistical Office (2002a): *Focused on women/men*. Prague, Czech Statistical Office.

Czech Statistical Office (2002b): *Statistical yearbook of the Czech Republic*. Prague, Czech Statistical Office.

Donlevy, V. (2002): *Zprava o splneni ukolu "Kratka expertni navsteva Ceske republiky ohledne problematiky rovných prilezitosti pro zeny a muze, 13–19. dubna 2002*. Praha; Delegace EU Ceska republika.

Evaluace ex-ante evropske iniciativy EQUAL v Ceske republice (2001): Praha, Narodni vzdelavaci fond.

EC (2002): *Women in education compared to men (Candidate countries)*. At http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/statistics_en.html#oth.

Krizkova, A. (2000): *Statistika o zenach. Gender, rovne prilezitosti, vyzkum*, 1/2000, 4–5.

Paoli, P. & Merlié, D. (2001): *Third European survey on working conditions 2000*. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Community.

Souhrnna zprava o plneni Priorit a postupu vlady pri prosazovani rovnosti muzu a zen v roce 1999 (2000). Praha, Vlada Ceske Republiky.

Souhrnna zprava o plneni Priorit a postupu vlady pri prosazovani rovnosti muzu a zen v roce 2001 (2002). Praha, Vlada Ceske Republiky.

Sramkova, M. (March 26, 2002): *Nejvysisi cenu ma ekonomicke vzdelani*. *Lidove Noviny*, 14.

Vecernik, J. (1999): *Communist and transitory income distribution and social structure in the Czech Republic*. Helsinki: UNU/WIDER.

Zeny a muzi v cislech (2000), Prague, Czech Statistical Office.

Social Policy and Labour Market in the Czech Republic**Sozialpolitik und Arbeitsmarkt – Zur Situation in der Tschechischen Republik****Zusammenfassung:**

Brno ist die zweitgrößte Stadt der Tschechischen Republik mit einer Bevölkerung von über 370.000 Einwohnern (174.863 Männern und 195.279 Frauen). Die Altersstruktur in Brno ist charakterisiert durch einen hohen Anteil an älteren Menschen. Während in Brno die älteren Bürger derzeit 20,5% der städtischen Bevölkerung ausmachen, liegt der nationale Durchschnitt bei 18,4%.

Infolge von neuen sozialen Phänomenen, wie sozialer Ungleichheit und Arbeitslosigkeit, Instabilität im Familienleben sowie die Abhängigkeit von Familien oder Personen von Sozialhilfeleistungen, veränderte sich nach 1989 die Sozialpolitik. Soziale Fürsorge für arme Familien mit Kindern, für ältere Menschen, Behinderte, Arbeitslose und sozial „Unangepasste“ wird geleistet – sowohl von der Stadt Brno und den 24 Stadtbezirksämtern als auch von 10 kommunalen Organisationen, die auf Grundlage der Sozialgesetzgebung Sozialfürsorge anbieten. Die Dienstleistungen für arme Familien mit minderjährigen Kindern umfassen Beratung, rechtlichen Schutz für die Kinder, finanzielle und materielle Unterstützung von Familien, deren Einkommen unterhalb der Mindesteinkommensgrenze liegt, Beratung für Problemkinder und Jugendliche, Pflegefamilien sowie ein von der Abteilung für Sozialfürsorge verwaltetes Wohnheim für alleinstehende Mütter mit Kindern. Ein bedeutender Teil der Tätigkeit auf dem Gebiet der Sozialfürsorge geschieht durch 36 NGOs, die jedes Jahr Gelder aus dem städtischen Haushalt erhalten.

Der Umwandlungsprozeß von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft begann schon 1990. Dieser Prozeß brachte bedeutende Veränderungen der Arbeitsmarktstruktur mit sich: Arbeitsplätze verschoben sich von dem primären zum tertiären Sektor, es gab strukturelle Änderungen und nachlassende Nachfrage auf dem internen wie auch auf dem externen Markt und Änderungen bei den Eigentumsbeziehungen, verursacht durch Privatisierung und Rückgabe. Im Vergleich mit Prag gibt es weniger ausländische Investitionen in Brno, und die Stadt muß auch mit dem sogenannten „Geschäftsstellensyndrom“ zurechtkommen. Als zweitgrößte Stadt der Tschechischen Republik hat Brno jedoch den Vorteil, Sitz von Institutionen der öffentlichen Verwaltung, Bildung, der Universität, Gerichte, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen zu sein. Obwohl die Arbeitslosenquote in Brno vor 1996 noch unter 2% lag, zeigen jüngste Zahlen eine Arbeitslosigkeit von 10% auf. Ende 2002 waren insgesamt 19.892 Menschen arbeitslos gemeldet (9.840 Frauen). Frauen sind im allgemeinen häufiger von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als Männer (38% Frauen im Vergleich zu 32,8% Männern). Am schwersten betroffen sind Frauen mit kleinen Kindern und Frauen über 50. Obwohl die nationale Beschäftigungspolitik diese Gruppe von Arbeitslosen durch Umschulungsprogramme ansprechen will, ist es nicht möglich, das Problem einfach durch aktive Beschäftigungsprogramme zu beheben, sondern nur im Rahmen eines umfassenden Ansatzes von allen Akteuren. Die Arbeitsämter sind für die Umsetzung der nationalen Beschäftigungspolitik verantwortlich. Es gibt keine Beschäftigungspolitik auf städtischer Ebene.

Obwohl das tschechische Recht den Status von Frauen und Männern als gleich anerkennt, ist das Haupthindernis zur Durchsetzung der Gleichheit im wirklichen Leben die traditionelle öffentliche Meinung, die unterschiedliche soziale Männer- und Frauenrollen favorisiert. Vertreter von Frauen-NGOs behaupten, daß Frauen auf dem tschechischen Arbeitsmarkt diskriminiert werden, nicht nur durch das 25%ige Einkommensgefälle zwischen Frauen und Männern. Frauen, die sich an Hilfsprogrammen verschiedener NGOs in Brno beteiligt haben berichteten von ihren Erfahrungen: Frauen, die gerade ihre Ausbildung beendet haben, haben Probleme, eine Stelle zu finden wegen mangelnder Arbeitserfahrung, junge Frauen werden oft nach ihren Partnern und „Familienplänen“ gefragt, es wird angenommen, daß Frauen mit kleinen Kindern aufgrund von Kinderbetreuungspflichten eine Risikogruppe sind; und, obwohl ältere Frauen Arbeitserfahrung mitbringen und ihre Kinder schon groß sind, werden sie oft als weniger attraktiv angesehen. Frauen werden diskriminiert auf Grund von fortdauernden, stereotypen Rollenerwartungen, die Frauen mit der Familie und der Rolle der Mutter assoziieren.

Gleichstellungsfragen sind eine große Herausforderung nicht nur für die öffentliche Verwaltung, sondern für die ganze Gesellschaft. Auf Ministeriumsebene gibt es eine Gleichstellungsstrategie, aber ihre Durchsetzung auf regionaler und lokaler Ebene ist immer noch unzulänglich.

Age Structure of Population

	Pre-productive 0 – 14	Productive 15 – 59	Post-productive 60 and more	Total
Male abs.	27 518	119 986	30 583	178 180
Male %	15.4	67.3	17.2	100.0
Female abs.	26 491	124 888	46 538	197 992
Female %	13.4	63.1	23.5	100.0
Brno total abs.	54 009	244 874	77 121	376 172
Brno total %	14.4	65.1	20.5	100.0
CR total abs.	1 654 869	6 687 927	1 883 783	10 230 060
CR total %	16.2	65.4	18.4	100.0

Source: Czech Statistical Office, Census at 1. 3. 2001

Old Age Index

	Year 2001	Year 2004
Brno	143.2	162.0
CR	116.3	129.4

Source: Brno Social welfare Concept for 2001 – 2004, chapter Socio-Demographic Analysis

III. Social Security System in Brno

Economic and other changes stemming from the post-November development have caused changes in the family life behaviour, instability in families (increasing numbers of divorces, incomplete families with children who are not provided for), decline in marriages and more children born outside of marriage. This social phenomenon is one of the reasons for the increasing level of social benefits and dependence of families or individuals on these benefits. The high prices of new flats, insufficient housing development and the lack of small affordable flats have an influence on the changes in reproduction behaviour (reducing birth rate, number of marriages).

The aim of the social security system is to assist persons who are in difficult situations and need expert help in order to recover. There are activities trying to compensate the inadequate consequences of inequality in people's abilities and possibilities as well as the differences in their success on the labour market. Social aid is provided in the form of social benefits and/or social welfares to citizens whose needs are not provided for with their work income, pension or sickness-benefits and citizens who need to overcome some difficult situations resulting from their health condition or age.

The state is the guarantor of social security benefits, subsidising them from the state budget. Social benefits (financial or material) are administered by the social welfare departments of the Brno City Magistrate and 24 city district offices. State social support benefits designated mostly for families with children who are not provided for form an integrated system. Under the Brno City Statute, social welfares are provided by the Social welfare Department of the Brno City Magistrate, 6 social welfare centres under city district offices, 10 municipal contributory organisations (4 old people's homes, 5 residential care homes, Social welfare Centre) and 36 NGOs to which the city distributes annually funds from its budget. Social welfares are funded from several resources: the state (specific state subsidy per one bed in municipal establishments), the city from its budget and the clients (amounts to be paid are subject to legislation).² The extent of activities is defined by legislation.

Social welfares focus on the following target groups: families with children, disabled people, seniors, people requiring special assistance and socially unadapted individuals. Families with children in social need who are not provided for and pregnant women collect social security benefits. This agenda is in the responsibility of the family and childcare section of the Brno City Magistrate, family service unit. This department, among other things, provides advisory and educational services to pregnant women and families with children in difficult social situations who are not provided for. Further, it decides about placing lonely women in homes for mothers with children, placing children in foster care facilities and placements in temporary shelters.

The increasing unemployment rate and prolonging unemployment periods bring various social consequences. They include the increasing number of social benefit recipients and the marginalisation of persons not qualified for the labour market. Unemployment benefits are low in the Czech Republic – the maximum is 50% of the previous income and they are paid only for 6 months. After the labour office ceases to provide the unemployment benefits or if their amount is not sufficient, the unemployed apply to the social departments of local authorities to compensate their income with social benefits. Over 3/4 of social security benefit recipients are unemployed (followed by unemployed single mothers, disability pension recipients, employees whose employers do not pay their salaries and the "working poor" where the woman collects the parent benefit and the household depends on one income only). Another typical feature is the large number of women who are the majority of beneficiaries. The high number of single mothers as well as the fact that women are usually the applicants on behalf of their families explains this. Most often these are households consisting of a mother with one or two children. The average monthly benefit is around CZK 3,750. There are a considerably high number of single mothers with young children who can seldom find salaries motivating enough compared to the level of social benefits. Moreover, in this case their employment must enable them to look after their children.

² Social security benefits and services include: financial benefits, material benefits, education and advisory services, social and legal protection of children, institutional social care, social work, catering, cultural and recreational activities, benefits for the severely disabled, interest-free loans.

IV. Labour Market and Unemployment

The political and macroeconomic changes after 1989 have also been affecting the structure of city economy. The most significant changes on the Brno labour market over the past ten years have been changes in branch structure, decline in industrial production, declining importance of local companies in the national context, low competitiveness, problems in sales, transfer of manpower to the tertiary sphere (increase in jobs by about 30%) and changes in ownership (restitution, privatisation). The labour market is remarkably segmented, namely by region (areas most affected by structural changes and unemployment are North Moravia and North Bohemia), by profession (unqualified persons are affected) and individual features of job seekers such as the health condition (disabled job seekers are affected) or age (graduates from all schools without experience and oldest employees are affected). The development in small and medium-sized businesses is a positive trend. Owing to further privatisation (banks and some large corporations), upgrade and general increase in production efficiency there will be a persisting pressure on the labour market and increasing unemployment rates. As the Czech households will continue to be under financial pressure, the high participation of women on the labour market will persist. Public services as a whole will be pushed toward cost cutting as a result of public expenditure restrictions and thus it will not be easy to create new jobs (for example in social work and social welfare where we have deficits). The situation can gradually improve, along with the economic growth. Compared to Prague, there is a lower inflow of foreign investment in Brno and the city also tackles the "branch office syndrome". Employment in industries has reduced remarkably, on the other hand the state kept its important share in employment in the city. Thanks to the presence of public administration bodies (offices, courts, police), education, health services and social security, the share of state in employment will continue to be high in the city. In general, the manpower in this branch is stable and relatively little vulnerable to unemployment.

Development in Unemployment in Brno

Until 1996 the unemployment rate had not exceeded 2%. In 1999 it reached 8%. In December 2002 the unemployment rate according to statistics achieved 10.0%. This is due to the closing operation of Flextronics and related redundancies as well as the reduced number of seasonal jobs in construction and, partially, in retail and the closing of some small and medium-sized businesses. The present unemployment rate is 10.0%. The number of registered job seekers at the Brno City Labour Office at the end of 2002 was 19,892 (of which 9,840 were women). Numbers of unemployed women are higher than men in almost all age groups with the exception of those aged under 25. The greatest disproportion between genders is found in secondary school graduates. Of the total number of 3,645 registered job seekers 2,200 were women. The average period of registration at the Labour Office is 481 days while for women it is 508 days. The Labour Office was offering 1,200 jobs at the end of last year demanding all types of skills.

Numbers of Unemployed in Brno in Years 1998 – 2002

	1998	1999	2000	2001	2002
Average unemployment rate in %	5.96	8.05	8.25	8.24	9.31

Source: Ministry of Labour and Social Affairs and Brno City Labour Office

Development in Unemployment in Brno in the Years 2000 – 2002 by month

	Year 2000	Year 2001	Year 2002
January	8.3	8.2	9.0
February	8.4	8.2	9.0
March	8.4	8.0	9.0
April	8.3	7.9	9.0
May	8.2	7.8	9.0
June	8.2	7.9	9.2
July	8.5	8.4	9.7
August	8.5	8.5	9.9
September	8.3	8.4	8.5
October	8.1	8.5	9.7
November	7.9	8.5	9.8
December	7.9	8.6	10.0

Source: Brno City Labour Office

Structure of Job Seekers by Gender and Age (30.06.2001)

Age Group	Total		Male		Female	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
under 19	1 134	7.1	632	8.2	502	6.1
20 – 24 years	3 332	20.9	1 964	25.4	1 368	16.6
25 – 29 years	2 316	14.5	1 065	13.8	1 251	15.2
30 – 35 years	1 719	10.8	663	8.6	1 056	12.8
35 – 39 years	1 638	10.3	629	8.1	1 009	12.3
40 – 44 years	1 518	9.5	609	7.9	909	11.0
45 – 49 years	1 844	11.6	832	10.8	1 012	12.3
50 – 54 years	1 697	10.6	727	9.4	970	11.8
55 – 59 years	704	4.4	561	7.3	143	1.7
60 and more	49	0.3	36	0.5	13	0.2
Total	15 951	100.0	7 718	100.0	8 233	100.0

Source: Brno City Labour Office

The table above indicates that most unemployed are aged 20 – 24 but women are not so strongly represented (16.6%) as men (25.4%) in this age group. At 30.6.2001, 7,718 men and 8,233 women were registered in the city. The share of women is 51.6% of the total number of unemployed, which is close to the value for the Czech Republic (51.8%). Among the long-term unemployed (over 12 months) there are approximately 32.8% of the unemployed men and 38% of the unemployed women. Available information suggests that the share of women increases with the increasing time of unemployment. The proportions among those unemployed for 6 to 12 months are not much different.

Persons with low or no qualification, graduates, especially from secondary schools, elderly, Roma ethnic and disabled persons are groups vulnerable to marginalisation on the labour market. The number of long-term unemployed is also growing, especially among low-skilled, juveniles and women after maternity leave. The employment of women taking care of young children is a persisting problem. It is difficult for such job seekers to take jobs in shift operations or with working hours starting from 6 a.m. Besides, employers are often disinterested in these women, as they fear their frequent absence from work. Increased attention has been paid to this group as part of an active employment policy and a number of women have been successfully employed but the core of the problem cannot be addressed only with the state employment policy means.

According to the Czech Statistical Office data and research carried out in this sphere, the unemployment among women has been higher than that among men. However, women show sufficient determination to become independent and grasp an opportunity, which is a good precondition for the penetration of women into the business sphere. A woman who can manage a household and achieves good results in her profession is considered as successful. A man is considered as successful only through his achievements at work and his ability to support the family. The experience of unemployed women who co-operate with the NGOs in Brno can be summarised in the following statement: women after graduation are difficult to employ because they have no experience. Young women are asked questions about their partner and their "family planning" and their potential motherhood. Women with young children are risky for the employers due to their frequent absence from work. Older women who have lost their jobs are experienced and their children are independent but it is also difficult for them to find jobs, as for many positions they are not sufficiently young and "good looking". Many women feel discriminated against in their access to employment even if they meet the demands on skills and other formal conditions. They are discriminated against compared with men of the same age, experience and education. They are discriminated against on the basis of stereotyped role expectations associating women with family and motherhood. For a man's social self-confidence it is easier to accept a woman who is successful at work and not such a good homemaker than it is for a woman to accept a man who manages the household well but is obviously a failure at work. To a great extent therefore the man is the main source of the social status of the woman and the whole family. These role expectations are changing or at least developing. Even though various researches still confirm that women are usually associated with motherhood, the family and home are no longer women's only fields of activities. Almost all Czech women had to be employed in the past. After the revolution, in spite of expectations, there has not been any voluntary mass escape of women into households because working and earning remained important for them. In fashion magazines and other media determining the lifestyle, con-

temporary women are presented as successful managers, journalists, doctors, business-women, that means women successfully working on their careers. They make lots of money and enjoy a high social status. Even though not every woman wishes and is able to get close to this model, there are an increasing number of those who have such ambitions. More women study at universities, go abroad for training and try to occupy managing and responsible positions. They are increasingly successful in the competition with men at work. In many ways women are discriminated against in their access to leading, attractive and socially highly appraised jobs.

The problem of women's discrimination on the labour market is usually perceived as the difference in salaries. Formally, women have an equal position on the labour market. A number of researches and studies made on equal remuneration agree that in reality women get only 75% of what men get. This situation, however, is very difficult to prove because employers keep the salaries of their staff to themselves. The real inequality is often related to the labour market segregation into "typical" jobs for women and men. Typical examples of women's professions are jobs in education or health services where the salaries are lower than the average in spite of the demands of highly skilled labour.

The equal opportunity issue on the labour market does not only involve remuneration. A number of researches have been devoted to women on the labour market; two research projects have been implemented in Brno last year:

- "Barriers in launching businesses and self-promotion of women in the Czech Republic compared to the European Union" (implemented by Faculty of Social Studies of the Masaryk University and the Faculty of Business Administration of the Technical University in Brno). The research objective was to survey the situation of women in the Czech Republic, obtain the opinions of women and men on their positions in society and expectations for personal and professional lives. The research is part of the general debate on the position and situation of women in Czech society.
- "Equal opportunities for women and men in selected Czech companies 2000 – 2001" (implemented by Gender Centre of the Faculty of Social Studies of the Masaryk University).

The Brno City Labour Office enforces the state employment policy and the city of Brno has not its own consistent concept for the local labour market. The city has been aware of this shortcoming and for this reason the problem of labour market and employment in Brno became part of the "Concept for the Development in Social Aid in Brno for 2001 – 2004". The document stems from sociological studies prepared by experts from the Faculty of Social Studies of the Masaryk University on the basis of which it proposes a set of recommendations and priorities for the city. The chapter on "Labour Market, Unemployed and Socially Weak in Brno" analyses the situation on the labour market. Based on recommendations of the Concept the city budget supports mainly NGOs offering education programmes and advisory services for the unemployed or creating new jobs.

V. Examples of Projects and Activities

Brno City Labour Office

Labour offices are state administration bodies responsible for implementing the state employment policy. The Labour Office in Brno presently offers some 1,000 vacant jobs to more than 19,000 registered job seekers. The officers suppose that this situation where new jobs are not created and numbers of job seekers grow cannot be sustained for a long time. The result of the low number of vacant jobs is the prolonging period of registration at the Labour Office and psychological problems of those job seekers who wish to work. Another consequence of the high demand and low offer is the fact that people are often willing to accept jobs requiring skills lower than their own.

The Labour Office supplies information that women are registered longer than men but are more inclined to tackle their situation. Mainly the number of job seekers who attend re-qualification training courses documents this. 2/3 of them are women. The Labour Office offers re-qualification training courses to all groups of job seekers, while special attention is paid to mothers with children, women aged over 50 and people with light disabilities. Women after maternity leave are frequently little familiar with computers. This is why the Labour Office offers these women training courses on computers, basics of accounting and business administration. However, there has been a problem when trying to place these women on the labour market and the Labour Office staff often witnessed that women turned down some jobs due to low salary or impossibility to work half-time, i.e. 4 hours a day. Women aged over 50 are often handicapped on the labour market due to their insufficient language skills. The Labour Office offers these women broader re-qualification training courses where besides the computer they can master the basics of accounting and business administration. The problem for these women is that employers often do not want them due to their age. This is why the Labour Office is trying to create publicly beneficial jobs where the Labour Office pays the employer for the salary and social and health insurance contributions. Secondary graduates prevail in this age group. As regards re-qualification, women are mostly interested to work in services (chiropract, cosmetician, waitress and bar tender). The Labour Office, when offering re-qualification programmes, must monitor the demand for these jobs and the chance of the re-qualified woman to succeed.

"Unemployed Volunteering" Project

The Ratolest civic association has implemented the project in 2001. It is designed for unemployed women and men without age limitations who are registered at a labour office or collect social benefits from a social security office. The goal of the project is to enable job seekers to gain experience through volunteering some 10 – 20 hours a week so that they still have a chance to look for a job and co-operate with the labour office. By volunteering the job seeker keeps or builds working habits and does not lose the daily rhythm. The project takes place in co-operation with the Brno City Labour Office that informs its clients about this option and helps to choose suitable adepts.

The project coordinator informs that women are more interested in the project. Clients can enrol in the project after filling a form with some personal data and the area where they wish to volunteer. On the basis of the client's requirements the civic association workers

chose the best organisation for the volunteer work. The majority is interested in work with children. The programme also makes it possible to visit the volunteer centre and work in supporting clubs. The greatest problem is to make clients speak about their unemployment. Men often feel stigmatised by their unemployment and women frequently say that they decided to stay at home with children. Low self esteem is often the problem of women after maternity leave and those aged over 50. Thanks to contacts with other unemployed people they can motivate and mentally support each other. Many times they face isolation and feel useless, unable to achieve anything in their lives. In the volunteer work project these people can discover and develop their own skills and abilities. Besides, the organisation where they volunteer issues a certificate and references stating the job description, which can help in seeking a permanent job.

Establishing the "Women's Information Centre"

Presently the project is in the stage of preparation. Three organisations dealing with the equality of men and women and their positions in the society participate in its implementation. The main motive of the project is to liaise and coordinate activities of NGOs, the academic community and state institutions dealing with gender studies and women issues both in theory (research, lectures) and in practice in the form of assisting women in difficult situations. For the general public it would serve as an information centre, library and guidance on equal opportunities for women and men, women's rights, feminism, non-profit sector, etc. Those who are interested in these topics could attend lectures, ask for expert consultations and organisations. Individuals could use information about programmes and projects and activities of individual NGOs. The information centre is to become a place for the meeting of women from Brno and its region.

Arbeitsmarkt und Sozialpolitik – Zur Situation in Ungarn

Die sozialen Leistungen zur Unterstützung von Kinderbetreuung waren in Ungarn recht großzügig, wenn man sie im Vergleich zu anderen Ländern betrachtet. Von der weiblichen Bevölkerung im Arbeitsalter waren zwischen 8% und 10% berechtigt, solche Leistungen zu beziehen. Dieses System funktionierte reibungslos bis in die späten 80er Jahre hinein. Viele der mit der Familienbetreuung verbundenen Regeln wurden während der Zeit des Staatssozialismus vor 1990 eingeführt und existierten bis 1995. Das Jahr 1995 markiert in diesem Zusammenhang eine Wende. Das bisher existierende großzügige Kinderbetreuungs- und Mutterschaftssystem wurde demontiert und in ein bedürfnisorientiertes System umgewandelt. Diese Veränderung rief enorme soziale Debatten hervor. Hierbei muß man wissen, daß die verschiedenen Formen der Unterstützung für die häusliche Kinderbetreuung, die sich seit den 1960ern allmählich entwickelt hatten, neben der Vollbeschäftigungsgarantie über dreißig Jahre lang die Grundsäulen des ungarischen Sozialsystems bildeten. Als der Staat anfangs sich vom breiten Angebot an Mutterschaftsgeldern und -leistungen zurückzuziehen, hatte dies eine Schockwirkung. Nach der bezahlten Kinderbetreuung fanden die meisten Frauen wieder Arbeit. Bei steigender Arbeitslosigkeit verschwanden jedoch viele Stellen, die für erneut arbeitende Mütter ideal gewesen wären, oft wurden die Frauen auch nach ihrer Einstellung dann wieder entlassen. Der Arbeitsmarkt für Frauen mit jungen Kindern ist ziemlich eng, und die Tatsache, daß mehr und mehr Frauen Kinderbetreuungsleistungen in Anspruch nehmen wollten, zeigt auch, daß diese eine wesentliche Rolle bei der Verringerung der Arbeitslosigkeit spielten. Das Bildungsniveau von Frauen gleicht dem von Männern, bei jüngeren Altersgruppen ist es sogar höher. Dies impliziert, daß die kommende Generation von Frauen eher karriereorientiert ist, Geburten ins spätere Lebensalter verschiebt und sich auf ein oder zwei Kinder beschränken will. Die Eheschließungsrate nimmt ab und unterschiedliche Formen von eheähnlichen Gemeinschaften nehmen zu.

Die 1998 gewählte Regierung stellte die meisten Elemente des Kinderbetreuungssystems wieder her, das bis 1995 existiert hatte. Die verschiedenen Formen der Kinderbetreuungsunterstützung bewirkten jedoch keine umfassende sozialpolitische Reform, da es an flankierenden Maßnahmen fehlte – wie etwa die notwendige Reform der Arbeitsmarktpolitik und eine Veränderung patriarchalischer Einstellungen gegenüber Frauen. 1998 gab es eine größere Reform der staatlichen Rentenversicherung und ein gemischtes Rentenversicherungssystem wurde eingeführt. Die neue Gesetzgebung führte auch eine gleiche Altersgrenze für Männer und Frauen ein. Das nationale Aktionsprogramm für Arbeit 2000 sieht die zunehmende Förderung von Teilzeitarbeit vor. Einige neuere Gesetze fördern flexible und atypische Arbeitsformen wie z.B. Telearbeit, Teilzeitarbeit, flexible Arbeitszeiten. Nach wie vor sind Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dringend notwendig.

Labour Market and Social Policy – The Situation in Hungary

Child care benefits in Hungary, when compared to benefits offered in other countries, were quite generous and between 8 percent and 10 percent of the female population which reached employment age annually were eligible for child-care benefits instead. This system worked smoothly until the late 1980s. Many of the rules related to the support of families were enforced during the state-socialism before 1990 and existed till 1995 when a major change happened. The inherited generous childcare and maternity system was dismantled and transformed into a system based on need. The modification provoked enormous social debates. It has to be noted that the various forms of assistance for childcare at home, which were gradually expanded from the 1960s onwards, were the basic pillars of the Hungarian social system for more than thirty years alongside guaranteeing full employment. When the transformation of the system started and the state began to withdraw from a range of maternity benefits and services, it caused a shock. When the paid childcare period was over, women usually found jobs again. But with the increase in unemployment, some jobs ideal for mothers were eliminated once they were ready to go back to the job market, or they found themselves dismissed after starting a particular job. The job market for women with young children is quite meagre, and the fact that more and more women wanted to make use of child-care benefits shows that it functioned as a method of reducing unemployment. The level of women's general educational background reaches, and in young age groups, even exceeds that of men. This suggests that the next female generation is rather career-orientated, postpones childbirth to a later age, and wants to have only one or two children. The marriage rate is declining and different forms of co-habitation emerge.

The government elected in 1998 restored most of the elements of the childcare benefit system that existed till 1995. The different forms of assistance for childcare did not make a comprehensive social policy reform, as they did not go alongside with the needed reform of the labour market policy and a change in the patriarchal attitude towards women. A major reform of the national pension scheme was undertaken in January 1998, introducing a mixed pension scheme. New legislation also established an equal retirement age for men and women. The National Employment Action Programme in 2000 addresses the increased promotion of part-time employment. Recent legislation reflected the need for stimulating atypical forms of employment (teleworking, part-time work, flexible working hours). It is essential to improve the harmonisation of family and workplace obligations.

***A Plea for Complexity in Addressing Dilemmas in
EU Gender Equality Policies (not only) in EU Enlargement***

**Strategien zur gleichberechtigten Beteiligung von Frauen und Männern –
Probleme der EU-Gleichstellungspolitik (nicht nur) bei der Osterweiterung**

Zusammenfassung:

Anhand von offiziellen Dokumenten der Europäischen Union, Polens und der Tschechischen Republik zur Gender- und Osterweiterungspolitik werden Status und Bedeutungen der gleichberechtigten Partizipation von Männern und Frauen sowie von Gender Equality untersucht. Um diese Begriffe effektiv einsetzen zu können, müssen wir zuerst verstehen, wie innerhalb von bestimmten Kontexten Bedeutungen konstruiert werden und Politik legitimiert wird.

Im ersten Teil behandle ich die Frage, wie die gleichberechtigte Partizipation von Frauen und Männern als Schlüsselement von Gender Equality in EU-Initiativen und EU-Ratsempfehlungen zur Osterweiterung (sogenanntes „soft law“ der EU) derzeit definiert wird. Ich zeige auf, daß Gender Equality selten eindeutig definiert wird, daß aber Formulierungen zur gleichberechtigten Beteiligung über das Prinzip der Nicht-Diskriminierung hinausgehen, und daß Gender Equality sowohl die kulturell-wertende Gleichstellung als auch eine substantiell-materielle Gleichstellung beinhaltet. Obwohl der Begriff der gleichberechtigten Beteiligung eine strukturelle Umwandlung indiziert, zeigen die tatsächlichen Ausformulierungen ernstzunehmende Mängel auf: Ihnen gelingt es nicht, Gender Equality zu rechtfertigen. Die enge Verbindung der verschiedenen Formen sozialer, politischer und wirtschaftlicher Beteiligung wird zu wenig betont. Und es fehlt ein zulängliches Konzept der Interaktion von Gender mit anderen Faktoren der Ungleichheit – dieses wäre aber notwendig um zu gültigen „Gender-Indikatoren“ zu gelangen.

Am Beispiel der jährlich erscheinenden Kommissionsberichte über die Fortschritte von Polen und der Tschechischen Republik, in denen die Fortschritte der Beitrittskandidaten bei der Umsetzung der Kopenhagener Kriterien beleuchtet werden, zeige ich auf, daß die Kommission es versäumt hat, Gender Mainstreaming bei der Beurteilung der Kandidaten sowie bei den Beitrittsverhandlungen und -Programmen in die Praxis umzusetzen. Die Kommission widerspricht damit ihren eigenen Ausführungen, nämlich daß die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen geradezu das Maß der Demokratie darstellt und daß Gender Equality ein integraler Bestandteil der Erweiterung sein soll. Gender Equality wird vielmehr im wesentlichen beschränkt auf die Umsetzung und Durchführung der EU-Ratsrichtlinien zur Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt; und sogar hier fehlen klare Indikatoren und unterscheidende Bewertungen.

Vor diesem Hintergrund handelt der dritte Teil sowohl von Berichten zur Situation in Polen und der Tschechischen Republik als auch von Medienberichten und parlamentarischen Debatten zu Fragen von Gender Equality. Es wird gezeigt, daß beide Länder zwar die Parameter der erforderlichen Veränderungen akzeptiert haben, daß aber die Umsetzung der Gleichbehandlungsvorschriften und die Institutionalisierung der Durchsetzungsmechanismen immer noch umstritten bleiben – und zwar auf Grund von vorherrschenden Ansichten zu vermeintlichen wesenseigenen Geschlechtsunterschieden sowie von unglaublich gewordenen Gleichheitsvorstellungen, die mit Staatskommunismus assoziiert werden. In diesem Kontext haben sogar progressive staatliche Akteure Gender Equality eher minimalistisch als Anti-Diskriminierung interpretiert.

Im letzten Teil komme ich zu der Frage, ob und wann man innerhalb des existierenden gesellschaftlichen Kontextes Konzepte aufrechterhalten kann und soll, die Gender Equality so definieren, daß damit auch substantielle materielle Gleichstellung gemeint ist.

Die Studie wurde als Teil des Projekts 'Constructing Supranational Political Spaces: The European Union, Eastern Enlargement, and Women's Agency' (2002 – 2005) durchgeführt und von der National Science Foundation, USA, finanziert. Für die Analyse der polnischen Staatsdokumente danke ich Joanna Mizielińska, für die Analyse der tschechischen Presse Hana Hašková and Alena Křížková.

1. Introduction

The equal participation of women in all spheres of social, political, economic and cultural life has been widely recognised as a requirement of democracy, citizenship and human rights. While women activists and scholars have placed gender equality on regional, national and transnational policy agendas, in this contribution I would like to turn to the particular social and political sites of EU eastern enlargement, within which the political implications of particular theoretical approaches can be traced, and their ethical and political value can be assessed and modified. Specifically, I will consider the status, meanings and effects of equal participation and gender equality in EU, Czech and Polish state documents on gender and accession. My guiding argument is that we have to understand how these concepts are defined and generate, as well as limit, meaning through their deployment by various social actors and the formulation of policies pursued in their name. This is necessary for feminist intervention to widen conceptions of what kind of gender equality is possible and desirable in the accession countries and to increase our ability to formulate political questions in a way that they become relevant in the lives of women and men.

The paper proceeds as follows: I will start by looking at EU definitions and policies of equal participation and gender equality. I will then analyse the role of gender concerns in the process of enlargement in the EU Regular Reports towards Accession for the Czech Republic and Poland. Against this background I will address some of the ways in which gender equality is currently defined in the Czech Republic and Poland and the questions and dilemmas this raises.¹

The analysis constitutes part of the research project 'Constructing Supranational Political Spaces: The European Union, Eastern Enlargement, and Women's Agency'.² The project explores the generation of new political spaces that cut across local, regional, national and transnational scales and the role of women in this process. Taking the example of the Czech Republic and Poland, one central concern is to empirically investigate how EU gender equality policies are formulated, lobbied, implemented or defeated at different levels with a focus on the interaction of top down and bottom up processes. Building on the document analysis, individual and group interviews will be conducted with three groups of actors: Czech and Polish NGO representatives, state politicians and government officials and EU representatives involved in the accession negotiations with Poland and the Czech Republic.

2. Status and meaning of women's equal participation in EU gender equality initiatives

Equal participation and representation of women and men is defined as a key element and goal of EU gender equality initiatives in the Union's soft law. Yet, if we look more specifically at definitions of gender equality in EU documents we find that this term is rarely positively defined but most often negatively through what is to be eradicated, namely inequality and discrimination. An exception is the following definition from the Commission's Guide to Gender Impact Assessment:

¹ For the analysis of the Polish documents I draw on the analysis of Joanna Mizielińska (2003a). Thanks to Petr Pavlík and Veronika Wöhler for their comments on an earlier draft of this paper.

² The project is directed by J. Regulska (Rutgers University) and involves two country teams at the Academy of Sciences of the Czech Republic (M. Čermáková, H. Hašková, A. Křížková), Charles University, Prague (E. Kalivodová, D. Lorenz-Meyer), Gender Studies NGO, Prague (M. Marksová-Tominová), the University of Warsaw (M. Fuszara, J. Mizielińska) and Rutgers University (M. Grabowska; I. Popovičová). The research is funded between 2002–2005 by the National Science Foundation, USA and its partner institutions in the Czech Republic and Poland.

"By gender equality we mean that all human beings be free to develop their personal abilities and make choices without the limitations set by strict gender roles; that the different behaviour, aspirations and needs of women and men are equally valued and favoured. Formal (de jure) equality is only the first step towards material (de facto) equality" (European Commission 1998, 3).

Positively defined gender equality thus first refers to an equal cultural valuation of women and men's interests and activities. Furthermore, however it denotes substantive social and economic equality between the genders. This implies, as Nancy Fraser has argued that "[r]edressing gender injustice ... requires changing both political economy and culture" (Fraser 1997, 21). Yet, abolishing political-economic inequality does not necessarily entail a valorisation of gender specificity and vice versa.

The European Union's call for equal participation of women and men, legitimised as a requirement of democracy, human rights, social justice and 'good economics', is a crucial element to substantiate the goal of de facto equality. In a European Council Recommendation this goal is translated as promoting "balanced participation of women and men in the decision-making process" (Council Recommendation 96/694/EC, Article 1). The Commission interprets and legitimises the idea of gender balance as follows:

"The quantitative objective of a balanced participation of women and men in decision making bodies is also connected with the qualitative objective of changing politics and the way decisions are taken. A critical mass of around 30% of women is seen to be necessary to create the necessary dynamic for improving the quality of decisions allowing the concerns, needs and interests of women and men to be reflected in them. The different but complementary and mutually enriching views of women and men should be reflected in all public policies shaping citizens everyday life" (European Commission 1999, 20, emphasis added).

It is evident, then, that the equal participation of women is not an 'add women and stir' approach where women are just added to a given context but one of intended structural change. At the same time there are at least three problems with EU definitions of balanced participation of women and men in the decision-making process.

First, this formulation falls short of legitimising gender parity. Indeed, EU Member States have considered participation as 'balanced' with the presence of only 30% of one gender. Second, the reference to women and men's 'different but complementary views' strongly denotes the unwarranted assumption of essential gender difference that is always and necessarily larger between than among women and men. This assumption likewise impedes the justification of gender parity because if women's concerns and interests were unified they could be represented by anybody (Phillips 1998).³ It also hinders the intersectional analysis of gender with other parameters of inequality. Current EU gender indicators used to assess balanced participation only provide data disaggregated by gender. They do not take into account women's class, ethnicity, sexual orientation or age that could help monitoring whether more diverse (and possibly competing) interests of women have a legitimate voice in decision-making.

³ Phillips (1998) has argued that because women's interests are varied, unstable and in process of formation women should be represented equally (although this still does not make an argument for gender parity, which for Phillips has to be coupled with a revitalisation of democracy).

And third, the emphasis of women's participation in decision-making risks devaluing the fact that women in contemporary societies fulfil the bulk of caring work and are more likely to engage in grassroots networks and organisations than in formal politics, thereby placing additional guilt on many already overburdened women (Lister 1995). Put differently, it risks obfuscating the interdependence of different forms of participation and the necessity of substantive structural change, such as combating men's evasion of caring work and the need for transforming the 'public' sphere that is necessary to enable women's equal participation.

In terms of concrete policies to promote the balanced participation of men and women Member States have adopted a range of specific measures such as setting targets, establishing evaluation and monitoring procedures, introducing gender statistics, raising awareness and gender training (Commission of the European Communities 2000a). However, these measures so far have not been very successful, which attests to the non-binding nature of the Union's soft law.⁴ As important as specific measures is the de facto implementation of gender mainstreaming. Gender mainstreaming is defined as

"the (re)organisation, improvement, development and evaluation of policy processes, so that a gender equality perspective is incorporated in all policies at all levels and at all stages, by all actors normally involved in policy-making" (The Council of Europe 1998, 7).

That is, all policy measures must take into account at the planning stage their possible effects on the situation of men and women through methods such as gender impact assessment and gender auditing of budgets. Furthermore, gender mainstreaming does not only aim for equal participation of men and women but requires itself a participatory approach involving key actors from social and economic life, including non-governmental organisations (Commission of the European Communities 2000b, 15–16).

Both specific measures and gender mainstreaming are significant in the context of EU enlargement because they are supposed to fully apply to the process of accession of the Czech Republic and Poland (Commission of European Communities 2000b, 4–5).

3. Equal participation and gender equality in the process of accession

3.1. The Commission Progress Reports Towards Accession

*The accession negotiations with the Czech Republic and Poland have been pursued since 1998 through the pre-accession strategy, in which annual priorities in fulfilling the necessary economic, political as well as legal criteria of transposing the *acquis communautaire*⁵*

⁴ Thus the Commission's Progress Report on the Implementation of the Council Recommendation 96/694/EC concludes: "In spite of a host of different measures adopted by Member States the under-representation of women in governments, Parliaments, and committees preparing decisions as well as in the higher levels of the labour market has not changed considerably... Even in those countries (Belgium and Germany) where ... laws provide for an equal or minimum of a one third participation of the underrepresented sex in decision-making bodies, the percentage is only 18.68% and 12.2% respectively. A considerable number of committees do not have even one woman (28.7% in Germany)" (Commission of the European Communities 2000a, 3).

⁵ The *acquis* includes all rights and obligations deriving from EU treaties and laws. It consists of primary (EC Treaty) and secondary European Law (Council directives), soft law instruments (e.g. Community acts and initiatives), as well as the case law of the European Court of Justice.

into national legislation and ensuring its implementation (the so-called Copenhagen criteria) are defined and coupled with financial assistance. The Commission's assessment is contained for each accession country in the Annual Progress Reports. In the following section I shall focus particularly on the Czech Republic's Progress Reports since the analysis shows that even though Poland was considerably slower with transposing the *acquis* there are no substantial differences with respect to where and how gender concerns are addressed in the reports. The analysis revealed the following findings.

First, there is no indication in the Regular Reports that any of the substantive financial pre-accession programmes (Phare, SAPRAD and ISPA) or the mechanism of twinning of administrations and agencies to strengthen administrative and judicial capacity in the accession countries have been gender mainstreamed with respect to project participants, beneficiaries and gender impact analysis (neither can we assume that those in positions of responsibility have received gender trainings). Yet, the programmes would have been a prime opportunity to integrate a gender dimension in the restructuring of all policy areas.⁶

Second, with respect to fulfilling the political criteria democracy and the rule of law the Commission assessed the country's Parliament, Executive and Judiciary and their procedures, including recommendations for training and recruitment, in a completely 'gender-neutral' way. Against its own claim that democracy requires the equal participation of women and men, the Commission has not described the low representation of women in Czech and Polish political institutions as a 'democratic deficit' and an area for intervention and change.

Third, women's human rights infringements were largely limited to 'trafficking in women and children' (since 2002 'trafficking in human beings') in the Czech Republic and 'spousal violence' in Poland. This confirms the relative dominance of issues of violence against women *vis-à-vis* infringements of women's socio-economic rights diagnosed by Grewal (1999) but also the lack of ability or will to address other human rights (e.g. minority rights) from a gender perspective. Interestingly, the *de facto* lack of women's enactment of their right to actively participate in politics is not mentioned under 'political rights'. Instead statistical data on women's low political representation is presented under 'economic, social and cultural rights' – in the Czech reports without further comment. This is evidence of the Commission's tendency to compartmentalise 'women's concerns' under issues of employment and social policy as the only area where binding legislation exists. The section 'economic, social and cultural rights' is by far the shortest of the human rights sections.

Fourth, the assessment of the two economic criteria 'functioning market economy' and 'ability to cope with competitive market forces in the Union', which require among other things the liberalisation of prices and trade, the restructuring of state enterprises and social security systems, contains no evidence that a gender impact analysis of distributional consequences of macro-economic policies, the reallocation of assets through privatisation and of cuts in public expenditure has been carried out – despite growing evidence that women in the accession countries have not reaped equal benefits and suffered equal losses from these policies as men (Steinhilber 2002) and despite the Commission's stated commitment to gender mainstreaming.

⁶ The lack of gender mainstreaming in the Phare programmes despite commitments by the Directorate General Enlargement (European Commission 2001a; 2002a) is confirmed in a review of the recipients of EU funding. Only between 1 and 12% of women (related) NGOs have received such funding in Poland since 1993 (Mizieliriska 2003b).

*Fifth, with respect to the transposition and enforcement of Community law in each of the 29 policy areas or chapters of the *acquis communautaire*, binding regulations about gender equality only exist in the field of 'Social policy and employment' (Chapter 13). In this chapter very general reference is made to progress made in legal transposition of the EU Directives and since 2001 in establishing enforcement structures, in Poland the Plenipotentiary for Equal Status of Women and Men and in the Czech Republic the Council for Equal Opportunities (since 2002). This is followed by recurring statements that 'administrative capacity in this field remains modest' (e.g. for Poland in 2001) and 'more pro-active enforcement and awareness campaigns are needed' (e.g. for the Czech Republic in 2002). Attesting to the lack of intersectional analysis of gender outlined above, 'anti-discrimination legislation' and the new initiative on combating social exclusion in Chapter 13 are not discussed with respect to having gender relevance even though the Regular Reports recognise that poverty and social exclusion are 'multi-dimensional by nature' (for Czech Republic 2002).*

*In conclusion, it is evident that the EU has not promoted equal participation of women and men in accession and has adopted a 'minimalist approach' (Bretherton 2002, 5) in relation to promoting gender equality in the screening and negotiation process. The reasons are both institutional (e.g. the lack of women among the actors in charge of enlargement negotiations; the subdivision of policy areas between different Directorates General) and political (the lack of political will and the subordinate position of gender equality in the Union's hierarchy of values (Steinhilber 2002)). Bretherton (2002) found that the Commission officials she interviewed in 1999 considered the focus on implementing the *acquis* as the most effective means for influencing policy and generating debate about issues of gender equality within the CEE; in contrast Pavlik found in 2002 that EU officials had either not heard about gender in the negotiation process or considered gender equality only relevant after accession (P. Pavlik, personal communication).*

3.2. Progress reports by the Czech and Polish governments and media coverage

Given the Union's power of agenda setting and a widespread scepticism to ideas of gender equality (which have been taken as discredited by state communism) it is hardly surprising that the accession countries in their position papers that respond to the EU Regular Reports and other policy initiatives remain largely within the parameters set by the EU. Just as the EU Regular Reports, these reports lack precise indicators and tend to confidently describe rather than critically assess progress undertaken or planned. The Polish government stated already in 1997 that "the basic provisions of EU law regarding equal right of women and men have already been included in Polish legislation. The Government expects to implement further measures designed to prevent sex discrimination harmonised with EU standards" (Government of the Republic of Poland 1997, cited in Mizielińska 2003a, 2). In the following years reported progress largely referred to the transposition of Council Directives on equal treatment of women and men, and the terms gender and gender equality were rarely used.

With respect to media reporting a preliminary analysis of three major Czech daily newspapers and one weekly magazine around the time of the publication of the EU Regular Reports indicates that gender and women related issues in accession have been mentioned only since 2000 and do not refer to equal participation of women and men (Hašková & Křížková 2003). Limited attention (in comparison e.g. to Roma discrimination) has been

given to the Commission's concerns about trafficking in women and children, which were considered to be overrated and to provide evidence of the Commission's limited regional knowledge. Gender inequalities in the labour market are an emerging area of concern, although press reports usually focus on the situation of specific women such as managers or unemployed mothers and use the term 'difference' rather than inequality, unequal treatment or discrimination, terms rarely used and never related to women.

Yet, it would be premature to conclude that nothing has been achieved. The Czech courts just ruled the first case of sexual harassment brought forward by a woman tram driver. Advisory and monitoring bodies and (part-time) 'gender focus' personnel have also been established, in part as a result of the active lobbying of women's NGOs: in Poland the Plenipotentiary for Equal Status of Women and Men (currently 13 permanent members), which in 2002 helped abolishing the list of more than 90 occupations barred for women (Miezilińska 2003a), in the Czech Republic the Government Council for Equal Opportunities for Women and Men (currently 23 members who meet at least three times a year). These bodies are supposed to draw up policy proposals, define priorities and advise government policies with respect to gender equality. They closely cooperate with, or in the Czech case include members of, women's NGOs and are supposed to coordinate the work of gender focus personnel, which has been established in all Czech ministries. However, these bodies crucially lack human and financial resources and decision-making powers.

Transcripts of Polish parliamentary debates and Czech progress reports on enforcing equal opportunities show that politicians have used EU Council Directives to endorse the transposition of equality legislation (conservatives too have used EU legislation for their ends, arguing e.g. that parity representation does not exist in EU Member States and therefore was unlawful in Poland). They also indicate disputes over meanings or restrictive interpretations of gender equality even by those who endorse it.

Mizielińska's analysis shows that in Poland conservative MPs have repeatedly argued that women and men are already treated equally in Polish law and that EU legislation is therefore superfluous and that natural law endowed women and men with different rights and responsibilities so that they should be treated as 'different but equal'. Against their own assumptions of natural sexual difference the elimination of stereotypes in schoolbooks was considered to threaten differences between the sexes, leading to problems with sexual identification and gender roles. Social democrats have retorted that gender differences derive from culture not nature and that biological differences should not legitimise unequal treatment. They repeatedly clarified that they were not demanding special rights for women but the elimination of discrimination (Mizielińska 2003a).

In the Czech Republic annual government progress reports on implementing the European Employment Strategy and fulfilling the 'Government Priorities and Procedures for the Enforcement of the Equality of Men and Women' illustrate how the concepts of gender equality and gender mainstreaming are used, given sense and defended as internationally 'tried and tested ways' for achieving equality in practice, while similarly providing a minimalist interpretation of gender equality as non-discrimination. An example is the following statement from the 2002 Czech National Action Plan for Employment:

"Our objective is to create a society in which men and women have equal opportunities, rights and duties in all important aspects of life... Creating equal opportunities for men and women clearly includes establishing formal equality (de jure) primarily by means of a prohibition of discrimination, but no legislation can itself ensure the proper application of the principle of equality in practice (de facto). Inequalities and discrimination remain in many areas of life, to the detriment of both genders, and above all women. The fundamental priority for gender equality is therefore to encourage the application of the principle in practice. The main obstacle to that is the poor understanding of the issue – ignorance of it or less than complete understanding, which leads to passivity and lack of interest among citizens and civil servants" (Czech Government 2002, 57–58).

Compared to some of the more encompassing EU conceptions of gender equality outlined in the first part of the paper in which de facto equality referred to material equality, de facto equality here denotes an equality of opportunities that works in practice. While it is indisputable that equal opportunities regulations are only efficacious if they can be enacted, equating gender equality with non-discrimination and extending the same rights and guarantees to both genders may, as Phillips has argued, "obscure (and in some circumstances reinforce) those background inequalities that continue to generate inequalities of power" (Phillips 2001, 3). Indeed, even though structural inequalities are mentioned, primacy is given to raising awareness and eradicating individual and collective prejudice and bias – arguably over the promotion of structural and institutional change.

While I certainly would not dispute that information about legislation is indispensable so that laws become meaningful and can be enacted, formulations such as the one in the 2002 Czech National Plan for Employment raise the question which conception of gender equality can and should be promoted and how this principle can be translated into policies that promote the social transformations necessary to achieve gender justice. Currently principles of gender equality are not worked out with the fullest possible involvement of all relevant groups and I have argued that even progressive governmental actors have interpreted gender equality negatively as the absence of discrimination, and legitimised EU gender policies as internationally recognised and 'proven' standards.⁷

How can a debate about equal participation of women and men and gender justice be put forward so that it addresses both cultural values and social-economic inequalities and is critical towards the minimalist approach to gender equality adopted by the EU during accession? How can social actors be mobilised to participate in such a debate if as Phillips (2001) has argued the very process of inclusion and dialogue encourages people to stretch their sense of what is desirable and possible?

⁷ Note that women's NGOs do not necessarily share a conception of gender and gender equality either. A recent case study of four women's NGOs in the Czech Republic revealed that three of them, the Movement for Active Motherhood, which lobbies for alternative forms of childbirth and childcare, the Mothers Centre, which offers activities for women on maternity leave, and the Prague Mothers, an environmental organisation, did not want to be labelled 'women's organisations'. The NGO representatives rejected this label because of its association with communism, particularly with the (former communist) Women's Union that is still active in the Czech Republic, and because they did not categorically exclude men (Chaloupková 2002). While it is certainly ironic to reject the label women when mobilising around the identity of mothers, the women's rejection of mobilising as 'women' can be considered a way of dealing with the dilemma that 'the terms of protest against discrimination both refuse and accept the group identities upon which discrimination is based' (Scott 1999, 6) as Scott shows with respect to affirmative action.

4. Outlook: A plea for complexity

As a starting point for discussion I would like to draw attention to two strategies from feminist theory and practice that I consider to be useful for moving the debate on gender equality in the accession countries forward in terms of both destabilising essentialist gender categories and refocusing on social inequalities.

With respect to the debate on gender equality and difference, and the question whether we should promote women's equal participation by disregarding or focusing on their sexual difference, feminist theorists have argued that we should reject such a dichotomy that conceives of equality and difference as binary opposites. The assumption of categorical gender difference is usually belied by the heterogeneity within what is constructed as fixed gender categories, and this heterogeneity has to be made publicly visible. Moreover, equality in the Enlightenment tradition always assumes differences (whether deemed biological or social) that can be discarded with respect to, in this case, granting equal rights. The opposite of equality is inequality, not difference. Thus perceived gender differences do not rule out equality, only the incommensurability of persons would. Theorists such as Joan Scott argue that what is indispensable for derailing the equality – difference opposition and the naturalisation of gender inequalities is the analysis of "normative statements that organise cultural understandings of sexual difference" (Scott 1997, 767).

In a similar vein Cornelia Klinger (2001) has argued that we should shift the question of gender equality from the ontological level of gender identities to the reconsideration of social inequality as a structuring multi-axial principle of contemporary societies. Social inequality is the product not only of gender but also of 'race' and class positionings, which have to be analysed with respect to the normative symbolic order that stabilises them.

I would like to suggest more practically that the application of gender mainstreaming to government budgets could be a useful tool in accession countries to address both socio-economic and normative aspects of gender equality. An example of how this can proceed is the analysis of the Government Budget in the UK, which is carried out, in the absence of government impact assessment, by the Women's Budget Group, an independent think-tank of social policy analysts, feminist economists, and NGO policy officers. The Women's Budget group disseminates annual Budget Briefing Papers that cover a range of policy areas such as personal taxation, pensions, child benefit and indirect taxation to the press and other political actors. For each policy area the papers deconstruct assumptions of normality made by the Chancellor in the budget statement (e.g. "while the Chancellor referred to 'older couples', the reality is that most of the elderly and frail are women outliving their spouses, who are more likely to be reliant on government benefits and state pensions" (Women's Budget Group 1995, 4)). Using the University of Cambridge's micro-simulation model POLIMOD the papers then outline in detail how the fiscal policy adopted will affect women and men, couples and singles, persons with and without children economically and socially (e.g. with respect to family dependency) and put forward short-term measures that could feasibly be incorporated into the existing tax and benefit system and would significantly improve the economic position of women (and other groups such as "Black workers and disabled people who are disproportionately concentrated amongst low-paid workers" (Women's Budget Group 1996, 8)).

Applying this tool in the accession countries would require tackling the reluctance and disinterest of the media to report on gender equality themes. At present, these themes are reported very rarely even in the EU Member States. The political strategy of deconstructing prevalent gender binaries in their historically specific embodiments and normative justifications, together with the building on available expertise of (non)governmental actors in EU Member States in highlighting the distributional consequences of economic policies would, I believe, address both structural inequalities and emphasise the diversity and complexity of women's situations. It may also be a step towards generating a broad based dialogue on the principles of gender justice.



References

Bretherton, Charlotte (2002): 'Gender mainstreaming and enlargement: the EU as negligent actor?', paper presented at the conference 'The European Union in International Affairs', National Europe Centre, Australian National University, 3-4 July 2002.

Chaloupková, Jana (2002): *České ženské hnutí pro roce 1989: Čtyři případové studie ženských organizací* [The Czech women's movement since 1989: four case studies of women's organisations], unpublished B.A. thesis, Faculty of Humanities, Charles University, Prague.

Commission of the European Communities (2001a): 'Commission staff working paper. Work programme for 2001 of each Commission service for the implementation of the Framework Strategy on Gender Equality', Brussels, available online: http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp.

Commission of the European Communities (2001b): 'Commission staff working paper. Work programme for 2002 for the implementation of the Framework Strategy on Gender Equality', Brussels, available online: http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp.

Commission of the European Communities (2000a): 'Report from the Commission to the Council, the European Parliament, the Economic and Social Committee on the implementation of Council Recommendation 96/694 of 2nd December 1996 on the balanced participation of women and men in the decision-making process', pp. 1-27, Brussels, available online: http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp.

Commission of the European Communities (2000b): 'Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: Towards a Community Framework Strategy on Gender Equality 2001-5', pp. 1-24, Brussels, available online: http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/strategy_en.html.

Commission of the European Communities (1999): 'Annual Report from the Commission. Equal Opportunities for Women and Men in the European Union 1998', pp. 1–33, Brussels, available online: http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp.

European Commission, DG V (1998): 'A guide to gender impact assessment', pp. 1–7, Luxembourg: Office for Official Publications of the European Community; available online: http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp.

Fraser, Nancy (1997): 'From redistribution to recognition? Dilemmas of justice in a "postsocialist" age', in: N. Fraser *Justice interruptus. Critical reflections on the 'postsocialist' condition*, pp. 11–39, London: Routledge.

Grewal, Inderpal (1999): "'Women's Rights as Human Rights": Feminist practices, global feminism, and human rights regimes in transnationality', *Citizenship Studies* 3 (3), pp. 337–354.

Government of the Czech Republic (2002): National Action Plan for Employment, p. 1–60, available online: <http://www.mpsv.cz>

Hašková, Hana & Křížková, Alena (2003): 'Preliminary analysis of Czech Press Articles (1997–2002)', unpublished research report, Institute of Sociology, Academy of Sciences, Prague.

Klinger, Cornelia (2001): 'Gleichheit und Differenz. Von alten Sackgassen zu neuen Wegen', *Transit* 21, 186–207.

Lister, Ruth (1995): 'Dilemmas in engendering citizenship', *Economy and Society* 24 (1), 1–40.

Mizielińska, Joanna (2003a): 'Polish State document analysis', unpublished research re-port, Gender Studies Programme, Institute of Applied Social Sciences, University of Warsaw.

Mizielińska, Joanna (2003b): 'Priorities and beneficiaries of EU funding in Poland', unpublished research report, Gender Studies Programme, Institute of Applied Social Sciences, University of Warsaw.

Phillips, Anne (2001): 'Multiculturalism, universalism and the claims of democracy', *Democracy, Governance and Human Rights, Paper 7*, United Nations Research Institute for Social Development, 1–19.

Phillips, Anne (1998): 'Democracy and representation: or, why should it matter who our representatives are?', in: A. Phillips (ed.) *Feminism and politics*, pp. 224–240, Oxford: OUP.

Scott, Joan W. (1999): 'The Conundrum of Equality', *The Occasional Papers 2*, School of Social Science, Institute for Advanced Study, Princeton University, 1–13.

Scott, Joan W. (1997): 'Deconstructing equality-versus-difference: or, the uses of post-structuralist theory for feminism', in: D. Tietjens Meyers (ed.) *Feminist social thought: a reader*, pp. 758–770, London: Routledge.

Steinhilber, Silke (2002): 'Women's rights and gender equality in the EU enlargement. An opportunity for progress', *Network Women in Development WIDE*, pp. 1–14, available online: http://www.eurosur.org/wide/EU/Enlargement/EU%20Enlargement_Steinhilber_Oct.2002.htm

Women's Budget Group (1995): Briefing paper on the 1995 Autumn Budget Statement: Impact on women, London School of Economics.

Women's Budget Group (1996): Briefing paper on the 1996 Autumn Budget Statement: Impact on women, London School of Economics.

Frauen im ländlichen Raum und Ökologie

Women in Rural Areas and Ecology

Summary:

The analysis of women in rural areas and ecology, focussed on farmers, is justified theoretically through the concept of sustainable, gender-sensitive rural development in the sense of a transformation of society's relationship to nature. This reference framework goes beyond ecology and integrates cultural, socio-political, economic and technological factors. Integration of the gender perspective means initially the consideration of gender differences existing in reality, furthermore an extended understanding of economics to encompass "informal economics" and a consideration of the interactive effects of environmental changes and gender relations. The current situation of woman farmers in Europe is determined by two contrasting agricultural survival strategies: on the one hand, small, rural subsistence farms, and on the other hand, large-scale agrarian production plants orientated towards world markets. A feminisation of agriculture would appear to be open to criticism as regards small and "sideline" farms, where women's labour is often regarded as an unlimited natural resource to be exploited and where furthermore the inequitable segregation of the labour market is becoming more rigid. Just as much problems arise from an agrarian change which requires woman farmers to unilaterally introduce an ecological, regional form of agriculture without the support of a turnaround in consumption throughout society. The reassessment and restructuring of agricultural and non-agricultural work in rural regions should be central to the debate about the future, and with the aim of recognising natural-spatial and social interdependencies and producing equality of opportunities.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit befaßt sich schwerpunktmäßig mit Frauen, die in der Landwirtschaft tätig sind. Dieser Focus wird nicht nur wegen der eigenen Betroffenheit als Biobäuerin gewählt, sondern vor allem im Blick auf die EU-Osterweiterung, da in den meisten Beitrittsländern mehr Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt sind als in der EU 15. Gerade in den einkommensschwächsten Regionen der Beitrittsländer sind Kleinbetriebe, die überwiegend der Eigenversorgung dienen, ein wichtiger wirtschaftlicher und sozialer Faktor.¹ Zum zweiten soll hier weniger von Frauen und Ökologie, oft gedanklich verknüpft mit Umweltbewußtsein und Umweltverhalten, geredet werden, sondern mehr von nachhaltiger ländlicher Entwicklung im Sinne einer Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse.² Keinesfalls sollen Frauen hier als „ökologische Avantgarde“ (Hoffmann und Weiland 1999) gesehen werden. Eine solche Betrachtungsweise läuft Gefahr, sie weiterhin auf Reproduktionsarbeit und Eigenarbeit, wenn auch ökologisch sinnvolle, festzulegen. Zunächst sollen in aller Kürze die begrifflichen und theoretischen Grundlagen erläutert und danach die reale gesellschaftliche Praxis anhand von Beispielen beschrieben werden.

¹ Laut Aussage von Dr. Wolfgang Münch, EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft, Brüssel, bei der DLG Wintertagung 2003 in München, 9.1.03.

² Das theoretische Konzept entwickelten Thomas Jahn und Peter Wehling, in: Jahn, T. und P. Wehling (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse- Konturen eines theoretischen Konzepts. Soziologie und Natur Theoretische Perspektiven. K. W. Brand. Opladen, Leske und Budrich.

Naturverständnis und Ökologie

Was auch der supermoderne Hightec Landwirtschaftsbetrieb mit einbringt, ist ein nicht zu eliminierender Rest traditioneller Bäuerlichkeit, nämlich die Naturräumlichkeit seines Wirtschaftens. Die Abhängigkeit von klimatischen und topographischen Faktoren sensibilisiert für die Grenzen der Verfügbarkeit von Natur. Dennoch zeigen sich gerade in der Auseinandersetzung um die Agrarwende, weg von der konventionellen Landwirtschaft mit ihren hohen Umweltbelastungen zu mehr Ökolandbau, die jeweils unterschiedlichen Naturverständnisse. Da diese Grundlage landwirtschaftlichen Handelns sind, soll kurz darauf eingegangen werden.

Nach Rink und Wächter gibt es im 20. Jahrhundert bipolar darstellbare ökologische Naturvorstellungen, die sie folgendermaßen beschreiben. In *individualistischen Konzepten* spiegelt sich die moderne Gesellschaftstheorie, die die Freiheit des Einzelnen gegenüber den Gegebenheiten des Milieus aufwertet und ihm die Möglichkeit gibt, Umweltbedingungen zu überwinden. In der konventionellen Landwirtschaft geschieht dies z. B. mit Hilfe der grünen Gentechnik. Insgesamt importiert die EU jährlich mehr als 40 Mio. t an landwirtschaftlichen Rohstoffen, die gentechnisch veränderte Bestandteile enthalten.³ Ganz im Sinne der Darwin'schen Evolutionstheorie reagieren einzelne Individuen auf spezielle Komplexe von Umweltbedingungen und gestalten sie damit. In *holistischen Konzepten* der Ökologie spiegelt sich dagegen, daß die Moderne nicht als Befreiung, sondern auch als Entfremdung und Verunsicherung erlebt wird. Eine Ansammlung von Individuen an einem Ort wird als höherwertiges funktionelles Ganzes interpretiert. Dieses Ganze ist mehr als die Summe der Einzelteile. Als Gegenentwurf zur analytischen Naturwissenschaft wird die holistische Natur räumlich konkret im Sinn einer funktional beschreibbaren Landschaft verstanden. Nach dem 2. Weltkrieg wird versucht mit Hilfe einer politisch unverdächtigen Mathematisierung die Ökologie wieder zu einer exakten prognosefähigen Naturwissenschaft umzuschreiben. Doch auch in der Ökosystemforschung ist ein Ökosystem mehr als die Summe seiner Elemente, damit bleibt die ganzheitliche Vorstellung der Natur erhalten und wird nur im mathematisch mechanistischen Sinn reinterpretiert.⁴ In extremer Lesart des Holismus ist die Natur das dem Individuum vorgängige Ganze. Die Natur, das Leben, ist die Norm, der sich das Einzelne unterzuordnen hat, beispielhaft umgesetzt in der biologisch dynamischen Landwirtschaft oder im Manifest „Für eine Lebens-Landwirtschaft der Zukunft“⁵, das Ministerin Künast im Februar letzten Jahres im Auftrag von 20.000 Unterzeichnern überreicht wurde. Anhand der beiden Naturkonzepte zeigt sich, wie eng Gesellschafts- und Naturtheorien verzahnt sind. Ihre Transformation in die gesellschaftliche Praxis findet sich nicht zuletzt in der Gestaltung der Landwirtschaft im Sinne der sogenannten konventionellen versus der ökologischen.

³ Laut Aussage von Dr. Klaus Dieter Schumacher von Toepfer International Hamburg hat damit die grüne Gentechnik auch auf dem europäischen Markt längst Einzug gehalten, nur hätten die europäischen Bauern von diesem technologischen Fortschritt bisher nicht profitiert, in: DLG Mitteilungen 12/01, S.21 Frankfurt/Main DLG Verlag.

⁴ Eine ausführliche Darstellung der Naturverständnisse in der Nachhaltigkeitsforschung findet sich bei Dieter Rink und Monika Wächter, in: Rink, D. und M. Wächter (2002): Naturverständnisse in der Nachhaltigkeitsforschung. Sozial-ökologische Forschung, Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF Förderschwerpunkt. BMBF. München, ökom Verlag.

⁵ Vergleiche Fuchs, Nikolai: Lebenslandwirtschaft, in: Landwirtschaft 2003. Der kritische Agrarbericht, S.264, Rheda Wiedenbrück, Bauernblatt Verlags-GmbH.

Nachhaltige ländliche Entwicklung

Über die Ökologie hinausgehend verknüpft das Konzept ‚Nachhaltige Entwicklung‘ auch ökonomische und soziale Dimensionen. Als Leitbild für eine globalisierte Gesellschaft hat es sich allen Unkenrufen zum Trotz auch in der europäischen Agrarpolitik durchgesetzt. Dennoch steht z. B. die Umsetzung der Erklärung von Cork (EU 96) und die Integration der Agenda 21 aus. Dies belegt unter anderem die Tatsache, daß jährlich mehr als 20 Milliarden Euro, der Großteil davon sind nicht ausgegebene Gelder der Strukturfonds und der Garantiefonds für die Landwirtschaft, von den Nettozahlern wieder zurückgenommen und zur Sanierung nationaler Haushalte verwendet werden (Novakowski und Lorenzen 2003). Zudem könnte es nach Novakowski passieren, daß das Prinzip der Nachhaltigkeit gar nicht Eingang in den Erweiterungsprozeß finden wird. Das polnische Ministerium für Landwirtschaft hat z.B. Schritte unternommen, Gelder aus SAPARD für Agrarumweltmaßnahmen zur Intensivierung der Landwirtschaft umzuwidmen. Im Gegensatz zu einer reinen Ökologiedebatte stellt nachhaltige ländliche Entwicklung dennoch aus zwei Gründen einen neuen, zukunftsweisen- den Analyse- und Handlungsrahmen, nicht zuletzt für die EU-Osterweiterung, dar:

1. Er bietet einen konsensuellen Orientierungsrahmen für einen Diskurs zwischen Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden.
2. Er bietet einen Bezugsrahmen, innerhalb dessen die kulturellen, gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und technologischen Faktoren in die ökologische Diskussion einbezogen werden können.

Gender und Nachhaltigkeit

Konzepte zur Nachhaltigkeit gleichen sich bei allen Unterschieden meist in einem Punkt, Geschlechterverhältnisse bleiben ausgeklammert. Dabei konnte in vielen Studien der Frauen- und Geschlechterforschung nachgewiesen werden, daß Realitäten verzerrt wiedergegeben werden und Analysen und Theorien unvollständig sind, wenn die Geschlechterverhältnisse ausgeklammert sind.⁶ Die Integration der Gender Perspektive bedeutet zunächst einmal die Berücksichtigung real existierender Geschlechterunterschiede. Männer in der Landwirtschaft pflegen mehrheitlich Maschinen und Datenbestände, Frauen in der Landwirtschaft pflegen Haushalt, Garten, Tiere, Kinder und Altenteiler. Hier kann erst eine „Vermännlichung der Vorsorge“⁷ nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Ein gender-sensibler Zugang zu Nachhaltigkeit beinhaltet über die Darstellung von Geschlechterunterschieden hinaus vor allem ein erweitertes Verständnis von Ökonomie im Sinne „informeller Ökonomie“ oder „Vorsorgendem Wirtschaften“ (*Inhetveen 2001*). Nach Inhetveen sind hier nicht nur die monetär vermittelten, sondern die Gesamtheit aller lebensnotwendigen Arbeiten integriert. Letztendlich erfaßt gender-sensible Nachhaltigkeit auch die Wechselbeziehung zwischen Geschlechterverhältnissen und ländlichen Umweltveränderungen. Diese Wechselbeziehungen beeinflussen bis heute die Art und Weise wie Landwirtschaft betrieben wird, wie Ressourcen genutzt und bewirtschaftet werden und wie damit Umweltveränderungen entstehen. Die Erfindung des

⁶ Siehe Schön, Susanne, Keppler, Dorothee, Geißel, Brigitte: Gender und Nachhaltigkeit, in: Schön, S., D. Keppler, et al. (2002): Gender und Nachhaltigkeit. Sozial-ökologische Forschung, Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF Förderschwerpunkt. BMBF. München, ökom Verlag.

⁷ Christa Wichterich: Pragmatikerinnen des Überlebens, in: Vorsorgendes Wirtschaften, Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit, Politische Ökologie, Sonderheft 6.

Traktors zum Beispiel veränderte nicht nur ganze Landschaften, sondern war ein gravierender, Geschlechterungleichheit stabilisierender Einschnitt in das bäuerliche Leben. Auch die Tierzucht belegt diese Wechselbeziehung. Nach Anita Idel dominierte z. B. in den 60 Jahren in der Tierzucht noch die Vielfalt der Tiere und Standorte. Danach war das Ziel die einheitliche Tierproduktion, das Huhn im Käfig. Die Angepaßtheit an die konstanten Bedingungen des Käfigs geht auf Kosten der Anpassungsfähigkeit, auf schwankende Umweltbedingungen in der Freilandhaltung reagieren zu können (Augsten, Idel et al. 2003). Diejenigen, die diese Art der Tierzucht vorantreiben, sind die vorwiegend männlichen Tierzuchtprofessoren, Zuchtleiter und Zuchtverbandsvorstände. Diejenigen, die den Alltag, nämlich die Probleme in der ökologischen Hühnerhaltung bewältigen müssen, sind Frauen. Dennoch wird die Diskussion um Geschlechterverhältnisse sowohl bei den Betroffenen selbst, als auch in Verbänden oder in der Agrarpolitik häufig noch als städtisch, modisch und überflüssig abgetan. Man weist darauf hin, daß Rollenverteilung und Verhalten so wie sie sind, der Natur entsprechen und darüber hinaus Partizipation dem gelernten Fundus ländlicher Verhaltenstraditionen widerspricht. Unter diesen Voraussetzungen bleibt nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum blockiert. Obwohl die Naturalisierung des Sozialen weder soziale Verhältnisse noch ihr Verhältnis zur Natur verständlich machen kann, prägen dieser reduktionistische Naturalismus und ansozialisierte Geschlechterrollen weitgehend das Denken und den Handlungsspielraum von Bäuerinnen. Im folgenden soll nun auf die gesellschaftliche Praxis, die reale Situation von Frauen im ländlichen Raum anhand von Beispielen, die jeweils gegensätzliche landwirtschaftliche Überlebensstrategien beschreiben, eingegangen werden.

Gesellschaftliche Praxis

Feminisierung der Arbeit in kleinbäuerlichen und landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieben

Die Landwirtschaft der vergangenen Jahrzehnte war von einem in Dynamik und Dramatik in der Geschichte unbekanntem Strukturwandel geprägt. Laut Agrarstatistik und offiziellen Aussagen des deutschen Bauernverbandes, wie jüngst von Präsident Sonnleitner, wird die implizite Annahme transportiert, daß nur die großen Betriebe Überlebenschancen haben und zukunftsfähig sind. Die heutige Landwirtschaft in Ostdeutschland ist wesentlich Ergebnis der selektiven Förderung von großen Einheiten. Die Verteilung öffentlicher Flächen ist auf wenige Großbetriebe konzentriert, die mit arbeitsextensivem Anbau von Prämienfrüchten ein Rationalisierungsniveau von bis zu 400 ha bewirtschafteter Fläche je Arbeitskraft erreichen (Gerke 2003). Auch die GAP, die gemeinsame Agrarpolitik der EU, förderte die industrialisierte Intensiv-Landwirtschaft. Erst angesichts der EU-Osterweiterung scheinen Korrekturen möglich, wie sich in den Reformvorschlägen des Agrarkommissars Fischler zur Halbzeitbewertung der Agenda 2000 zeigt. Die von Brüssel bis dato eher unerwünschte Form kleinstrukturierter Landwirtschaft wird jedoch in steigendem Ausmaß von Frauen getragen. Auffällig ist im europäischen Vergleich, daß die Bereitschaft, einen kleinen Hof weiter zu führen, bei Bäuerinnen steigt und bei Bauern sinkt (Bachmann 1999). Dies belegt auch die reale Versorgungsleistung sogenannter Kleinstlandwirtschaften in Ostdeutschland sowie in Mittel- und Osteuropa (Meyer-Renschhausen 2001). Trotz Verschwinden der Landwirtschaft als Arbeitgeber, 89% der landwirtschaftlich Beschäftigten davon zwei Drittel Frauen wurden nach der Wende erwerbslos, gab es eine Art paradoxer Reagrarisierung. Landwirtschaftliche Eigenarbeit oder ländliche Subsistenzwirtschaft sind in ostdeutschen

Dörfern die Basis gemeinschaftlicher Überlebensstrategien. Doch nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in weit ungünstigeren westdeutschen und westeuropäischen Problemstandorten für Landwirtschaft überleben Nebenerwerbs- und Kleinbetriebe durch den Beitrag von Frauen (Inhetveen und Schmitt 2001). Nach wie vor ist das Denken und Handeln zumindest von Bäuerinnen ab 30 von der Sorge für die Familie geprägt und auf Hofbelange ausgerichtet. Das „nachhaltige Hofdenken“, also der Erhalt des Betriebes über die eigene Generation hinaus, steht, nach Inhetveen, im Vordergrund der Wünsche dieser Bäuerinnen. Die Feminisierung der Landwirtschaft in kleinbäuerlichen und Nebenerwerbsbetrieben ist allerdings unter gender-sensiblen Nachhaltigkeitsüberlegungen kritisch zu sehen. Nicht zuletzt verfestigt sich dadurch tendenziell eine geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes, die Männern einen Platz im ersten und Frauen einen Platz auf dem zweiten Arbeitsmarkt zuweist. Darüber hinaus gilt Frauenarbeit auf dem Land, wie Vera Lasch in ihrer Untersuchung zur Gesundheit von Bäuerinnen feststellte (Lasch 1995), als unbegrenzt ausbeutbare Naturressource. Vor allem aber ist die soziale Absicherung europäischer Klein- und Nebenerwerbsbäuerinnen lückenhaft, zum Beispiel im Mutterschutz, und die Unterversorgung im Alter besonders kraß (Schunter-Kleemann 1999). Zunehmend ist die Problematik der rechtlichen Stellung und der Altersvorsorge der Bäuerinnen in diesen Betrieben Anlaß für Gespräche bei Beratungsstellen. Neue Problemlagen tauchen für Bäuerinnen mit der sogenannten Agrarwende auf.

Die Agrarwendedebatte – kein Beitrag zur sozialen Nachhaltigkeit der Landwirtschaft

Die europäische und deutsche Agrarpolitik war seit dem 2. Weltkrieg einseitig ökonomisch ausgerichtet. Im Vordergrund und als Zielvorgabe standen stets betriebliches Wachstum und Produktion, wenn auch mit hohen Umweltbelastungen verbunden. Ausgelöst durch die BSE-Krise, einer der Folgen dieser einseitigen Landwirtschaftspraxis, setzte die von der grünen Ministerin Künast eingeleitete Agrarwende die politischen Akzente eindeutig in Richtung Ökologie. Dies war zunächst eine Bestätigung für die ca. 5% Biobauern. Die übrigen 95% der Bauern fühlten sich jedoch stigmatisiert und ideologisch bevormundet. Besonders die Bäuerinnen kamen sich, in der Forderung nach mehr Verbraucher- und Umweltschutz in ihrer Lebens- und Arbeitswelt mißverstanden vor, wie die große, bis dato einmalige Demonstration der Landfrauen in Münster zeigte. Nach Dr. Dirscherl, dem Leiter des evangelischen Bauernwerks,⁸ empfinden es die Bäuerinnen geradezu als zynisch, wenn sie zu „mehr Phantasie für Dienstleistung im ländlichen Raum“ aufgefordert werden. Gerade bei Bäuerinnen, die weit mehr als ihre männlichen Kollegen offen sind für mehr Naturnähe, Regionalvermarktung und mehr Dienstleistung, herrscht Unverständnis darüber, daß ihnen eine Wende mit allen Risiken abverlangt wird, entgegen einer ansonsten gänzlich arbeitsteiligen, hoch spezialisierten und in internationale Marktbeziehungen eingebundenen Industriegesellschaft, deren Bereitschaft zur Konsumwende in Zeiten knapper Kassen gänzlich dahinschwindet. Diesen widersprüchlichen Realitäten stellen sich in immer größerem Maß junge landwirtschaftliche Unternehmerinnen.

⁸ Dr. Clemens Dirscherl ist darüber hinaus Bundesvorsitzender der Kirchlichen Dienste auf dem Lande in der EKD.

Junge Unternehmerinnen in der Landwirtschaft

Vor allem in den großen von der EU-Agrarstruktur bevorzugten landwirtschaftlichen Betrieben entwickeln junge Frauen im Zusammenführen von Tradition und Innovation professionelle Neuausrichtungen von Betrieben. Diese Unternehmerinnen in der Agrarwirtschaft, die sich sowohl an lokalen und regionalen Märkten als auch am Weltmarkt positionieren wollen, finden in der EU durchaus ihren Platz. Immerhin sind in der EU 15,24%⁹ der Betriebseigentümer Frauen. Ihre an der Gesamtgesellschaft ausgerichteten Konzeptionen zielen vor allem auf eine gemeinsame, gleichberechtigte Betriebsführung und die Ausrichtung der Arbeitswirtschaft auf die allgemeine Arbeitswelt. Es ist besonders bedeutsam, dies festzuhalten, da Frauenforschung zum Teil diese Realitäten nicht wahrnimmt. Auf der Suche nach einer nicht den Mechanismen der Marktgesellschaft unterliegenden sozialökologischen Arbeitspolitik wird hier ebenso einseitig der Forschungsschwerpunkt auf kleinbäuerliche Strukturen und informelle Ökonomie verlagert, wie sich umgekehrt die Agrarwissenschaft einseitig auf die Orientierung an globalen Agrarmärkten festlegt.

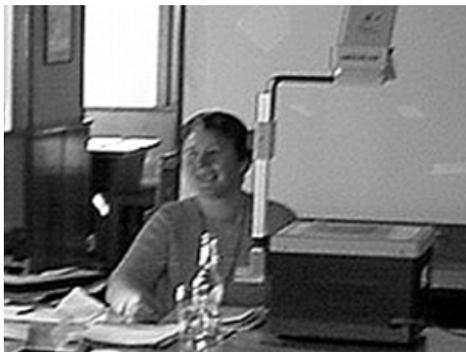
Ausblick

Daraus wird deutlich, es gibt keinen Königsweg für die in der Landwirtschaft tätigen Frauen Europas. Einerseits ist die Orientierung auf den Weltmarkt vollzogen, eine Revidierung wäre nicht nur technisch unmöglich, sondern für junge Frauen meist auch nicht wünschenswert (Müller 2003). Daran kann auch eine deutsche Agrarwende, die ohne gesamtgesellschaftliche Verbraucherwende steckenbleibt, nichts ändern. Andererseits müssen aber informelle Ökonomien, wie Kleinlandwirtschaft und Nebenerwerb, gesellschaftlich wahrgenommen und durch politisch und rechtliche Rahmenbedingungen so gestaltet werden, daß Frauen darin einen gleichberechtigten Platz finden. Über die Situation von Bäuerinnen hinaus muß aber im Mittelpunkt einer Zukunftsdebatte über den ländlichen Raum die Ablösung der traditionellen „Sozialökonomie der ländlichen Arbeit“ durch eine zukunftsfähige „Sozialökologie der Arbeit im ländlichen Raum“ stehen (Brüggemann 2002). Diese umfaßt nach Brüggemann nicht nur die Landwirtschaft, sondern darüber hinaus traditionelles und modernes Handwerk, Klein- und Mittelbetriebe, Naturschutz und Landschaftspflege, neue Technologien, Handel, Gewerbe und neue Dienstleistungen. Letztendlich geht es um die „Neubewertung und Neustrukturierung von ländlicher und nichtländlicher Arbeit in ländlichen Regionen“ (Brüggemann 2002). Diese Neubewertung erfaßt den besonderen Zusammenhang von Arbeit und natürlichen Ressourcen. Sie eröffnet Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft, die erst wieder landwirtschaftliche Tätigkeiten rentabel und zukunftsfähig machen. Und sie ermöglicht die Zunahme von Pluriaktivität als Chance für neue Arbeitsformen, für die Kombination von bezahlter Erwerbsarbeit, unbezahlter freiwilliger Arbeit und Eigenarbeit.

Als gelungenes Beispiel für diese Art der Neustrukturierung ländlicher Arbeit sei zum Schluß das Modellprojekt SELF genannt, das mit Unterstützung des Bundes und in Trägerschaft des Deutschen LandFrauenverbandes umgesetzt wurde. Es entstanden 25 Existenzgründungen und 40 Arbeitsplätze (Putzing 2003). Ziel war es, ostdeutschen Frauen auf dem Land neue Erwerbsperspektiven mit Hilfe von Frauenexistenzgründungen zu verschaffen und darüber hinaus die Wirtschaft vor Ort zu beleben. Darüber hinaus wurde der Versuch unternommen, ausgehend vom sozialen Engagement der Landfrauenvereine, z. B. in Form von Begegnungsstätten, den sozialen Anspruch mit marktwirtschaftlichen Erfordernissen zusammenzubringen.

⁹ Siehe DLG Mitteilungen 2/2003, S.7.

Nach Putzing hat insbesondere das Vertrauensverhältnis zwischen den Beteiligten, von Landfrau zu Landfrau, maßgeblich zu dem Erfolg des Projektes beigetragen. SELF schloß damit eine in der Bundesrepublik bestehende Beratungslücke frauenspezifischer Anliegen im Existenzgründungsbereich. SELF veranschaulicht die Sicht von Frauen im ländlichen Raum und trägt damit zur Geschlechterdebatte über Zukunftsperspektiven auch im erweiterten Europa bei.



Literatur

Augsten, F., A. Idel, et al. (2003): Nachholbedarf ökologische Tierzucht – auch eine Geschlechterfrage. Landwirtschaft 2003, Der kritische Agrarbericht. Agrarbündnis. Rheda Wiedenbrück, ABL Bauernblatt Verlags-GmbH.

Bachmann, K. (1999): Die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union: „Die Bevormundung der BürgerInnen Europas“. Frauen und nachhaltige ländliche Entwicklung, III. Internationaler Workshop: Women in Rural Development. P. Teherani-Krönner, U. Hoffmann-Altman und U. Schultz. Pfaffenweiler, Centaurus Verlagsgesellschaft: 162–166.

Brüggemann, B., et. al. (2002): Ungelöste Probleme der sozial-ökologischen Regionalentwicklung im ländlichen Raum. Sozial-ökologische Forschung, Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF Förderschwerpunkt. BMBF. München, ökom verlag.

Gerke, J. (2003): Zur Transformation der Landwirtschaft in Ostdeutschland, Eine Zwischenbilanz. Landwirtschaft 2003, Der kritische Agrarbericht. Agrarbündnis. Rheda Wiedenbrück, ABL Bauernblatt Verlags-GmbH.

Hoffmann, E. und U. Weiland (1999): Das Konzept Nachhaltigkeit in der feministischen Kritik: Vom Ausleuchten blinder Flecke zum Blick auf das Ganze. Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven – Alte Blockaden. I. Weller, S. Hofmeister und E. Hoffmann. Bielefeld, Kleine Verlag.

Inhetveen, H. und M. Schmitt (2001): Vom Mythos des kontinuierlichen Abbaus bäuerlicher Familienbetriebe, Ergebnisse einer Bäuerinnenstudie. Landwirtschaft 2001, Der kritische Agrarbericht. Agrarbündnis. Rheda Wiedenbrück, ABL Bauernblatt Verlags-GmbH.

Jahn, T. und P. Wehling (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse – Konturen eines theoretischen Konzepts. Soziologie und Natur Theoretische Perspektiven. K. W. Brand. Opladen, Leske und Budrich.

Lasch, V. (1995): Arbeit und Belastung bei Bäuerinnen. Rheda Wiedenbrück, ABL Bauernblatt Verlags-GmbH.

Meyer-Renschhausen, E. (2001): Gänse im Garten, Zur sozialen Bedeutung von Kleinstlandwirtschaft und Nutzgärten am Beispiel Gartz an der Oder. Landwirtschaft 2002, Der kritische Agrarbericht. Agrarbündnis. Rheda Wiedenbrück, ABL Bauernblatt Verlags-GmbH.

Müller, U. (2003): Für die Landwirtschaft begeistern, Bäuerin zwischen Innovation und Tradition. Landwirt in der Gesellschaft, Wege zu besserem Image und Ansehen. D. L. G. e.V. Frankfurt am Main, DLG Verlag.

Novakowski, A. und H. Lorenzen (2003): Die Chancen nutzen, Die EU Osterweiterung zwischen Besitzstandswahrung und zukunftsfähigen Reformen. Landwirtschaft 2003, Der kritische Agrarbericht. Agrarbündnis. Kassel, ABL Bauernblatt Verlags-GmbH.

Putzing, M. (2003): Neue Erwerbsperspektiven für Frauen auf dem Lande. Ergebnisse eines innovativen Modellprojektes. Landwirtschaft 2003, Der kritische Agrarbericht. Agrarbündnis. Rheda Wiedenbrück, ABL Bauernblatt Verlags-GmbH.

Rink, D. und M. Wächter (2002): Naturverständnisse in der Nachhaltigkeitsforschung. Sozial-ökologische Forschung, Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF Förderschwerpunkt. BMBF. München, ökom Verlag.

Schön, S., D. Keppler, et al. (2002): Gender und Nachhaltigkeit. Sozial-ökologische Forschung, Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF Förderschwerpunkt. BMBF. München, ökom. Verlag.

Schunter-Kleemann, S. (1999): Nachhaltige Entwicklung als Zielsetzung der europäischen Agrarpolitik? Frauen und nachhaltige ländliche Entwicklung. P. Teherani-Krönner, U. Hoffmann-Altman und U. Schultz. Pfaffenweiler, Centaurus Verlagsgesellschaft.

Chancen für polnische Frauen auf dem Lande durch den EU-Beitritt Polens?

Will EU-Membership Offer an Opportunity for Polish Women in Rural Areas?

Summary:

As members of the Polish-German Society for Ecology in Farming, Technology and Culture (PNT-ATK), the question of how agriculture should be structured sustainably so as to improve life in the countryside, particularly for women and young people, has occupied us for 10 years. Good results emerging from Polish-German co-operation in ecological projects has allowed us to hope that accession to the EU will speed and improve the country's path towards becoming more ecological.

There are, however, good grounds for fearing the danger that serious flaws in EU agriculture will be transferred to Poland. The current orientation pays too little attention to the ecological and social problems of rural areas and in particular to the situation of women. Many of them fear that their social situation will deteriorate if in accordance with EU-resolutions the Polish farmers only receive 25% of the subsidies their colleagues in the old EU-member states get. They believe that the EU requirements for so-called modernisation of agriculture will force small and medium-sized farms out of business. Experts have calculated, that this would result in an increase of unemployment of ca. 3 million people among those who are working in the farming and associated economic sectors in Poland. Even today the unemployment rate amongst Polish women in rural areas is disproportionately high and their chances of finding a job are lower than in other branches. Inadequate health care provision together with a lack of nursery care robs most rural women of the chance of furthering their education.

The problems will only be solved when the EU increases its support for improvements to rural infrastructure through social and ecological programmes. The scientific-technical and intellectual requirements are already available. They include ecological innovations which have already proved themselves in practice and to which the PNT-ATK amongst others has made important contributions. Regional processing of rural economic products in particular, must be organised so that the added value remains in the region and can be used to improve the infrastructure, to create jobs and to support start-ups and women. The women in the countryside have an enormous potential to play a part in making the economy more ecological. It is of great importance, however, that they help motivate young people towards ecological renewal of rural areas. Only women in equal co-operation with their male partners will be able to solve this complex task successfully.

Einleitung

Die Polnisch-Deutsche Gesellschaft für Ökolandbau, Ökotechnik und Ökokultur (PNT-ATK) wurde 1992 an der Agraruniversität Warschau gegründet. Zu den wichtigsten Zielen der Gesellschaft gehören:

- Gestaltung einer nachhaltigen Landwirtschaft
- Naturgerechte Land- und Umwelttechnik
- Beiträge zur Lösung der sozialen und ökologischen Probleme auf dem Lande

Die Gesellschaft arbeitete vor allem an folgenden Aufgaben:

- Entwicklung von Zentren für Ökologische Erneuerung in Polen und Deutschland
- Hanf und seine vielfältige Nutzung als nachwachsender Rohstoff
- Mikrobiologische Technologien für ökologischen Landbau und Umwelt

Durch die polnisch-deutsche Zusammenarbeit sollten für die Entwicklung des ökologischen Landbaus gute Startbedingungen für den Zeitpunkt des EU-Beitritts von Polen geschaffen werden.

1. Landwirtschaft in Polen

Polen hat 38,7 Mio. Einwohner auf einer Fläche von 312.700 km². Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LN) beträgt 18,5 Mio. ha (13,5% der LN der EU), davon sind 42,5% Ackerland. Die Betriebsgrößenstruktur bestimmen kleine und mittlere Bauernhöfe. Die durchschnittliche LN beträgt 9,0 ha (EU 19,4 ha). Insgesamt gibt es ca. 1,88 Mio. Bauernhöfe und 5000 Landwirtschaftsunternehmen, die dem Staat, Genossenschaften oder ausländischen Besitzern gehören. Die Anzahl der kontrollierten Ökobetriebe hat sich von 27 im Jahr 1990 auf 1787 im Jahr 2001 erhöht. Sie bewirtschaften 38.800 ha LN.

Abb. 15. Ökobetriebe in Polen

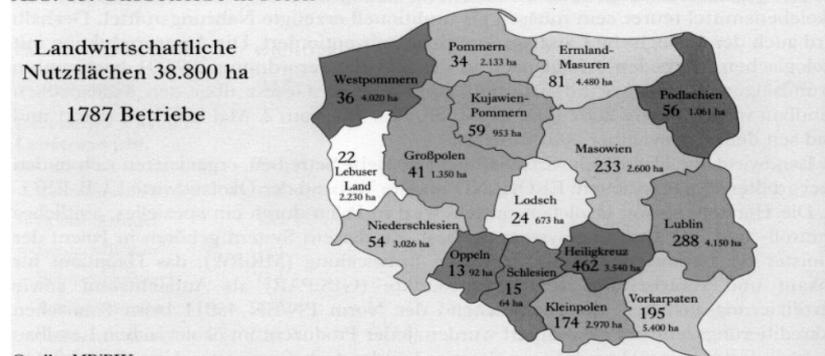
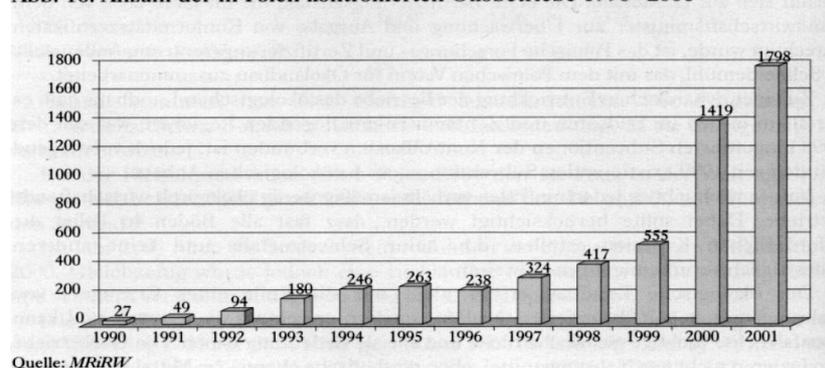


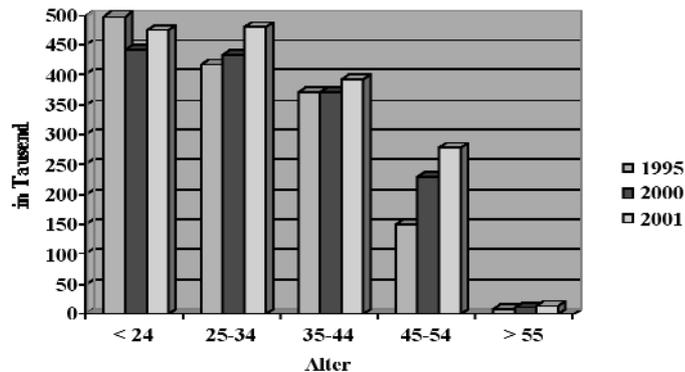
Abb. 16. Anzahl der in Polen kontrollierten Ökobetriebe 1990–2001



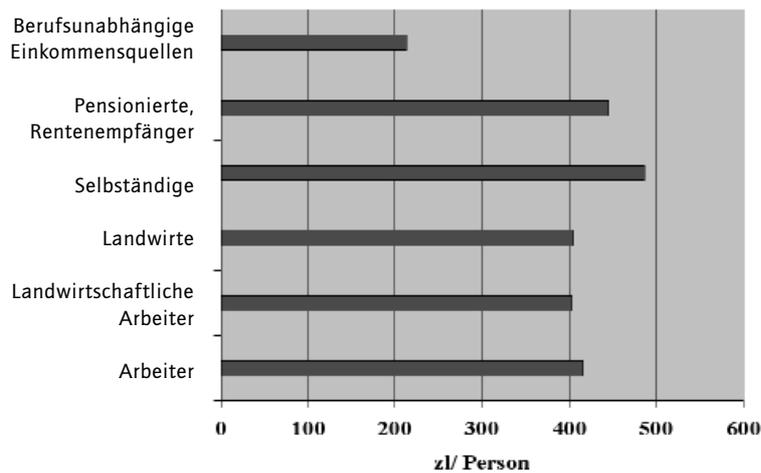
Der geringe Einsatz chemischer Düngemittel von jährlich nur 90,8 kg NPK/ha und Jahr und Pestiziden von nur 0,62 kg/ha und Jahr (weniger als 14% der EU-Landwirtschaft) ist eine gute Voraussetzung für die ökologische Produktion der gesamten Landwirtschaft in Polen.

2. Lage der Frauen auf dem Lande

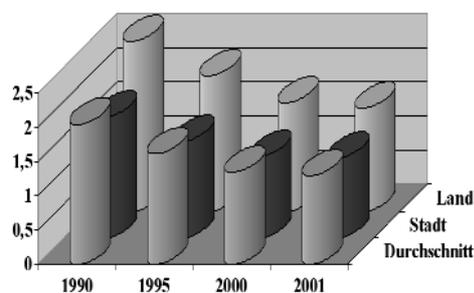
In der Landwirtschaft arbeiten 2,7 Mio. Menschen, das sind 19% der Menschen, die auf dem Lande wohnen (insgesamt 5,5 Mio.). In der Landwirtschaft arbeiten ca. 1,19 Mio. Frauen, das sind 49% der in der Landwirtschaft Beschäftigten und 19% der Beschäftigten im ländlichen Raum. Registriert sind 1,33 Mio. Arbeitslose auf dem Lande. Hinzukommen noch 1 Mio. sogenannter verdeckter Arbeitsloser. Das sind Besitzer oder Inhaber von Höfen größer als 2 ha, die in Polen nicht als Arbeitslose registriert werden. Somit gibt es unter den 5,5 Mio. Menschen auf dem Lande ca. 2,3 Mio. Menschen ohne Arbeit. Davon sind ca. 1,7 Mio. Frauen. Das sind 72% der Arbeitslosen und 30% aller Menschen im ländlichen Raum. Frauen im Alter von 24 bis 34 Jahren sind am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Zahlen der arbeitslosen Frauen (altersbedingt)

Das Durchschnittseinkommen der in der Landwirtschaft Arbeitenden beträgt ca. 400 Zł, (ca. 100 Euro) im Monat. Dies bedeutet, daß auch Frauen, die nicht zu den Arbeitslosen zählen, unter dem Existenzminimum leben müssen.

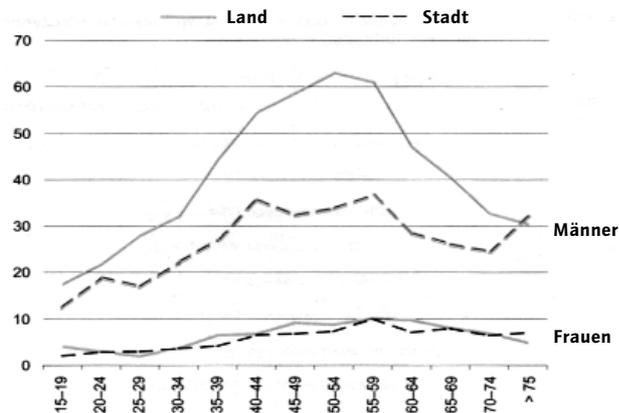
Monatseinkommen in der polnischen Landwirtschaft

Die Folge dieser Situation ist ein Rückgang der Geburtenrate auf dem Lande von 2,5 Lebendgeborenen je 1000 Einwohner im Jahre 1990 auf 1,5 im Jahre 2001. Bei Tausend Geburten sterben in Polen 8,1 Säuglinge (EU 4,9). Das mittlere Lebensalter ist bei Frauen 78 (EU 81,4) und bei Männern 69,7 Jahre (EU 75,3).

Kindergeburtenrate in Polen

Daß Frauen trotz großer Belastung psychisch weniger labil sind als Männer, ist aus der Selbstmordrate zu erkennen. Sie ist bei Männern zwischen 50–55 Jahren am höchsten und damit 6-mal so hoch wie bei Frauen. Das ist das Alter, in dem die Männer unter unseren gesellschaftlichen Verhältnissen aus dem Arbeitsprozeß verdrängt werden.

Selbstmordrate in Polen



Damit die polnischen Frauen aktiv und gleichberechtigt an der Überwindung der Krise mitwirken können, hoffen sie darauf, daß mit dem EU-Beitritt Polens die Ursachen für ihre Belastungen verringert werden. Dazu gehören:

- Zunehmende Armut auf dem Lande
- Wachsende Arbeitslosigkeit
- Landflucht, insbesondere der Jugend
- Mangelhafte Infrastruktur
- Mängel im Gesundheitswesen
- Ungenügende Betreuung von Kindern und Schülern
- Gesellschaftliche Benachteiligung der Frauen

Die Programme der UNO, zum Beispiel United Nations Development Programme (UNDP), helfen den polnischen Frauen mit folgenden Projekten:

- Gewaltverhinderung zu Hause und in der Schule
- Verantwortliche Familienplanung und gesunde Lebensweise (Jugend und Eltern)
- Netz zur Reproduktion der Gesundheit
- Gesundheit für Mutter und Kind unter Beachtung der Familienplanung
- Schulung für Krankenschwestern für Klein- und Schulkinder
- Vorbeugung gegen Geschlechtskrankheiten und AIDS
- Gleichberechtigung der Geschlechter bei Parlamentswahlen.

Die Notwendigkeit solcher Hilfe charakterisiert die Lage der Frauen in Polen. Unverständlich ist daher, daß Polen an dem im Jahr 2000 ausgeschriebenen 50-Millionen-Euro-Projekt (VP 2002/6 vom 20.12.2000) für die Beitrittsländer zur Schaffung einer „Gemeinschaftsstrategie für die Gleichheit der Frauen und Männer“ nicht mitwirkt.

3. Hoffnungen

Polen hatte in der Zeit von 1990 bis 1998 eine hoffnungsvolle Entwicklung der Volkswirtschaft. So wurde in dieser Zeit die Inflationsrate von 585,8% auf 12,2% gesenkt. Das Wachstum der Industrieproduktion erhöhte sich im Durchschnitt von -22% auf 9% pro Jahr. Der Zuwachs des Brutto-Inlandsproduktes (BIP) betrug in diesem Zeitraum durchschnittlich 11,8 % im Jahr. Diese gute Bilanz zeigt die Leistungsfähigkeit der Menschen in Polen und ihre Kraft, die Krise zu überwinden. Nicht gelungen ist es allerdings, die anwachsende Arbeitslosigkeit zu verhindern und die größer werdenden Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie zwischen arm und reich zu überwinden.

Dies und Fehler in der EU-Politik haben dazu geführt, daß viele Menschen auf dem Lande zur Zeit noch den Beitritt Polens zur Europäischen Union ablehnen. Ursachen sind:

- EU-finanziertes Preisdumping gegen polnische Agrarprodukte
- Unbegründete Diskriminierung der Qualität polnischer Landwirtschaftsprodukte
- Bürokratische Ermittlung der Produktionsbedingungen nach lebensfremden Normen
- Formale und unzeitgemäße Forderungen an die Landwirtschaft zum Schaden Polens
- Die EU-Landwirtschaft ist durch Zerstörung der Natur ein schlechtes Beispiel
- Polnische Bauern erhalten nur 25% der finanziellen Förderung der bisherigen EU-Bauern.
- Verschwendung von Fördermitteln zum Schaden der Natur
- Vernachlässigung sozialer und ökologischer Probleme.

Hinzu kommt, daß die Landwirtschaft in der Europäischen Union kein nachahmenswertes Beispiel für polnische Menschen auf dem Lande ist. Das gilt vor allem für:

- Umweltzerstörung durch Chemieeinsatz
- Verschlechterung der Bodenqualität (Humusmangel)
- Einkommensverluste durch Preisverfall
- Absatzprobleme durch Sozialabbau und Verteuerung der Konsumtion sowie steigende Steuerabgaben.
- Durch Profitstreben verursachte Naturkatastrophen
- Ungenügende Umwelterziehung schon in der Schule
- Lebensmittelskandale.

4. Auswege aus der Misere

Eine Reihe von EU-Programmen soll dazu beitragen, die Probleme in der polnischen Landwirtschaft zu lösen. Dies gilt für folgende Programme:

- SAPARD-Operativer Plan
- Sektoraler Operativer Plan „Umstrukturierung und Modernisierung des Nahrungssektors und Entwicklung des ländlichen Raumes“ (SOP)
- Plan für die Entwicklung des ländlichen Raumes (PROW)
- Aktivierungsprogramm für ländliche Gebiete (PAOW)
- PHARE-Programm

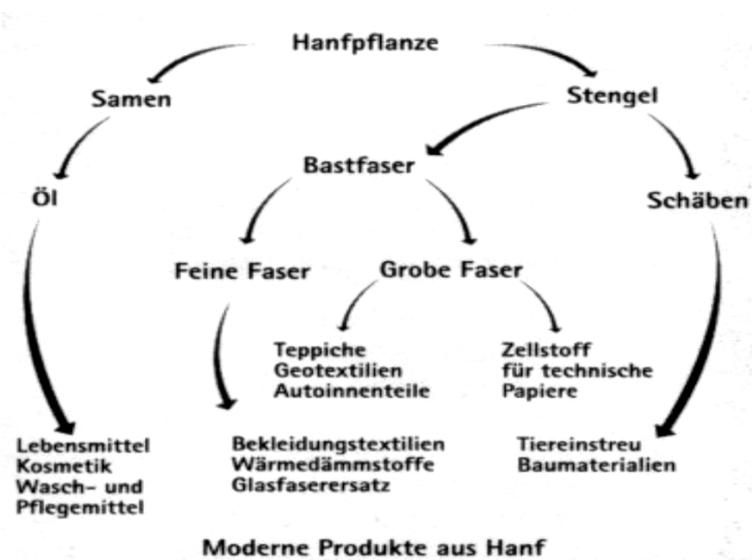
Ökologisch orientierte Organisationen in Polen sollten darauf achten, daß diese Mittel für Nachhaltigkeit und nicht für weitere Zerstörung der Natur eingesetzt werden. Das polnische Regierungsprogramm „Gute polnische Lebensmittel“ wird nur bei einer ökologischen Landwirtschaft zu gesunden Lebensmitteln führen.

4.1. Beispiel: Zentren für ökologische Erneuerung in Polen und Deutschland

Aus der Erkenntnis, daß die Ökologisierung der Landwirtschaft der richtige Weg aus der Krise ist, begann die PNT-ATK vor 10 Jahren das Projekt „Zentren für ökologische Erneuerung“. In Jarnatow sollte das erste Beispiel in Polen realisiert werden. Das Projekt beinhaltet einen polnisch-deutschen Jugendtreffpunkt, eine polnisch-deutsche Siedlung für Senioren in Selbstverwaltung mit einem Biogarten, Ausbildungsstätte für ökologisches Bauen, ein Schulungszentrum in einem Erdhaus, Energiegewinnung aus Biomasse, Pflanzenkläranlage mit anschließendem Badeteich, Beratungs- und Verkaufseinrichtung für nachhaltige Projekte, Maschinen und Geräte für die ökologische Erneuerung. Aus Finanzgründen konnte das Projekt in Polen nicht vollständig sondern nur in Einzelteilen realisiert werden. Es steht jedoch jedem, der ähnliche Beispiele schaffen will, zur Verfügung. Die Beispiele in Deutschland wie die Ökoscheune Wulkow (Frankfurt/Oder) und der Biogarten in Hennef/Süchterscheid entwickelten sich weiter.

4.2. Beispiel: Nachwachsende Rohstoffe

Um Rohstoffprobleme nachhaltig zu lösen und den Menschen auf dem Lande neue Arbeitsfelder zu erschließen, arbeitet die PNT-ATK an Projekten für nachwachsende Rohstoffe. Weil durch den Anbau von Hanf gleichzeitig der Boden verbessert wird und eine Vielzahl von Produkten im ländlichen Raum hergestellt werden können, wurde 1997 mit dem Institut für Naturfasern in Poznan eine internationale GmbH, die World Hemp Center Ltd. gegründet. Sie trug dazu bei, daß in Mecklenburg/Vorpommern neue Produkte aus Hanf sowie Maschinen und Geräte, wie zum Beispiel neue innovative Hanferntemaschinen, geschaffen worden sind.



4.3. Beispiel: Effektive Mikroorganismen

Seit 1999 unterstützt die PNT-ATK die Einführung einer vom japanischen Professor Teruo Higa entwickelten nachhaltigen Mikrobiologie, mit den sogenannten Effektiven Mikroorganismen. Was können diese Mikroorganismen?

- Festhalten des atmosphärischen Stickstoffes
- Unterdrückung bodeneigener Pathogene
- Wiedergewinnung pflanzlicher Nährstoffe
- Lösung unlöslicher Nährstoffreserven
- Abbau von Giften (Dioxine, Pestizide und Radioaktivität)
- Bindung von Schwermetallen im Boden.

Durch den Einsatz der Mikroorganismen ist es möglich, gegenüber der auf Chemie orientierten Landwirtschaft wettbewerbsfähig zu sein, weil bei höherer Qualität zumindest gleiche Erträge erzielbar sind und dabei die Kosten gesenkt werden können. Die Wirkungen der Effektiven Mikroorganismen sind folgende:

- Gesunde Böden, Pflanzen und Tiere
- Besseres Wachstum
- Möglicher Verzicht auf selbstmörderische Genmanipulation
- Verzicht auf Chemie und Pharmaka
- Abbau von Giften einschließlich Pestiziden
- Senkung der Kosten.

5. Geld für die ökologische Wende

Der EU-Agrarfond beträgt 40,29 Milliarden Euro pro Jahr (2000). Dieses Geld reicht aus, um alle Projekte, auch der neuen Beitrittsländer, bezüglich der ökologischen Wende der Landwirtschaft zu finanzieren. Das geht aber nur, wenn die bisherige Verschwendung dieser Mittel beendet wird. Zur Verschwendung dieser Art gehören:

- Fördermittel für Produkte, die der Gesundheit von Mensch und Natur schaden (zum Beispiel Ausgaben für schädliche Chemikalien wie Pestizide, Antibiotika)
- Prämien für die Stilllegung von Ackerflächen, die auch mit nachwachsenden Rohstoffen bebaut werden könnten
- Finanzierung von Tierquälerei durch lange, profitable Transporte von lebendem Vieh
- EU-geförderte Agrarunternehmen, die ihre Fördergelder für Preisdumping gegen ein anderes EU-Land einsetzen.

Nr.	EU- Land	Einzahlungen In Mrd. Euro	Rückfluss In Mrd. Euro	Differenz In Mrd. Euro	Differenz In %
1	Deutschland	9.980	5.640	-4.340	-43,0
2	Frankreich	6.650	8.980	+2.330	+35,0
3	Großbritannien	6.350	4.060	-2.290	-36,0
4	Italien	5.040	5.000	-0.040	-0,8
5	Spanien	2.950	5.470	+2.520	+85,0
6	Niederlande	2.520	1.020	-1.120	-44,0
7	Belgien	1.550	0.955	-0.595	38,0
8	Schweden	1.200	0.798	-0.402	-33,5
9	Österreich	0.959	1.020	+0.061	+6,3
10	Griechenland	0.613	2.500	+1.887	+307,8
11	Portugal	0.576	0.652	+0.076	+13,2
12	Finnland	0.560	0.728	+0.168	+30,0
13	Irland	0.492	1.680	+1.188	241,5
14	Luxemburg	0.850	0.210	-0.640	-75,3
	Summe	40.29	39.093	+1.197	3,0

Tabelle 6: Europäischer Finanzfond für die Landwirtschaft 2000

Quelle: Agrarbericht der deutschen Bundesregierung 2001

Statt dessen sollte das Geld für folgende Aufgaben eingesetzt werden:

- Aktivitäten zur Verbesserung der Qualität der Böden und der Zunahme von Humus
- Prämien für hohe Produktqualität in Verbindung mit Qualitätszertifikaten
- Finanzierung zur Einführung nachhaltiger Technologien
- Kompostierung von Müll statt Verbrennung
- Nutzung nachwachsender Energieträger in regionalen Anlagen
- Förderung der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und Rohstoffe in der Region
- Ökologische Bildung zur Einführung innovativer Verfahren
- Hilfe zur Vorbeugung und Beseitigung der Schäden bei Katastrophen
- Zinslose Kredite zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur und zur Entwicklung regionaler Unternehmen für die Verarbeitung und Veredelung landwirtschaftlicher Produkte sowie zur Förderung eines sanften Tourismus

Die finanzielle Förderung der Europäischen Union sollte, wie die Grünen aus Österreich vorschlagen, nach dem ökologischen Niveau des Landwirtschaftsbetriebes ausgerichtet sein (4-Säulen-Modell).

Schlußfolgerungen

Die ökologische Gestaltung der gesamten Landwirtschaft ist ein dringendes Erfordernis und der einzige Ausweg aus der derzeitigen Krise. Alle Voraussetzungen für diesen Weg sind vorhanden. Das gilt für die Menschen, die wissenschaftlichen Grundlagen, die technischen Innovationen und das zur Finanzierung notwendige Geld. Nur so können auch neue Arbeitsfelder für die Frauen auf dem Lande erschlossen werden, wie zum Beispiel:

- Vernetzung (z.B. Internet-Schulungsbauernhöfe, Zentren für Ökologische Wende)
- Regionale Direktvermarktung und Versandhandel ökologischer Produkte
- Erzeuger- und Verarbeitungsgemeinschaften
- Netzwerke für Recycling und Umweltschutz
- Regionales Erschließen von Energiequellen

- Agrartourismus nach ökologischen Kriterien
- Gesundheits- und Erholungseinrichtungen
- Betreuungseinrichtungen für Kinder und Schüler
- Umwelt und Lebensmittelcontrolling.

Die dazu notwendigen Änderungen der gegenwärtigen Praxis werden kompliziert und langwierig sein. Sie erfordern, daß die Frauen ihre Kräfte bündeln und alle Organisationsformen für eine Kooperation nutzen. Dies wird durch den EU-Beitritt Polens auch für die polnischen Frauen auf dem Lande einfacher werden.



Literatur

Autorenkollektiv: „Land- und Ernährungswirtschaft in Polen im Hinblick auf die Integration in die Europäische Union“; Polnisches Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung“, Broschüre 2003

Autorenkollektiv: „Raport o Rozwoju Społecznym Polska 2000“ (Sozialrapport – Polen 2000), UNDP-Bericht Warszawa 2000, (Broschüre)

Autorenkollektiv: Wirtschaftsdaten aktuell Osteuropa, Mai 2002, Bundesagentur für Außenwirtschaft

Autorenkollektiv: Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2002

Higa, T.: „Eine Revolution zur Rettung der Erde“ OVL Organischer Landbau Verlagsgesellschaft GmbH, 2000

Leuschner J., Kranemann H.H., Kuwabara H.: THE NEW TECHNOLOGIES OF PROFITABLE AND ECOLOGICAL HEMP PRODUCTION“, in: Vorträge FAO-Tagung 2001 in Shenyang (China)

Ostrowska, D., Leuschner, J.: „Zentren für ökologische Erneuerung in Polen und Deutschland“, Projekt, Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, Warszawa, 1999

Ribbe, L.: „Landwirtschaft in Polen“ Broschüre der Stiftung EURONATUR, 1999

Saake, R.: „Ökologische Landwirtschaft in Polen – eine Chance“, in: Lebendige Erde 3/2001 Die anthroposophische Kulturzeitschrift, Frankfurt a. Main

Ziolkowska, J.: „Arbeitskräftemobilität zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland nach 1990“ Seminararbeit, Wirtschafts- und Sozialpolitik 2003, Technische Universität Berlin

Menschenrechte von Frauen:**Das Problem der Prostitution in Ungarn und zur Situation der Romafrauen*****Human Rights of Women:******The Problem of Prostitution in Hungary and the Situation of Romany Women******Summary:******Prostitution in Hungary***

Prostitution has existed in Hungary for a long time, whether secretly or openly, in private apartments, in hotel rooms and more than 80 % of it on the streets. The change in the political system at the beginning of the nineties brought with it not only more freedom, but also more prostitution. The borders were open and many women from Romania, Ukraine and the Baltic States chose to go to Hungary. The chief motivating factor for the high levels of prostitution (currently estimated at about 8,000 – 10,000 women and men) is extremely high unemployment. It would of course be possible for the legislature to take measures to help prostitutes, but over recent years much of the work towards alleviating the problem has been performed by NGOs such as the Foundation for Sexual Education, established in 1991.

Romany Women

The Romany minority makes up about 6 % of Hungary's rural population. The lecture concentrates mainly on the topics education, motherhood and the labour market with regard to Romany women. Romany children face considerable discrimination from the time they start school. A large percentage of the children are designated as being "insufficiently capable of understanding" and sent to special needs schools, originally established for the mentally handicapped. Although Romany girls are often better able to learn and thus to meet the demands schools place on them, the boys receive much more support. This is primarily due to the fact that the women have their children at the age of 14 – 20 years and are therefore unable to attend school at that age. Moreover, many Romany men became unemployed during the nineties, so that child allowance and family benefit payments are often the family's only source of income. It can be said that almost 70 % of Romany live in economically underdeveloped and structurally weak regions. Because of low educational attainment (many cannot read or write) and early motherhood most women have virtually no chance of finding a job. Since the change in the political system, each government has attempted to find a solution for the Romany's problems, yet, none has initiated a programme with real content capable of solving the problem.

Prostitution in Ungarn

In Ungarn existiert die Prostitution schon lange, heimlich oder offen, in den privaten Wohnungen, in den Hotelzimmern, auf den Stadtstraßen, auf den offenen Plätzen in Budapest und in der Provinz. Der Systemwechsel Anfang der 90er Jahre brachte auf der einen Seite mehr Freiheit mit sich, auf der anderen Seite aber auch mehr Prostitution durch die offenen Grenzen. Als in den 90er Jahren der HI-Virus auch in Ungarn eine weitere Verbreitung fand, begann das Institut für Nationales Gesundheitswesen seine ersten wissenschaftlichen Forschungen in diesem Bereich. Die Mitarbeiter des Instituts erschienen auf den Straßen, um „Mädchen“ durch Aufklärung und Verteilung von Präservativen zu schützen. Ich sage nicht zufällig „auf den Straßen“, weil bis heute mehr als 80 Prozent der Frauen (und Männer) ihre Dienstleistungen hier anbieten. Der Rest „arbeitet“ in den Hotels oder in Privatwohnungen.

Die folgenden Tabellen geben einige Informationen über das Alter, die Herkunft, den Familienstand und das Bildungsniveau der Prostituierten:

Die erste Tabelle zeigt, daß Prostituierte besonders im Alter von 18 bis 24 Jahren aktiv sind.

Tabelle I.

Alter	Frauen %	Männer %
14 – 17	22	19
18 – 24	60	57
25 – 29	15	22
ab 30	3	2

Wie Tabelle II zeigt, kommen 60% der Frauen aus den vernachlässigten Regionen (Komitat Borsod, Szabolcs, Hajdu). 40% der jungen Männer kommen aus Rumänien. Es gibt einen Unterschied in der nationalen Herkunft: Fast 60% der Frauen sind ungarische Roma, 44% der männlichen Prostituierten sind ungarische und rumänische Roma.

Tabelle II.

Herkunftsort	Frauen %	Männer %
Budapest	20	30
Provinz	60	30
Rumänien	12	40

Tabelle III verdeutlicht, daß die überwiegende Mehrheit der Prostituierten unverheiratet ist.

Tabelle III.

Familienstand	Frauen %	Männer %
Ledig	70	90
Verheiratet	30	10

Frauen wohnen meistens in Mietwohnungen, allein oder mit dem Freund oder Zuhälter. Einige haben eine eigene Wohnung. Gutsituierte Frauen können sogar über zwei Wohnungen verfügen, von denen sie eine für ihren „Job“ brauchen. Strichjungen hingegen mieten monatlich oder täglich das Zimmer bei ihrem Zuhälter und bezahlen manchmal mit sexuellen Dienstleistungen.

Was sind die Gründe für Frauen, in der Prostitution zu arbeiten? Der bedeutendste Grund liegt in der Arbeitslosigkeit. Wie Tabelle IV zeigt, haben die jungen Mädchen keine abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung. Sie wissen von ihren Freundinnen oder Familien, daß man auf den Straßen leicht Geld verdienen kann. Der größte Teil der Frauen wurde von den Freunden oder sogar Eltern zur Prostitution ermuntert oder gezwungen. Sehr oft ist dies die einzige Quelle für die Existenz der Familien.

Tabelle IV.

Bildungsniveau	Frauen %	Männer %
Ohne Grundschule	9	Keine Daten
Grundschule	86	Keine Daten
Berufsschule	5	Keine Daten

Einige Worte über die Gesetzgebung in Ungarn. Früher wurde die Prostitution in Ungarn in drei Formen reguliert: Reglementierung oder Regelung, Prohibition und Abolition. Das Modell der Regelung existierte bis 1950. Das Wesentliche der Regelung steckte in der Akzeptanz der Prostitution und in dem Versuch, diese in den Bordellen und privaten Häusern unter (administrativer und medizinischer) Kontrolle zu halten. Im Jahre 1950 wurden die Bordelle geschlossen. Die Prohibition verbot die Prostitution in allen Formen. Ein Teil der Frauen bekam Arbeit und wurde in die Gesellschaft integriert. Meistens aber arbeiteten sie weiter illegal. Sie hatten eine eigene Hierarchie vom Straßenmädchen bis zur Hotelprostituierten, die sich auf die ausländischen Gäste spezialisierte. Nach 1955 begann die Ära der Abolition. Praktisch blieb die Situation wie früher. Nach der Abolutionslösung galt die Prostitution als eine private Angelegenheit, solange sie kein öffentliches Ärgernis darstellte. Bis 1993 blieb die Prostitution ein Tatbestand des Strafrechtes. Jetzt bildet sie keine Straftat mehr. Selbstverständlich ist sie in Tateinheit mit Menschen- oder Drogenhandel nach wie vor strafbar.

Nach der inoffiziellen Statistik gibt es in Ungarn circa 8.000 bis 10.000 weibliche und männliche Prostituierte. Sie zeigen ein stark heterogenes Bild von den Straßenmädchen bis zu den „call girls“. Die Arbeit der Straßenmädchen ist in der Gesellschaft sichtbar und verletzt somit besonders die Interessen der Bevölkerung (Kinder, Gläubige, etc.). Den städtischen und Bezirksbehörden gelingt es bereits seit zwei Jahren nicht, die Einrichtung von speziellen Zonen, in denen Prostituierte ihre Dienstleistungen öffentlich anbieten können, durchzusetzen. Obwohl eine entsprechende gesetzliche Regelung existiert, stoßen diese sogenannten Duldungszonen, auf erbitterten Widerstand in der Bevölkerung.

Eine Möglichkeit, den Prostituierten zu helfen, liegt sicherlich beim Gesetzgeber. In den letzten Jahren tragen jedoch auch die NGOs wesentlich dazu bei, die Situation der Prostituierten zu verbessern. 1991 wurde die Stiftung für Sexualbildung gegründet, und seit 1996 gibt es den Verband „Ausweg mit Dir“. Eine Stiftung namens ESZTER bietet Psychotherapien für die Opfer sexueller Gewalt, und die NANE Telefon-Hotline ein offenes Ohr und Beratung für die Opfer von Gewalt innerhalb der Familie. Dies sind nur einige Beispiele der zivilgesellschaftlichen Tätigkeit.

Romafrauen

In Ungarn gibt es 13 offiziell anerkannte Minderheiten, von den Roma bis zu den Ruthenen. Minoritäten, die sich auf ein Mutterland beziehen und eine eigene Muttersprache aufweisen können, genießen den Status einer „nationalen Minderheit“. Den Roma fehlt die erste dieser beiden Eigenschaften, weshalb sie weiterhin als „ethnische Minderheit“ bezeichnet werden. Mehrere ungarische Sozialforscher haben zahlreiche, leider nicht nach Geschlechtern getrennte, Untersuchungen über Roma durchgeführt. Die Minderheitengruppe der Roma macht etwa 6% der ungarischen Landesbevölkerung aus. Indes kann niemand exakt feststellen, wie viele Frauen die Romabevölkerung hat und man kann kaum Daten über die Lebensumstände der Romafrauen finden. So werde ich auch nicht über alle Lebensbereiche der Romafrauen sprechen, sondern konzentriere mich im Wesentlichen auf die Themenbereiche Bildung, Mutterschaft und Arbeitsmarkt.

In den 90er Jahren haben fast 80% der Bevölkerung Ungarns die Grundschule absolviert (von den Mädchen etwa 72%).

Tabelle I.

Alter	Männer	Frauen	Roma- männer	Roma- frauen
15 – 19	92,9	95,0	61,6	66,5
20 – 29	96,8	96,5	79,5	72,4
30 – 39	96,6	96,1	74,8	50,5
40 – 49	93,5	92,4	62,8	38,1
50 – 59	79,0	70,2	36,3	15,7
60 – 69	53,2	36,8	13,9	5,5
70 – X	32,1	22,8	14,3	6,1
15 – X	77,7	72,8	49,0	36,4

Diese Tabelle zeigt aber nicht die ganze Problematik der Schulbildung der Roma. Im Bildungssystem sind Segregation und Integration gleichzeitig präsent, aber die Segregation zeigt bereits seit Jahren eine steigende Tendenz. Die Ausgrenzung findet über die „Hilfsklassen“ und nicht zuletzt über die „homogenen Romaklassen“ statt.

Tabelle II.

	Roma Jungen	Roma Mädchen
Normalklasse	48,9	51,51
Hilfsklasse	55,6	44,4

Einige ungarische Sozialforscher meinen, daß die Einweisung vieler Romakinder in solche Hilfsklassen oft nicht gerechtfertigt war, aber einem „ökonomischen“ Ziel diene. Ein in die Hilfsklasse eingewiesenes Kind konnte in der fünften Klasse (Alter 12 Jahre) bestenfalls lesen, womit der Hilfsarbeiternachwuchs für die Gesellschaft gesichert wurde. So war es zumindest in den 70er und 80er Jahren. Heute, nach der Modernisierung der Wirtschaft braucht die ungarische Gesellschaft keine „Hilfsarbeiter“ mehr. Aber gerade Anfang der 90er Jahre rechtfertigte die spezielle Lösung die Aufrechterhaltung und Weiterführung dieser Sondereinschulung. Während die Romakinder aus den untersten sozialen Schichten zumeist in den homogenen Romaklassen lernen, schicken die etablierten Romagemeinschaften oder assimilierten Familien ihre Kinder in die gemischten Klassen. Der Einrichtung von homogenen Romaklassen liegt jener „pädagogische Gesichtspunkt“ zugrunde, wonach die Institution Schule die „Ausgangsdifferenzen“ (also die aus kultureller, sozialer und ethnischer Verschiedenheit entstammende Benachteiligung) akzeptiert und diese durch „spezielle“ Förderung beheben will. Dieser theoretische Anspruch erweist sich jedoch in der Praxis als rein illusorisch. Die ungarische Schulverwaltung setzt bei der Einschulung von Romakindern die zu beobachtende Rückständigkeit mit „verstandesmäßiger Unzulänglichkeit“ gleich. Die Gründe für diese Rückständigkeit, wie Sprachschwierigkeiten (bei Kindern mit Romanes als Muttersprache) oder soziokulturelle Benachteiligungen, bleiben dabei vollkommen ohne Beachtung. Unter Berufung auf diese „verstandesmäßige Unzulänglichkeit“ wurde ein großer

Prozentsatz der Romakinder in die für geistig Behinderte geschaffenen heilpädagogischen Sonderschulen eingewiesen. 1977/78 machten sie 29%, 1990/91 bereits 37% und Ende der 90er Jahre bereits mehr als 60% der Schüler aus. Die hier eingeschulten Kinder haben keine Chance, die achtjährige Pflichtschule zu beenden, denn die hier absolvierten acht Klassen entsprechen nur sechs Klassen der Regelschule und eine weitere Ausbildung ist mit diesem Abschluß praktisch ausgeschlossen. Diese Grundschulausbildung erklärt die niedrige Schülerzahl der Romakinder an den Oberschulen (Gymnasien) und an den Hochschulen.

Die Romamädchen können die Anforderungen der Schule besser erfüllen als die Romajungen. Sie lernen auch besser als die Jungen (das kann man nicht nur über Romamädchen sagen). Die Eltern fördern aber meist nicht die weitere Schulbildung der Töchter. Jungen hingegen haben mehr Möglichkeiten und eine bessere Unterstützung für die weitere Ausbildung, weil sie auf ihre spätere Position des Familienoberhauptes vorbereitet werden sollen. Die Qualität des vermittelten Wissens ist insgesamt ziemlich niedrig. In den letzten Jahren hat die Regierung mehrere Maßnahmen für die Verbesserung der Schulbildung vorgesehen. Stipendien, Kollegien und Eliteschulen brachten ihre Früchte. An den Hochschulen und Universitäten lernen ähnlich viele Romamänner wie -frauen, aber der Anteil der Romastudenten an den Hochschulen beträgt nur etwa 1%. Wir finden Romafrauen unter den Lehrern, Ärzten, Juristen, Ökonomen, Ingenieuren. Sie haben sogar einen Verband der diplomierten Romafrauen. Im Bildungsministerium arbeitet eine junge Romafrau, die eine ministerielle Beauftragte für Romakinder ist. Leider weiß die ungarische Öffentlichkeit über ihre Arbeit sehr wenig.

Romafamilien sind im allgemeinen groß. Nicht selten haben sie 5 bis 6 Kinder. Man versucht dieses Phänomen durch die Familientraditionen oder die soziale Umgebung zu erklären, aber die genaueren Gründe sind nicht erforscht. Die Statistik zeigt, daß Romamütter im Alter von 20 Jahren oft bereits mehr Kinder zur Welt gebracht haben als die ungarischen Frauen im Alter von 25 – 29 Jahren. Romafrauen besuchen in diesem Alter keine Schulen oder Hochschulen, wie es ihre ungarischen Freundinnen tun. Romafamilien betrachten Mädchen als Erwachsene. Oft sind sie als 15-Jährige bereits Mütter. Ihre Beziehungen zu Männern kann man aber nicht mit der Teenager-Liebe vergleichen oder mit der sexuellen Freiheit erklären, weil die jungen Paare unter der strengen Kontrolle der Eltern leben. Seit Anfang der 90er Jahre haben Romafrauen ein neues Prestige. Nach dem Systemwechsel verloren viele Romamänner ihre Arbeitsplätze. Kindergeld und Familienzuschuß sind nun die einzigen Quellen im Budget von vielen Familien.

Die Roma in Ungarn bilden keine homogene Gruppe. Wenn wir das soziale Kriterium in Betracht ziehen, finden wir drei Kategorien:

1. Roma, die ihre traditionellen Beschäftigungen behalten und modernisieren (Handwerker, Händler, Musiker, etc.). Nach 1989 haben diese Gruppen neue Möglichkeiten und Alternativen gefunden, um die neuen Marktlücken aufzuspüren. Die Mehrheit dieser Gruppen hält die traditionelle Großfamilienstruktur aufrecht und orientiert sich stark an ihrem herkömmlichen Normen- und Wertesystem.
2. Roma, die aus den Siedlungen durch eigene Initiative ausgebrochen sind und verstreut unter der Mehrheitsbevölkerung leben. Sie sind mit einer Fachausbildung oder Anstellung beruflich und gesellschaftlich integriert und haben auch entsprechend mehr Aufstiegsmöglichkeiten.

3. Roma, die in den Siedlungen bleiben und die Hilfsarbeiterebene nicht überschreiten. Es handelt sich um den Großteil der Roma, die weder ihre traditionellen Berufe und ihr herkömmliches Normen- und Wertesystem aufrechterhalten oder modernisieren, noch eine gesellschaftliche Integration erreichen konnten.

Fast 70% der Roma leben in wirtschaftlich unterentwickelten und strukturell armen Regionen in den Komitaten von Ost-Ungarn. In diesen Komitaten ist die Arbeitslosenrate besonders hoch und es gibt nur eine Möglichkeit zu überleben, nämlich in die Großstädte zu übersiedeln. Aber dieser Prozeß ist durch Konflikte belastet. Romafrauen sind auf dem Arbeitsmarkt nicht präsent. Das niedrige Ausbildungsniveau und die frühe Mutterschaft sind für Romafrauen besonders schwerwiegende Nachteile. Sie arbeiten oft als Krankenschwestern, Putzfrauen, Verkäuferinnen, etc. Nach dem Systemwechsel haben Romafrauen ihre Arbeitsplätze verloren, besonders oft die jungen Frauen, die sich in dieser Zeit zu Hause bei den Kindern aufhielten und vom Kindergeld beziehungsweise dem Familienzuschuß lebten. Ihre Chancen zur Rückkehr auf den Arbeitsmarkt sind gleich Null.

Beschäftigung der Frauen und Männer in %

Tabelle III.

	1971 Frauen	Männer	1987 Frauen	Männer	1993 Frauen	Männer
Bevölkerung	65,1	86,2	74,7	81,8	56,9	63,0
Roma	30,3	85,2	49,3	74,4	16,3	28,8

Welche Chancen haben Romafrauen am Anfang des 21. Jahrhunderts? Sie haben meist sehr wenige Chancen. Meistens können sie nicht lesen und schreiben. Ich organisiere Trainings für Romafrauen, und oft können sie nicht einmal die Teilnehmerliste unterschreiben. Den Kindern, besonders den Romamädchen, kann die Beherrschung der ungarischen Sprache helfen. Ich spreche hier mit Absicht nicht über die Assimilation der Roma, sondern nur über die ungarische Sprache als Vermittlerin. Romamädchen sind selbständiger als ihre ungarischen Freundinnen.

Nach dem Systemwechsel in Ungarn wurde eine Reihe von Roma-Zivilorganisationen geboren. „Lungo Drom“, die „Kalyi-Jag“-Stiftung, die Stiftung für Roma-Bürgerrechte, die Öffentliche Stiftung für die Roma, die Gandhi-Stiftung und andere dienen den Interessen der ungarischen Roma. Sie helfen dabei, eine Roma-Elite auszubilden. Es gibt zahlreiche namhafte Künstler, Dichter, Schauspieler und Musiker mit Roma-Herkunft. Die Mediator-Stiftung unter der Leitung von Éva Orsós, der früheren Leiterin des Amtes für Nationale und Ethnische Minderheiten, Staatssekretärin a.D., sammelt und vermittelt über das Internet Informationen, die für Roma-Organisationen, insbesondere für Roma-Zentren in allen Komitaten Ungarns wichtig und wertvoll sind. Roma-Zivilorganisationen und Stiftungen werden von diplomatischen Vertretungen, so von dem Botschafter der Europäischen Kommission in Budapest, von der Soros-Stiftung, u.a. unterstützt. Das Budapester Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung ist ebenfalls durch seine Roma-Programme bekannt.

Seit dem Systemwechsel haben die jeweiligen Regierungen immer etwas für die Lösung der Roma-Probleme getan. Aber keine von diesen hat ein inhaltliches Programm fertiggestellt, welches das Problem hätte lösen können. Die FIDESZ-Regierung hat in 1999 ein mittelfristiges Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Lebensumstände und der gesellschaftlichen Situation der Romabevölkerung ausgearbeitet. Bereits früher, im Jahre 1995, hat die sozialliberale Regierung auch ein ähnliches Programm vorbereitet. Diese Programme erreichten jedoch nicht die gewünschte Wirkung, obwohl sie sich der Lösung der Probleme der Bildung, der Beschäftigung, des sozialen Bereiches, des Gesundheitswesens, der Wohnungsfrage und der Frage der Antidiskriminierung widmeten.

Gleichstellungsfragen sind eine große Herausforderung, nicht nur für die öffentliche Verwaltung, sondern für die ganze Gesellschaft. Aber neben dem Engagement von interessierten Wissenschaftlern und der Zivilgesellschaft muß auch ein umfangreiches und von der Regierung finanziell gesichertes Programm dazu beitragen, die Gleichberechtigung der Roma zu gewährleisten.

Some Aspects of Trafficking in Women in Romany Community**Einige Aspekte des Frauenhandels in der Romagemeinschaft****Zusammenfassung:**

Menschenhandel, wie von der UNO definiert, ist ein schwerwiegender Verstoß gegen die Menschenrechte. In der Tschechischen Republik arbeitet die gemeinnützige Organisation La Strada schon seit dem Jahre 1995 systematisch an diesem Problem. In den letzten zwei Jahren ist die Anzahl von Roma unter den Kunden von La Strada gestiegen. Etwa 250.000 Roma leben in der Tschechischen Republik. Die meisten dieser Menschen werden gezwungen in Orten zu leben, die ethnischen Ghettos ähneln. In diesen Gebieten potenzieren sich Risikofaktoren, und unter dem Aspekt des Menschenhandels betrachtet, erhöht dies die Gefahr der Romafrauen deutlich. Im Kontext ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage sind diese Faktoren vor allem: Arbeitslosigkeit, Probleme der Einstellbarkeit, Armut, schlechte Bildung, die Akzeptanz der Rolle des „schwarzen“ Arbeitsmarkts sowie Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit. Zusätzlich zu diesen Risikofaktoren kommen noch einige, die mit dem ethno-kulturellen Hintergrund der Romagemeinschaft verbunden sind – unterschiedliche Einstellungen gegenüber Frauenrechten, Orientierung am Hier und Jetzt, die zunehmende Zahl von Roma, die auswandern, und nicht zuletzt das exotische Aussehen von Romafrauen als Anreiz für potentielle Käufer. Das Leben in diesen Gebieten bringt unter anderem soziale Exklusion mit sich. Dies ist nicht nur einer der Hauptgründe für die Existenz von Menschenhandel unter Roma, sondern auch ein deutliches Hindernis bei Versuchen, Romafrauen über ihre Rechte und über Hilfsmöglichkeiten zu informieren.

In recent years, discussions about human rights problems have increasingly addressed the topic of trafficking in persons. In 2000 the United Nations accepted the Protocol to Prevent, Suppress and Punish Trafficking in Persons, Especially Women and Children, supplementing the UN Convention Against Transnational Organised Crime. Under trafficking in persons we understand the following:

“Trafficking in persons shall mean the recruitment, transportation, transfer, harbouring or receipt of persons, by means of the threat or use of force or the forms of coercion, of abduction, of fraud, of deception, of the abuse of power or of position of vulnerability or of giving or receiving of payments or benefits to achieve the consent of a person having the control over another person, for the purpose of exploitation.

Exploitation shall include, at a minimum, the exploitation of the prostitution of others or other forms of sexual exploitation, forced labour or service, slavery or practices similar to slavery, servitude or the removal of organs.”¹

In the Czech Republic, the organisation La Strada has been working consistently on the topic of trafficking in persons since 1995. The organisation aims at the prevention of trafficking in women, support for trafficking victims, exerting influence on legislation and informing the public about this topic. La Strada CR, a public benefit company, is part of the international programme La Strada – prevention of trafficking in women, which is active in the Netherlands, Poland, Byelorussia, Macedonia, Moldavia, Bosnia and Herzegovina and the Ukraine. La Strada regards the problem of trafficking in women as being a serious violation of human rights and also women's rights. As may be expected from the title of this paper, I would like to focus on the problem of trafficking in persons in Romany communities.

¹ The UN Protocol to Prevent, Suppress and Punish Trafficking in Persons, Especially Women and Children, supplementing the UN Convention Against Transnational Organized Crime (Palermo 2000).

Before I turn to the situation in Romany communities, I would like to mention how the Czech legal system reacts to this problem. Czech legislation does not exactly address the problem of trafficking in people. The basic document concerning this problem is the Constitution, especially the Act of basic rights and freedoms. Regulations in the second chapter apply to trafficking in persons: "Basic rights and freedoms". This chapter mentions "personal freedom", "freedom of movement", "prohibition of torture and cruel treatment", "right to human dignity". The only direct legal norm is the Penal Code, which explicitly mentions trafficking in persons in the following parts: § 264, trafficking in persons; and § 216, trafficking in children.

The Penal Code contains also other paragraphs that may apply to trafficking in persons:

- § 204 procurement,
- § 231 personal freedom restriction,
- § 332 withdrawal of personal freedom and
- § 233 importation abroad.

What is the situation concerning human trafficking in Romany communities?

First, let me mention the situation of Czech Romany people. According to the latest population census made in 2001 there are round 11 000 Romany living in the Czech Republic. However, in the course of planning our support work and working with this community we use empirical estimates of this ethnic group. Most often we talk about numbers of 200 000 – 300 000 Romany². Historical developments, especially since World War II, have led to the Romany population's specific residential structure, i.e. local concentrations of Romany in enclaves surrounded by the majority population. Especially in most recent years some communities have appeared to make active efforts to push Romany communities out of city centres to the suburbs or even completely out of the cities. Today, we do not only see the ethnic aspect of residential segregation, but we also consider it a dangerous fact that Romany enclaves, characterised by social homogeneity, are becoming ghettos. In general, ghettos face the risk of pathological social phenomena and deterioration, social isolation and resignation.³

Let us get back to Romany women with respect to the risk factors important for becoming affected by trafficking. First I would like to mention general factors which occur very often in Romany communities.

Unemployment – Romany communities in the Czech Republic show high levels of unemployment. This is the consequence of many factors, which become clearer in the following passages. In addition, employability as a necessary condition for participating in the job market is much lower than in the case of members of the majority population.⁴

Education – Most members of Romany communities have only basic education. According to data from 1999 about 80% to 85% of people of all age groups have only basic education.

² Kalibová, K.: Romové z pohledu statistiky a demografie. In Romové v České republice. Socioklub Praha 1999, p. 98.

³ Baršová, A.: Problémy bydlení etnických menšin a trendy k rezidenční segregaci v České republice, in: Romové ve městě, Socioklub Praha 2002, p. 9.

⁴ Kaplan, P.: Romové a zaměstnanost neboli zaměstnatelnost Romů v České republice. In Romové v České republice. Socioklub, Praha 1999. p.366.

Poverty – In general, Romany people face worse social conditions than the members of the majority population. Especially in Romany ghettos, however, in some cases citizens live in incomparably worse conditions than other citizens.⁵

Unprotected work – Due to high unemployment occasional jobs without written contracts are very widespread amongst Romany. These are “black jobs” or jobs based on contract for services. If we consider the fact that many women become victims of trafficking because of work without a contract, it is obvious that Romany women are an endangered group in this respect. Also, due to the fact that women who are working in the sexual trade are not protected by any labour law, the risk that they will become a victim of trafficking is increasing.

Lack of information – We talk about lack of information with respect to several levels: Often women who became victims of trafficking did not have a basic knowledge of Czech legislation and human rights. These women lacked information about possible risks and how to avoid them. With regard to the situation in Romany communities it is important to stress that restrictions on access to information are prevalent. For many Romany it is typical not to believe in information provided to them by members of the majority population.

Family background – The social background where the potential victim of trafficking grows up is a further important factor. According to data from STV and La Strada many women victims of trafficking come from problem families. Life in a ghetto is often a reason for the failure of traditional family values. Romany ghettos are no exception in this respect.

Age – According to our experience younger women are also among the trafficking victims. A young girl without life experience more easily falls victim than a mature woman. However Romany girls mature earlier than girls from majority society and their appearance makes them seem to be older.

Drug addiction, alcoholism – Any dependence is naturally financially very demanding for the person who suffers from it. Drug addiction is often a reason that girls (and also boys) become prostitutes. In some cases it may be the dependence of the parents that forces the girl to prostitution. Workers of institutions focused on drug addiction report that there has been a higher amount of drug abuse in Romany communities lately. Also, life in despair in the ghettos often contributes to drug addiction. Romany women also face other risk factors coming from the socio-cultural conditions in which they grow up and live.

Attitudes to women's rights in Romany communities are traditionally patriarchal; women, except “phuri daj” (old women) do not enjoy much respect in the community. This attitude has prevailed until now, and most women naturally accept it. The dominant position of the man may develop into domestic violence towards his wife. A study on the situation of Romany women in Europe even claims that domestic violence may be a result of bad social or economic situation or cultural habits.⁶

Orientation towards the present – Perception of time may also become a risk factor for trafficking in women. Often, Romany live for today and make decisions based on momentary moods, momentary needs. E.g. getting an offer for a profitable job abroad, they accept without trying to assess the risks.

⁵ Kepková, M., Víšek, P.: Romové v systémech sociální ochrany. In Romové v České republice. Socioklub, Praha 1999, p. 383.

⁶ Bitu, N.: Report The Situation of Roma/Gypsy Women in Europe. Roma Center for Social Intervention and Studies. <http://www.romawomen.org/network/reports.php>, 8.11.2002.

Romany emigration – The probability that a girl or a woman travels abroad is increasing – a fact of the current Romany emigration. The reasons for Romany emigration may be economic or the fear of racist discrimination; Romany girls and women often find themselves in a foreign environment beyond the state border. It is a sad fact that there are cases in which families who have emigrated become a contact point for trafficking in persons from the Czech Republic to the foreign countries.

Exoticism – A professional study about the situation of Romany women shows that Romany women are often seen as a particularly exotic subject of trafficking.⁷

In connection with the special risk factors let me mention four last ones that from our point of view influence the whole Czech society without exception.

Geographical position – The profitable geographical location is a cause why the Czech Republic is a country of origin, target country and transit country for trafficking in women.

The economic situation of the state is another factor that has influence on trafficking in persons.

Differences in salaries of men and women – Differences prevail mainly in less qualified professions (the salary of women is 75% of the salary that a man would get for comparable work) and is one of the causes for growing unemployment and poverty amongst women.

High profits from trafficking in women with few risks – The trafficking is a form of organised crime that brings high profits. According to estimates the profits are up to four times higher than profits coming from drug trafficking.

It is obvious from the above stated factors that the Romany community is an endangered group. We identified specifically Romany risk factors coming from ethno-cultural background. If we look at the traditional Romany family and community we can ask if some of these traditional values influence the mechanisms at work in human trafficking in Romany community. Here, it is necessary to stress that we do not consider values and traditional behaviour norms as being causes for trafficking in persons in Romany communities.

What data are available about the actual situation? It is hard to develop official statistics about trafficking in persons, the main reason being that trafficking is illegal. Information that creates a picture about the situation in the field of trafficking in persons comes from many sources. Mainly, there is information from street workers' organisations or the police. One important source of information about the current situation in the field of trafficking in persons is with La Strada's clients. Based on the above stated risk factors La Strada identified Romany women as being one of the most important risk groups. Although La Strada does not record clients' ethnic origin, social workers made a qualified estimate of the number of Romany clients. From this estimate we find out that in 2000 and 2001 1/3 of the clients of Czech and Slovak origin were Romany. It is important to stress that none of the Romany clients contacted our organisation directly, they got in touch with La Strada via police or other organisations.

⁷ Bitu, N.: Report The Situation of Roma/Gypsy Women in Europe. Roma Center for Social Intervention and Studies. <http://www.romawomen.org/network/reports.php> 8.11.2002.

In the time before they contacted the police, these clients were trafficked for prostitution. Many decided to make an appeal because of the unbearable behaviour of their pimps who partially or completely withheld the money the women had earned from prostitution and who used violence towards them. Clients had no information about the fact that their basic human rights have been broken in the whole process.

A common characteristics of all Romany clients was their low age, unemployment and low education. Further characteristics were servility and dependence on the persons who trafficked them. An additional common aspect was passivity which also became obvious during co-operation with workers of La Strada. After the interventions of La Strada, the majority of Romany girls voluntarily returned to their original Romany communities.

There is no doubt that through the existence of trafficking in women, human rights are being broken. One can ask why it is necessary to study trafficking in persons in Romany communities as a specific problem. Many Romany in the Czech Republic are living in a situation of social exclusion.

"Social exclusion as defined by the Council of Europe reflects inequality of individuals or groups of population within their participation in social life. Whereas this discrepancy is a result of lack of opportunities for all citizens who are interested in the participation in social life and result of the impossibility to share this life and their isolation and separation from the society. Social exclusion is further specified as a consequence of unequal approach to five basic sources of society: job, living, social protection, medical care and education."⁸

The EU Charter of Basic Rights respects the right to social help so that the dignity of all who do not have sufficient resources is assured. Romany communities are doubtless amongst those in which social exclusion leads to the violation of these rights. With regard to trafficking in persons it is necessary to perceive social exclusion from two points of view: as one of the causes for trafficking in persons and as an obstacle to preventive operations and the provision of help. In the first part of this contribution, devoted to risk factors for trafficking, the causes for trafficking were named. Now, let me mention social exclusion as obstacles to preventive operations, informing and providing help to trafficking victims. In my practice, I meet many Romany and non-Romany workers who work in Romany communities. Many of them know the problems deriving from social exclusion of the community. A Czech government analysis offers an explanation:

"If social exclusion significantly overlaps with perceptions of ethnicity, not only social but also political problems arise. Different ethnicity or colour of skin can be perceived by those excluded as well as by majority society as being the main cause of exclusion which can have a negative influence on the willingness of those excluded to achieve a change of their social position by their own means but it can also result in their having a lack of interest in communication with majority society."⁹

⁸ Kotýnková, M.: Rozsah a průběh sociálního vyloučení v České společnosti. Sociální studia 5, 2000, s. 116

⁹ Analýza možností zintenzivnění a zefektivnění práce v zájmu předcházení sociálního vyloučení v romských komunitách a odstraňování jeho důsledku prostřednictvím k tomu určené agentury. Materiál předložený Vládě ČR, 13. 1. 2002. p.3.

This fact reflects the complicated operation in the field of social work or preventive care. Social workers are often confronted with resignation resulting from an individual's or a family's complex social problems. In its modern sense, social work respects this fact and works by means of field workers in the localities. But how to ensure respect and belief in our institutions and organisations providing specific services, in our case to trafficking victims? How to inform our clients about possibilities of usage of such services? In general, it is important that the social workers have knowledge and respect towards the traditional Romany values, habits and ways of Romany family life.

Let us come back to Romany women living in socially excluded localities. Romany women, especially aged 13 – 30, are potential victims of trafficking. If we want to achieve human rights protection, by means of spreading information and educating people about the existence of human rights and through advocacy of human rights victims' interests, it is necessary to ask the following questions:

On the practical level of work we consider the following questions:

- *How to inform Romany women that their human rights are being broken through trafficking?*
- *How to ensure information flow about risks and possibilities of help to victims into socially excluded localities?*
- *How to ensure that the information will be accepted by these women?*

During discussion with state representatives the following questions should be asked:

- *What measures are acceptable in fighting against social exclusion in Romany communities?*
- *What measures are acceptable when combating human trafficking?*

This contribution described the situation of Romany-related trafficking in persons by addressing the risk factors which are significantly present in Romany communities. Several risk factors were identified that come from ethno-cultural characteristics of Romany communities. My contribution provided a concise insight into cases of Romany clients of La Strada who became victims of trafficking, and especially their common symptoms and the characteristic way they became victims of trafficking. We concluded with the problem that social exclusion of members of Romany communities is one of the causes for trafficking among Romany. The contribution also showed possible influences the social exclusion of Romany has on preventive operations and on offers of support available to trafficking victims. I would like to stress at the end that we can consider trafficking in persons as a problem which does exist throughout the Czech Republic and that it is impossible to associate it just with Romany communities. I would like to express my hope that purposeful work against human trafficking on all levels, from international to direct work in the field, will gradually improve this situation.

Die Erweiterung gestalten: grenzüberschreitende**Fraueninitiativen entlang der Oder/Neiße – am Beispiel von OWEN*****Shaping EU Enlargement: The East-West European Women's Network –
An Example of Cross-Border Women's Initiatives on the Oder/Neisse Line*****Summary:**

For over ten years the East-West European Women's Network (OWEN) has, amongst other activities, been promoting exchange between women from the border regions of Poland and Germany (in particular from Brandenburg). These exchanges are generally aimed at intensifying German-Polish co-operation, which is of increasing importance given Poland's approaching accession to the EU. In particular, the exchanges are intended to strengthen the German and Polish participants active involvement in civil society.

Our seminars, workshops and conferences are aimed primarily at women on either side of the border who are actively engaged in working towards equality of women and men, whether in non-governmental organisations or in local administration. On the German side, our most important partners are the local commissioners for equality, who for their part maintain good contacts to various NGOs. Over the past ten years numerous women's initiatives and organisations have sprung up in Poland, and given the absence of institutional gender-political structures comparable to those in Germany, these have been our most important associates in working towards gender equality. Two years ago we established our first contact to universities with the informal group 'Genda' which is active at the Collegium Polonicum in Slubice both as regards gender equality and in promoting gender-political, cross-border dialogue. At our events we bring together representatives from NGOs, local administration, from politics and academic life and by doing this hope to encourage mutual recognition as well as the development of common political goals regarding equality.

In the seminars, workshops and conferences we offer room both for reflection and discussion of current topics and of German and Polish history and culture. Taking our lead from Johan Galtung we examine the personal, structural and cultural levels of different topics, such as women and equality politics, biography and history, dealing with conflict. Starting out from the personal motivation and situation of German and Polish women we examine differences between the structures in Germany (Brandenburg) and Poland and discuss the pros and cons of the institutionalisation of equality politics such as that which we are generally faced with in Germany. Cultural differences play a major role on the German Polish border, which was established arbitrarily 60 years ago and has therefore not developed over time to form a culturally more uniform area. For that reason we have chosen themes such as the differences in the image women have in German and Polish society and attempt to discover the common ground which can serve as a basis for communication. Starting out from the biographical experiences of the women we also consider German/Polish history. By telling one another about their own often very painful experiences (such as deportation or compulsory labour) but also of experiences of human strength and goodness, the women become quite a bit closer and can break one or two German/Polish taboos.

It should not be thought that such exchanges take place free from any problems. The interest is much greater on the Polish side than it is on the German. Curiosity about their Western neighbours is widespread in Poland, as is the hope that the contact could perhaps be of ideal or material value. We often have a lot of convincing to do amongst the Germans, as contact to their Eastern neighbours is sometimes considered as being an additional and not always particularly welcome burden. After the events, however, we frequently hear from both German and Polish participants that they found the exchange personally and professionally worthwhile and that they would like to work more closely with their neighbours.

OWEN e.V. fördert seit 10 Jahren – neben anderen Schwerpunkten – den Austausch zwischen Frauen aus der polnischen und deutschen (insbesondere brandenburgischen) Grenzregion. Ziel dieses Austausches ist im Allgemeinen die Intensivierung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, die im Hinblick auf den bevorstehenden Beitritt Polens zur Europäischen Union von zunehmender Bedeutung ist. Im Besonderen geht es uns dabei darum, durch den Austausch das zivilgesellschaftliche Engagement von deutschen und polnischen Akteurinnen zu stärken.

Zwischen wem fördert OWEN den Austausch und warum?

Unsere Seminare, Workshops und Konferenzen richten sich in erster Linie an Frauen, die sich diesseits und jenseits der Grenze in Nichtregierungsorganisationen beziehungsweise in kommunalen Verwaltungsstrukturen für die Gleichstellung von Frauen und Männern einsetzen. Die Wahl dieser Zielgruppen resultiert einerseits aus der Schwerpunktsetzung von OWEN, Frauen an der Basis in ihrer Selbstorganisation zu unterstützen. Andererseits empfinden wir es auch als Gebot der Stunde, den Austausch zwischen zivilen Akteurinnen von beiderseits der Grenze zu fördern. Denn noch allzu oft wird ihre Rolle sowohl in Polen als auch in Deutschland verkannt. Im Rahmen der Städtepartnerschaften statten sich meistens die BürgermeisterInnen und andere VertreterInnen der lokalen Verwaltung regelmäßig Besuche ab, beliebt sind auch Chorauftitte und Sportwettbewerbe. Auch diese Aktivitäten sind wichtig, aber allein dadurch werden sich die BürgerInnen der jeweiligen Kommunen nicht näher kommen. Im letzten Jahr fühlten wir uns in unseren Einschätzungen bestätigt, als wir von einem neuen Programm der Robert Bosch Stiftung und der Stefan Batory Stiftung hörten. Es nennt sich: „Städtepartnerschaften – Bürgerpartnerschaften“ und soll gemeinsame Projekte zwischen zivilen Initiativen aus deutschen, polnischen und tschechischen Partnerstädten fördern. Angeregt durch OWEN bewarben sich der Frauenverein BABA aus Zielona Góra und das Frauenzentrum Lila Villa aus Cottbus um die Förderung eines gemeinsamen Projekts, welches – zu unserer großen Freude – bewilligt wurde.

Dass es sich lohnt, auf das Potenzial der Nichtregierungsorganisationen – speziell der von Frauen initiierten – zurückzugreifen, beweist der Blick auf die NGO-Landschaft auf beiden Seiten der Grenze. Während meine Vorgängerin noch vor zehn Jahren Probleme hatte, Ansprechpartnerinnen auf der polnischen Seite zu finden, kann ich jetzt auf ein breites Spektrum der zivilen Initiativen jenseits der Grenze zurückgreifen. Es finden sich darunter Frauenvereine, wie zum Beispiel BABA (das Weib) in Zielona Góra, Nadzieja (die Hoffnung) in Slubice oder der Klub der unabhängigen Frauen in Gubin. Ihre Schwerpunktsetzung ist unterschiedlich: angefangen bei Bildungsangeboten für Frauen im Bereich Gesundheit, Recht, Politik und der Unterstützung für Kandidatinnen bei den Kommunalwahlen bis hin zur sozialen Arbeit für Kinder, Senioren und Familien. Alle Mitglieder jener Vereine arbeiten ehrenamtlich und finanzieren die Aktivitäten der Vereine aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden beziehungsweise aus Stiftungsmitteln.

Auf der brandenburgischen Seite ist seit der Wende einerseits eine breite Palette von Frauen-Nichtregierungsorganisationen und andererseits ein Netz von Ämtern entstanden, die mit der Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern betraut wurden (Gleichstellungsbeauftragte, Regionalstellen Frauen und Arbeitsmarkt). Von Anfang an genoss diese Frauenszene institutionelle Förderung seitens des Landes Brandenburg. Seit einiger Zeit erlebt sie einen Abschwung durch Kürzung der öffentlichen Fördermittel und Stellen-

abbau – auch OWEN ist von dieser Sparpolitik betroffen. Selbst die Gleichstellungsbeauftragten können nicht mehr so viel Zeit wie früher den Fragen der Gleichstellung widmen, wenn sie sich noch zusätzlich um die Probleme der Behinderten oder der AusländerInnen kümmern müssen (übrigens – eine interessante Zusammenstellung). Es stellt sich in dem Zusammenhang die Frage, ob die Vereine ihre Arbeit aus eigenen Kräften werden fortsetzen können.

Die Stärke der brandenburgischen Fraueninitiativen liegt auf jeden Fall in ihrer regionalen Vernetzung in Form des Frauenpolitischen Rates, der wiederum national im Deutschen Frauenrat vertreten ist. Der Frauenpolitische Rat vertritt Interessen aller Mitgliedsverbände, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung.

Auf der polnischen Seite sehe ich noch zu wenig regionale Zusammenarbeit. Einzelne Aktivistinnen lehnen die Zusammenarbeit mit Vertreterinnen anderer Organisationen aufgrund vermeintlicher oder tatsächlicher politischer Unterschiede ab. So wurde ein und dieselbe Organisation, BABA aus Zielona Góra, von einer konservativ gesinnten Aktivistin als links und von einer Sozialdemokratin als konservativ eingestuft, womit sie die fehlende Zusammenarbeit zu begründen versuchten. Der Verein selbst fühlt sich mit keinem der politischen Lager verbunden. Die weiblichen Mitglieder der in der Region sehr aktiven Sozialdemokraten (SLD, Nachfolgepartei der Staatspartei PVAP) versuchen zwar das Frauenmilieu zu konsolidieren, aber unter dem Dach der SLD und nicht einer unabhängigen Dachorganisation.

Einige der Frauen-Nichtregierungsorganisationen aus der deutsch-polnischen Grenzregion pflegen bereits grenzüberschreitende Kontakte. In Forst ist der Verein ZAK e. V. (Zukunft, Aktivität, Kreativität), der von Frauen gegründet und hauptsächlich getragen wird, zu der wichtigsten Anlaufstelle für alle in der Region geworden, die an Polen Interesse haben. Der Verein „Die Hoffnung“ aus Slubice und der Demokratische Frauenbund e.V. organisieren regelmäßige Treffen und Seminare. Die Gleichstellungsbeauftragte aus Frankfurt/Oder bemüht sich um die Errichtung eines gemeinsamen Frauenbüros, das auch Frauen aus Slubice dienen soll. Von dem Austausch des Frauenzentrums „Lila Villa“ aus Cottbus und des Vereins BABA aus Zielona Góra habe ich bereits gesprochen. Und die Liste der Initiativen ist damit sicher noch lange nicht abgeschlossen.

Es soll auch an dieser Stelle erwähnt werden, dass Bożena Chołuj am Collegium Polonicum der Universität Viadrina zahlreiche Veranstaltungen zu Genderfragen anbietet. Aus ihren Studentinnen und Studenten rekrutiert sich die im vorletzten Jahr gegründete informelle Gruppe „Genda“, die sich am Collegium Polonicum in Slubice für die Förderung des genderpolitischen, grenzüberschreitenden Dialogs stark macht. Es ist wichtig, dass einige Veranstaltungen, wie die Reihe „Frauen an der Oder“, auch für deutsche und polnische Frauen aus den NGOs offen sind. Denn sie dienen der politischen Bildung und stärken die Akteurinnen beiderseits der Grenze.

Was bietet OWEN an?

In unseren Seminaren, Workshops und Konferenzen bieten wir Raum für Reflexion und Auseinandersetzung sowohl mit Gegenwartsthemen, als auch mit der deutschen und polnischen Geschichte und Kultur an. In Anlehnung an Johan Galtung untersuchen wir die persönliche, strukturelle und kulturelle Ebene bei unterschiedlichen Themen, wie Frauen und

Gleichstellungspolitik, Biographie und Geschichte oder Konfliktbearbeitung. Ausgehend von der persönlichen Motivation und Situation von deutschen und polnischen Frauen, setzen wir uns mit Unterschieden zwischen den brandenburgischen/deutschen und polnischen Strukturen auseinander und diskutieren zum Beispiel die Vor- und Nachteile der Institutionalisierung der Gleichstellungspolitik, mit der wir in Deutschland weitgehend zu tun haben. Im Rahmen der vom Zentrum für Frauenrechte aus Warschau und von der informellen Gruppe „Genda“ organisierten Schulung für frauenpolitische Sprecherinnen ermöglichten wir einen Austausch mit brandenburgischen und Berliner Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten. Im Hinblick auf die für den Beitritt zur Europäischen Union erforderliche Angleichung der polnischen Gesetzgebung an die Richtlinien der Europäischen Union, verglichen wir zunächst die deutschen Gleichstellungsgesetze auf der Bundes- und Landesebene mit dem Entwurf des polnischen Gleichstellungsgesetzes. Wohl wissend, dass selbst das beste Gesetz noch lange kein Garant für die tatsächliche Umsetzung von Gleichstellung ist, nahmen wir die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten unter die Lupe, die per Gesetz verpflichtet sind, auf die Umsetzung der Gleichstellungsgesetze hinzuwirken. Wir diskutierten, was an den vorhandenen deutschen Strukturen für ihre Arbeit hilfreich und was hinderlich ist. Für die polnischen Gleichstellungssprecherinnen war klar, dass sie an die – in ihren Augen zunächst wünschenswerte – Institutionalisierung der Gleichstellungspolitik auf der kommunalen Ebene vorerst nicht denken können. Sie sahen aber sehr wohl Wege, in den vorhandenen polnischen Strukturen auf der Umsetzung der Gleichstellungsrechte zu bestehen: neben den gerichtlichen Wegen bleibe dabei der Weg in die Kommunalpolitik offen, wo Frauen – sofern sie gewählt werden – und gleichgesinnte Männer auf die Umsetzung der gleichstellungspolitischen Ziele hinwirken können.

Neben den strukturellen Unterschieden wurden auch Unterschiede in der Motivation der polnischen und deutschen Akteurinnen deutlich. Fast alle anwesenden Polinnen schöpften ihre Motivation aus der persönlich erfahrenen Diskriminierung als Frauen. Daraus resultierte ihr Wunsch, sich dafür einzusetzen, dass alle Frauen nicht als Objekte, sondern als Subjekte behandelt werden. Die Ausbildung einiger von ihnen als Sozial-Pädagoginnen, Psychologinnen oder Juristinnen befähigte sie in besonderem Maße zu dieser Aufgabe. Währenddessen gaben die deutschen Gleichstellungsbeauftragten zu, dass die Perspektive auf feste Einstellung der wichtigste Beweggrund gewesen sei, sich um die Stellen zu bewerben. Mit der Zeit wuchsen sie in ihre Aufgaben hinein und fingen an, sich damit zu identifizieren. Auf die Frage aber, ob sie sich als Feministinnen bezeichnen würden, sind einige von ihnen stutzig geworden und haben mit einem zögernden „Ja, aber“ geantwortet. Dass sie zu ihrer Arbeit vielleicht weniger aus feministischer Überzeugung kamen, sondern vielmehr allein durch die Tatsache, dass sie Frauen sind und einen bezahlten Job brauchten, schmälert in keinem Fall ihre Verdienste für die bessere Gleichstellung von Frauen und Männern in der Region. Mit der Frage, ob sie Feministinnen seien, haben übrigens auch viele von unseren polnischen Partnerinnen Probleme. Obwohl sie sich seit Jahren für die Verbesserung der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Position von Frauen in Polen engagieren, bestreiten einige, Feministinnen zu sein, weil der Begriff traditionsgemäß negative Konnotationen hervorruft, als etwas grundsätzlich Männerfeindliches.

Damit wären wir bei den Begriffen der Kultur und der Identität angelangt, mit denen wir uns in den OWEN-Seminaren auseinander setzen.

Durch die Verschiebung der Grenzen in den Westen und die teilweise oder gänzliche Neubesiedlung der Gebiete jenseits und diesseits der Oder/Neiße durch Vertriebene aus dem Osten, hat die heutige deutsch-polnische Grenzregion ihren einheitlichen kulturellen Charakter verloren. Die praktische Undurchlässigkeit der Grenze bis in die sechziger Jahre hinein und dann wieder in den 80ern hat das Zusammenwachsen zusätzlich erschwert. Seit der Wende ist die Grenze wieder offen und damit der Weg für eine weitere Annäherung geebnet. Mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union wird die Öffnung vollzogen. Aber nur mit den offenen Grenzen ist das Verständnis für die andere Kultur noch nicht erreicht. Denn allein die unterschiedlichen Sprachen (die wenigsten beherrschen die Sprache der Nachbarn) hindern die Menschen diesseits und jenseits der Grenze daran, einander – auch im mentalen Sinne – zu verstehen. Jede Begegnung muss deshalb von guten Sprachmittlerinnen und entsprechender Technik begleitet werden, was – nebenbei bemerkt – immens die Kosten der Veranstaltungen in die Höhe treibt.

In unseren Seminaren stellen wir uns dem Thema Kultur und Identität, beispielsweise anlässlich der Frauenwoche im vergangenen Jahr, als wir einen Workshop organisierten zum Thema „Das Bild der Frau aus Deutschland und aus Polen: unsere Vorstellungen voneinander und die Realität“. Die Teilnehmerinnen erstellten Collagen, die wir anschließend diskutierten. In den Augen der Polinnen ist eine typische deutsche Frau gepflegt und gut organisiert; hat genug Zeit für sich und ihre Familie; ein schönes Zuhause sei ihr ebenso wichtig wie Reisen um die Welt; durch den erleichterten Zugang zu Verhütungsmitteln sei sie freier in ihrer Familienplanung, als Polinnen. Eine Polin erschien in den Augen der deutschen Frauen einerseits als elegante Frau, die voller Charme ist, andererseits als jene, die ihrer Familie treu ergeben und völlig überarbeitet ist. Ihr starkes Nationalbewusstsein und ihr Katholizismus zwingt sie zu einem Spagat zwischen Tradition und Moderne. In den Diskussionen wurden diese Bilder mit der Realität verglichen und etwas revidiert – es stellte sich heraus, dass es doch mehr Gemeinsamkeiten gibt, als alle dachten. Die von uns während des Seminars ebenfalls durchgeführten soziometrischen Übungen haben dies bestätigt: zum Beispiel hatten die meisten Frauen zwei Kinder und lebten mit ihrem Mann zusammen, es gab auch keine einzige Hausfrau unter ihnen. Deutlich wurde der von allen ohnehin genannte Unterschied, wonach sich viel mehr Frauen auf der polnischen Seite zu ihrer Religiosität bekennen als auf der deutschen Seite. Dafür überraschte alle die Tatsache, dass viel mehr Deutsche als Polinnen jemals von Arbeitslosigkeit betroffen waren.

Die Frage der Kultur und Identität ist unmittelbar mit der Geschichte verbunden. Deswegen bietet OWEN Geschichts- und Biographiewerkstätten für Frauen aus Brandenburg und der polnischen Grenzregion an. Obwohl der Zweite Weltkrieg fast zwei Generationen zurückliegt, prägt jene Vergangenheit bis heute das deutsch-polnische Verhältnis. Zu den schmerzvollsten Erfahrungen der Polen und der Deutschen in jener Zeit gehörten die Vertreibung, der Heimatverlust und der schwierige Neubeginn in einer fremden Umgebung. Gerade in der deutsch-polnischen Grenzregion leben auf beiden Seiten des Flusses viele Menschen, die – bei allen sprachlichen und kulturellen Unterschieden – eine gemeinsame Erfahrung des Verlustes ihrer alten Heimat im Osten und der Ansiedlung in einer für sie fremden Region teilen. Aus diesem Grund organisierten wir zum Beispiel im vergangenen Jahr Geschichts- und Biographiewerkstätten für Frauen aus Guben und Gubin. Frauen im Alter zwischen 40 und 90 Jahren erzählten über ihre eigenen Erfahrungen beziehungsweise die ihrer Mütter während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Vor unseren Augen entstand, ausgehend von die-

sem kleinen Grenzort, ein Bild ganz Mittel- und Osteuropas, reichten doch die Wurzeln der dort Anwesenden bis nach Zentralpolen, Litauen, Weißrussland und in die Ukraine. Zwei Tage lang erzählten sich die Frauen sowohl die schönsten Kindheits- und Jugenderinnerungen aus ihrer alten Heimat, als auch die schrecklichsten Erinnerungen aus dem Zweiten Weltkrieg und der Zeit danach (die 90-jährige konnte sogar über den Ersten Weltkrieg und den polnisch-russischen Krieg aus dem Jahr 1920 berichten). Neben den Erfahrungen von Demütigung, Verrat, Vertreibung, Vergewaltigung und Zwangsarbeit, gab es auch Berichte über menschliche Solidarität und Güte, auch seitens der Menschen aus dem „feindlichen“ Lager. Es wurde nicht bewertet, wessen Leid größer sei – die Frauen hörten sich nur respektvoll zu und wünschten sich noch weitere ähnliche Treffen. Wie wir erfuhren, war das die erste Begegnung dieser Art, obwohl sie seit 60 Jahren Nachbarinnen sind.

Welche Bedeutung hat der Austausch im Hinblick auf den bevorstehenden Beitritt Polens zur EU und welche Hindernisse gilt es zu überwinden?

Mit der Erweiterung der Europäischen Union um Polen wird es noch mehr Berührungspunkte zwischen Deutschen und Polen geben. Mit den zunehmenden Kontakten werden Konflikte durch die Begegnung mit dem Fremden sowie durch unterschiedliche Interessen (zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt) auch höchstwahrscheinlich eher zu- als abnehmen. Für einen friedlichen Umgang mit diesen Konflikten wird es nach wie vor wichtig sein, dass die Menschen diesseits und jenseits der Grenze einander besser kennen lernen – sowohl persönlich, als auch die Strukturen und Kulturen, in denen sie leben. Für das weitere Zusammenwachsen der Grenzregion ist auch die Stärkung der Demokratie (auch die der Geschlechterdemokratie) an der Basis und die Entwicklung der zivilen Gesellschaft von großer Bedeutung. Hierbei spielen gerade Frauen eine wichtige Rolle. Zwar selten in den vordersten Reihen, aber dennoch wichtige Aufgaben in der Gesellschaft übernehmend, leisten sie einen großen Beitrag zur Entwicklung der demokratischen Strukturen. OWEN nahm sich für dieses Jahr vor, einige solche polnischen und deutschen Akteurinnen aus den drei Euroregionen Pomerania, Pro Europa Viadrina und Spree-Neiße-Bober zu portraituren und sie durch eine Ausstellung und ein Begleitbuch der breiten polnischen und deutschen Öffentlichkeit vorzustellen. Dies ist ein Projekt im Rahmen der Jahreskampagne des Kulturland Brandenburg e.V. zum Thema „Europa ist hier!“. Wir hoffen, dass die Anerkennung für das Engagement von Frauen in beiden Ländern sich durch die grenzüberschreitende Wirkung der Ausstellung erhöht. Denn vor allem auf der polnischen Seite wird die Rolle der zivilen AkteurInnen von der kommunalen Verwaltung und den Entscheidungsträgern (meist Männer) noch allzu oft verkannt und heruntergespielt. Speziell die Arbeit der Frauen-NGOs wird zwar als Angebot gern angenommen, aber nicht immer unterstützt. Allerdings konnten wir uns davon überzeugen, dass internationale Kontakte die Frauenorganisationen in den Augen der lokalen PolitikerInnen aufwerten und ihnen manche, bisher verschlossene Türen öffneten. Aber wir sollten die Situation der Frauenorganisationen in den strukturschwachen ostdeutschen Regionen nicht überbewerten. In der Zeit der immer leerer werdenden öffentlichen Kassen stehen sie auf den Kürzungslisten sehr weit oben. Auch ihr Ansehen wird durch internationale Kontakte erhöht. Gleichzeitig eröffnen sich neue finanzielle Möglichkeiten, was zahlreiche EU-Programme oder selbst das kleine Programm „Städtepartnerschaften-Bürgerpartnerschaften“, von dem ich vorhin sprach, beweisen. Immer vorausgesetzt natürlich, dass sie solche Kontakte wollen. Denn ich will nicht verschweigen, dass OWEN oft Probleme hat, genug Teilnehmerinnen von der deutschen Seite für unsere Veranstaltungen zu gewinnen. Wir stoßen nicht selten auf

Desinteresse oder auf die Entschuldigung, dass angesichts der wegfallenden Stellen die internationale Zusammenarbeit nicht zu bewältigen sei. Ich denke, dass neue Kenntnisse und interkulturelle Fähigkeiten die Chancen dieser Frauen auch auf dem Arbeitsmarkt eher erhöhen als schmälern. Auch für ihre Gleichstellungsarbeit ist der Kontakt mit den engagierten Polinnen ein Gewinn, was unsere Seminarteilnehmerinnen bestätigen. Über 10 Jahre nach der Wende werden sie dadurch „gezwungen“ ihre Arbeit zu reflektieren, sich ihrer Anfänge zu besinnen. Auch wenn die Situation nach der Wende in der DDR nur teilweise mit der heutigen Situation Polens vergleichbar ist, können manche ostdeutschen Erfahrungen durchaus für das Beitrittsland Polens nützlich sein. Gerade in der Frage der Geschlechterdemokratie können ostdeutsche Frauen einerseits zum Beispiel vieles über den sinnlosen Verlust der Ganztagsbetreuung von Kindern nach der Wende erzählen, die man jetzt versucht wieder einzuführen, und andererseits über durchaus sinnvolle neue Formen der institutionellen Förderung von Frauen und Mädchen, die sie mit der Wende gewonnen haben. Die Neugier auf die deutschen Erfahrungen ist auf der polnischen Seite jedenfalls sehr groß. Wir haben immer sehr viele Interessentinnen, die an unseren Seminaren teilnehmen möchten. Ihr Blick ist Richtung Westen gerichtet, ähnlich wie der von ostdeutschen Frauen – deswegen schauen sie sich viel zu selten an. Dass wir uns davon nicht entmutigen lassen sollten, und dass es nichts Besonderes ist, beweist der Blick auf die ostpolnische Grenze, wo wir mit einem ähnlichen Phänomen zu tun haben. Die jeweils östlichen NachbarInnen versprechen sich hier und da von dem grenzüberschreitenden Austausch neue Erkenntnisse und – längerfristig – auch finanzielle Vorteile zum Beispiel durch Gewinnung von potentiellen PartnerInnen für EU-Projekte. Oft werden sie auch in ihren Erwartungen enttäuscht, wenn sie in Deutschland – entgegen allen Vorstellungen vom reichen Westen – auf eher finanziell schwache Partnerinnen stoßen, die dazu auch nicht immer flexibel genug sind, um nach alternativen finanziellen Möglichkeiten zu suchen.

Wenn wir an die weitere Förderung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, und speziell derjenigen von Frauen, denken, müssen wir uns ständig diese Diskrepanzen vergegenwärtigen: in Deutschland gibt es ausgebaute, institutionalisierte Strukturen der Gleichstellungspolitik und (noch) öffentlich unterstützte Frauen-Nichtregierungsorganisationen auf kommunaler Ebene, dafür aber ein relativ geringes Interesse der Bevölkerung am Austausch mit Polen. In Polen dagegen gibt es (bisher noch) keine institutionalisierten gleichstellungspolitischen Strukturen auf kommunaler Ebene, dafür sehr engagierte, aber strukturschwache Frauen-Nichtregierungsorganisationen, die am grenzüberschreitenden Austausch mit Deutschen sehr interessiert sind, häufig aber nur mit sehr geringen Mitteln ausgestattet sind. Es bleibt zu hoffen, dass mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union diese Unterschiede längerfristig verschwinden werden und damit die Zusammenarbeit einfacher wird.



Vorstellung der EUREGIO EGRENSIS

Presentation of the EUREGIO EGRENSIS



Summary:

According to its statutes, the EUREGIO EGRENSIS has the purpose of contributing to understanding and tolerance as well as comprehensive, peaceful and partner-like co-operation transcending the borders between the Free State of Bavaria, the Free States of Saxony and Thuringia as well as the Czech Republic. The EUREGIO EGRENSIS (EE) coordinates and promotes cross-border co-operation and development in a spirit of friendship between good neighbours.

In 1991/1992 the three EE working groups were founded:

- *the EE working group Bohemia,*
- *the EE working group Bavaria, and*
- *the EE working group Vogtland/Westerzgebirge.*

On February 3rd, 1993 in Eger, the three working groups amalgamated on the basis of a common agreement. Today the EUREGIO EGRENSIS region covers altogether an area of approximately 17,000 km² with about 2 million inhabitants. Today, after forty years of silence, the EUREGIO EGRENSIS regards itself both as forerunner and companion to the region on its way towards the common European house and thus into the European Union.

Einführung

Euroregionen

Es existieren heute im gesamten europäischen Raum entlang der Grenzen der einzelnen Nationalstaaten – auch der Staaten außerhalb der Europäischen Union – über 150 Euregiones. Die ersten Euregiones entstanden in den sechziger Jahren entlang der deutsch-niederländischen Grenze. Euroregionen haben sich oft lateinische Namen gegeben, um das Sprachproblem zu überbrücken. Beispiele dafür sind die Regio Basiliensis (im deutsch-französisch-schweizerischen Grenzraum) und die EUREGIO EGRENSIS.

Euroregionen an der deutsch-tschechischen Grenze

Entlang der deutsch-tschechischen Grenze gibt es insgesamt fünf Euroregionen: Die Euroregion Neisse (zusammen mit Polen), die Euroregion Elbe-Labe, die Euroregion Erzgebirge, die EUREGIO EGRENSIS und – im Süden an die EUREGIO EGRENSIS anschließend – die Euroregion Bayerischer Wald-Böhmerwald-Mühlviertel.

1. Entwicklung der EUREGIO EGRENSIS

1.1. Das Dreiländereck Bayern-Böhmen-Sachsen

Das Kerngebiet der EUREGIO EGRENSIS ist das Dreiländereck zwischen Bayern, Sachsen und Böhmen. Die Struktur dieser grenzüberschreitenden Region ist einmalig in Europa: Nur hier grenzen alte und neue Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland aneinander und gleichzeitig an ihren Nachbarn Tschechische Republik. Das Dreiländereck Bayern-Sachsen-Böhmen ist eine Region, die viele Jahrhunderte lang – trotz wechselnder Herrschaftsverhältnisse – einen gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum bildete. Das Zentrum dieses

Gebietes ist die historische Stadt Eger/Cheb in Böhmen. Das Gebiet um die Stadt Eger/Cheb fand bereits im Mittelalter unter den Bezeichnungen „Regio Egire“ und „Provincia Egrensis“ Erwähnung. An diese Gebietsbezeichnungen wurde bei der Namensgebung der EUREGIO EGRENSIS angeknüpft.

Nach dem zweiten Weltkrieg brachen mit der Teilung Deutschlands und Europas alle wirtschaftlichen und sozio-kulturellen Beziehungen in diesem Raum zwangsläufig ab. Jeder Teilraum entwickelte sich nunmehr unabhängig von dem Grenznachbarn. Seit der Grenzöffnung im Jahr 1989 besteht für das Dreiländereck wieder die Chance, an die gemeinsamen Traditionen anzuknüpfen und wieder Beziehungen zum Vorteil aller Partner neu anzulegen.

1.2. Gründung der EUREGIO EGRENSIS

Deshalb knüpften bereits unmittelbar nach der Grenzöffnung die Menschen aus der Region erste Kontakte miteinander, wie etwa die Bürgermeister der Grenzgemeinden oder die Schulleiter der Gymnasien. Bald begann man über die Bildung eines Forums zu diskutieren, das künftig die grenzüberschreitenden Aktivitäten auf kommunaler und regionaler Ebene koordinieren und fördern könnte. Schon im Dezember 1990 entschied man sich für die Einrichtung einer Euregio. Bemerkenswert ist, dass der tschechische Teil der EUREGIO EGRENSIS unter Beteiligung der tschechoslowakischen Regierung schon im Januar 1991 gegründet wurde. Die tschechische Seite war also die erste, die das Vorhaben „EUREGIO“ in die Tat umsetzte. Es entstanden drei regionale Arbeitsgemeinschaften der EUREGIO EGRENSIS, die AG Bayern (Gründung: 24.02.1992), die AG Vogtland/Westerzgebirge und die AG Böhmen. Diese drei Arbeitsgemeinschaften schlossen sich im Februar 1993 mit einer gemeinsamen Vereinbarung zusammen, die von den Präsidenten der drei Arbeitsgemeinschaften unterzeichnet wurde.

2. Gebiet, Ziele und Organisation

2.1. Aktionsgebiet der EUREGIO EGRENSIS

Die Arbeitsgemeinschaft Bayern der EUREGIO EGRENSIS umfasst das Gebiet der Planungsregionen Oberfranken-Ost, Oberpfalz-Nord und den Landkreis Kronach. Das sind insgesamt 9 Landkreise und 4 kreisfreie Städte:

- Die Landkreise Hof, Bayreuth, Kulmbach, Wunsiedel und Kronach sowie die kreisfreien Städte Hof und Bayreuth in Oberfranken und
- die Landkreise Tirschenreuth, Neustadt a. d. W., Amberg-Sulzbach und Schwandorf sowie die kreisfreien Städte Amberg und Weiden in der Oberpfalz.

Zur Arbeitsgemeinschaft Vogtland/Westerzgebirge gehören vier Landkreise aus Sachsen und Thüringen sowie die kreisfreie Stadt Plauen:

- In Sachsen sind das der Landkreis Aue-Schwarzenberg im Westerzgebirge und der Landkreis Vogtlandkreis.
- In Thüringen gehören zur EUREGIO EGRENSIS die Landkreise Greiz und Saale-Orla.

Die Arbeitsgemeinschaft Böhmen der EUREGIO EGRENSIS umfaßt ebenfalls das Gebiet von 4 ehemaligen Landkreisen:

der Landkreise Eger/Cheb, Falkenau/Sokolov, Karlsbad/Karlovy Vary und Tachau/Tachov. Das Gebiet der EUREGIO EGRENSIS umfasst insgesamt eine Fläche von etwa 20.000 Quadratkilometern mit rund zwei Millionen Menschen. Auf Bayern entfallen davon 1,1 Mio. Menschen und die EUREGIO EGRENSIS AG Bayern nimmt eine Fläche von 9.566 km² ein. Die beiden deutschen Arbeitsgemeinschaften der EUREGIO EGRENSIS sind als eingetragene Vereine institutionalisiert. Die tschechische Arbeitsgemeinschaft der EUREGIO EGRENSIS ist eine Kommunalgemeinschaft, der Städte und Gemeinden angehören.

2.2. Ziele

Die Mitglieder der EUREGIO EGRENSIS haben es sich zum Ziel gesetzt, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Tschechen in ihrem Gebiet zu koordinieren und zu fördern – und das in allen Strukturbereichen, sei es Wirtschaft, Verkehr, Tourismus, Umwelt, Kultur, Sprache oder Arbeitsmarkt. Auf diese Weise möchte die EUREGIO EGRENSIS die Trenneffekte, die sowohl durch die ehemalige deutsch-deutsche als auch durch die deutsch-tschechische Grenze entstanden sind, verringern. Gleichzeitig sollen Chancen, die sich im Grenzraum ergeben, gemeinsam für die regionale Entwicklung genutzt werden. Letztendlich soll ein gemeinsames Bewusstsein in der Region unter dem Dach der Europäischen Union entstehen und damit eine Stärkung der Identifikation das Ziel sein.

2.3. Organisation

Die Mitglieder der drei Arbeitsgemeinschaften der EUREGIO EGRENSIS sind sowohl die kommunalen Gebietskörperschaften als auch Institutionen wie die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, Vereine und Verbände, Unternehmer und Gewerkschaften, Kirchen oder Privatpersonen. Auch viele der Sudetendeutschen, bei uns sind das speziell die Egerländer, engagieren sich für die Ziele der EUREGIO EGRENSIS. Diese breite Mitgliederstruktur ist die grundlegende Voraussetzung für die Realisierung von Euregio-Initiativen. Jede der drei Arbeitsgemeinschaften wird von einem Präsidium oder Vorstand geleitet, mit einem Präsidenten oder Vorsitzenden an der Spitze.

- Das Amt der Präsidentin der EUREGIO EGRENSIS Arbeitsgemeinschaft Bayern nehme ich wahr.
- Erster Vorsitzender der EUREGIO EGRENSIS Arbeitsgemeinschaft Vogtland/Westerzgebirge ist der Landrat des Vogtlandkreises, Dr. Tassilo Lenk.
- Vorsitzender der EUREGIO EGRENSIS Arbeitsgemeinschaft Böhmen ist der dritte Bürgermeister der Stadt Eger, Herr Ing. Vaclav Jakl.

Fachliche Belange und Projektvorschläge werden in den Arbeitskreisen der EUREGIO EGRENSIS beraten und diskutiert. Es gibt:

- den Arbeitskreis Wirtschaft, Verkehr, Arbeitsmarkt, Infrastruktur,
- den Arbeitskreis Freizeit und Tourismus,
- den Arbeitskreis Kultur, Jugend und Sport sowie
- den Arbeitskreis Ökologie und Umwelt.

Daneben gibt es auch gemeinsame grenzüberschreitende Arbeitsgruppen, die konkrete Projekte beraten.

Die Geschäfte der gesamten EUREGIO EGRENSIS führt ein Gemeinsames Präsidium. Es besteht aus Vertretern der drei Arbeitsgemeinschaften und wird von einem Gemeinsamen Präsidenten geleitet. Gemeinsamer Präsident der EUREGIO EGRENSIS ist zur Zeit der Landrat des Landkreises Tirschenreuth Herr Karl Haberkorn. Die täglichen Aufgaben und die Projektarbeit der EUREGIO EGRENSIS werden von drei Geschäftsstellen, die sich jeweils in Bayern, Sachsen und Tschechien befinden, wahrgenommen.

- Die Geschäftsstelle der EUREGIO EGRENSIS Arbeitsgemeinschaft Bayern e. V. befindet sich in Marktredwitz im Egerland-Kulturhaus. Geschäftsführer ist Herr Dipl.-Geograph Harald Ehm.
- Die Geschäftsstelle der EUREGIO EGRENSIS Arbeitsgemeinschaft Vogtland/Westerzgebirge hat ihren Sitz in Plauen. Die Geschäftsführung nimmt dort Herr Ing. Achim Schulz wahr.
- Die Geschäftsstelle der EUREGIO EGRENSIS Arbeitsgemeinschaft Böhmen hat ihren Sitz in Cheb/Eger. Mit der Neustrukturierung der AG Böhmen wurde ein Teil der Geschäftsstelle in Karlovy Vary eingerichtet. Dort nimmt der Geschäftsführer Herr Ing. Lubomír Kovár seine Aufgaben wahr.

3. Aufgaben der EUREGIO EGRENSIS

Wie ich eingangs bereits sagte, ist es das Ziel der EUREGIO EGRENSIS, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern und zu koordinieren.

3.1. Informationsmanagement und Begegnungsmaßnahmen

Mit der Gründung der Geschäftsstellen der EUREGIO EGRENSIS standen zunächst die Aufgabe der Informationsvermittlung über den jeweiligen Nachbarn, die Vermittlung von Kontakten und die Förderung der menschlichen Begegnung zwischen Deutschen und Tschechen im Vordergrund. Auch heute spielen diese Aufgaben noch eine bedeutende Rolle im Rahmen der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit in der EUREGIO.

3.2. Projekt- und Regionalmanagement

Zwischenzeitlich geht es aber vor allem auch darum, Maßnahmen mit grenzübergreifender Wirkung zu realisieren. Mit diesen Maßnahmen soll ein Beitrag zur regionalen Entwicklung geleistet werden.

Aber welche Möglichkeiten hat die EUREGIO EGRENSIS überhaupt, um grenzüberschreitende Projekte zu verwirklichen? Einige Vorhaben setzt die EUREGIO EGRENSIS allein, in eigener Verantwortung, mit eigenem personellen und finanziellen Aufwand um. Bei der Mehrzahl aller Projekte handelt es sich jedoch um Projekte mit Partnern. Hierbei arbeitet die EUREGIO mit Partnern aus der Region zusammen und erbringt selbst Koordinierungs- und Organisationsleistungen – und sie übernimmt einen Teil der Projektkosten. Daneben hat die EUREGIO EGRENSIS die Möglichkeit, Projekte mit EU-Fördermitteln aus dem sogenannten Dispositionsfonds zu unterstützen. Im Laufe der Jahre 2001/2002 haben wir hier ca. 100 Projekte mit grenzüberschreitendem Charakter unterstützt.

3.3. Vertretung regionaler Interessen

Die EUREGIO EGRENSIS ist aber auch eine wichtige Instanz zur Vertretung regionaler Interessen gegenüber Einrichtungen des Staates oder der Europäischen Union.

3.3.1 Beziehungen zur staatlichen Ebene

Zur staatlichen Ebene pflegt die EUREGIO EGRENSIS gute Beziehungen. In Bayern und Sachsen wurde die EUREGIO EGRENSIS von den Staatsregierungen von Anfang an wohlwollend unterstützt. Die Regierung der damals neu gegründeten Tschechischen Republik hegte anfangs Bedenken gegen die Gründung von Euroregionen an der Grenze zu Sachsen und zu Bayern. Diese atmosphärischen Störungen haben die Entwicklung der EUREGIO EGRENSIS Arbeitsgemeinschaft Böhmen und auch die der Gesamt-Euregio zeitweise behindert. Die regionalen Vertreter auf böhmischer Seite zogen sich zurück und uns fehlten wichtige Ansprechpartner. Heute hat sich das Verhältnis zwischen der EUREGIO EGRENSIS AG Böhmen und der tschechischen Staatsregierung wieder in eine fruchtbare Zusammenarbeit gewandelt.

3.3.2. Mitwirkung in internationalen Entscheidungsgremien

Die regionalen Interessen und grenzüberschreitende Ziele vertritt die EUREGIO EGRENSIS vor allem auch in den international besetzten Gremien, die zur Umsetzung der Gemeinschaftsinitiativen der Europäischen Union, INTERREG und PHARE-CBC, eingerichtet worden sind.

Die Gremien, in denen die EUREGIO EGRENSIS vertreten ist, sind:

- der Lenkungsausschuss zur Umsetzung von INTERREG, der etwa viermal jährlich tagt,
- der Begleitausschuss zur Umsetzung von INTERREG, der zweimal im Jahr zusammenkommt,
- der gemeinsame Lenkungs- und Begleitausschuss (JPMC) zur Umsetzung des EU-Programms PHARE-CBC in den Grenzregionen der Tschechischen Republik, der in der Regel dreimal jährlich tagt,
- die Sitzungen des SmallProjectFound-Ausschusses, der über die Verwendung von PHARE-CBC-Fördermitteln für Kleinprojekte im böhmischen Teil der EUREGIO EGRENSIS entscheidet.

4. Projekte und Maßnahmen in der EUREGIO EGRENSIS

Bevor ich Ihnen abschließend einen Überblick über diese Maßnahmen gebe und Ihnen einige aktuelle Projekte vorstelle, möchte ich zuvor noch ein Wort über die Finanzierung dieser Arbeit verlieren.

4.1. Finanzierung

Die EUREGIO finanziert ihre Aktivitäten vorwiegend aus den Beiträgen ihrer Mitglieder. Außerdem beantragt sie regelmäßig Fördermittel der Europäischen Union (aus dem Programmen INTERREG) für die Umsetzung von Begegnungsmaßnahmen und Kleinprojekten. Auch für umfangreichere Projekte wird versucht, Unterstützung durch Fördermittel der Europäischen Union zu erhalten.

Wie Sie vielleicht wissen, handelt es sich bei der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG um ein Förderprogramm zugunsten des Grenzgebietes innerhalb der EU, und bei dem Programm PHARE-Crossborder-Cooperation (kurz: PHARE-CBC) für Maßnahmen im tschechischen Grenzraum. Das PHARE-Programm soll die Annäherung der assoziierten Staaten an die Europäische Union unterstützen und den Abbau von Disparitäten beschleunigen. INTERREG III wurde im vergangenen Jahr von der Europäischen Kommission genehmigt und wird nun umgesetzt. Wir haben nun deutlich verbesserte finanzielle Möglichkeiten (66 Mio. Euro für den Bayerischen Grenzraum) als bisher, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu unterstützen.

4.2. Projekte und Maßnahmen der EUREGIO EGRENSIS

Freizeit und Tourismus

Eines dieser Modellprojekte ist die *Zusammenarbeit der Heilbäder und Kurorte*. Das Dreiländereck Bayern-Sachsen-Böhmen weist mit vierzehn größeren und einigen kleineren Heilbädern eine Heilbäder-Dichte auf, die weltweit einmalig sein dürfte. Dieses Potential gilt es zu nutzen. Auf Initiative der EUREGIO EGRENSIS wurde eine grenzüberschreitende Arbeitsgemeinschaft der Kurort-Direktoren gegründet.

Abgeschlossen ist außerdem der *grenzüberschreitender Radfernwanderweg*, der als ein Rundweg mit einer Länge von etwa 580 km durch das Dreiländereck führt und am 22. Juli 2000 in Neualbenreuth eröffnet wurde. Ergänzt wird der EUREGIO EGRENSIS-Radfernwanderweg durch einen im Galli-Verlag erschienenen *Radführer*, welcher neben der detaillierten Routenführung auch die weiteren Sehenswürdigkeiten der Strecke beschreibt. Weitere wichtige Partner waren die beteiligten Landkreise, die für die Beschilderung des Weges sorgten. Dieser EUREGIO-Radfernweg will den Einheimischen und Gästen die grenzüberschreitende Region im wahrsten Sinne des Wortes erfahrbar machen. Die Heilbäder und Denkmäler der gemeinsamen Bergbau-Geschichte werden – neben der wunderbaren Landschaft – attraktive Ziele auf diesem Weg sein. Dieser Radweg wird zur Zeit in der nördlichen Oberpfalz erweitert. Die Eröffnung dieser Südtour wird 2004 erfolgen.

Umwelt und Ökologie

Ein weiteres Modellprojekt aus dem „Grenzüberschreitenden Entwicklungskonzept“ ist der *Aufbau eines grenzüberschreitenden Landschaftsverbundes*. Im Rahmen dieses Projektes soll die natur- und kulturlandschaftliche Vielfalt dieser Landschaftsräume bewahrt und gefördert werden. Die Umsetzung von Projekten im Bereich der Renaturierung von Gewässern, Feuchtgebieten oder Moorstandorten steht dabei ebenso im Vordergrund wie die Planung eines grenzüberschreitenden Naturparks oder die Intensivierung des umweltverträglichen Fremdenverkehrs.

Eine Teilmaßnahme dieses Projektes ist der *Schutz der Flussperlmuschel*. Der Bestand der äußerst seltenen Flussperlmuschel hat sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch verringert. Nun soll die Flussperlmuschel gemeinsam geschützt werden. Dieses Vorhaben ist zugleich ein gutes Beispiel dafür, dass deutsche und tschechische Interessen durchaus harmonisiert werden können: Während zum Schutz der Flussperlmuschel auf deutscher Seite vor allem die Fließgewässer renaturiert werden, werden in Tschechien im Rahmen dieses Projektes Maßnahmen der Abwasserbehandlung und der Bau von Kläranlagen gefördert.

Jugend, Bildung, Kultur und Wissenschaft

Nach vierjahrzehntelanger Trennung des Dreiländerecks liegt der Schwerpunkt der Arbeit der EUREGIO EGRENSIS vor allem auf der Umsetzung von Projekten im Bereich Kultur, Wissenschaft, Bildung und Jugend. Das gegenseitige Kennenlernen der Kultur und das Verständnis füreinander sind bekanntermaßen die Grundlagen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Gerade die Förderung der jungen Menschen ist uns ein besonderes Anliegen.

Jedes Jahr treffen sich für eine Woche gut fünfzig Jugendliche aus Bayern, Sachsen, Thüringen und Tschechien im *Jugendsommerlager der EUREGIO EGRENSIS*. Diese Sommerferienfreizeit gehört zu den ersten Projekten, die von der EUREGIO EGRENSIS gleich nach ihrer Gründung 1992 ins Leben gerufen wurden. Das Ferienlager fand bislang elfmal statt, abwechselnd auf bayerischer, sächsischer und böhmischer Seite. In diesem Jahr findet das 12. Jugendsommerlager in Sachsen statt.

Daneben koordiniert die EUREGIO EGRENSIS das erfolgreiche Projekt *EUREGIO EGRENSIS-Gastschuljahr*. Das EUREGIO EGRENSIS-Gastschuljahr ermöglicht tschechischen Schülern der 10. Jahrgangsstufe, ein halbes oder ganzes Schuljahr lang an einem deutschen Gymnasium der Region zu lernen. Wie Sie aus eigener Erfahrung wissen, haben Gastschulaufenthalte in den Ländern Westeuropas oder in den USA bereits eine lange Tradition. In Tschechien besteht seit der Grenzöffnung eine sehr hohe Nachfrage nach Gastschulaufenthalten in Deutschland. Leider stand diesem erfreulichen Interesse lange Zeit kein entsprechendes Angebot von deutscher Seite gegenüber. Es gibt keine Einrichtung, die tschechische Schüler an deutsche Schulen vermittelt. Aus diesem Grund hat sich die EUREGIO EGRENSIS die Förderung von Gastschulaufenthalten zum Anliegen gemacht. Insgesamt waren bereits über 180 Gastschüler über dieses Projekt in Bayern zu Gast. In diesem Schuljahr sind wieder 33 Schülerinnen und Schüler aus dem böhmischen Teil der EUREGIO EGRENSIS an bayerischen Gymnasien zu Gast (Amberg, Bayreuth, Hof, Pegnitz, Tirschenreuth, Weiden und Wunsiedel). Die EUREGIO EGRENSIS organisiert für die Gastschüler ein Rahmenprogramm mit wirtschafts- und sozialgeographischen Exkursionen in die Region, einen Besuch in der Landeshauptstadt München mit einem Empfang in der Bayerischen Staatskanzlei und der Besichtigung des Bayerischen Landtages sowie ein Besuch des Deutschen Bundestages in Berlin. Dieses Projekt dient nicht nur dazu, die deutsche Sprache im Nachbarland zu fördern, sondern soll vor allem auch dazu beitragen, bereits jetzt Partner für die spätere Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Tschechien zu gewinnen. Nicht zu vergessen ist, dass auch die deutschen Schüler vom gemeinsamen Unterricht und Alltag mit Schülern aus dem Nachbarland profitieren. Inzwischen wächst auch das Interesse der deutschen Schüler an einem, wenn vielleicht auch nur kürzeren, Gastaufenthalt an tschechischen Gymnasien. Unterstützt wird dieses Gastschulprojekt der EUREGIO EGRENSIS von der Bayerischen Staatskanzlei, der Robert-Bosch-Stiftung und dem Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds.

Von großer Bedeutung für die Entwicklung des Dreiländerecks ist die Vertiefung der kulturellen Gemeinsamkeiten. In diesem Sinne werden eine Vielzahl von Projekten durch die EUREGIO EGRENSIS unterstützt: Bereits erschienen ist der *EUREGIO EGRENSIS-Museumsführer*. Das jährliche FESTIVAL MITTE EUROPA wird ebenfalls von der EUREGIO EGRENSIS unterstützt.

Wirtschaft, Verkehr, Infrastruktur, Arbeitsmarkt

Erarbeitet und veröffentlicht wurde im Jahr 2000 der *grenzüberschreitende Einzelhandelsführer*. Dieser soll dazu beitragen, das Einkaufen für die tschechische Bevölkerung in Bayern einfacher zu gestalten. Der Einkaufsführer besteht aus drei Teilen. In einem allgemeinen Teil werden Informationen über das Straßenverkehrssystem, das Parksystem und die Mehrwertsteuerrückerstattung gegeben. Im zweiten Teil stellen sich Städte und Gemeinden der EUREGIO EGRENSIS mit ihren Einkaufs- und Parkmöglichkeiten vor. Der dritte Teil enthält Anzeigen der Einzelhandelsgeschäfte. Darüber hinaus gibt es das Projekt „Egronet“, das den grenzüberschreitenden öffentlichen Nahverkehr zwischen Bayern, Sachsen, Thüringen und Böhmen organisiert.

Regionalmarketing und Öffentlichkeitsarbeit

Natürlich bemüht sich die EUREGIO EGRENSIS bei allen Aktivitäten um bestmögliche Information der Beteiligten und der Bevölkerung. Die Kontaktpflege und Pressearbeit nehmen daher einen bedeutenden Stellenwert in den Bemühungen der EUREGIO EGRENSIS ein. Als Beispiele dafür können die folgenden Maßnahmen angeführt werden:

- die Jahrespressekonferenzen der EUREGIO EGRENSIS,
- die Verleihung der EUREGIO EGRENSIS-Preise. Wir vergeben jährlich einen Preis für eine wissenschaftliche Leistung, die der Region zugute kommt, und einen weiteren Preis an eine Persönlichkeit, die sich besonders um die Arbeit im Grenzraum der EUREGIO EGRENSIS verdient gemacht hat.
- der EUREGIO EGRENSIS Newsletter

5. Perspektiven

Gestatten Sie mir, dass ich zum Abschluss meines Vortrages noch einige Gedanken zur Weiterentwicklung der EUREGIO EGRENSIS äußere. Die EUREGIO EGRENSIS hat nach der Euphorie mit der Grenzöffnung in den letzten Jahren eine Phase der Ernüchterung durchlebt. Weniger die Narben der Vergangenheit, sondern vielmehr die angespannte wirtschaftliche Situation, politische Umstrukturierungen auf tschechischer, sächsischer und thüringischer Seite sowie unterschiedliche Prioritäten der Partner gestalten die Zusammenarbeit nicht immer einfach. Verbessert werden muss auch die Identifikation der Menschen im Raum und ihrer politischen Vertreter mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Stärker als bisher will die EUREGIO EGRENSIS deutlich machen, dass grenzüberschreitende Kooperation eine bedeutende Chance für die Weiterentwicklung unserer Region ist. Man sollte sich allerdings im Klaren darüber sein, dass die grenzüberschreitende Arbeit derzeit nur einen kleinen Teil der Bevölkerung unmittelbar interessiert, während die Vor- und Nachteile der Grenzöffnung von allen wahrgenommen werden. Die Vorbereitung auf die Osterweiterung der EU muss spätestens jetzt begonnen werden, damit die „Freizügigkeit“ die Menschen, insbesondere in Bayern, im Jahr 2004 nicht überfordert. Dazu kann die EUREGIO EGRENSIS einen wichtigen Beitrag leisten. Im Rahmen dieser Vorbereitungen veranstaltet die EUREGIO EGRENSIS in diesem Jahr verschiedene Workshops und Arbeitskreise sowie Tagungen. Die Arbeitskreise werden nach längerer Pause unter thematischen Schwerpunkten und mit Vorstellung von verschiedenen Projekten in diesem Jahr wieder einberufen:

a) AK Kultur, Jugendarbeit, Sport

mit den Projekten Siedlung-Sprache-Straße der Otnant-Gesellschaft; dem Euregionalen Kirchentag in Selb; und dem Projekt Bayerisch-Böhmisches Kulturnetz „bbkult.net“

b) AK Fremdenverkehr, Erholung, Touristik

mit den Projekten Regio Card Fichtelgebirge/Westböhmisches Bäder, dem EUREGIO EGRENSIS – Masterplan Tourismus; dem Kooperationsprojekt Sibyllenbad-Marienbad; und der Erweiterung des EUREGIO EGRENSIS Radweges

c) AK Umweltschutz und Ökologie

mit den Projekten „Geopark“ und Flussperlmuschel

d) AK Wirtschaft, Verkehrswesen, Infrastruktur und Arbeitsmarkt

mit Vorstellung des Förderprogramms der ARGE 28 – Förderung für KMU im Grenzraum

Außerdem findet zum 10jährigen Bestehen der EUREGIO EGRENSIS die diesjährige *Jahrespressekonferenz* mit dem Ehrengast Kommissar Günther Verheugen am 23.05.2003 in Bad Elster statt. Kommissar Verheugen wird zum aktuellen Stand der Erweiterung der EU berichten. Darüber hinaus wird sich die EUREGIO EGRENSIS auch am *Euregionalen Kirchentag* in Selb am 27./28.09.2003 einbinden. Eine weitere herausragende Veranstaltung wird die diesjährige *Jahrestagung der AGEG* (Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen sein), die am 27./28.11.2003 in Karlsbad stattfindet. Zudem plant die Euregio Egrensis verschiedene *Workshops* zu grenzüberschreitenden Fragestellungen zum Thema *Recht und „Arbeit“*.

Abschluss

Die Vorstellung der Strukturen und Aufgaben der EUREGIO EGRENSIS kann in der Kürze der Zeit nicht vollständig sein. Ich hoffe aber, dass ich Ihnen mit meinen Ausführungen einige inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit der EUREGIO EGRENSIS verdeutlicht habe. Sollten Sie Fragen haben, so stehe ich Ihnen gern für eine Diskussion zur Verfügung.



Visionen für Europa**Podiumsdiskussion, vom 23.02.2003, zusammengefaßt von Anette Huland**

Bei der Podiumsdiskussion am Sonntag, den 23.02.2003, ging es um Visionen für Europa. Die fünf ReferentInnen aus verschiedenen Institutionen der Forschung und der Zivilgesellschaft sollten über ihre Ideen sprechen und die Richtungen, in die sich ein frauenfreundlicheres Europa entwickeln kann, und welche Aktivitäten dafür notwendig sind.

Die ReferentInnen waren *Marina Grasse*, Ost-West-Europäisches FrauenNetzwerk (OWEN), Projektkoordinatorin des Projektes „Frauengedächtnis“ (Berlin), *Linda Fisher*, Leiterin der Gender Studies an der Central European University Budapest, *Denise Fuchs*, Vizepräsidentin der Europäischen Frauenlobby (Brüssel), *Agnieszka Grzybek*, Geschäftsführerin des Fraueninformationszentrums OŚKa (Warschau) und *Petr Pavlik*, Leiter des Gender Studies Institute (Prag).

Marina Grasse berichtet von dem Projekt „Frauengedächtnis“. Ausgehend von der Überzeugung, daß Zukunft Erinnerung braucht, suchen die Mitarbeiterinnen des Projektes nach Identitäten von Frauen in Europa nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Regime. Nach Systembrüchen wird die Geschichte oft umgedeutet, was ein Machtinstrument ist, das meist von Männern gebraucht wird. Aber häufig entspricht der Deutungsversuch der Geschichte nicht den eigenen Erfahrungen und Erinnerungen von Frauen. Weil die Sichtweise der Frauen oft fehlt, soll die biographische Vergangenheit aufgearbeitet und reflektiert werden. Zu diesem Zweck interviewt das internationale Projekt „Frauengedächtnis“ viele Frauen unterschiedlicher Generationen, Milieus, sozialer Schichten, kultureller und ethnischer Identität. Bisher wurden etwa 500 Interviews geführt mit Frauen aus den Jahrgängen 1920 bis 1960, also aus drei Generationen. Sie stammen aus der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Kroatien, Ostdeutschland, Jugoslawien und einige Wenige aus der Ukraine. Der feministische Ansatz, der Frauen als die Subjekte und Akteurinnen ihres Lebens sieht, läßt sie hier Subjekt und Akteurin der eigenen Erinnerung und Lebenserzählung sein. Die Art der Interviews und Befragung ist eine Herausforderung sowohl für die Interviewerinnen als auch für die beteiligten Frauen. Die Aufgabe ist es, Mut zu machen und einen sicheren Raum zu bieten für den eigenen Weg und Leitfaden durch das Leben. Die Ergebnisse dieser Befragungen, so Grasse, sind oft höchst erstaunlich und entsprechen in keiner Weise unseren Vorstellungen von dem Leben unserer Mütter und Großmütter und sind eine Provokation für unsere Vorstellung vom Leben. Die Ergebnisse werden archiviert und zur politischen Bildung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es ist geplant, auch die Erfahrungen von Frauen, die den Sozialismus nicht erlebt haben, mit einzubeziehen, nämlich aus Spanien und Schweden, um somit ein noch vollständigeres Bild der Identitäten in Europa zu haben. Man muß den Respekt lernen vor der Verschiedenheit und Achtung vor der Stärke der Frauen mit diesen so unterschiedlichen Biographien. Es ist beeindruckend mit wieviel Energie und Kraft und Kreativität die Frauen ihre Verantwortung und ihre für uns oft unverständlich erscheinende Rolle erfüllen und ihren eigenen Weg gehen. Diese Frauen dürfen von uns nicht in Schubladen eingeordnet werden, indem man zum Beispiel von einem Versagen im Nationalsozialismus spricht. Denn es ist nicht immer leicht, angemessen zu handeln oder sich gegebenenfalls zu verweigern. Zivilcourage ist mitunter sehr schwer. Als Vision für Europa sieht Grasse ein anderes Europa, welches Diversität anerkennt. Die Bildung soll nicht nur Wissen, sondern auch Bewußtseinsbildung umfassen, die soziale Bewegung soll von unten kommen und weitere Bündnisse müssen geschlossen werden. Gerade die Frauenbündnisse

sollen sich nicht in eine Nische zurückziehen, sondern auch in anderen Bewegungen wie der Friedensbewegung oder bei Attac aktiv werden.

Linda Fisher betrachtet die europäische Identität und die Diskurse darüber und vertritt die These, daß es verschiedene Arten gibt, wie man Identität wahrnimmt. In der Debatte um die europäische Identität werden oft wirtschaftliche und rechtliche Definitionen angeführt, und es werden „Marker“ benannt, die die Identität meßbar machen sollen. Diese Marker beziehen sich auf Rechte, Menschenrechte, auf Europäisierung und auf die wirtschaftliche Gleichheit. Die europäische Identität muß aber auch als soziale und politische Identität gedacht werden, weil sogar in einer rein wirtschaftlichen Kooperation die einfachen Identitätskonzepte zu kurz greifen. Europäische Identität muß in der komplexen Dimension der Unterschiede und Diversitäten gedacht werden. Häufig wird von einer Wertegemeinschaft gesprochen, aber gemeinsame, gleiche Werte sind schwerlich zu finden. Aber selbst wenn es so wäre, reichte dies nicht für eine gemeinsame europäische Identität aus. Denn zur Identität gehören auch die Sprache, die Religion, der soziale und kulturelle Hintergrund. Wenn von einer gemeinsamen europäischen Identität gesprochen wird, scheint dies zu suggerieren, daß es keine Hierarchien gibt. Aber das Konzept der europäischen Identität impliziert bereits Hierarchien. Die osteuropäischen Länder haben eine andere Identität als die westeuropäischen Länder. Die Tschechische Republik hat aufgrund ihrer vielfältigen Kooperationen und Austauschverhältnisse eine Grenzidentität, aber auf östliche Länder wie Bulgarien paßt die europäische Identität überhaupt nicht, auch nicht im Bereich von gender oder Familie. Es muß genau unterschieden werden, was gemeint ist mit den Begriffen EU, Europa, Europäer, europäisch und Europäisierung. Das, was es bedeutet, „europäisch“ zu sein, unterliegt ontologisch gesprochen einem Transformationsprozeß. Europa kann nur eine Einheit in der Vielfalt bedeuten und muß viele Identitäten in sich vereinen. Der freie und kritische und vom Staat unabhängige öffentliche Diskurs kann diese Vielfalt am besten zum Ausdruck bringen.

Denise Fuchs referiert über die Lobby-Arbeit der Frauen aus Ost und West unter der Koordination der Europäischen Frauenlobby. Die Frauen-Nichtregierungsorganisationen müssen nicht nur eine neue institutionelle Architektur errichten, sondern auch ein politisches Projekt für Europa definieren. Diese Konzeption von politischen Projekten ist ein bedeutender Faktor bei der Gestaltung des neuen Europa. Die Europäische Frauenlobby mobilisiert Nichtregierungsorganisationen für kollektive Aktionen zu Gleichberechtigung, übt Druck auf die politischen Entscheidungsträger aus und arbeitet eng mit dem Frauenausschuß des Europäischen Parlamentes zusammen. Die Lobby verbreitet Informationen, übt beratende Funktionen aus und ist in der Europäischen Union als Akteur im zivilen Dialog anerkannt. Die Schwerpunkte ihrer Arbeit liegen auf den Menschenrechten von Frauen, einem Beobachtungszentrum für Gewalt gegen Frauen und einem Zentrum für die EU-Erweiterung, welches Kontakte zwischen Organisationen aus Ost und West herstellt. Ziel ist es auch, mit gemeinsamen Aktionen die Grenzen zu überwinden. Drei Aktionsfelder der Frauenlobby seien hier beispielhaft genannt.

1. Der Dialog in der Zivilgesellschaft dient der Stärkung der Demokratie. Der Dialog darf sich nicht nur auf die Gewerkschaften und Parteien beschränken, sondern muß auch die Nichtregierungsorganisationen umfassen, weil diese näher an den wirklichen Bedürfnissen der BürgerInnen sind, weil sie Werte vertreten und weil durch sie die Transparenz der politischen Entscheidungen und der Umsetzung der Politik gewährleistet wird. Die Frauen-

organisationen müssen einen neuen, partnerschaftlichen Gendervertrag einfordern, der die patriarchalischen Dominanzmechanismen auflöst. Im Rahmen der Weltfrauenkonferenz in Peking haben sich viele Regierungen gegen die Kontrolle des Körpers der Frau durch Gewalt, Zwangsprostitution oder Frauenhandel sowie gegen die Kontrolle der Frauen durch religiösen Fundamentalismus ausgesprochen. Es bleibt Aufgabe der Nichtregierungsorganisationen, die Umsetzungsergebnisse zu überprüfen.

2. Die Aktivitäten im Verfassungskonvent der Europäischen Union werden ständig von der Europäischen Frauenlobby beobachtet. Es ist notwendig, die Rechtsgrundlagen für Gleichberechtigung in der Verfassung herzustellen. Die Gleichberechtigung muß in den Wertekatalog und die Ziele aufgenommen werden und wegen der Kohärenz und Sichtbarkeit in einem eigenen Titel zusammengefaßt werden.
3. Mit ihren Aktionen gegen einen Krieg und für die Demilitarisierung des Planeten können Frauen eine neue Philosophie begründen, die dazu beiträgt, in dem angeblich getrennten Europa einen Raum zu schaffen, der weniger geteilt und weniger aggressiv ist.

Zusammenfassend, so Fuchs, brauchen wir ein politisches Konzept für ein soziales Europa, welches den Ausgleich zwischen der wirtschaftlichen und sozialen Dimension schafft und Gleichberechtigung als Teil dieser Dimension anerkennt. Zweitens brauchen wir eine gestärkte Demokratie, den Dialog der Zivilgesellschaft und eine Einbindung der BürgerInnen durch zum Beispiel viele Referenden. Drittens brauchen wir einen Rechtsraum, der Menschenrechte, Toleranz, Sicherheit und Frieden gewährleistet. Europa ist Dialog. Die Nichtregierungsorganisationen müssen ihre Stimme erheben für Visionen, Prioritäten und Strategien für einen neuen Gendervertrag und ein neues Europa. Insbesondere die junge Generation von Frauen muß sich jetzt dieser Herausforderung stellen.

Agnieszka Grzybek berichtet von der Entwicklung der Gleichberechtigungspolitik in Polen und von einer Vision für ein geeintes Europa. Seit Mitte der 90er Jahre haben polnische Nichtregierungsorganisationen viel für die Gleichberechtigung gekämpft und einiges erreicht. Nur langsam hat sich der öffentliche Diskurs dahingehend entwickelt, daß die Gleichberechtigungspolitik institutionalisiert wird. Bis September 2001 opponierte die konservative Regierung gegen Erneuerungen. Die Frauenorganisationen, die für Gleichberechtigung kämpften, führten dagegen den EU-Beitritt als Argument und Druckmittel an, der die Umsetzung der EU-Gleichstellungsrichtlinien erfordert. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat dann sogar die rechte Presse zugegeben, daß es Diskriminierungen gibt. Die positive Bedeutung des EU-Beitritts für polnische Frauen ist auch in Frauenorganisationen mitunter erst sehr spät erkannt worden. Allerdings beschränkt sich die EU-Gleichberechtigungspolitik in weiten Teilen fast ausschließlich auf den Arbeitsmarkt und ignoriert viele andere Lebensbereiche von Frauen. Im polnischen Arbeitsgesetz wurden bereits viele EU-Richtlinien umgesetzt, aber viele Schutzbereiche für Frauen sind noch nicht hinreichend institutionalisiert, wie zum Beispiel Schutz vor Gewalt, Schutz der reproduktiven und sexuellen Rechte. Entgegen ihrem Wahlversprechen hat auch die in 2001 neu gewählte linke Regierung an der sehr restriktiven Abtreibungsgesetzgebung festgehalten. Die polnischen Feministinnen haben diesbezüglich im März 2002 im europäischen Parlament vorgesprochen, aber es scheint, daß einige Grundwerte nicht angetastet werden können bis Polen der Europäischen Union beigetreten ist. Obwohl sich weite Teile der Bevölkerung für ein liberaleres Abtreibungsgesetz aussprechen, bleibt der Einfluß der katholischen Kirche sehr stark. Es ist

Aufgabe der Frauenorganisationen, Visionen für ein neues Europa zu entwickeln, die ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Herkunft ermöglichen. Die alten Werte aus Religion, Kultur, Tradition und Moral sollten nicht dazu verwandt werden, die individuellen Rechte von Frauen einzuschränken. Die Rechte europäischer BürgerInnen müssen ohne Diskriminierung für alle Männer und Frauen gelten. Es darf keinen religiösen Fundamentalismus in Europa geben, keinen Sexismus, Rassismus und Nationalismus, sondern Europa muß sich auf Menschenrechte und Toleranz gründen. Die Frauenorganisationen aus Westeuropa dürfen nicht einfach über die Köpfe der osteuropäischen Frauen hinwegreden. Nur eine Zusammenarbeit kann für beide Seiten zufriedenstellende Ergebnisse bringen. Der Dialog in Europa muß unterstützt werden, so zum Beispiel durch eine Umverteilung von 1 % der Steuern an die Nichtregierungsorganisationen. Aber auch der Kontakt zwischen den Frauenorganisationen und Geschäftsfrauen kann weitere Fortschritte erzielen. Nur im zivilgesellschaftlichen Dialog kann ein gemeinsames Europa entstehen.

Petr Pavlik betont die Wichtigkeit von Nichtregierungsorganisationen für die Implementierung der Gleichberechtigungspolitik in der Tschechischen Republik und für die Demokratie in den Beitrittsstaaten und in der Europäischen Union allgemein. Seit 1989 hat sich die Situation der Frauen in der Tschechischen Republik im Vergleich zu den Männern verschlechtert und nur durch den Einsatz der Nichtregierungsorganisationen können solche Mißstände aufgezeigt und verbessert werden. Die Kritik der Organisationen kann sehr konstruktiv sein und die Demokratie stärken, daher muß die Europäische Union auch die eigenen Kritiker mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausstatten. Insbesondere in der Übergangsphase nach dem EU-Beitritt dürfen die Unterstützungen nicht abrupt versiegen, weil die Entwicklungen in der Gesellschaft noch länger brauchen und die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen wichtig bleibt. Gerade die Gelder der Europäischen Union sind wichtig, um die Organisationen in Osteuropa am Leben zu erhalten, da die osteuropäischen Regierungen nur „genehme“ Organisationen unterstützen und die Organisationen zumeist aus eigenen Mitteln keinen Bestand haben. Für die Umsetzung des Prinzips Gender Mainstreaming gibt es in der Europäischen Union zwar Gelder, aber die Gleichberechtigung von Männern und Frauen gehört keineswegs zu den Schlüsselprinzipien der Union. Die Aufgabe der Kandidatenstaaten, die Gleichberechtigungsrichtlinien der Europäischen Union umzusetzen, bleiben sehr theoretisch und es ist ein weiter Weg bis zu der tatsächlichen Implementierung in der Gesellschaft. Es ist sehr wichtig, nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer in Gleichberechtigung zu schulen, damit mittelfristige Erfolge erzielt werden. Nach Pavlik sollte es nicht nur eine Vision von Europa geben, sondern viele Ideen, die in einer erweiterten Europäischen Union zugelassen werden. Es müssen institutionelle Arrangements für den sozialen Dialog geschaffen werden. Die europäische Identität kann nicht eine einzige sein. Die nationale Identität bleibt an jeder Bürgerin/jedem Bürger haften, und in Osteuropa werden andere Diskurse geführt als im Westen. Die Erweiterung muß ein Dialog sein, der Ost und West, Männer und Frauen mit einbezieht.

Frauengedächtnis – Zukunft braucht Erinnerung

Die in den 90er Jahren einsetzenden europäischen und globalen Veränderungen sind mit tiefgreifenden Veränderungen in den Beziehungen zwischen Staat – Markt – Zivilgesellschaft verbunden. Bisherige soziale und kulturelle Gender-Konstruktionen von Lebensentwürfen, Lebenswegen und Identitäten verändern sich rapide. Die neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das Selbstverständnis und Handeln als Akteurinnen und Bürgerinnen sowie das zusammenwachsende Europa fordern Frauen in und aus den mittel- und osteuropäischen Ländern in besonderer Weise heraus, sich mit historischen und biografischen Verläufen aus eigener Perspektive auseinanderzusetzen.

Mitte der 90er Jahre wurde vom Zentrum für Gender Studies in Prag die Idee entwickelt, Frauen der verschiedenen Generationen, die die sozialistischen Regime erlebt haben, nach ihren biografischen Erinnerungen zu befragen. Aus der Idee wurde 1998 das internationale Bildungs- und Forschungsprojekt „Frauengedächtnis – auf der Suche nach dem Leben und der Identität von Frauen im Sozialismus“. Bis heute haben sich Frauenorganisationen aus Tschechien, der Slowakei, Polen, Kroatien, Jugoslawien, der Ukraine und Deutschland beteiligt. OWEN ist der (ost-)deutsche Partner in diesem Vorhaben. Vorgesehen ist die weitere regionale Erweiterung auf Rußland und andere mittel- und osteuropäische Länder.

„Frauengedächtnis“ soll zur konstruktiven Auseinandersetzung mit Lebensentwürfen, Lebenswegen und Lebensstrategien im Kontext historischer Entwicklungen, patriarchaler Kulturen und Machtstrukturen im Europa des 20. und 21. Jahrhunderts anregen. Das Projekt dient der Wieder- und Neuentdeckung von aktiv gestaltetem Leben, von Werten, Erfahrungen und Wissen, das Frauengenerationen aus unterschiedlichen Gesellschaftssystemen und Kulturen als Potential für die Neugestaltung Europas einbringen. „Frauengedächtnis“ ermöglicht, die Vielfältigkeit der europäischen Wurzeln wahrzunehmen. Das Projekt ermutigt und stärkt Frauen darin, ihre Position als Akteurinnen gesellschaftlicher Veränderungen für eine Zukunft mit gender-gerechten Machtverhältnissen zu nutzen.



Women's Memory – A Necessity for the Future

The European and global changes which set in during the nineties brought with them profound changes in the relations between state, market and civil society. Former social and cultural gender constructions of biographies and identities are changing rapidly. The new social framework-conditions for self understanding and for active involvement as protagonists and citizens, as well as European integration both pose a particular challenge for women in and from Central and Eastern European countries, and call upon them to examine historical and biographical courses of events from their own perspective.

In the mid-nineties, the Centre for Gender Studies in Prague developed the idea of questioning women from different generations who had experienced life under the socialist regime about their own biographical experiences. From this idea the international education and research project "Women's memory – in search of the life and identity of women in socialism" was born in 1998. To date, women's organisations have participated from the Czech Republic, Slovakia, Poland, Croatia, Yugoslavia, Ukraine and Germany. OWEN is the (East) German partner in this scheme. Further regional expansion into Russia and other Central and East European countries is planned.

"Women's memory" aims to stimulate constructive discussion of biographies and lifetime planning within the context of the historical developments, patriarchal cultures and power structures in the Europe of the 20th and 21st centuries. The project serves discovery and rediscovery of actively structured life, of values, experiences and knowledge that generations of women from different social systems and cultures are supplying as a potential for the restructuring of Europe. "Women's memory" allows us to become aware of the diversity of European roots. The project encourages and supports women to use their position as protagonists of social changes so as to achieve a future where power conditions are gender-equitable.

What is a "European"? Reflections on European Identity and "Visions of Europe" in the context of EU-Enlargement

Was ist eine Europäerin / ein Europäer? Überlegungen zur europäischen Identität und „Visionen für Europa“ im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung

Zusammenfassung:

Auch wenn die Frage, was ist Europa beziehungsweise woraus besteht eine europäische Identität, schon lange Thema von Diskussionen und Debatten gewesen ist, so wird die Angelegenheit zunehmend weiter verkompliziert durch die anstehende EU-Erweiterung und den EU-Beitritt von Ländern, die aus unterschiedlichen Gründen ihre jeweils eigene, komplexe Beziehung zum Rest Europas haben. Jeder Beitrittskandidat stellt nicht nur eine spezifische, individuelle und auf seine Weise einzigartige Erweiterung des europäischen Mosaiks dar, die die Idee einer Europäischen Konföderation mit neuartigen Herausforderungen konfrontiert. Hinzu kommen noch die Faktoren einer jeweils sehr besonderen Geschichte im 20. Jahrhundert sowie die damit verbundenen Unterschiedlichkeiten, die beide noch größere Herausforderungen mit sich bringen. Betrachtet man das Thema im weiteren Sinne als eine Ost-West-Angelegenheit, mit einer jeweils unterschiedlichen Geschichte, Erfahrungen und Empfindlichkeiten, so treten für beide Seiten Fragen auf bezüglich ihrer Identität und Zugehörigkeit. Während in Westeuropa danach gefragt wird, ob jemand primär europäisch oder deutsch, französisch, spanisch etc. ist, so gibt es in den Beitrittsländern eine zusätzliche Ebene, nämlich die Frage, ob man „westlich“ oder „östlich“ ist. Und da Europa bislang normalerweise als „der Westen“ identifiziert wurde, war ‚Europäer zu sein‘ gleichbedeutend mit ‚westlich zu sein‘. Wie wirkt sich die Ost-Erweiterung auf diese Identität aus? Wird „Europa“ nicht wie früher als strikt „westlich“ betrachtet? Werden „östliche“ Länder durch ihren Beitritt nicht nur „verwestlicht“ sondern auch „westlich“? Wird Europa pluralistischer werden und Ost und West innerhalb eines größeren Mosaiks umfassen? Oder verschwinden solche Ost-West-Unterschiede und werden zu bloß geographischen Bezeichnungen? Und die wesentlichste Frage: Wie wird die Dialektik von Identitäten und Unterschiedlichkeiten in diesem neuen Kontext realisiert?

Von „außerhalb Europas“, über das „andere Europa“, zum „neuen Europa“: Übergangsländer nähern sich einer europäischen Identität.

Diskussionspunkte:

- Stimmt es, daß das „alte Europa“ Aspekte des „neuen Europas“ übernehmen und integrieren wird als zusätzliche Elemente, die das Mosaik verbessern und seine Identität transformieren werden? Oder wird das „neue Europa“ sich anpassen und die dominierende Identität des „alten Europas“ annehmen müssen?
- Die Identität des neuen Europas ist mehrdeutig. Ist es so, daß angenommen wird, die Beitrittsländer seien europäisch oder doch nicht wirklich europäisch? Wird manchmal gedacht, daß sie sowohl europäisch als auch nicht-europäisch sind? Oder vielleicht, daß sie potentielle Europäer sind, die erst mit dem Beitritt zu Volleuropäern werden? Oder gar daß sie erst nach dem Beitritt und des darauf folgenden Entwicklungsprozesses zu Europäern werden?
- Ist eine „europäische Identität“ Voraussetzung dafür, Teil der Europäischen Union zu werden, entweder im Sinne einer schon bestehenden Identität oder einer noch zu erwerbenden? Ist die Tatsache, daß die Erweiterungskandidaten an der Schwelle des Beitritts stehen, auch ein Zeichen ihrer (zumindest) latenten oder potentiellen europäischen Identität? Oder wird zukünftig die EU-Mitgliedschaft nicht unbedingt etwas über Identität aussagen, sondern lediglich über eine spezifische politische und wirtschaftliche Bündniszugehörigkeit? Was wären dann die Auswirkungen von einer solchen Situation auf den Begriff einer europäischen Identität? Bedeutet Europäisierung bloß das Erreichen von bestimmten Merkmalen – wirtschaftliche, menschenrechtliche, usw. – oder birgt es auch eine Art von Identitätsbegriff?

What is a "European"?

What is a European? The question of what Europe is, and what constitutes a European identity, not to mention whether there even is a European identity as such, has long been the subject of intense discussion and debate. This discussion, always complicated if not at times fraught, is becoming even more complex with the pending EU-Enlargement and the introduction into the EU of countries whose relation to the rest of Europe has, for various reasons, not been uncomplicated. Not only are the candidate countries specific, individual, and in their own ways unique additions to the European mosaic – representing yet new challenges for the notion of a European confederation – but the additional factors of a very particular history in the twentieth century, and the accompanying differences this represents, introduce greater challenges still.¹

One of the primary challenges is precisely this issue of European identity, in the dual sense of the identity of Europe, and the identity of Europeans. That is, in addition to the various economic, socio-cultural, and political "fits" that must take place for some manner of integration of the new member countries into the existing European landscape, there is also the question of how these new countries will somehow reflect, embody, influence, incorporate, or counteract the "European identity" – particularly given their perception and status throughout much of the last century as "Other" to Europe.

Often seen in broad terms also as an East-West issue, with different respective histories, experiences, cultures, and sensibilities, this issue raises questions for both sides of the "divide" about identity and affiliation. How will the candidate countries, considered until recently as "the Other Europe", or perhaps not Europe or European at all, integrate into a "European identity"? Such issues of European identity and whether or how one is European are far from settled in Western Europe, raising issues of primary identifications and affiliations, represented for example by questions about whether one is first European, or first German, French, Spanish, etc. How are the parallel questions with respect to the accession countries (whether one is first European, or Hungarian, Czech, etc.) further complicated by the additional dimension of whether one is "Eastern" rather than "Western"?

Does it help to be at least in some respects "westernized" or "western-oriented"? To be sure, given these latter dynamics, coming from the Central European countries, traditionally more ambiguous with respect to the issue of East-West, places such countries in a different position in many ways than countries which are further east, or south-east.

Furthermore, to the extent that Europe was conventionally identified as being the West, or that being European was seen as equivalent to what is conventionally understood by "Western", how does the introduction of "Eastern," or even "Central European" countries affect this European identity? Will this East-West distinction still hold, or continue to be meaningful? If so, will "Europe" no longer be seen as strictly "Western"? Do "Eastern" countries become not only (further) westernized, but "Western" following accession? Or will Europe become more pluralistic, encompassing East and West in a larger mosaic? Or again, will such distinctions of East and West disappear, or become merely geographical distinctions?

¹ Among the recent discussions concerning European identity on the eve of Enlargement is the series of colloquia held by the Council of Europe in 2001 and 2002, entitled "The Council of Europe Colloquy on European Identity," and projected to result in the drafting of a "Declaration on European identity." Materials from these Colloquia can be found on the Council of Europe website at: <http://www.coe.int/portalT.asp>.

And most fundamentally, how will the dialectic of identities and differences be realized in this new context?

Identities and Differences: Framing the Issues

An important issue underlying such questions is, to be sure, what might be meant or understood by "Eastern" and "Western" (and hence, once again, the ambiguous status of Central European countries). I will not even attempt to answer this question here; relying instead on the customary conventional usages of these terms, with respect to the CEE and to EU-Enlargement. If it is difficult enough to specify sometimes what is understood by "Eastern Europe" in distinction from "Western Europe," the question of "Eastern" or "Western" identity is even more complicated. Because even though to a large extent this latter is fundamentally connected to the former, it does not always have to follow that an "Eastern" country has an "Eastern European" identity, whatever that might mean. But to the extent that it is customary in many quarters to speak of a given national identity, or a regional identity of some sort, it might also be possible to speak somehow of an Eastern European identity – all the while keeping in mind the dangers of essentialism or homogenization associated with such claims – not to mention the complexities of related issues of nationality and citizenship.

Clearly East-West are not just geographical designations, but importantly historical, political, cultural, and religious markers as well. But as I noted above, even without this additional dimension, the notions of European identity, and who is European, have long been debated.²

Various approaches to this question include attempting to identify the markers of a so-called shared European identity. Such markers have included concepts of a shared cultural heritage, or shared ideals, not to mention a set of shared values, such as in the notion of "Europe as a community of values," and stated more formally in various EU documents. More recently, as many have noted, politicians often discuss their "vision of Europe" in terms of a correlation of Europe with the actual or potential European Union.³ And in many cases, these visions are underpinned by a certain "idea of Europe," for instance with respect to particular notions of democracy or market economy.⁴ Yet has also been pointed out, "Europe" should not be confused with the European Union.

At the same time, we have to be very cautious of postulating such shared identities, or even shared markers of identity. As many theorists and commentators have pointed out, there are risks and dangers in talking about a shared or common identity, that may or may not be genuinely inclusive, or reflect the identities, of the entire group, however that group is constituted. Differences and distinctions can be a double-edged sword: on the one hand, the basis for rich diversity and pluralism; on the other, often interpreted as deficiencies and justified as the basis for inequalities and hierarchies. In the latter respect and in terms of the

² This occurs of course in many arenas, and not just in terms of the candidate countries. Around the time of the introduction of the Euro, for example, and the resistance in England to adopting this currency, the debate often took the form of whether or not the English were "really" European, or England was really part of Europe; thus at the least reinforcing the geographical notion of Europe as the European continent.

³ Hilary Footitt, *Women, Europe and the New Languages of Politics* (London/New York: Continuum, 2002), p. 108.

⁴ Hilary Footitt, *Women, Europe and the New Languages of Politics*

question of identity, the additional question of "whose identity?" has to be posed, and the issue of whether a shared identity is truly a democratic identity to be addressed; given that even with the best of intentions, when it comes to such issues, the "shared" identity is often the superimposed identity of the dominant group or groups, with an accompanying overlooking or homogenizing of specific identities or particularities. So while with respect to many issues a more democratic process might be possible with the aid of various mechanisms, when it comes to issues of identity, it becomes, once again, much more complicated. And the question of "whose identity," and possible attendant hierarchies, is also, once again, focused more sharply with the issue of EU-Enlargement and candidate countries who have often been constituted as outsiders to mainstream European identity.

A further consideration, and one which I can also only mention here, is the difficulty of defining "identity" as a concept. It is not just notions like "European identity" which are difficult to pinpoint, but the very concept of identity itself which can prove extremely resistant to definition. Hence approaches that focus on identifying particular markers of identity, such as political identity, a shared cultural heritage, a community of values, or in terms of EU accession, particular markers designated as goals to be attained for accession – economic, legal, human rights, etc. But the question would seemingly still remain as to what precisely an identity is; a question sharpened by the context of accession, and identity issues associated with accession. For the candidate countries, will a "European identity" follow upon the attainment of such economic, legal, or human rights markers, or is there some sort of underlying identity concept; one that indeed defines such markers as "identity markers"? For what I suspect is that while our concepts of identity include such aspects and markers, we also hold beliefs about our identity – however vague and undefined – that are not captured by these markers, but somehow go beyond them in a more fundamental, almost existential, sense.

Is an identity only the sum of its parts, the sum of its markers, or is it more? Are there different kinds of identity markers, for example, existential vs. sociological or political ones, as some of the above discussion suggests? How might all of these more theoretical considerations be reapplied once more to the issues of identity and the EU candidate countries? In the last section, I will conclude by simply sketching out a series of final reflections and questions related to these issues of identity and the EU candidate countries and accession. These questions both summarize the various preceding reflections, while pointing towards further points of discussion.

From outside Europe, to the "Other Europe," to the "New Europe"

- With respect to the recent language about "Old Europe" and "New Europe," is it the case that "Old Europe" will adopt and integrate facets of "New Europe," as new ingredients that enhance the mosaic and transform its identity? Or will "New Europe" have to adapt to and acquire the more dominant identity of "Old Europe"?
- Is "European identity" a prerequisite for being part of the European Union, either in terms of an already present identity, or one acquired later? Is the fact that the accession countries are poised to join the EU a sign of their (at least) latent or potential European identity? Or in the future will being part of the EU not necessarily indicate anything about identity, but rather simply a particular political and economic alliance? Does becoming

"Europeanized" mean simply the attainment of certain markers – economic, human rights, etc. – or does it entail some kind of identity concept? Or when we talk about people being Europeanized, is it merely, for example, an economic concept? And what would be the implications of this situation for the concept of European identity?

- *The ambiguity of New European identity: Is it the case that the accession countries are indeed considered to be European, or not really European? Or perhaps not yet European, but potentially European, becoming fully European upon accession? Or even subsequently, as the Europeanizing process unfolds in the period following accession? Or perhaps, most ambiguously of all, are the "New European" countries at one and the same time both European and non-European?*



References

Council of Europe (2001 and 2002): *The Council of Europe Colloquy on European Identity*, <http://www.coe.int/portalT.asp>.

Hilary Footitt (2002): *Women, Europe and the New Languages of Politics*, London/New York: Continuum.

Haben wir eine Schlacht oder einen Krieg verloren? Polnische Feministinnen und die europäische Integration

Haben wir eine Schlacht oder einen Krieg verloren? Diese Frage sollte an erster Stelle gestellt werden, wenn es darum geht, den Prozeß des polnischen EU-Beitritts zu untersuchen. Seit Mitte der 90er Jahre haben polnische Frauenorganisationen viel unternommen, um die Öffentlichkeit über die Themen der Gleichstellung von Männern und Frauen sowie der Genderpolitik der Europäischen Union zu informieren. Das Argument, die Gleichbehandlung stelle ein entscheidendes Prinzip europäischer Politik dar, wurde dazu verwendet, um polnische Entscheidungsträger davon zu überzeugen, die Rechte der Frauen in die öffentliche Debatte einzubeziehen und institutionelle Mechanismen für die Frauenförderung einzurichten. Nach mehreren Jahren des Einwirkens auf die polnische Regierung und die polnischen Medien über Diskriminierung gegen Frauen zu sprechen und dieser entgegenzuwirken, gesteht heute sogar die rechts gerichtete Presse zu, daß Frauen in Polen diskriminiert werden. Dies gilt jedoch lediglich in Bezug auf den Arbeitsmarkt. Das polnische Parlament setzte sämtliche EU-Richtlinien zur Gleichbehandlung in das polnische Arbeitsrecht um. Derzeit scheint es so, als würden sogar die Vorschriften gegen sexuelle Belästigung in das polnische Rechtssystem integriert werden. Aber es gibt noch Bereiche, die nicht berücksichtigt worden sind, wie z.B. Gewalt gegen Frauen, reproduktive und sexuelle Rechte. Seit Anfang 2002 haben wir den Kampf für das Recht der Frauen auf Schwangerschaftsabbruch miterlebt. Obwohl die Wahlsieger der SLD-UP-Koalition (Demokratische Linksallianz – Arbeitsunion) ihren Wählerinnen versprochen hatten, das restriktive Abtreibungsrecht zu ändern, begannen sie gleich nach den gewonnenen Wahlen vom September 2001, sich von ihren Wahlzusagen zu distanzieren. Aus diesem Grund schrieben feministische Aktivistinnen einen Brief an das Europäische Parlament, in dem sie auf eine eigenwillige Vereinbarung zwischen Kirche und der polnischen Regierung hinwiesen, die auf Kosten der Frauen gehen würde. Existiert eine solche Vereinbarung? Ist es uns geglückt, dagegen vorzugehen? Wo bleiben die Menschenrechte von Frauen bei der polnischen Debatte zur EU-Integration?



***Have We Lost a Battle or Have We Lost a War?
Polish Feminists and the European Integration***

Have we lost a battle or have we lost a war? This question should be raised at the first place when we look into the process of the Polish accession to the European Union. Since the middle of the nineties Polish women's organisations have undertaken many activities aimed at informing public about equal opportunities of women and men and gender policy of the European Union. The argument of equal treatment as a crucial principle of European policy towards women was used to convince the Polish decision-makers to include women's rights in the public debate and to build institutional mechanisms for the advancement of women. Now, after a few years of pursuing the Polish government and media to talk about and to counteract discrimination against women, even the right wing press admits that women are discriminated in Poland. However, it is limited only to the labour market. The Polish Parliament included all the EU equal treatment directives into the Polish labour code. Now it seems that even the provisions against sexual harassment will be incorporated into the Polish law. But there are still areas which are not taken into consideration such as violence against women, reproductive and sexual rights. Since the beginning of 2002 we have been witnessing the battle for women's right to abortion. Although the winning coalition SLD-UP (Left Democratic Alliance – Union of Labour) promised to their woman voters to change the restrictive antiabortion law, just after winning the elections in September 2001 they started to withdraw from their election promises. It was the reason why feminist activists wrote a letter to the European Parliament indicating the existence of a peculiar agreement reached by the Church and the Polish government at the expense of Polish women. Does such an agreement exist? Have we managed to oppose it? Where are women's human rights in the Polish debate concerning EU integration?

Der EU-Erweiterungsprozeß und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht – eine Bilanz der Konferenz

Die Konferenz gab einen guten Überblick über die verschiedenen Themenfelder, die es aus frauenpolitischer Sicht im EU-Erweiterungsprozeß gibt. Während der drei Tage wurden ganz verschiedene Schwerpunkte gesetzt und jeweils von unterschiedlichen Seiten und Standpunkten beleuchtet. Die Vielseitigkeit der Themen kam auch in der Auswahl der ReferentInnen zum Ausdruck, die aus der Politik, der Wissenschaft und Zivilgesellschaft eingeladen worden waren. Die Auswahl war insofern gelungen, als sie es ermöglichte, viele verschiedene Stimmen in die Diskussion mit einzubeziehen. Die ReferentInnen kamen aus kommunalen, regionalen, nationalen und europäischen Verwaltungen, Parlamenten, Regierungen, Forschungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und sonstigen Institutionen mit mehr oder weniger stark ausgeprägtem Bezug zu Geschlechter- und Frauenfragen. Die meisten von ihnen sind darüber hinaus in vielfältigen Organisationen und Institutionen aktiv – was auch von vielen Teilnehmerinnen gesagt werden kann – und sind somit in der Lage, die Konferenzergebnisse weiter in der Öffentlichkeit zu kommunizieren.

Die Fragen, die im Mittelpunkt der Konferenz standen, zielten zum einen auf die Entwicklung der Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union, auf die sozioökonomische Realität von Frauen in Ost und West und auf diejenigen Bereiche, in denen die Geschlechterproblematik in der öffentlichen Debatte fehlt. Zum anderen zielten sie auf die unterschiedlichen Traditionen und Ansätze in Ost und West sowie auf die möglichen gemeinsamen Wege und die Erwartungen für die Zeit nach der EU-Erweiterung. Die Beiträge der Konferenz machten immer wieder den enormen Handlungsbedarf deutlich, sich in gemeinsamen Aktionen für die Gleichberechtigung stark zu machen. Da die Europäische Union vorwiegend als Wirtschaftsgemeinschaft konzipiert ist, wird die Gleichstellungspolitik im wesentlichen aus wirtschaftlichen Beweggründen vorangebracht und spielt seit jeher eine nur marginale Rolle. Obwohl die Chancengleichheit für Männer und Frauen mittlerweile durch den Amsterdamer Vertrag als integraler Bestandteil der EU-Politik verankert wurde, besteht auch heute noch eine große Kluft zwischen den rechtlichen Normen und der sozioökonomischen Realität von Frauen. Als Handlungsfelder, in denen das öffentliche Bewußtsein und entsprechende wirksame Regelungen noch nicht ausreichen, wurden unter anderem auf der Konferenz identifiziert: die Erhöhung des Frauenanteils in Entscheidungs- und Führungspositionen, die verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie unter Einbeziehung der Männer in die Familienpflichten, die gleiche Berücksichtigung der Frauen bei der Verteilung von Fördergeldern, die gezielte Förderung von Frauen-Projekten und die Bekämpfung des Frauenhandels und der sexuellen Ausbeutung von Frauen.

Bezüglich der unterschiedlichen Traditionen und Ansätze für Frauen- und Gleichstellungspolitik gab es während der Konferenz verschiedene Ansichten und die Einsicht, daß nur eine äußerst differenzierte Betrachtung den Unterschieden und Gemeinsamkeiten in Ost und West gerecht wird. Obwohl Frauen in Osteuropa durch ihre Berufstätigkeit und finanzielle Unabhängigkeit oft viel selbständiger sind als westeuropäische Frauen, lehnen sie die Begriffe ‚Feminismus‘ oder ‚Emanzipation‘ häufig ab. Sie sind es gewohnt, nicht gegen die Männer, sondern gemeinsam mit ihnen für bürgerliche und politische Rechte zu kämpfen (oder für die nationale Unabhängigkeit, wie im Falle Polens). Dennoch, und dies unterscheidet sich nicht wesentlich von Westeuropa, herrschen traditionelle Geschlechterrollen vor, die nur sehr schwer zu überwinden sind. Der öffentliche Diskurs über Gleichstellungspolitik hat,

angestoßen durch die zweite Frauenbewegung, in Westeuropa etwas früher begonnen als in Mittel- und Osteuropa. Insofern scheint der Westen schon weiter zu sein und kann von seinen Erfahrungen berichten. Darüber hinaus kann die Unterstützung im Zuge des EU-Beitritts und allgemein die finanzielle Unterstützung aus dem globalen Westen dazu beitragen, daß Nichtregierungsorganisationen in Mittel- und Osteuropa Bestand haben und daß der zivilgesellschaftliche Dialog die Geschlechterproblematik thematisiert und Lösungen entwickelt. Auf der anderen Seite wurde immer wieder betont, daß es in Osteuropa andere Identitätskonzepte und Ideen als im Westen gibt. Der Osten ist „anders“ als der Westen und kann in der erweiterten Europäischen Union eine Bereicherung sein, wenn der Westen sich nicht dagegen verschließt. Europa kann im Grunde nur als Dialog und als Einheit in der Vielfalt gedacht und verstanden werden. Frauen aus Ost und West können folglich viel voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen.

Die Erwartungen, die mit der Osterweiterung verbunden sind, wurden kontrovers diskutiert. Einige erhoffen sich durch den EU-Beitritt allgemein eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, eine Verringerung der Arbeitslosenquoten und die Hebung des Lebensstandards. Verbunden damit ist die Hoffnung auf einen Rückgang des Frauenhandels. Bei anderen Teilnehmerinnen war Skepsis zu vernehmen bezüglich des erwarteten wirtschaftlichen Aufschwunges. In bezug auf den Frauenhandel bleibt zudem zu befürchten, daß sich das Problem nach der EU-Erweiterung nur weiter in Richtung Osten verschiebt. Bezüglich der erwarteten Arbeitskräftezuwanderung, zum Beispiel nach Deutschland, geben viele Teilnehmerinnen zu bedenken, daß aufgrund der Sprachbarrieren und der Verwurzelung im eigenen Land nur wenige ArbeitnehmerInnen abwandern werden. Andere meinen, die Abwanderung habe bereits stattgefunden, wieder andere, der Trend sei rückläufig, und Auslandsstudierende kämen jetzt verstärkt zurück ins Heimatland, um ihre Auslandserfahrungen für internationale Kooperationen zu nutzen. Auch hier wäre sicherlich eine differenzierte, womöglich schichtspezifische Untersuchung aufschlußreich. Ebenso strittig war die Erwartung, daß die Übernahme des Acquis Communautaire einschließlich der Richtlinien zu Chancengleichheit eine entscheidende Verbesserung für die Situation der Frauen darstellen würde. Zwar handelt es sich dabei unbestritten um eine Verbesserung der Rechtsgrundlage, aber wirklich notwendig ist eine Änderung der althergebrachten Geschlechterrollen und Stereotype in der Gesellschaft.

In der Diskussion ging es vielfach um die Möglichkeiten einer besseren Vernetzung und verbesserter Kommunikationsstrukturen, damit im politischen Prozeß verbündete Frauen in wichtigen Entscheidungspositionen informiert werden können. In der Europäischen Union sind es die VertreterInnen der nationalen Regierungen, die endgültige Entscheidungen treffen und zum Beispiel neue Richtlinien verabschieden oder blockieren. Insofern reicht die Lobbyarbeit auf europäischer Ebene nicht aus, sondern muß einhergehen mit verstärkter Lobbyarbeit auf nationaler und regionaler Ebene. Frauenorganisationen sind von größter Wichtigkeit und Bedeutung sowohl in der Lobbyarbeit für die Verabschiedung umfangreicher Gleichstellungsgesetze, als auch für die Implementierung auf nationaler Ebene und die tatsächliche Umsetzung und Verbreitung der Informationen in der Gesellschaft. Die Gesellschaft muß von unten her verändert werden und Geschlechterbelange müssen über die Netzwerke bis in den letzten Winkel des Landes kommuniziert werden. Nur eine aktive Zivilgesellschaft, die Frauenpolitik auch in alle Bereiche einbringt, kann letztendlich auf Erfolge in der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen hoffen.

Im Rahmen der bisherigen politischen und wissenschaftlichen Debatte zur EU-Erweiterung und zur Gleichstellungspolitik nimmt diese Konferenz eine Sonderstellung ein. Angesichts der Aktualität gibt es immer mehr Veranstaltungen zum Thema Chancen und Risiken der EU-Erweiterung, die aber zumeist die Geschlechterperspektive ignorieren. Frauenpolitische und gender-bewußte Beiträge zur Osterweiterung hingegen beschränken sich oft auf einen Teilbereich wie Frauen auf dem Arbeitsmarkt oder Frauen in Entscheidungspositionen. Diese Konferenz konnte mit ihrem Ansatz einen gelungenen Überblick geben und mit ihrem internationalen Charakter und der Berücksichtigung der Vergangenheit, der gegenwärtigen politischen Prozesse und der Zukunft die frauenpolitischen Befindlichkeiten in Ost und West ausleuchten. Die Konferenz war ein Einstieg für diejenigen, die sich intensiver mit dem Thema befassen wollen, und eine Plattform für diejenigen, die bereits in diesem Gebiet tätig sind. Die Vielzahl und Vielfalt der TeilnehmerInnen spiegelt das Interesse an dem Thema und das weite Spektrum an Handlungsmöglichkeiten wider. Es bleibt zu hoffen, daß die Konferenz dazu beigetragen hat, die Frauennetzwerke enger zu knüpfen. Zwischen den Vorträgen und Veranstaltungen gab es jedenfalls ausreichend Möglichkeiten, Kontakte zu knüpfen, sich über Erfahrungen auszutauschen oder bereits bestehende Kooperationen zu vertiefen. Insgesamt eine erfolgreiche Konferenz, die viele Fragen beantwortet, aber noch mehr Fragen aufgeworfen hat.

***The Process of EU-Enlargement and Visions of Europe
from a Women's Perspective – Résumé of the Conference***

The conference provided an excellent overview of the various opportunities and dangers for women in an enlarged Europe. In only three days, from 21 to 23 February 2003, it proved possible to consider very diverse topics and in the course of discussions to examine them from different angles and points of view.

The diversity of themes was also reflected in the range of speakers invited from politics, the academic world and civil society. The speakers from municipal, regional, national and European administration, from parliaments, governments, research institutes, NGOs and other institutions represented a wide range of approaches. In addition, most of the speakers, as well as the participants of the conference, are members in further organisations, institutions and groups, and will therefore act as multipliers, communicating the conference results to others.

The important questions at the heart of the conference dealt not only with the development of gender equality policy in the European Union, the socio-economic reality of men and women both in Eastern and Western Europe and with those spheres of society in which gender issues are neglected. The questions also dealt with the different traditions and approaches to gender equality in East and West and with possible fields for co-operation and expectations of an enlarged European Union, as well as with visions of Europe in general.

The contributions to the conference demonstrated the enormous necessity to act together and lobby for equal opportunities. As the European Union is mainly conceived as an economic community, the support for gender equality is merely economically motivated and therefore not very effective. The Treaty of Amsterdam established the principle of equal opportunities for men and women as being fundamental to EU-policy. Nevertheless, the socio-economic gap between men and women still remains great. Throughout society, women do not have the same opportunities as men.

Areas of society where gender problems are largely ignored include: participation of women in decision-making, reconciliation of career and family life – especially, but not only through fathers becoming more involved in household and family duties; consideration of women in the distribution of public funds; special support for women's projects; and combating trafficking in women.

As regards the different traditions and approaches, it is also important to stress the common issues. The dividing line does not necessarily run between East and West but maybe between different social classes or other groups. On the one hand, Eastern European women are accustomed to participate in the labour market and to enjoy financial independence. On the other hand they reject notions like emancipation or feminism, because they are reminiscent of the imposed 'emancipation' under socialism. Generally speaking, Eastern European women are used to fighting for political and civic rights together with men, and not to fight 'against' men. Seen overall, however, traditional gender roles prevail and it is as difficult to surmount them as it is in Western Europe.

*Women in the European Union have had a longer experience of fighting for their rights and Western legislation compares favourably with legislation in Eastern Europe. The process of enlargement will bring about the transposition of the *acquis communautaire*, too. Thus, accession will speed up advances in equal opportunities in Eastern Europe. But it is important to stress another factor, that citizens in Eastern Europe have other identities and conceptions of life than citizens in the 'old Europe'. The enlarged European Union, and especially Western European women, can profit from these other experiences. The enlargement-process can be mutually enriching in a much broader way, if it is not reduced merely to economic issues. A dialogue between East and West should take place within Europe and at the same time within civil society. Unity can only emerge through the acceptance of diversity.*

Many participants stressed the importance of networking in order to achieve better results in gender equality. Lobbying is not only necessary at EU-level, but also at national level. Women's organisations are indispensable for the supervision of the implementation and for the communication of gender equality legislation in society. Society has to be changed fundamentally. Only an active civil society can provide the basis for substantial changes. It is to be hoped that the conference has contributed to these aims.





Referentinnen, Moderatorinnen und Organisatorinnen

Joanna Barelkowska, Berlin/Deutschland

Die gebürtige Polin studierte Germanistik und Slavistik und lebt seit 1986 in Berlin. Schon während ihrer Studienzeit engagierte sie sich für deutsch-polnische Kontakte und ist aktives Mitglied der GFPS e.V. (Gemeinschaft zur Förderung des studentischen Austauschs in Mittel- und Osteuropa). Seit 1999 ist Joanna Barelkowska Projektleiterin der brandenburgisch-polnischen Kontaktstelle bei OWEN (Ost-West-Europäisches FrauenNetzwerk e.V.).

Kontakt: owen@snafu.de

Helena Bednářová, Brno/Tschechische Republik

studierte Deutsch als Fremdsprache an der Masaryk Universität Brno und Internationale territoriale Studien an der Karlsuniversität in Prag. Zur Zeit arbeitet sie als Angestellte des Magistrats der Statutarstadt Brno im Sozialamt, Referat Zusammenarbeit und Entwicklung und ist dort für Konzeption und Durchführung internationaler Projekte mit Partnerstädten im Sozialbereich zuständig. Sie gehört dem Frauennetzwerk Milena an und ist Koordinatorin der Arbeitsgruppe „Stadtsicherheit“ des Eurocities-Netzwerkes.

Kontakt: Bednarova.helena@brno.cz, <http://www.brno.cz>

Prof. Dr. Bożena Choluj, Warschau/Polen und Frankfurt a. d. Oder/Deutschland

ist Germanistin an der Universität Warschau und hat den Lehrstuhl für Vergleichende Mitteleuropastudien an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder mit Sitz im Collegium Polonicum in Ślubice inne. Sie ist Co-Direktorin der Gender Studies an der Warschauer Universität, die sie zusammen mit Prof. Dr. Małgorzata Fuszara 1995 gegründet hat.

Kontakt: Choluj@mercury.ci.uw.edu.pl

Rimma Dalos, Budapest/Ungarn

Die gebürtige Russin studierte deutsche Geschichte an der Lomonossow-Universität in Moskau und lebt seit 1970 in Ungarn. Die Schriftstellerin arbeitet zur Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Budapester Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zahlreiche ihrer Gedichte wurden von dem ungarischen Komponisten György Kurták vertont. Neben zahlreichen Publikationen (z.B. im Kursbuch) und Übersetzungen ist von ihr der zweisprachige Lyrikband „Ohne Dich“ erschienen.

Kontakt: Rimma.dalos@fesbp.hu

Dorette Deutsch, München/Deutschland

ist Rundfunkjournalistin, Autorin und aktive Frauenrechtlerin. Viele ihrer Beiträge sind der Situation von Frauen in politischen Krisengebieten gewidmet. Eines ihrer Spezialthemen ist Frauenhandel, das sie in ganz Europa untersucht hat. Für ihren Beitrag „Die traurigen Bräute der Zadrima“ in der Süddeutschen Zeitung wurde ihr im Jahr 2000 von der Europäischen Kommission und dem Internationalen Journalistenverband der Europäische Journalistenpreis für Menschenrechte verliehen.

Kontakt: Dorette-Deutsch@t-online.de

Anja Edelhäuser, München/Deutschland

war nach ihrem Zweitstudium „Europastudien“ u.a. in der Forschungsgruppe Europa am Centrum für angewandte Politikforschung in München tätig und arbeitet heute freiberuflich in der Politikberatung. Ihr thematischer Schwerpunkt ist neben Europa die Gesellschaftspolitik. In diesem Zusammenhang beschäftigt sie sich mit der Gestaltung der Zuwanderungsgesellschaft sowie mit Gender- und Diversity-Konzepten. Sie bereitete diese Konferenz mit vor.

Kontakt: Edelhaeuser@politik-beratung.biz

Birgit Erbe, München/Deutschland

ist Diplom-Politologin und seit 2001 Geschäftsführerin der FAM Frauenakademie München. Ihre Themenschwerpunkte sind Frauen in der Europäischen Union, Gender Budgeting und Frauenrechte. Sie ist Projektleiterin im Vorbereitungsteam der FAM für diese Konferenz.

Kontakt: Erbe@frauenakademie.de

Eva Feldmann, München/Deutschland

Kulturwissenschaftlerin und Ethnologin, war von 1990 bis 1992 Direktorin des deutsch-polnischen Kultur- und Begegnungszentrums in Freiburg/Brsg. und von 1992 bis 1995 Koordinatorin im deutsch-polnischen Jugendwerk in Warschau. Seit 1995 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Forschungsgruppe Jugend und Europa mit dem Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa.

Kontakt: feldmann@fgje.de

Prof. Dr. Linda Fisher, Budapest/Ungarn

promovierte in Philosophie an der Pennsylvania State University. Sie unterrichtet derzeit am Department for Gender Studies an der Central European University in Budapest. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Phänomenologie, Hermeneutik, Feminismus, Husserl, Gadamer und europäische Philosophie des 19. und 20. Jahrhunderts. Zur Zeit beschäftigt sie sich mit Aspekten der Differenz, „Diversity“ und Multikulturalismus unter besonderer Berücksichtigung von Gender.

Kontakt: FisherL@ceu.hu

Denise Fuchs, Brüssel/Belgien

ist Vizepräsidentin der Europäische Frauenlobby mit Sitz in Brüssel.

Kontakt: www.womenlobby.org

Prof. Dr. Ute Gerhard, Frankfurt/Deutschland

studierte Rechtswissenschaften, Soziologie und Geschichte und lehrt seit 1987 als Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Frauen- und Geschlechterforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/M. Sie ist geschäftsführende Direktorin des Cornelia Goethe Centrums für Frauenstudien und die Erforschung der Geschlechterverhältnisse, Mitbegründerin der Feministischen Studien und Mitherausgeberin von L'Homme, Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft. Einer ihrer Arbeitsschwerpunkte ist u.a. Geschichte und Theorie des Feminismus.

Kontakt: Gerhard@soz.uni-frankfurt.de

Dr. Marina Grasse, Berlin/Deutschland

Die Verhaltensbiologin ist seit 1981 in der Friedensbewegung aktiv und war in der ersten und letzten frei gewählten DDR-Regierung Gleichstellungsbeauftragte. 1992 gründete sie mit anderen das Ost-West-Europäische FrauenNetzwerk OWEN e.V. und war dort bis 2002 als Geschäftsführerin tätig. Sie ist zudem Projektkoordinatorin von „Frauengedächtnis – Auf der Suche nach dem Leben und der Identität von Frauen im Sozialismus“ und engagiert sich im Vorstand von „Nord-Süd-Brücken“.

Kontakt: owen@snaflu.de

Agnieszka Gryzbek, Warschau/Polen

ist seit März 2002 Geschäftsführerin des nationalen Fraueninformationszentrums OŚKa in Warschau, wo sie bereits seit 1997 als Koordinatorin für Öffentlichkeitsarbeit tätig ist und die Vierteljahreszeitschrift „OŚKa“ herausgibt. 1995 schloss sie mit Magister ihr Studium am Institut für Polnische Philologie der Warschauer Universität ab und 1997/98 graduierte sie an der School for Human Rights, die von der Helsinki-Stiftung für Menschenrechte organisiert wird. Sie ist Mitglied im „Frauenbündnis“, das seit 2000 Demonstrationen in Warschau organisiert.

Kontakt: agnieszka@oska.org.pl

Dr. Zita Gurmai, MP, Budapest/Ungarn

studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Budapest. Seit 2002 ist sie Mitglied des ungarischen Parlaments (Sozialistische Partei Ungarns) und vertritt ihre Partei im parlamentarischen Ausschuss zur Europäischen Integration. Sie ist Vorsitzende der Stiftung „Frauen im öffentlichen Leben“, der Stiftung „Das Europa des neuen Jahrtausends ist unsere Zukunft“ sowie der Bewegung „Frauen für Veränderungen“.

Kontakt: gz@gf.hu oder zita.gurmai@parlament.hu

Klaus Hamann, Bayreuth/Deutschland

ist Leiter der Franken-Akademie und Vizepräsident der Europäischen Bewegung Bayern, Bayreuth.

Kontakt: www.franken-akademie.de

Marese Hoffmann, Hackermoos/Deutschland

war von 1970 bis 1990 Lehrerin an einer Haupt- und Sonderschule. Seit 1980 arbeitet sie als Biobäuerin auf dem Hof des Ehemannes. Von 1994 bis 1998 studierte sie Soziologie an der LMU München. Seit 1996 ist sie Kreisrätin in Dachau für Bündnis90/Grüne. Damit verbunden ist ein ehrenamtliches Richteramt am Verwaltungsgericht sowie die Tätigkeit als Aufsichtsrätin in den Amperkliniken AG.

Kontakt: marese.hoffmann@t-online.de

Izabela Jaruga-Nowacka, MP, Warschau/Polen

studierte am Ethnologischen Institut der Universität Warschau, danach am Institut für Politikwissenschaften und Hochschulpädagogik der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau. Sie ist seit 1991 Präsidentin der Polnischen Frauenliga, seit 1993 Parlamentsmitglied und Mitglied der parlamentarischen Frauengruppe, seit 2001 Staatssekretärin und Regierungsbevollmächtigte für Gleichstellungsfragen.

Kontakt: ubator@kprm.gov.pl, <http://www.ligakobietpolskich.org.pl>

PD Dr. Annette Jünemann, Starnberg/Deutschland

studierte Politikwissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, promovierte 1993 an der Universität Hamburg und habilitierte im Jahr 2000 an der Universität Kassel. Ihre aktuellen Forschungsfelder betreffen die Europäische Integration, insbesondere Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Mittelmeerpolitik, Demokratisierungspolitik. Sie ist Mitglied im Vorbereitungsteam der FAM für diese Konferenz.

Kontakt: <http://www.ajuenemann.de>

Carmen Klement, München/Deutschland

ist Soziologin an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität der Bundeswehr in München. Ihre Forschungsschwerpunkte sind soziale Dienstleistungsberufe im internationalen Vergleich und Arbeitssoziologie. Sie ist Mitglied im Vorbereitungsteam der FAM für diese Konferenz.

Kontakt: carmen.klement@unibw-muenchen.de

Jochen Kubosch, München/Deutschland

studierte in Erlangen Jura und war u.a. im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung (Europareferat) tätig. Zunächst als nationaler Experte nach Brüssel entsandt, arbeitet er seit 1989 für die Europäische Kommission, erst als Mitglied des Kabinetts von Kommissar Bangemann, dann als Mitglied des (Presse-) Sprecherdienstes. Seit 1999 leitet er die Vertretung der Europäischen Kommission in München.

Kontakt: <http://www.eu-kommission.de/html/wir/muenchen>

Petra Kutáľková, Prag/Tschechische Republik

absolvierte ihr Studium der Sozialarbeit an der Karlsuniversität. Seit 1996 arbeitet sie beim Zentrum für Romakultur in Prag und ist u.a. Lehrerin an einer Schule für Roma in Kolin sowie im Rahmen des Fernunterrichtsprogramms „Sozialarbeit bei ethnischen Minderheiten“, das an erwachsene Roma gerichtet ist. Sie ist Mitglied einer Expertenberatungsgruppe für die NGO „Menschen in Not“, die sich für die Durchsetzung interkultureller Bildungsprogramme in Schulen einsetzt.

Kontakt: Lastrada@ecu.cz

Prof. Dr.-Ing. Joachim Leuschner, Berlin/Deutschland

Der Maschinenschlosser studierte in Rostock und Dresden Landtechnik und war Landmaschinenkonstrukteur in Leipzig. Er wurde Leiter der Forschung und Entwicklung im Kombinat für Gartenbautechnik Berlin. Danach hatte er den Lehrstuhl für Gartenbautechnik an der Ingenieurhochschule Berlin-Wartenberg und der Humboldt Universität Berlin inne. Er koordiniert das Netzwerk „Naturtechnik-Institut“ und ist Vizepräsident der Polnisch-Deutschen Gesellschaft für Ökolandbau, Ökotechnik und Ökokultur (PNT-ATK).

Kontakt: Leuschner-naturtechnik@freenet.de

Dagmar Lorenz-Meyer, Ph.D., Prag/Tschechische Republik

studierte Psychologie und Soziologie an der Universität Hamburg sowie Gender Studies an der London School of Economics. Von 1994 bis 1997 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der London School of Economics tätig, seit 2000 ist sie Assistenzprofessorin am Zentrum für Gender Studies an der Karlsuniversität in Prag. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Geschlechter- und Generationenverhältnisse und soziale Ungleichheit in Europa.

Kontakt: dagmar.lorenz-meyer@ff.cuni.cz

Beate Michl, München/Deutschland

arbeitete bereits während ihres Geschichtsstudiums an Projekten mit den Themenbereichen Frauen und Jugend. Von 1991 bis 1996 war sie im Haus der bayrischen Geschichte tätig, von 1996 bis 2001 in der KZ-Gedenkstätte in Dachau. Seit Oktober 2001 arbeitet sie in der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, organisiert Symposien und moderiert in den Parlamentsseminaren Gespräche zwischen den TeilnehmerInnen und den ReferentInnen.

Kontakt: beate.michl@stmuk.bayern.de

Prof. Dr. Daniela Ostrowska, Warschau/Polen

ist Hochschullehrerin an der Landwirtschaftsuniversität Warszawa. Sie studierte und forschte bei namhaften Professoren in Polen und Deutschland. Ihre Habilitationsarbeit verteidigte sie an der Humboldt Universität zu Berlin (HUB). Als Gründungsmitglied der Polnisch-Deutschen Gesellschaft für Ökolandbau, Ökotechnik und Ökokultur (PNT-ATK) war sie 10 Jahre deren Präsidentin.

Kontakt: rol_ka@sggw.waw.pl

Petr Pavlik, Ph.D., Prag/Tschechische Republik

leitet derzeit das Zentrum für Gender Studies an der Karlsuniversität in Prag. Nach Abschluss seines Studiums an der Bowling Green State University, Ohio im Jahr 1999 wurde er im Jahr 2000 Mitglied des Zentrums. Er unterrichtet u.a. Gender und Medien sowie Gender und Wissenschaft. Mit Trainings im außeruniversitären Bereich will er das Gender-Bewusstsein von Angestellten in Verwaltung und Medien stärken.

Kontakt: Petr.Pavlik@seznam.cz

Dr. techn. Sylvia Pintarits, München/Deutschland

ist Raumplanerin (Dipl. Ing.) und arbeitete von 1992 bis 1995 an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften an einem Forschungsprojekt zum Europa der Regionen. 1996 wechselte die gebürtige Österreicherin nach München zur EU-Regionalförderung am ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München und ist seit 2001 zuständig für Europäische Angelegenheiten im Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Stadt München. Sie ist Mitglied im Vorbereitungsteam der FAM für diese Konferenz.

Kontakt: sylvia.pintarits@t-online.de

Brigitte Rudolph, München/Deutschland

ist Dipl.-Soziologin und als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München im SFB 536 „Reflexive Modernisierung“, Projekt B6 „Grenzen der Individualisierung in Paarbeziehungen“ tätig. Ihre Schwerpunkte sind Gender, Arbeitssoziologie, Zukunft der Arbeit, Ehrenamt, Interkulturelle Kommunikation. Sie ist Mitglied im Vorbereitungsteam der FAM für diese Konferenz.

Kontakt: Brigitte.Rudolph@lrz.tu-muenchen.de

Petra Rück-Wallenberger, München/Deutschland

war seit 1992 zunächst Abteilungsleiterin zum Schutz des ungeborenen Lebens, danach für Familienpolitik im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen in München. Seit 1999 arbeitet sie hier als Leiterin der Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Kontakt: www.sozialministerium.bayern.de

Elke Schilling, Ebendorf/Deutschland

Die Laborantin, Dipl.-Mathematikerin, Fachmathematikerin der Medizin, EDV-Spezialistin und Versicherungsfachfrau war von 1994 bis 1998 als Staatssekretärin für Frauenpolitik in Sachsen-Anhalt tätig. Inzwischen arbeitet sie als Organisationsberaterin, Mediatorin, Coach und freie Autorin, insbesondere auf dem Feld Gender Mainstreaming.

Kontakt: Lilistochter@aol.com

Elisabeth Schroedter, MEP, Potsdam/Deutschland und Brüssel/Belgien

zählt zu den Aufbaumitgliedern des Landesverbandes der Grünen in Brandenburg und ist seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments. Sie war von 1994 bis 1996 Präsidentin der Delegation für die Beziehungen zur Ukraine, zu Moldawien und Belarus. Gegenwärtig ist sie Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Tourismus.

Kontakt: www.elisabeth-schroedter.de

Dr. jur. Birgit Seelbinder, Marktrechwitz/Deutschland

studierte Jura in München. 1981 promovierte sie in Bonn über das Thema „Grenzüberschreitende interkommunale Zusammenarbeit“. Seit 1990 ist sie Oberbürgermeisterin der Stadt Marktrechwitz. 1992 wählte man sie zur Präsidentin der EUREGIO EGRENSIS, AG Bayern e.V. und von 1993 bis 1997 war sie Präsidentin des „gemeinsamen“ Präsidiums der EUREGIO EGRENSIS für Bayern, Sachsen/Thüringen, Tschechische Republik.

Kontakt: www.euregio-egrensis.de

Dr. Szilvia Szabó, Budapest/Ungarn

studierte Jura, ist in der Frauenbewegung aktiv und arbeitete lange Zeit als Rechtsberaterin für Frauen. Im vergangenen Jahr führte sie eine Studie durch zur Arbeitsmarktsituation der Frauen in Ungarn, unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen von Globalisierung. Sie arbeitet als Anwältin und berät seit 2002 die ungarische Regierung in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit.

Kontakt: szaboszilvia@freemail.hu

Martina Wild, Augsburg/Deutschland

studierte Neuere und Neueste Geschichte, Politikwissenschaft und Angewandte Sprachwissenschaft der Romanistik/Italienisch an der Universität Augsburg. Ihre Schwerpunkte sind Osterweiterung, EU-Konvent und politische Ideengeschichte. Sie ist Mitglied im Vorbereitungsteam der FAM für diese Konferenz.

Kontakt: Buona.vita@gmx.de

Dr. Dagmar Zelenková, Prag/Tschechische Republik

studierte Jura an der Universität Bratislava (Slowakische Republik) und promovierte an der Karlsuniversität in Prag. Seit 1987 arbeitet sie als Beamtin des Ministeriums für Arbeit und Soziale Fragen der Tschechischen Republik und war von 1987 bis 2000 für die Sozialversicherungsgesetzgebung zuständig. Seit dem Jahr 2001 leitet sie die Gleichstellungsabteilung des Ministeriums für Arbeit und Soziale Fragen der Tschechischen Republik. Seit April 2002 ist sie Direktorin des Sekretariats der Regierungskommission für Chancengleichheit.

Kontakt: Dagmar.Zelenkova@mpsv.cz

Wilmy Zimmermann, Poxdorf (Oberfranken)/Deutschland

in Heerlen, Niederlande, geboren, MEP a.D. Seit 1970 wohnhaft in Deutschland. Von Beruf Medizinisch-Technische Assistentin, Personalrätin, Moderatorin, Teamerin und Gesundheitspädagogin ist sie politisch tätig in mehreren Funktionen innerhalb der SPD, davon mehrere Jahre stellvertretende Landesvorsitzende der ASF Bayern (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen). Schwerpunkte im Europäischen Parlament: Asyl- und Migrationspolitik, Visa, Rassismus-Fremdenhass, Drogen, Minderheitenschutz, Maßnahmen zum Schutz der Minderjährigen, Frauenhandel. Schwerpunktländer in Osteuropa: Rumänien und Bulgarien.

Kontakt: wilmy@t-online.de

Jadwiga Ziolkowska, Rzeszow/Polen und Berlin/Deutschland

absolvierte das Studium der Betriebswissenschaften an der Universität Rzeszow mit Studienaufenthalten in England und Deutschland. Zur Zeit studiert sie als KAAD-Stipendiatin an der Technischen Universität Berlin. Als Mitglied der polnisch-deutschen Gesellschaft Rzeszow und der PNT-ATK ist sie an der Einführung nachhaltiger Technologien in die Landwirtschaft Polens beteiligt.

Kontakt: J.Ziolkowska@gmx.de

Speakers, chairs and organisers**Joanna Barełkowska, Berlin/Germany**

studied German and Slavonic Studies. Polish by birth, she has been living in Berlin since 1986. Already as a student, she was involved in German-Polish contacts and is an active member of GFPS e.V. (Association for the Promotion of Student Exchange in Central and Eastern Europe). Since 1999 Barełkowska has been project leader of the Brandenburg-Polish contact centre at OWEN e.V. (East-West European Women's Network).
contact: owen@snafu.de

Helena Bednářová, Brno/Czech Republic

Education: Faculty of Education, Masaryk University Brno (German as a foreign language); and Faculty of Social Sciences at Charles University, Prague (International territorial studies). Currently working for the municipal authorities in Brno at the Social Welfare Office, Department of Cooperation and Development. Responsibilities: international projects in the social field with twin towns, women's network Milena; Coordinator of the working group "Urban safety" of the Eurocities network.
contact: Bednarova.Helena@brno.cz, <http://www.brno.cz>

Prof Dr Bożena Choluż, Warsaw/Poland and Frankfurt (Oder)/Germany

is an expert in the fields of literature and cultural studies and is Chair of Comparative Central European Studies at the Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder (Collegium Polonicum in Stubice) and Co-director of the Gender Studies Centre at Warsaw University which she and Prof Dr Małgorzata Fuszara founded in 1995. She has been Course Director for Gender Studies since 1996. She is publisher of a periodical for Gender Studies and has initiated a number of important international conferences on feminist politics in Poland.
contact: Choluż@mercury.ci.uw.edu.pl

Rimma Dalos, Budapest/Hungary

was born in Russia (in the Urals). She studied German history at Lomonossow University in Moscow. Since 1970 she has lived in Hungary. Rimma Dalos is currently working as a academic assistant at the Budapest Office of the Friedrich-Ebert-Foundation. Many of her poems have been set to music by the Hungarian composer György Kurták. Her many publications include the bilingual lyric poetry volume "Ohne Dich", contributions to the Kursbuch and works in translation.
contact: Rimma.dalos@fesbp.hu

Dorette Deutsch, Munich/Germany

Since 1992 she has been a radio journalist and author in Munich. Her focuses are mainly subjects which relate to women, and since the Kosovo conflict primarily topics which concern how women fare in areas of political conflict. One of her special topics is human trafficking, which she has investigated throughout Europe. In 2000, she received the European Journalists' Human Rights Award, awarded in Brussels by the EU-Commission and the International Association of Journalists for her *Süddeutsche Zeitung* article, "Die traurigen Bräute der Zadrima".
contact: Dorette-Deutsch@t-online.de

Anja Edelhäuser, Munich/Germany

studied "European Studies" and was research assistant at the Centre for Applied Political Science (Research Group for Europe). Since 2002 she has been a political adviser concentrating on social politics, economics, Europe. Her main issues are migration/integration, diversity and gender. She is also a member of the FAM preparation team for this conference.
contact: Edelhaeuser@politik-beratung.biz

Birgit Erbe, Munich/Germany

Dipl.-Pol. (Berlin) and M.A. (Warwick), has been Executive Director of FAM Frauenakademie München (Women's Academy, Munich) since 2001. Her main focus is on women in the European Union, gender budgeting and women's rights. She is co-ordinator of the FAM preparation team for this conference.
contact: Erbe@frauenakademie.de

Eva Feldmann, Munich/Germany

studied cultural studies at the universities of Tuebingen and Freiburg. She was director of the German Polish Culture and Exchange Centre in Freiburg/Brsg. (1990-1992). From 1992 to 1995 she was Co-ordinator for the German Polish Youth Foundation in Warsaw. Since 1995 she has been research assistant at the Centre for Applied Political Science at the Ludwig-Maximilians-University in Munich (Research Group for Youth and Europe – Central and Eastern Europe).
contact: feldmann@fgje.de

Prof Dr Linda Fisher, Budapest/Hungary

received her Ph.D. in Philosophy from the Pennsylvania State University. She has taught at McGill University, the University of Ottawa, the University of Windsor, and presently teaches in the Department of Gender Studies at Central European University in Budapest. Her principal research areas are phenomenology, hermeneutics, feminism, Husserl, Gadamer, and 19th and 20th century European philosophy. Her current research concerns issues of difference, diversity, and multiculturalism, with a special focus on gender.
contact: FisherL@ceu.hu

Denise Fuchs, Brussels/Belgium

Vice-president of the European Women's Lobby in Brussels
contact: www.womenlobby.org

Prof Dr Ute Gerhard, Frankfurt (Main)/Germany

studied law, sociology and history. Since 1987 she has been Professor of Sociology at the Faculty of Social Sciences, Johann-Wolfgang-Goethe-University Frankfurt/Main, specialising in women's and gender research. Managing director of the Cornelia Goethe Centre for Women's Studies and Investigation of Gender Relations at Frankfurt University. Co-founder of the periodical "Feministische Studien" and co-editor of "L'Homme - Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft". Her work focuses on: history and theory of feminism, social policy, women and law, legal history, sociology of law.
contact: Gerhard@soz.uni-frankfurt.de

Dr Marina Grasse, Berlin/Germany

Biologist, behavioural scientist, activist in the peace movement since 1981. Government Commissioner for Equal Rights under the only freely elected government of the GDR. Co-founder of the East West European Women's Network OWEN e.V. (1992), and executive director at OWEN e.V. until 2002. Project coordinator for "Women's memory – in search of life and identity of women in socialism". She is also active on the Executive Committee of the foundation "Nord-Süd-Brücken" (North-South-Bridges).
contact: owen@snafu.de

Agnieszka Gryzbek, Warsaw/Poland

Executive Director of the National Women's Information Center OŚKa since 1 March, 2002. She has been working in OŚKa since 1997, at first as a publishing program co-ordinator. She is still responsible for publishing the feminist quarterly "OŚKa". She is a graduate from the Polish Philology Department at the Warsaw University (M. A. thesis in 1995) and School for Human Rights organised by Helsinki Foundation for Human Rights (1997/1998). She attended the Global Women's Leadership Institute organised by the Centre for Women's Global Leadership (Rutgers University, USA, June, 2001). She is a member of the informal group Women's Alliance which has organised street demonstrations in Warsaw since 2000.
contact: agnieszka@oska.org.pl

Dr Zita Gurmai, Budapest/Hungary

studied Economic Sciences at Budapest University. Since 2002 she has been a Member of the Hungarian Parliament (Hungarian Socialist Party) and has a seat on the Committee on European Integration. She chairs the 'Women in Public Life' Foundation, 'Our Future is the Europe of the New Millennium' Foundation and 'Women for changes' movement (the 'yellow scarf movement').
contact: gz@gf.hu or zita.gurmai@parlament.hu

Klaus Hamann, Bayreuth/Germany

Director of the Franken-Akademie and Vice-president of the Bavarian European Movement, Bayreuth.
contact: www.franken-akademie.de

Marese Hoffmann, Hackermoos/Germany

worked as a secondary and special needs teacher from 1970 to 1990. From 1980 she was also an ecological farmer on her husband's farm and subsequently left teaching. From 1994 to 1998 she studied sociology at the LMU Munich. Since 1996 she has been a member of Dachau local authority, sitting for the German Green Party and thus also holds unsalaried judicial office at the administrative court. She is also on the supervisory board of the Amperkliniken AG.
contact: Marese.hoffmann@t-online.de

Izabela Jaruga-Nowacka, Warsaw/Poland

studied at the Faculty of History, Institute of Ethnology at Warsaw University; Postgraduate studies at the Institute of Political Science and Higher Education, Polish Academy of Sciences, Warsaw. Social and political activities: President of the Polish Women's League since 1991; since 1993 Member of Parliament and Member of the Parliamentary Women's Group; since 2001 Secretary of State, Government Plenipotentiary for Equal Gender Status.
contact: ubator@kprm.gov.pl, <http://www.ligakobietpolskich.org.pl>,

PD Dr Annette Jünemann, Starnberg/Germany

studied political sciences at the Ludwig-Maximilians-University Munich, achieving a doctorate at Hamburg University in 1993, and her habilitation at Kassel University in 2000. In 2001/2 she held a temporary professorship. Current research fields: European integration, particularly European foreign policy, security policy, European security and defence policy, Mediterranean politics, politics of democratisation. She is also a member of the FAM preparation team for this conference.
contact: <http://www.ajuenemann.de>

Carmen Klement, Munich/Germany

sociologist at the Faculty for Social Sciences at the University of the Bundeswehr [Federal Armed Forces] in Munich. Current research fields: social service professions in international comparison, sociology of work; she is also a member of the FAM preparation team for this conference.
contact: carmen.klement@unibw-muenchen.de

Jochen Kubosch, Munich/Germany

studied law in Erlangen. After legal training in Nuremberg and Paris he worked as a judge in Nuremberg then in the Bavarian State Ministry of Labour and Social Affairs (Dept. Europe). Sent to Brussels as a government representative, in 1989 he went on to the European Commission as a member of Commissioner Bangemann's cabinet, later as a member of the (press-)spokesperson team. Since 1999, Kubosch has been Head of the European Commission Representation in Munich.
contact: <http://www.eu-kommission.de/html/wir/muenchen>

Petra Kutáľková, Prague/Czech Republic

Charles University graduate, major in social work. Since 1996 she has been working for the Centre of Romany Culture in Prague. Currently, she is working as a teacher at a Romany Social High School in Kolin and for a distance education program "Social work in an ethnic minority environment" designed for adult Romanies. She is a member of an expert group of a project 'Alternatives of society' at the public service association 'People in Need', concerned with implementing intercultural education in schools.

contact: Lastrada@ecu.cz

Prof Dr Joachim Leuschner, Berlin/Germany

is a machine fitter by profession. He studied agricultural technology in Rostock and Dresden before becoming an agricultural machinery designer in Leipzig. He was appointed Director of Research and Development at the Combined Engineering Works for Horticultural Technology in Berlin. He was later appointed Professor for Horticultural Technology at the Engineering University Berlin-Wartenberg and Humboldt University Berlin. He is co-ordinator of the "Naturtechnik-Institut" network and Vice-President of the PNT-ATK.

contact: Leuschner-naturtechnik@freenet.de

Dr Dagmar Lorenz-Meyer, Prague/Czech Republic

studied psychology and sociology at the University of Hamburg and Gender Studies at the London School of Economics. From 1994 to 1997 she was Research Fellow at the London School of Economics. Since 2000 she has been Assistant Professor at the Centre for Gender Studies at Charles University in Prague. Her research and publications have focused on gender and intergenerational relations and social inequality in Europe.

contact: dagmar.lorenz-meyer@ff.cuni.cz

Beate Michl, Munich/Germany

worked on projects concerning women and youth whilst still studying history. From 1991–1996 she worked at the House of Bavarian History, and from 1996–2001 at the Dachau Concentration Camp Memorial Site. Since October 2001 she has been working for the Bavarian Central Office for Political Education and has organised symposia and chaired discussions between participants and speakers in parliamentary seminars.

contact: beate.michl@stmuk.bayern.de

Prof Dr Daniela Ostrowska, Warsaw/Poland

is currently teaching at Warsaw Agricultural University. She has studied and researched with renowned professors in Poland and Germany and defended her habilitation thesis at Humboldt University Berlin (HUB). A founding member of the German Polish Society for Ecology in Farming, Technology and Culture (PNT-ATK), she served as its president for ten years.

contact: rol_ka@sggw.waw.pl

Dr Petr Pavlik, Prague/Czech Republic

is currently acting chair of the Centre for Gender Studies at Charles University, Prague. After graduating from Bowling Green State University, Ohio in 1999, he joined the Centre in 2000. He teaches the courses: Introduction to Gender Studies, Gender and Media, and Gender and Science. Outside academia, he takes part in various training seminars aimed at gender-sensitising state and media employees. His main research interests include gender analysis of the media and implementation of gender-equality policy in the Czech Republic.

contact: Petr.Pavlik@seznam.cz

Dr Sylvia Pintarits, Munich/Germany

Dr. techn., Dipl.-Ing. TU Vienna; 1992–1995 Austrian Academy of Sciences (research project on Europe of the Regions), 1996–2001 ifo-Institute for Economic Research, Munich (among other projects: evaluation of EU regional support in former East Germany). Since 2001 she has been responsible for European Affairs in the Munich Department for Urban Planning and Building Regulations; she is also a member of the FAM preparation team for this conference.

contact: sylvia.pintarits@t-online.de

Brigitte Rudolph, Munich/Germany

sociologist, research assistant at the institute for sociology of Ludwig-Maximilians-University Munich in the SFB 536, "Reflexive Modernisation" project B6 "Bounds of individualisation in couple's relations". Main focus: Gender, sociology of work, future of work, voluntary work, inter cultural communication; she is also a member of the FAM preparation team for this conference.

contact: Brigitte.Rudolph@lrz.tu-muenchen.de

Petra Rück-Wallenberger, Munich/Germany

has occupied many offices: she worked in various positions for the Bavarian State Ministry of Development and Environmental Affairs. Since 1992 she has been Head of the Department for the Protection of Unborn Life, then the Department for Family Policy at the Bavarian Ministry for Labour, Social Affairs, Family and Women's Affairs. Since 1999 she has been Director of the co-ordinating body for gender equality.

contact: www.sozialministerium.bayern.de

Elke Schilling, Ebendorf/Germany

laboratory technician, mathematician, specialist for mathematics in medicine, worked as an IT-specialist until 1989, then as an insurance expert. From 1994–1998 she was Secretary of State for Women's Affairs Policy in the state of Saxony-Anhalt. Today she is an advisor for organisations, a mediator, coach and authoress. For the past three years she has been working as advisor and trainer for gender mainstreaming.

contact: Lilistochter@aol.com

Elisabeth Schroedter, Potsdam/Germany and Brussels/Belgium

joined the party "Greens in the GDR" in 1990. She is one of the members who actively built up the Brandenburg state association of the Green Party. She has been a member of the European Parliament since 1994, and from 1994–1996 President of the Delegation for Relations with Ukraine, Moldavia and Belarus. 1999 she was re-elected to the European Parliament where she is a member of the committees for foreign affairs, common security and defence policy and deputy member of the committee on regional policy, transport and tourism.

contact: www.elisabeth-schroedter.de

Dr Birgit Seelbinder, Marktredwitz/Germany

studied law in Munich. She received her doctorate in Bonn in 1981 for her work on "Cross-border inter-communal co-operation". She has been mayor of the city of Marktredwitz since 1990. In 1992 she was elected president of the EUREGIO EGRENSIS, working group Bavaria and from 1993–1997 she was president of the "common" presidency of the EUREGIO EGRENSIS for Bavaria, Saxony/Thuringia and the Czech Republic.

contact: www.euregio-egrensis.de

Dr Szilvia Szabó, Budapest/Hungary

graduated as a lawyer in 1993. Since that time she has been an active participant in the women's movement, as an associate of civil organisations. She started her career as a women's legal advisor. Last year she conducted research on women's labour market situation in Hungary with special regard to the effects of globalisation. She is working as an attorney of law and since 2002 she has been an expert advising Hungary's governing party on gender issues.

contact: szaboszilvia@freemail.hu

Martina Wild, Augsburg/Germany

M.A. in modern and contemporary history, political science and applied language studies (Romance languages/Italian). Main focus: Eastward enlargement of the EU, EU Constitutional Convention, history of political ideas; she is also a member of the FAM preparation team for this conference.
contact: Buona.vita@gmx.de

Dr Dagmar Zelenková, Prague/Czech Republic

studied at the University of Bratislava (Slovak Republic) Faculty of Law graduating as Master of Law. She gained her doctorate in law at Charles University, Prague (Czech Republic). Since 1987 she has been working as a civil servant at the Ministry of Labour and Social Affairs of the Czech Republic. From 1987–2000 she was responsible for social insurance legislation. Since 2001 she has been head of the Gender Equality Unit at the Ministry of Labour and Social Affairs of the Czech Republic - the Ministry is the Czech national co-ordinator in the field of gender equality. Since April 2002 she has been director of the Secretariat of the Government-Council for Equal Opportunities for Women and Men.
contact: Dagmar.Zelenkova@mpsv.cz

Wilmya Zimmermann, MEP (retired), Poxdorf/Germany

Born in Heerlen, Netherlands, she has been living in Germany since 1970. She worked as medical-technical assistant, personnel council, facilitator, trainer and health advisor. She occupied various functions within the Social Democratic Party. Until 1999 she was Member of the European Parliament. Her main topics were asylum and migration, visa, racism and xenophobia, drogues, minority rights, rights of minors and trafficking in women; special focus on Romania and Bulgaria.
contact: wilmya@t-online.de

Jadwiga Ziolkowska, Rzeszow/Polen and Berlin/Germany

studied at Rzeszow University (Poland) and successfully completed study courses in her subject, business studies, in both England and Germany. At present she is a KAAD-Scholar studying at Berlin Technical University. As a member of Rzeszow Polish-German Society as well as of PNT-ATK, she is involved in introducing sustainable technologies into Polish farming.
contact: J.Ziolkowska@gmx.de